



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Zivilisierung der Ehe

Hegemoniale politische Praxis am Beispiel der Öffnung der Ehe für lesbische und schwule Paare in Spanien

Verfasserin

Constanze Ertl

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil)

Wien, 2011

Studienkennzahl: A300

Studienrichtung: Politikwissenschaft

Betreuerin: Univ-Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, am 16.12.2011

Constanze Ertl

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	6
1.1	<i>Forschungsinteresse und zentrale Fragestellung.....</i>	6
1.2	<i>Forschungsstand und Hypothesen</i>	8
1.3	<i>Theoretischer Rahmen und Methode</i>	13
1.4	<i>Gliederung der Arbeit</i>	14
2	Die (Nicht-)Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften im europäischen Vergleich	18
2.1	<i>Manche sind gleicher: Registriert, eingetragen und/oder verheiratet</i>	19
2.2	<i>Rahmenbedingungen der Gleichstellung lesbischer und schwuler Paare</i>	26
3	Die postmarxistische Diskurstheorie nach Laclau und Mouffe	36
4	Endlich nicht mehr „anders“: Spanien wird gleicher	42
4.1	<i>Die historischen und politischen Rahmenbedingungen für die Öffnung der Ehe in Spanien.....</i>	44
4.2	<i>Das Gesetz über die Öffnung der Ehe und seine Entstehung</i>	66
5	Die Zivilisierung der Ehe als Teil eines hegemonialen politischen Projekts der Freiheit und Gleichheit	80
5.1	<i>Die Normalisierung der LGBT-Bewegung über die Konstruktion eines Diskurses der Gleichheit</i>	86
5.2	<i>Über Ehe und Familie zu alten Antagonismen und neuen Allianzen</i>	96
5.3	<i>Über Normalisierung hinaus – ein hegemoniales politisches Projekt der Freiheit und Gleichheit</i>	111
6	Schlussfolgerungen und Ausblick.....	122
7	Literaturverzeichnis	132
7.1	<i>Literatur</i>	132
7.2	<i>Zeitungen, Zeitschriften und andere Quellen.....</i>	142
7.3	<i>Internetseiten.....</i>	149
8	Anhang.....	150
8.1	<i>InterviewpartnerInnen</i>	150
8.2	<i>Abkürzungsverzeichnis.....</i>	151
8.3	<i>Abbildungen und Tabellen</i>	153
8.4	<i>Abstract.....</i>	154
8.5	<i>Lebenslauf.....</i>	156

This victory in Spain will make many other countries start the battle for equality because it is possible. If Spain - a Catholic and southern Mediterranean country with a short history of policies in protecting social freedoms - can do it, it is perfectly possible that any other European country can do it.

Beatriz Gimeno, Präsidentin der FELGT in einem Interview mit der Nachrichtenagentur APTN am 29. Juni 2005 in Madrid

1 Einleitung

1.1 Forschungsinteresse und zentrale Fragestellung

In den dreißig Jahren ihrer Beziehung haben sich Carlos Baturín und Emilio Menéndez nur einmal - und das unfreiwillig - für längere Zeit voneinander getrennt, nämlich als Emilio seinen Militärdienst ableisten musste. Dass sie erst nach drei gemeinsam verbrachten Jahrzehnten am 11. Juli 2005 geheiratet haben, beruhte ebenfalls nicht auf Freiwilligkeit (vgl. El País 11.07.2005 und Alfageme 08.01.2006). Erst eine Woche zuvor war in Spanien jenes Gesetz in Kraft getreten, das die Hochzeit von Carlos und Emilio, dem ersten gleichgeschlechtlichen Ehepaar Spaniens, möglich gemacht hatte¹. Als drittes Land der Welt - nach Belgien und den Niederlanden - hat Spanien die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Seit dem 4. Juli 2005 können lesbische und schwule Paare in Spanien heiraten und gemeinsam Kinder adoptieren, sie sind heterosexuellen Paaren rechtlich gleichgestellt.

Dass die sozialistische Regierung eines katholischen, südeuropäischen Landes diesen Schritt gewagt hat, erscheint überraschend. Wenn in Spanien lesbische und schwule Hochzeiten möglich sind, wenn eine spanische Familie künftig auch zwei Mütter oder zwei Väter haben kann, ist das auch in allen anderen europäischen Ländern vorstellbar, wie die eingangs zitierte spanische Aktivistin und Präsidentin der landesweiten Föderation von LGBT-Organisationen Beatriz Gimeno meint (vgl. APTN 29.06.2005)?

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist meine Antwort darauf Nein. Auch in Österreich, zum Beispiel, gibt es mittlerweile eine Eingetragene PartnerInnenschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Im europäischen Vergleich spät, nämlich am 10. Dezember 2009, hat der Natio-

¹ Elf Tage später, am 22. Juli 2005, wurde in Mollet del Vallès in der Nähe von Barcelona die erste Ehe zwischen zwei Frauen - einer Spanierin und einer Argentinierin - in Spanien geschlossen. Zum Bedauern des Brautpaares fand die Hochzeit nicht wie geplant im kleinen Kreis, sondern in Anwesenheit Dutzender ReporterInnen und Fotografinnen statt (vgl. El Mundo 22.07.2005).

nalrat das Gesetz über die *Eingetragene Partnerschaft* verabschiedet; am 1. Jänner 2010 ist es in Kraft getreten. Für die *Homosexuellen Initiative Wien* (HOSI Wien) ist das Gesetz „ein absoluter Meilenstein, der 95-98 Prozent Gleichstellung mit der Ehe bringt“ (HOSI 10.12.2009). Immerhin würden lesbische und schwule PartnerInnenschaften durch das Gesetz im Fremdenrecht sowie im Sozialversicherungs- und Pensionsrecht heterosexuellen Ehepaaren völlig gleichgestellt. Ein „Wermutstropfen“ ist für die HOSI der fehlende Zugang zu Adoption und Fortpflanzungshilfemedizin oder, dass die Eintragung bei der Bezirksverwaltungsbehörde statt am Standesamt stattfindet; „diese Punkte wurden leider von der ÖVP kategorisch ausgeschlossen und müssen Gegenstand zukünftiger Verhandlungen sein“ (HOSI 10.12.2009). Was für die HOSI ein Wermutstropfen ist, ist für das *Rechtskomitee Lambda* (RKL) ein Grund, das Gesetz komplett abzulehnen. Das RKL spricht von „eingetragener Diskriminierung“ und fordert weiter eine „Aufhebung des Eheverbots“. Weil die Eintragung der PartnerInnenschaft nicht zwingend am Standesamt erfolgt, sei das Modell auf der Ebene „einer Hunde-Anmeldung“ (diestandard.at 02.11.2009 und Rechtskomitee Lambda 2011).

Auf dem Weg zur *Eingetragenen Partnerschaft* gab es in Wien aber weder Massendemonstrationen von GegnerInnen noch von BefürworterInnen der Gleichstellung homosexueller Paare. In Madrid hingegen demonstrierten im Juli 2004 hunderttausende Menschen anlässlich des Christopher Street Days für die Öffnung der Ehe. Dem Aufruf zur Kundgebung hatten sich die größten Gewerkschaften, die *Sozialistische Arbeiterpartei* (PSOE) und die *Vereinigte Linke* (IU) angeschlossen (vgl. El Mundo 04.07.2004). Ebenfalls mehr als hunderttausend TeilnehmerInnen² hatte eine Demonstration des *Spanischen Familienforums* (FEF) „für die Familie“ – also gegen die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule – am 18. Juni 2005. Prominent platziert marschierten mehrere spanische Bischöfe und Vertreter der konservativen *Volkspartei* (PP) mit (vgl. El Mundo 18.06.2005 und Arroyo 20.06.2005).

Es stellt sich also die Frage: *Warum ist in Spanien im Jahr 2005 die Ehe für Lesben und Schwule geöffnet worden?* Oder spezifischer formuliert: *Erstens, warum forderte die LGBT-Bewegung³ in Spanien gerade die Öffnung der Ehe und nicht gleiche Rechte für*

² Nach Angaben des FEF nahmen eineinhalb Millionen Menschen an der Demonstration teil, die Regierung sprach von 166.000 TeilnehmerInnen (vgl. Arroyo 20.06.2005)

³ In dieser Arbeit werde ich, wo immer es passend erscheint, den Begriff LGBT-Organisationen, LGBT-Bewegung oder LGBT-Rechte verwenden. LGBT bezieht sich auf Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgen-

„eingetragene“ Lebensgemeinschaften? Zweitens, warum griff die Sozialistische Partei diese Forderung der LGBT-Bewegung auf? Und drittens, warum setzte sie sie auch gegen den massiven Widerstand großer Teile der Katholischen Kirche Spaniens und der Volkspartei um?

Dabei interessieren mich die Diskurse, in die die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Spanien eingebettet war und ist. Welche Argumente waren im politischen Prozess wichtig? Und welche Bedeutungen konnten sich durchsetzen und warum?

1.2 Forschungsstand und Hypothesen

Einige dieser Fragen haben sich in ähnlicher Form schon verschiedene spanische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gestellt. Interessant für den Einstieg in das Thema ist die Nummer 10 (2005) der Zeitschrift *Orientaciones. Revista de Homosexualidades*. Sie ist der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare gewidmet. Verschiedene juristische, soziologische, sprach- und politikwissenschaftliche Aspekte des Themas werden beleuchtet.

Die Öffnung der Ehe als Teil eines politischen Projekts der sozialistischen Regierung

Der Soziologe Kerman Calvo, der seine Dissertation⁴ über die spanische Lesben- und Schwulenbewegung geschrieben hat, macht sich in seinem Artikel (Calvo 2005c: 10-26) auf die Suche nach Erklärungen für die „neue Politik“ der sozialistischen Regierung. Die Öffnung der Ehe sei nicht überraschend erfolgt, denn der PSOE habe die Gleichstellung lesbischer und schwuler Lebensgemeinschaften mit der Ehe ab dem Jahr 2001 mehrmals angekündigt. Die wesentliche Frage sei, warum die Sozialistische Partei im Jahr 2000 ihre Haltung geändert habe - an die Stelle der seit 1995 zuerst versprochenen und dann geforderten rechtlichen Absicherung hetero- und homosexueller Lebensgemeinschaften trat die Forderung nach einer völligen Gleichstellung lesbischer und schwuler PartnerInnenschaften mit der Ehe (vgl. Calvo 2005c: 9f.).

der-Personen. In bestimmten (historischen) Zusammenhängen scheint mir der Begriff Lesben- und Schwulenbewegung aber passender.

⁴ Calvo, Kerman (2004), *Pursuing Membership in the Polity: The Spanish Gay and Lesbian Movement in Comparative Perspective (1970-1997)*, Dissertation: Universität von Essex.

Calvos zentrales Argument ist, dass diese „ambitionierte und riskante Politik“ (Calvo 2005c: 9) von „großer symbolischer Bedeutung“ (Calvo 2005c: 10) das Resultat eines komplexen politischen Prozesses war. Im Verlauf dieses Prozess war die spanische Lesben- und Schwulenbewegung in der Lage, dem PSOE ein politisches Thema anzubieten, das den Prozess der ideologischen Erneuerung und Neudefinition der Partei ab dem Jahr 2000 unterstützte. Der PSOE hat sich der LGBT-Bewegung - wie auch anderen sozialen Bewegungen - angenähert, als ihre ideologische Ausrichtung nach der neuerlichen Wahlniederlage im Jahr 2000 einer dringenden Reform bedurfte. Die Öffnung der Ehe sei außerdem eng verbunden mit dem Versuch der neuen PSOE-Führung unter Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero, ein neues politisches Projekt zu entwerfen, das sich - was die Vorstellungen von BürgerInnenrechten, Freiheiten und StaatsbürgerInnenschaft - deutlich von der Politik des PP abhebt (vgl. Calvo 2005c: 9-11 und 20-24).

Calvo hat sich bereits mehrfach mit dem Thema - der Homosexuellen-Ehe („matrimonio homosexual“), wie er es nennt - auseinandergesetzt, wobei er jedoch verschiedene Schwerpunkte wählt. In einem vor Beschluss des Gesetzes erschienenen Artikel (Calvo 2005a) geht es ihm darum, die Öffnung der Ehe mit verschiedenen Formen der Registrierten PartnerInnenschaft zu vergleichen. Gegenüber anderen Formen der (teilweisen) Gleichstellung lesbischer und schwuler Lebensgemeinschaften mit der Ehe hat die Erweiterung des Rechts zu heiraten auf gleichgeschlechtliche Paare mehrere Vorteile. Erstens, ist die Öffnung der Ehe unkomplizierter und ihre Umsetzung einfacher zu administrieren. Sie garantiert, zweitens, die vollständige Gleichstellung, weil sie keine neuen Diskriminierungen schafft. Drittens ist ihre symbolische Bedeutung größer, weil schon die „Identifikation eines bestimmten Kollektivs oder einer bestimmten Gruppe als Objekt oder Subjekt von Rechten, besonders, wenn die Existenz dieser Gruppe von der bisherigen Gesetzgebung negiert wurde, einen enormen Sieg darstellt“⁵ (Calvo 2005a: 23, Übersetzung C.E.). Außerdem identifiziert Calvo mögliche Hindernisse für die Öffnung der Ehe in Spanien, unter anderen, dass noch unklar ist, ob die Gesetzesänderung vor dem Verfassungsgerichtshof standhält (vgl. Calvo 2005a: 46-49).

Den Vergleich verschiedener Formen der rechtlichen Gleichstellung lesbischer und schwuler Lebensgemeinschaften vertieft Calvo in einer weiteren Arbeit (2005b), in der er ver-

⁵ „La identificación de un determinado colectivo o grupo social como objeto y sujeto de derechos, particularmente cuando la existencia de dicho grupo había sido ignorada por la ley, es en sí misma una enorme victoria.“

sucht zu zeigen, wie und warum die Antworten auf die Forderungen der Lesben- und Schwulenbewegung in verschiedenen Demokratien divergieren. Er kommt zu dem Schluss, dass es vom jeweiligen Kontext abhängt, ob eine Regelung als diskriminierend empfunden wird oder nicht. Die dominanten gesellschaftlichen Vorstellungen von StaatsbürgerInnen-schaft in Spanien in Betracht ziehend, entspricht die Öffnung der Ehe den Forderungen nach symbolischer und materieller Gleichheit am besten (vgl. Calvo 2005b: 32f.).

Die Debatte über die Öffnung der Ehe: Ausschlüsse und Unsichtbarkeiten

Während Calvo dem „*matrimonio homosexual*“ weitgehend positiv gegenübersteht, unterziehen Raquel Platero (2005a: 103-120) sowie Eleonora Pascale und Vanessa Saiz (2005: 81-102) die Debatte über die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule in Spanien einer kritischen Betrachtung. Platero stellt fest, dass schon die Verwendung der vermeintlich geschlechtsneutralen Begriffe „*matrimonio homosexual*“ und „*matrimonio gay/gai*“⁶, die zum Beispiel bei Calvo (2005c: 9) völlig kritiklos erfolgt, problematisch ist. Dass in der Debatte die Begriffe *Homosexuellen-* oder *Schwulenehe* dominierten und die Bezeichnungen *Ehe zwischen Personen des gleichen Geschlechts* oder *Lesbischwulen-Ehe* nur selten verwendet wurden, sei ein Indiz dafür, dass Lesben und ihre spezifischen Probleme unsichtbar blieben (vgl. Platero 2005a: 111).

Auch Pascale und Saíz (2005: 84f.) konstatieren, dass die Debatte über die Öffnung der Ehe von einer Armut an Argumenten gekennzeichnet war. Zwei Positionen waren vorherrschend: Auf der einen Seite argumentierten die BefürworterInnen, dass das Recht zu heiraten Ausdruck der Erlangung des Status der vollwertigen StaatsbürgerInnenschaft sei. Die GegnerInnen andererseits verteidigten die „wahre Natur“ der Ehe, einer „fundamentalen Institution für die Entwicklung der spanischen Gesellschaft“. Im Gegensatz zu Calvo stellen die Autorinnen allerdings infrage, dass die der Öffnung der Ehe - sowohl von GegnerInnen als auch von BefürworterInnen zugeschriebene - große symbolische Bedeutung ausschließlich positive Konsequenzen für den Kampf von Lesben und Schwulen für Gleichstellung hat. Wenn die Ehe „diesen Leuten“ („*esas personas*“) die Möglichkeit geben soll, ihre Leben zu ordnen - wie es Ministerpräsident Rodríguez Zapatero in der Debatte im Kongress am 30. Juni 2005 ausgedrückt hat - impliziere das eine vorangehende Unordnung. Dies könnte negative Konsequenzen für all jene haben, die nicht heiraten wollten (vgl. Pascale / Saiz 2005: 86-88). Außerdem zeigen Pascale und Saíz (2005: 94) Verbin-

⁶ Der aus dem englischen übernommene Begriff „gay“ oder auch „gai“ (schwul) wird in Spanien synonym zu „homosexual“ (homosexuell) vor allem für Männer verwendet.

dungen zwischen der Argumentation der ParteienvertreterInnen im Parlament und den BefürworterInnen und GegnerInnen außerhalb des Parlaments auf. Dadurch wird die Homophobie mancher im Parlament geäußelter Argumente erst deutlich. Die GegnerInnen der Öffnung der Ehe - vor allem das Spanische Familienforum (FEF) - verknüpften ihre Ablehnung der Öffnung der Ehe mit anderen Themen, wie der finanziellen Förderung von Familien, ihrer Kritik am neuen Scheidungsrecht, dem Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch und der embryonalen Stammzellenforschung, was „es ihnen erlaubte zu argumentieren, dass die Verteidigung des auf einer heterosexuellen Beziehung basierenden Familienmodells notwendig sei, um die biologische und soziale Reproduktion zu gewährleisten“ (Pascale / Saiz 2005: 95, Übersetzung C.E.)⁷. Die BefürworterInnen der Öffnung der Ehe hingegen setzten diese in Verbindung zu vorangegangenen Kämpfen, wie jenem der Frauenbewegung für Gleichberechtigung. Beiden Seiten war gemeinsam, dass sie Ehe und Familie in ihrer Argumentation eng miteinander verknüpften (vgl. Pascale & Saiz 2005: 96).

Entwicklung der Hypothesen

Die Beschäftigung mit einigen bisher veröffentlichten wissenschaftlichen Analysen zur Öffnung der Ehe in Spanien sowie die Recherche in Zeitungen erlaubt die Konkretisierung meines Forschungsprojekts. Ich werde zeigen, dass die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Spanien weit mehr war, als die Forderung einer Minderheit, die aufgrund günstiger politischer Konstellationen auch verwirklicht wurde. Die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule ging mit der Mobilisierung hunderttausender Menschen einher, weil sie einerseits ein Anliegen war, mit dem sich neben Schwulen und Lesben auch GegnerInnen der PP-Regierung identifizieren konnten, und, andererseits Anlass für katholisch-konservative Kreise, ihre Wertvorstellungen und Ziele zu thematisieren. Wie Pascale und Saiz (2005: 85) zeigen, hat dies dazu geführt, dass die Debatte über die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare von einer Armut an Argumenten gekennzeichnet war und vor allem als Konfrontation der beiden großen politischen Blöcke („dos grandes bloques mayoritarios“) - zugespitzt des PSOE und des PP - wahrgenommen wurde. Auch Platero (2005: 103) stellt fest, dass eine kritische Debatte über die Öffnung der Ehe weitgehend gefehlt hat.

Trotz dieses auffälligen Fehlens kritischer Stimmen - oder vielleicht gerade deshalb - setzte die Identifikation mit der Forderung der Lesben- und Schwulenbewegung weder den

⁷ „[E]stos temas le permiten argumentar la necesaria defensa de un modelo basado en la relación heterosexual como eje que garantiza la reproducción biológica y social.“

Wunsch, selbst zu heiraten voraus, noch selbst lesbisch oder schwul zu sein. Daher ist meine erste zentrale Vermutung, dass der Kampf um die Öffnung der Ehe eine Möglichkeit war, die Unzufriedenheit mit der Politik des PP, zu artikulieren. Eine Unzufriedenheit, die daher rührte, dass die PP-Regierung unter Ministerpräsident José María Aznar in ihrer zweiten Amtszeit ab dem Jahr 2000 dank ihrer absoluten Mehrheit einen relativ autoritären Regierungsstil pflegte und Prinzipien missachtete, die für die spanische Politik seit dem Ende der Franco-Diktatur konstitutiv waren, wie die ideologische Verortung Spaniens in Europa und die Nicht-Einmischung in Kriege (vgl. Sanz / Sánchez-Sierra 2005). Als sich zeigte, dass die Anschläge vom 11. März 2004, nicht - wie von der Regierung behauptet - der ETA, sondern einer islamistischen Terrorgruppe zuzuschreiben waren, führte das zum Ausbruch der schon seit längerem schwelenden Unzufriedenheit, was den PP letztlich den Wahlsieg gekostet haben könnte. Davon konnte der PSOE unter José Luis Rodríguez Zapatero profitieren und die Wahlen am 14. März überraschend gewinnen (vgl. Delgado / Lopes Nieto 2005).

Die Weichen für die Gleichstellung lesbischer und schwuler Lebensgemeinschaften waren aber schon früher gestellt, denn in der Opposition hatte der PSOE die Forderung in sein politisches Programm aufgenommen. Dass sich die spanischen Sozialdemokraten die Öffnung der Ehe zum Ziel gesetzt haben - und nicht etwa die Einführung einer Eingetragenen PartnerInnenschaft - hat damit zu tun, dass sich die Öffnung der Ehe als Teil eines hegemonialen Gegenprojekts zur Politik der PP besonders gut eignete. Weil in der Debatte über „el matrimonio gay“ die Konzepte Ehe und Familie im Zentrum standen, wurde offensichtlich, dass Teile der spanischen Gesellschaft und des PP sich nach fast dreißig Jahren immer noch nicht vom im Franquismus etablierten Ehe- und Familienbild verabschiedet hatten. Die Debatte über die Öffnung der Ehe war Teil einer ersten Aufarbeitung des Franquismus - so meine zweite zentrale Vermutung - sie war willkommenes Vehikel für all jene, die endlich mit dem Schweigegelübde brechen wollten.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich folgenden Hypothesen:

Hypothese 1: Mit der Verfassung von 1978 wurden allen Spanierinnen und Spaniern gleiche Rechte garantiert, gleichzeitig wirkten die im Franquismus etablierten Bedeutungen von Ehe und Familie, die auf der Ungleichheit der Geschlechter und einer Ausschließung von Lesben und Schwulen basierten, weiter.

Hypothese 2: Die Kämpfe der Frauen- und der LGBT-Bewegung für Gleichstellung in den 1970er und 1980er Jahren haben zu einer Destabilisierung dieser Bedeutungen geführt.

Hypothese 3: Durch die Zuspitzung der Forderung der Lesben- und Schwulenbewegung - von der rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften zur Öffnung der Ehe - wurden diese Brüche sichtbar.

Hypothese 4: Mit der Integration der Forderung in die Programmatik der Sozialistischen Partei, kam es zu der (Re-)Konstruktion eines Antagonismus zwischen einem politischen Projekt der Freiheit und Gleichheit und einem rechten politischen Projekt.

1.3 Theoretischer Rahmen und Methode

Ausgehend von den vorangestellten Überlegungen und Hypothesen werde ich den politischen Prozess analysieren, der zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Spanien geführt hat. Dabei bediene ich mich des diskurstheoretischen Ansatzes von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (1991[1985]), der postmarxistischen Diskursanalyse. Die von Laclau und Mouffe 1985 in ihrem Buch *Hegemony and Socialist Strategy* entwickelten Konzepte ermöglichen mir eine politische Analyse, die sich nicht auf die Rekonstruktion vermeintlicher „Fakten“ beschränkt, sondern die argumentativen Aspekte des politischen Prozesses ins Blickfeld nehmen kann.

Die grundlegende Hypothese eines jeden diskurstheoretischen Ansatzes ist, dass jede soziale Praxis - Wahrnehmung, Denken und Handlung - vor dem Hintergrund eines bereits vorstrukturierten Bedeutungsfeldes passiert (vgl. Laclau 1995: 59). Im Diskurs sind Bedeutung und Handlung verwoben, darüber hinaus lehnen Laclau und Mouffe (1991[1985]: 157) die Unterscheidung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Elementen ab. Auf die zentralen Konzepte und Argumente ihres Ansatzes werde ich in Kapitel 3 eingehen. Hier sei vorerst nur erwähnt, dass die mehr oder weniger sedimentierten Diskurse nach Laclau/Mouffe Resultate hegemonialer Praxen sind, deren Ziel es ist, sowohl politische als auch moralisch-intellektuelle Vorherrschaft in einem Bedeutungsfeld zu etablieren. Hegemoniale Praxen sind immer mit der Konstruktion sozialer Antagonismen verbunden, die über die Ausschließung eines radikalen und bedrohlichen „Außen“ passiert.

Aus diesen und weiteren noch zu erläuternden Konzepten werde ich ein Raster bilden, das meine Analyse von Dokumenten, Medienberichten und Stellungnahmen zur Öffnung der Ehe in Spanien strukturieren wird. Ich beschränke mich hier vor allem auf Materialien aus den Jahren 2004 und 2005, da die Debatte in diesen beiden Jahren - von der Ankündigung des neuen Ministerpräsidenten Zapatero am 15. April 2004, die Diskriminierung von Lesben und Schwulen in jeder Hinsicht zu beenden, bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 4. Juli 2005 - auf ihrem Höhepunkt war. Darüber hinaus habe ich im Juni 2006 zwei explorative Interviews in Wien geführt, eines mit einem führenden österreichischen AktivistIn der LGBT-Bewegung und eines mit einem spanischen Schwulen, der keiner Partei angehört und auch nicht in der LGBT-Bewegung aktiv ist. Im September 2006 habe ich außerdem in Madrid neun teilstrukturierte Interviews mit direkt in den politischen Prozess involvierten Männern und Frauen geführt. Während die ersten beiden Interviews noch hauptsächlich der Herausbildung der zentralen Fragestellung und der Hypothesen dienten, werden die anderen die Hauptgrundlage meiner Analyse bilden. Meine InterviewpartnerInnen waren einerseits AktivistInnen der spanischen Lesben- und Schwulenbewegung und/oder Vertreter der Sozialistischen Partei, andererseits führende Mitglieder jener Gruppierungen, die gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare mobilisiert haben.

1.4 Gliederung der Arbeit

Nachdem ich in der Einleitung sowohl die zentrale Forschungsfrage als auch die Hypothesen definiert habe, die meinen Forschungsprozess anleiten, werde ich im zweiten Kapitel die Voraussetzungen für die Einordnung der Öffnung der Ehe in Spanien schaffen. Ich werde die verschiedenen Formen der rechtlichen Anerkennung und Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften in Europa - und hier im Besonderen in der Europäischen Union - bezüglich ihrer rechtlichen Folgen vergleichen. Das soll eine Einschätzung ermöglichen, ob die spanische Regelung zum damaligen Zeitpunkt außergewöhnlich war. Ergänzend werde ich einige Länderbeispiele, die mir besonders interessant erscheinen, herausgreifen und näher beschreiben, allen voran Dänemark, wo die Eingetragene PartnerInnenschaft 1989 „erfunden“ wurde.

Außerdem werde ich darauf eingehen, welche institutionellen Faktoren die Gleichstellung lesbischer und schwuler PartnerInnenschaften begünstigen könnten. Für Europa wird in der

Sekundärliteratur zum Thema vor allem das europäische Anti-Diskriminierungsrecht - insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention und die Grundrechte-Charta der Europäischen Union - genannt. Andere AutorInnen konzentrieren sich vor allem darauf, welche Akteurinnen und Akteure im Prozess der Gleichstellung wichtig waren und sind. Die größte Bedeutung wird diesbezüglich der LGBT-Bewegung beigemessen. Auch stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie die großen Unterschiede bei der rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften in der EU erklärt werden können. Denn während in Spanien im Jahr 2005 die Ehe für lesbische und schwule Paare geöffnet wurde, wurde in Österreich erst fünf Jahre später die *Eingetragene Partnerschaft* für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt, die sich von der Ehe - die weiter heterosexuellen Paaren vorbehalten bleibt - stark unterscheidet, in Italien beispielsweise steht eine rechtliche Anerkennung überhaupt noch aus. Hier sind auch innerhalb der Europäischen Union nach wie vor Fallstudien notwendig, die wertvolle Hinweise liefern könnten, wie sich diese Unterschiede erklären lassen.

Als theoretischen Rahmen für meine Analyse des spanischen Falls habe ich die poststrukturalistische Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe gewählt. Sie erlaubt mir die These, dass die Forderung nach der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften besonders dann verwirklicht werden kann, wenn sie als Teil eines größeren politischen Projekts wahrgenommen wird. Im dritten Kapitel werde ich daher auf die zentralen Konzepte der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe eingehen. Diese sind *Diskurs*, *Artikulation*, *Hegemonie*, *Antagonismus* und *Knotenpunkt* („nodal point“).

Das vierte Kapitel soll meine Analyse in einen historischen, sozialen und politischen Kontext stellen. Ich werde darauf eingehen, dass Spanien lange Zeit auch in der wissenschaftlichen Forschung als „anders“ wahrgenommen wurde. Als Ursache dafür wurde die spezifisch „iberisch-katholische“ politische Kultur des Landes ausgemacht, welche einer demokratischen Entwicklung im Weg stehe. Angesichts dessen überraschend schnell konsolidierte sich nach 1975 die spanische Demokratie. Die Transition - der Übergang zur Demokratie - verlief beinahe reibungslos, potentiell „gefährliche“ Konflikte wurden in einem Konsens aufgelöst, der unter anderem darin bestand, über die Verbrechen im Bürgerkrieg und während der Franco-Diktatur zu schweigen (*pacto de silencio*). Ich werde auch die wichtigsten Entwicklungen im politischen System Spaniens seit dem Ende der Transition 1982 beschreiben. Besonders berücksichtigen werde ich dabei die beiden großen Parteien,

die Sozialistische Partei (PSOE) und die konservative Partido Popular (PP), sowie die Entwicklung der spanischen LGBT-Bewegung.

Im zweiten Teil des vierten Kapitels werde ich das „Gesetz über die Änderung des Zivilrechts bezüglich der Eheschließung“ (Ley 13/2005), mit dem die Ehe für lesbische und schwule Paare geöffnet wurde, beschreiben. Außerdem werde ich die Debatte, die in den Jahren vor dem Gesetzesbeschluss und den Monaten danach stattfand, nachzeichnen. Eine Zeittafel, in der die wichtigsten Ereignisse noch einmal festgehalten werden, beschließt das vierte Kapitel.

Das fünfte Kapitel ist der Analyse des politischen Prozesses gewidmet, der zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Spanien geführt hat. Durch die Demokratisierung mit Abstrichen, was die Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit betraf, war das *Feld der Diskursivität*, jener Überschuss an Bedeutung, der durch das Aufeinandertreffen verschiedener Diskurse erzeugt wird, bis zur Mitte der 1990er Jahre partiell fixiert. Bestimmte Wahrnehmungen, Handlungen, Politiken waren dadurch möglich, bestimmte nicht. Ich werde in diesem Zusammenhang „Normalisierung“ als *Knotenpunkt* identifizieren, über den diese partielle Fixierung erfolgte. Unter Normalisierung verstehe ich die Entwicklung Spaniens zu einer normalen, westlichen Demokratie, die aber nicht mit dem Ende der Transition abgeschlossen war, sondern das Feld der Diskursivität, wie ich zeigen werde, bis Mitte der 1990er Jahre teilweise fixierte.

Darauf aufbauend werde ich hinterfragen, was Ehe und Familie in Spanien bedeuteten und bedeuten. Ich möchte die *Überdeterminierung* (Überladung mit Bedeutung) von Ehe und Familie im Franquismus aufzeigen. Darunter verstehe ich auf der einen Seite die große Rolle, die Ehe und Familie in der Ideologie des Regimes - vor allem als Keimzelle des autoritären Staates und wahre Bestimmung im Leben einer Frau - spielten. Auf der anderen Seite war diese Ideologie mit bestimmten Praxen verbunden: so gab es keine Zivilehe, sondern nur die Kirchliche Eheschließung; Scheidung und Verhütung waren verboten. Durch die Transition wurden Ehe und Familie dieser Bedeutungen teilweise entleert. An ihre Stelle traten neue Elemente, die eine Ehe ausmachen sollten, wie Zuneigung und Freiwilligkeit. Dadurch - so meine Argumentation - war es der LGBT-Bewegung möglich, sich die Begriffe anzueignen und sie mit einer neuen Bedeutung zu belegen. Eine Bedeutung von Ehe und Familie, in der lesbische und schwule PartnerInnenschaften integriert sind, konnte sich durchsetzen. Dies erfolgte über die Konstruktion eines Antagonismus zwischen einem Diskurs der Gleichheit und einem rechten Diskurs der Ungleichheit, in dem die franquisti-

schen Bedeutungen von Ehe und Familie eine große Rolle spielten und der durch den Partido Popular, konservative Teile der Katholischen Kirche und dem *Opus Dei* nahe stehende Organisationen verkörpert wurde.

Der Gleichheitsdiskurs der LGBT-Bewegung stand nicht allein. Er war Teil eines hegemonialen politischen Projekts der Freiheit und Gleichheit, wie ich zeigen werde. In diesem Projekt spielte die Sozialistische Partei eine bedeutende Rolle, die von dem Diskurs der Gleichheit nicht nur profitierte, sondern diesen durch ihre Politik auch veränderte und stärkte. Das hegemoniale politische Projekt der Freiheit und Gleichheit war jedoch mehr als die Politik der Sozialistischen Partei seit der Wahl von José Luis Rodríguez Zapatero zum Generalsekretär. Es war ein Projekt, das möglich wurde, weil sich das Feld der Diskursivität um die Jahrtausendwende veränderte. Neue Diskurse konnten die partielle Fixierung über den Knotenpunkt Normalisierung aufbrechen.

In einem Schlusswort werde ich die wichtigsten Ergebnisse meiner Analyse zusammenfassen. Daran anschließend möchte ich diskutieren, welche Schlüsse daraus für den Kampf von LGBT-Bewegungen um Gleichstellung in anderen Ländern gezogen werden könnten. Außerdem soll eine erste Bewertung der aktuellen Entwicklungen in Spanien erfolgen, wo die sozialistische Regierung am 20. November 2011 abgewählt wurde. Es war die schwerste Wahlniederlage in der Geschichte der Sozialistischen Partei Spaniens. Es stellt sich die Frage, ob das politische Projekt der Freiheit und Gleichheit damit gescheitert ist.

Ich als Spanier, fühl ich mich stolz, dass im zweiten oder dritten Land der Welt Homosexuelle heiraten dürfen. Diesmal haben wir es nicht nachgemacht. Das war wie okay, endlich mal was von unserer Seite.

Interview I (Übersetzung C.E.)

2 Die (Nicht-)Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften im europäischen Vergleich

Dieses Kapitel will die Voraussetzungen für eine Einordnung der Öffnung der Ehe in Spanien schaffen. Im ersten Teil werde ich die verschiedenen Formen der rechtlichen Anerkennung und Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften in Europa - und hier im Besonderen in der Europäischen Union - bezüglich ihrer rechtlichen Folgen vergleichen. Das soll eine Einschätzung ermöglichen, ob die spanische Regelung zum damaligen Zeitpunkt außergewöhnlich war, denn mittlerweile ist diese Frage nicht mehr so einfach zu beantworten. Fast alle EU-Staaten haben gleichgeschlechtliche PartnerInnenschaften mittlerweile in der einen oder anderen Form anerkannt. Einige Staaten haben, wie Spanien, die Ehe für lesbische und schwule Paare geöffnet. Mehrere Staaten haben gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften anerkannt und diese mit einigen Ehe-ähnlichen Rechten und Pflichten ausgestattet. Die große Mehrheit der EU-Staaten aber hat Eingetragene PartnerInnenschaften für lesbische und schwule Paare eingeführt, die eine Art Ersatz-Ehe - meist mit weniger Rechten und Pflichten als die heterosexuelle Ehe - darstellen und nur gleichgeschlechtlichen Paaren offen stehen. Ich möchte auch erläutern, welche Rechte gleichgeschlechtlichen Paaren eher zugestanden werden, und, welche ihnen vorenthalten werden. Ergänzend werde ich einige Länderbeispiele, die mir besonders interessant erscheinen, herausgreifen und näher beschreiben, allen voran Dänemark, wo die Eingetragene PartnerInnenschaft 1989 „erfunden“ wurde.

Im zweiten Teil werde ich darauf eingehen, welche institutionellen Faktoren die Gleichstellung lesbischer und schwuler PartnerInnenschaften begünstigen könnten. Dass soll es mir ermöglichen, meine Kategorien für die Beschreibung und Analyse des spanischen Falls in den Kapiteln vier und fünf zu verfeinern. Für Europa wird in der Sekundärliteratur zum Thema vor allem das europäische Anti-Diskriminierungsrecht - insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention und die Grundrechte-Charta der Europäischen Union - und seine Auslegung durch die entsprechenden Institutionen genannt. Andere AutorInnen konzentrieren sich vor allem darauf welche AkteurInnen im Prozess der Gleichstellung

wichtig waren und sind. Die größte Bedeutung wird diesbezüglich der LGBT-Bewegung beigemessen. Die Politikwissenschaftlerin Kelly Kollman (2007), deren Untersuchung einen Beitrag zur Debatte über Politikkonvergenz durch Globalisierung leisten will, spricht sogar von einem transnationalen Netzwerk von LGBT-Interessengruppen. Auch die sozio-kulturellen Rahmenbedingungen könnten Hinweise darauf liefern, warum manche Länder den Weg der völligen Gleichstellung gehen, während in anderen sogar die rechtliche Anerkennung noch aussteht, genannt wird hier zum Beispiel die Religiosität. Zum Abschluss des Kapitels möchte ich - wieder anhand Dänemarks - zeigen, welche Rolle die nationale Debatte über die Gleichstellung selbst spielt.

2.1 Manche sind gleicher: Registriert, eingetragen und/oder verheiratet

EU-BürgerInnen können sich in jedem Land der Europäischen Union niederlassen und dort arbeiten. Heiraten dürfen sie auch, wo immer und wen immer sie wollen, außer sie sind schwul oder lesbisch. Dann macht es einen großen Unterschied, in welchem Land sie leben oder welchem Staat sie angehören. Im Folgenden werde ich die verschiedenen Formen der rechtlichen Anerkennung und Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften in Europa beschreiben und miteinander vergleichen. Der Vergleich wird durch exemplarische Länderbeispiele ergänzt. Ich habe hier die *Eingetragene Lebenspartnerschaft* in Deutschland und den *Pacte Civile de Solidarité* in Frankreich ausgewählt; zwei sehr konträre Regelungen, anhand derer ich die große Bandbreite an Möglichkeiten zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften ausloten will. Beginnen möchte ich mit einer Beschreibung der Eingetragenen PartnerInnenschaft in Dänemark. Das dänische Beispiel scheint mir besonders interessant und aufschlussreich, weil es deutlich macht, dass die Entwicklung mit der Einführung einer bestimmten Form der rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare nicht abgeschlossen sein muss.

Die Registreret Partnerskab in Dänemark

Vor mehr als zwei Jahrzehnten führte Dänemark als erstes Land der Welt die Eingetragene PartnerInnenschaft für lesbische und schwule Paare ein. Am 1. Oktober 1989 trat das Gesetz über die *Registreret Partnerskab* in Kraft. Die Registrierte PartnerInnenschaft steht nur gleichgeschlechtlichen Paaren offen und ist mit ähnlichen Rechten (und Pflichten) wie eine Eheschließung verbunden. Die PartnerInnen sind automatisch erbberechtigt - die Erbschaftssteuer ist ebenso niedrig wie für EhepartnerInnen - und verpflichtet für den Unter-

halt ihres Partners/ihrer Partnerin zu sorgen. Wollen sie ihre PartnerInnenschaft auflösen, müssen sie ein Scheidungsverfahren anstrengen. Sie können verpflichtet werden, Unterhalt zu zahlen und unter Umständen können sie verpflichtet sein, die Steuerschulden ihres Partners/ihrer Partnerin zu begleichen (vgl. Lund-Andersen 2003 und Rule 02.10.1989). In einigen Punkten unterschied sich die Registrierte PartnerInnenschaft, wie sie 1989 in Dänemark eingeführt wurde, aber von der Ehe. Der wichtigste: Weder konnten lesbische und schwule Paare gemeinsam ein Kind adoptieren, noch war die Stiefkindadoption möglich – den PartnerInnen war es also nicht erlaubt, das leibliche oder adoptierte Kind der anderen Partnerin/des anderen Partners zu adoptieren.

Im Jahr 2011 ist das anders. Bereits 1999 wurde in einem Zusatz zum Gesetz über die Registrierte PartnerInnenschaft die Stiefkindadoption erlaubt⁸. Seit 2010 können lesbische und schwule Paare, die eine Registrierte PartnerInnenschaft eingegangen sind, auch gemeinsam Kinder adoptieren (vgl. The Copenhagen Post Online 05.05.2010). Ein weiterer Unterschied zu einer Eheschließung ist, dass sich lesbische und schwule Paare nicht in der Kirche registrieren lassen können⁹, doch auch diese Diskriminierung könnte bald Geschichte sein. Die dänische Regierung hat die Öffnung der Ehe für lesbische und schwule Paare angekündigt. Ein Gesetz, das Lesben und Schwulen die Eheschließung am Standesamt aber auch in der Kirche erlauben soll, ist in Planung (vgl. The Copenhagen Post Online 21.10.2011). Die Registrierte PartnerInnenschaft dürfte bald ausgedient haben.

„With this sort of solution (which cannot be too faraway), the Registered Partnership Act has played an important role as an interim arrangement, which has had a tremendous symbolic importance, and which, internationally, has cleared the way for radical solutions in many countries” (Lund-Andersen 2003: 23).

In Dänemark hat sich also im Verlauf der letzten zwanzig Jahre die Argumentation durchgesetzt, dass lesbischen und schwulen PartnerInnenschaften exakt die gleichen Rechte zugestanden werden müssten, wie heterosexuellen EhepartnerInnen. Die Rechte Eingetragener PartnerInnen wurden ausgeweitet, so dass die Öffnung der Ehe mittlerweile ein nur noch symbolischer Akt wäre. Andere Staaten hätten Dänemark bei der Gleichstellung les-

⁸ Sofern es sich beim zu adoptierenden Kind nicht um ein Adoptivkind aus dem Ausland handelte (vgl. Lund-Andersen 2003: 17).

⁹ Was einer Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare entspricht, da in den skandinavischen Ländern eine Eheschließung durch die (Staats-)Kirche auch staatlich anerkannt ist. Zu der Debatte zum Beispiel in Norwegen vgl. Schanke 2004.

bischer und schwuler Paare durch die Öffnung der Ehe sogar überholt, so das Narrativ¹⁰. Jetzt sei es an der Zeit, den holprigen Begriff „gleichgeschlechtliche Eingetragene Lebenspartnerschaft“ endlich über Bord zu werfen (vgl. The Copenhagen Post Online 10.05.2001 und 21.10.2011). Dänemark - vor 22 Jahren noch Vorreiter in Sachen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften - wird in Ländervergleichen mittlerweile als eines von zahlreichen Ländern kategorisiert, in denen eine Eingetragene PartnerInnenenschaft existiert. Welche Formen der rechtlichen Anerkennung und Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften es in anderen europäischen Ländern gibt, beschreibe ich im folgenden Abschnitt.

Die verschiedenen Regelungen in Europa

Fast alle westeuropäischen Länder sind dem dänischen Beispiel gefolgt und haben Schritte zur rechtlichen Anerkennung und Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare gesetzt, wie Weeks (2008: 787) feststellt. Die Ausnahmen sind Griechenland und Italien¹¹.

„As late as the early 1990s, Denmark’s initiative, and the parallel efforts to get the Hawaiian Supreme Court to recognize same-sex marriage in the USA, seemed almost quixotic. But by the turn of the Millennium it had become a key issue in the LGBT world itself, and important apparently a priority for progressive governments (and a potent symbolic issue for conservative governments and movements) throughout western democracies” (Weeks 2008: 787).

An erster Stelle sind hier die anderen skandinavischen Staaten zu nennen. Wie es sich auch in Dänemark abzeichnet, ist in Norwegen, Schweden und Island, wo die Eingetragene PartnerInnenenschaft für gleichgeschlechtliche Paare schon vor beinahe zwei Jahrzehnten eingeführt wurde, in den letzten drei Jahren nun die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet worden. Die jeweiligen Gesetze über die Eingetragene PartnerInnenenschaft sind mit der Öffnung der Ehe außer Kraft getreten. Die Möglichkeit, eine Ehe am Standesamt einzugehen, besteht damit derzeit in sieben europäischen Ländern, in **den Niederlanden** (Gesetz verabschiedet im Dezember 2000), **Belgien** (Gesetz verabschiedet im Jänner

¹⁰ Vgl. zu dieser Betrachtungsweise Waaldijk 2001 (439f.). Für ihn ist die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in den Niederlanden der natürliche letzte Schritt auf dem Weg zur völligen Gleichstellung von Lesben und Schwulen. In den europäischen Staaten habe ein Prozess stattgefunden, in dessen Verlauf Lesben und Schwule diskriminierende Gesetze immer weiter liberalisiert worden seien. Das Muster beinhalte die Entkriminalisierung der Homosexualität, die Angleichung des Mindestalters für sexuelle Kontakte und eine Anti-Diskriminierungsgesetzgebung. Mit der Anerkennung von lesbischen und schwulen PartnerInnenschaften sei dieser Prozess abgeschlossen.

¹¹ Kanada und Südafrika haben die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet, nur in den USA steht ein Bundesgesetz über die Gleichstellung lesbischer und schwuler PartnerInnenschaften nach wie vor aus (vgl. Weeks 2008: 787).

2003), **Spanien** (Gesetz verabschiedet im Juni 2005), **Norwegen** (Gesetz verabschiedet im Juni 2008), **Schweden** (Gesetz verabschiedet im April 2009), **Portugal** (Gesetz verabschiedet im Februar 2010) und **Island** (Gesetz verabschiedet im Juni 2010).

Außer in Portugal schließt die standesamtliche Ehe in den genannten Ländern auch das Recht auf Adoption ein, wobei in Spanien und den Niederlanden die Fremdkindadoption auf einheimische Kinder beschränkt ist; eine internationale Adoption, also von Kindern aus dem Ausland, ist in Belgien und Schweden möglich.

Einen ersten Überblick gibt die Europakarte der *Homosexuellen Initiative Wien*¹²:

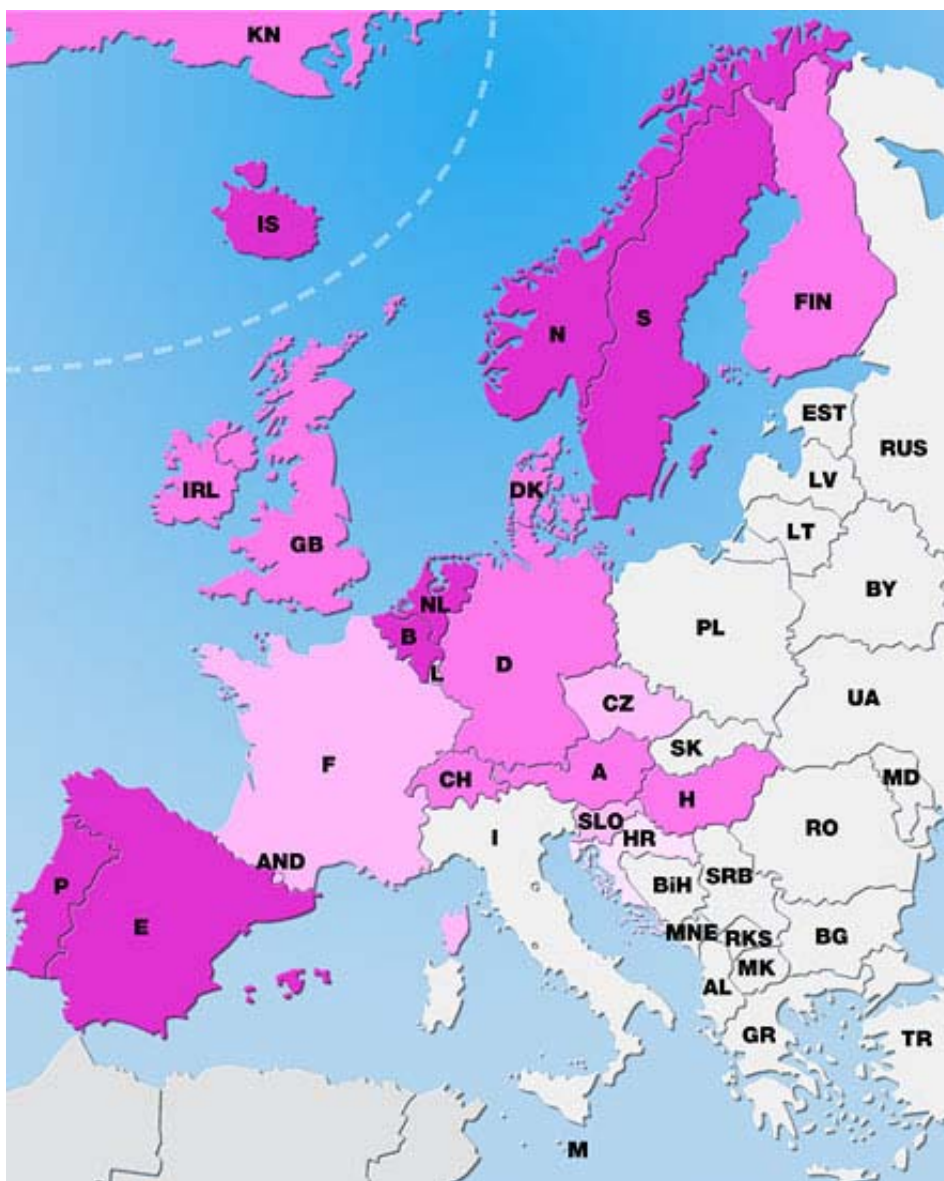


Abbildung 1: Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften in Europa

¹² <http://www.hosiwien.at/wir-wollen-heiraten/europakarte/>

In Ländern, die auf der Karte lila eingefärbt sind, wurde die standesamtliche Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Dunkelrosa sind jene Länder, in denen eine Eingetragene PartnerInnenschaft für schwule und lesbische Paare existiert, deren Rechtsfolgen in weiten Teilen der Ehe ähneln¹³. Rosa steht in der Europakarte für die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften samt behördlicher Eintragungsmöglichkeit mit deutlich geringeren Rechten und Pflichten als sie eine Eheschließung mit sich bringt. Hellrosa eingefärbt sind jene Länder, in denen gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften rechtlich anerkannt werden. Es besteht aber keine Form der Eintragung oder Registrierung. In Ländern, die weiß geblieben sind, fehlt bisher jegliche rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften.

Um die Bandbreite der Regelungen zu verdeutlichen, möchte ich im Folgenden auf zwei sehr konträre Beispiele eingehen, die *Eingetragene Lebenspartnerschaft* in Deutschland (auf der Karte rosa eingefärbt) und den *Pacte Civile de Solidarité* (PaCS) in Frankreich (auf der Karte hellrosa).

Die *Eingetragene Lebenspartnerschaft* in Deutschland und der PaCS in Frankreich: „Ersatz-Ehe“ und „Ehe light“

Seit 1. August 2001 existiert in Deutschland die *Eingetragene Lebenspartnerschaft* für gleichgeschlechtliche Paare. Ob und wie sehr sie der Ehe ähnelt ist nicht auf den ersten Blick erkennbar. Schon im Koalitionsabkommen hatte sich die 1998 an die Macht gekommene rot-grüne Regierung zum Ziel bekannt, die Diskriminierung lesbischer und schwuler Paare zu beenden; andererseits war schon in der Phase des Entwurfs für das Lebenspartnerschaftsgesetz nie vorgesehen, die Ungleichbehandlung gänzlich zu beseitigen. Nach Thorn (2003) ist der Grund dafür in Artikel 6 des Grundgesetzes zu finden, wonach der Staat verpflichtet ist, Ehe und Familie zu schützen. Trotzdem ist die *Eingetragene Lebenspartnerschaft* in weiten Teilen mit der Ehe identisch. „[T]o disguise this the legislator invented a whole set of new legal terms and named the same legal concepts differently from marriage causing some confusion“ (Thorn 2003: 85). Im Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft nicht vorgesehen ist aber die gemeinsame Adoption eines Kindes. Die PartnerInnen können jedoch als Individuen Kinder adoptieren, seit 2005 ist auch die Stief-

¹³ Sowohl die Eingetragene PartnerInnenschaft in Großbritannien als auch - angesichts der aktuellen Entwicklungen - die dänische Form der Eingetragenen PartnerInnenschaft stechen hier hervor. „Instead of a principled debate about the merits of marriage, the UK simply reproduced marriage law wholesale but called it something else, thus avoiding much religious opposition“ (Weeks 2008: 791). Auch die *Registreret Partnerskab* entspricht mittlerweile einer Ehe, sie kann bisher aber nicht in der Kirche geschlossen werden.

kindadoption, also die Adoption des leiblichen Kindes des Partners/der Partnerin, möglich (vgl. Thorn 2003 und diestandard 31.07.2006).

In Frankreich wurde 1999 der *Pacte Civile de Solidarité* (PaCS) beschlossen. Der augenscheinlichste Unterschied zu den meisten Formen der Eingetragenen PartnerInnenschaft ist, dass der PaCS heterosexuellen und gleichgeschlechtlichen Paaren offen steht, die ihr gemeinsames Leben organisieren wollen. Er stellt also keine „Ersatz-Ehe“ für Lesben und Schwule dar, sondern ist vielmehr eine Art „Ehe light“, eine neue Form der rechtlichen Absicherung für jene heterosexuellen Paare, die keine Ehe eingehen wollen, und die einzige (für große Teile der französischen Lesben- und Schwulenbewegung immer unbefriedigendere) Option für lesbische und schwule Paare, die eine rechtliche Absicherung und Anerkennung ihrer PartnerInnenschaft anstreben. Der PaCS entspricht weniger einer Eheschließung, als vielmehr einem Vertrag zwischen zwei Individuen, der nach bestimmten allgemeinen Regeln aufgesetzt und dann vom Bezirksgericht bestätigt wird. Die PartnerInnen sind verpflichtet, einander zu helfen, die Details können allerdings individuell gestaltet werden. Was das Verhältnis zum Staat betrifft, hat der PaCS vor allem Auswirkungen im Steuerrecht; das Vermögen und Einkommen beider PartnerInnen wird für die Berechnung der Einkommens¹⁴- und Vermögenssteuer herangezogen. Mit dem PaCS gehen für die PartnerInnen auch bestimmte Verbesserungen im Arbeitsrecht einher, wie der Anspruch auf einen gemeinsamen Urlaub, wenn beide im selben Unternehmen arbeiten (vgl. Tracol 2003, Borillo/Fassin 2004: 20f. und The Washington Post 11.12.2004).

Obwohl beide Regelungen sehr unterschiedlich sind, fällt auf, dass es eine Gemeinsamkeit gibt. Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich ist registrierten Paaren die gemeinsame Adoption eines Kindes nicht erlaubt, auch medizinisch unterstützte künstliche Fortpflanzung bleibt in beiden Ländern heterosexuellen Paaren vorbehalten. Gibt es also ein Muster, welche Rechte lesbischen und schwulen Paaren zugestanden werden und welche Rechte ihnen eher vorenthalten werden?

Unterschiedliche rechtliche Folgen von Ehe und Eingetragener PartnerInnenschaft

Mit der Frage, ob es bestimmte Rechte sind, die gleichgeschlechtlichen Paaren vorenthalten werden, beschäftigt sich eine von Kees Waaldijk (2005) herausgegebene Studie. Juris-

¹⁴ Für besonders viel Kritik von Seiten der Lesben- und Schwulenbewegung sorgte, dass Paare den Anspruch auf gemeinsame und damit meist niedrigere Einkommenssteuerberechnung erst drei Jahre nach dem Abschließen des PaCS geltend machen konnten. Seit einer Änderung 2005 sind allerdings alle PaCS-Paare zu einer gemeinsamen Einkommenssteuererklärung verpflichtet.

tInnen vergleichen die rechtlichen Konsequenzen von Ehe, Registrierter PartnerInnen-schaft und informeller Lebensgemeinschaft in neun europäischen Ländern¹⁵. Um die komplexe vergleichende Analyse zu ermöglichen, führen die AutorInnen das Konzept „levels of legal consequences“ ein. Dadurch haben sie, erstens, die Möglichkeit zu beurteilen, ob und bis zu welchem Grad, die Registrierte PartnerInnenschaft, wie sie in einem bestimmten Land verwirklicht wurde, der Ehe gleichgestellt ist. Zweitens, können sie dadurch die neun Länder miteinander vergleichen und Ähnlichkeiten und Unterschiede benennen und drittens, die In- oder Exklusion von gleichgeschlechtlichen PartnerInnenschaften dokumentieren.

Dabei zeigt sich, dass die rechtlichen Konsequenzen einer Eheschließung in den verschiedenen Ländern ähnlich, die rechtlichen Konsequenzen einer Registrierten PartnerInnenschaft sich aber erheblich unterscheiden. In allen neun Ländern hatten gleichgeschlechtliche Paare zum Zeitpunkt der Datenerhebung keinen Zugang zu sämtlichen Rechten, die mit der heterosexuellen Ehe verbunden waren. Dies gilt vor allem für jene Rechte, die mit Eltern- und StaatsbürgerInnenschaft zu tun haben (vgl. Waaldijk 2005a: 3f., Waaldijk 2005b: 12-15, Waaldijk 2005c: 47 und Fassin 2005: 188f.).

Eine Gemeinsamkeit haben die Regelungen in den verschiedenen Ländern allerdings. Wie der Soziologe Barry D. Adam (2004: 273) feststellt, sind sie kaum auf besondere Bedürfnisse lesbischer und schwuler Paare zugeschnitten, vielmehr orientieren sie sich an den geltenden Bestimmungen für heterosexuelle (Ehe-)Paare. Spezielle Bedürfnisse und die Vielfalt gleichgeschlechtlicher Beziehungen hätten keine Rolle gespielt.

„Gay and lesbian relationship recognition has been coming about as a concession or exception made to a minority group, rather than being integrated into an overall state strategy to support families *as they are*. As a result, various jurisdictions have been piecing together inconsistent sets of rights and responsibilities associated with marriage while withholding other legal elements” (Adam 2004: 273, Hervorhebung im Original).

¹⁵ Bei den Ländern handelt es sich um Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Island, Niederlande, Norwegen und Schweden.

2.2 Rahmenbedingungen der Gleichstellung lesbischer und schwuler Paare

Der Vergleich der verschiedenen rechtlichen Regelungen zeigt, dass es vor allem in Westeuropa seit rund zwanzig Jahren einen Trend zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften gibt. Es stellt sich daher erstens die Frage, was waren und sind die Rahmenbedingungen der Gleichstellung in Europa. Als institutionelle Faktoren, die die Gleichstellung begünstigt haben könnten, werden in den Studien zum Thema vor allem das europäische Anti-Diskriminierungsrecht und eine starke LGBT-Bewegung vermutet. Auf beides möchte ich im Folgenden eingehen. Zweitens ist aber auch zu fragen, warum die (Nicht-)Regelungen auch innerhalb Westeuropas so unterschiedlich sind. Eine Vermutung dazu ist, dass ein hoher Anteil religiöser Personen in der Bevölkerung die rechtliche Anerkennung lesbischer und schwuler Paare erschweren könnte. Auch diesen Zusammenhang werde ich näher beleuchten. Weil ich davon ausgehe, dass auch die Beschaffenheit der nationalen Debatte über die Gleichstellung lesbischer und schwuler Paare selbst, eine große Rolle für das Ergebnis spielt, möchte ich anhand einer Studie zur Debatte vor der Einführung der Registrierten PartnerInnenschaft in Dänemark zeigen, welche Argumente und Bedeutungen eine Rolle spielen könnten.

Anti-Diskriminierungsrecht und Anti-Diskriminierungspolitik auf europäischer Ebene

Wichtig für die Entwicklung in Europa sind die Europäische Menschenrechtskonvention, der Europarat und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg. Nach Graupner (2005) hat sich der EGMR allerdings nicht unbedingt als Vorreiter in Sachen Anti-Diskriminierung und Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften erwiesen, vielmehr habe der EGMR mit seiner Rechtsprechung auf die fortschreitende Gleichstellung und Abschaffung von Diskriminierungen in zahlreichen Nationalstaaten reagiert.

„In the case of a total ban on homosexual relations, for instance, it took the repeal of laws in nearly all European states, triggered by three revolutions, the French, the Russian and the Sexual, before the Convention organs declared it a human rights violation, just a handful of countries still kept such a ban“ (Graupner 2005: 119).

Es ist aber anzunehmen, dass Staaten, die das Totalverbot für homosexuelle Beziehungen noch aufrecht erhalten hatten, durch die geänderte Rechtsprechung des EGMR unter Druck

kamen, das Verbot ebenfalls aufzuheben. Ähnliches gilt für Gerichtsurteile, die lesbische oder schwule Eltern wegen ihrer sexuellen Orientierung beim Sorgerecht benachteiligen oder jene Gesetze, durch die gleichgeschlechtliche Paare gegenüber heterosexuellen Paaren diskriminiert sind. Auch hier hat sich die Position des EGMR in den letzten Jahren stark zugunsten der lesbischen und schwulen BeschwerdeführerInnen verändert (vgl. Graupner 2005: 116f). Ein Beispiel dafür ist der Fall „Karner gegen Österreich“. Im Juni 2003 entschied der EGMR, dass Siegmund Karner nach dem Tod seines Lebensgefährten der Eintritt in den Mietvertrag gewährt hätte werden müssen, wie das bei heterosexuellen Lebensgefährten der Fall sei. Im Urteil begründet der EGMR die Entscheidung mit dem *Diskriminierungsverbot*¹⁶ und dem *Recht auf Achtung der Wohnung*¹⁷ (vgl. Tahmindjis 2005: 14f. und Graupner 2005: 117). Das Urteil war Wasser auf die Mühlen von LGBT-Organisationen in Österreich, die schon lange die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften durch entweder eine Eingetragene PartnerInnenschaften oder die Öffnung der Ehe gefordert hatten (HOSI 24.07.2003). Österreich reagierte auf die Verurteilung mit der rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften.

Heute betrachtet der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Diskriminierung von Lesben und Schwulen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung als inakzeptabel und genau so schwerwiegend wie die Diskriminierung aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, der Religion oder des Geschlechts. Auch auf die Debatte über die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in immer mehr europäischen Staaten hat der EGMR reagiert. Bis 1986 war die gleichgeschlechtliche Ehe weder für den EGMR noch für die nationalen Gerichtshöfe eine Frage der Menschenrechte. Im Jahr 2002 hat Straßburg erstmals zugunsten einer Beschwerdeführerin entschieden, deren Recht, eine Ehe mit einem Mann einzugehen, wegen ihrer Transsexualität missachtet worden war. In der Begründung des Urteils weist der Gerichtshof darauf hin, dass die Institution der Ehe bedeutenden Veränderungen unterworfen war, auch Medizin und Wissenschaft hätten dramatischen sozialen Wandel gebracht (Graupner 2005: 117 und 121).

Dass selbst die Adoption eines Kindes ein von der Europäischen Menschenrechtskonvention geschütztes Recht sein kann, darauf verweist ein Urteil aus dem Jahr 2008. In der Rechtssache E.B. gegen Frankreich entschied der EGMR zugunsten einer lesbischen Beschwerdeführerin, der eine Einzeladoption verwehrt blieb, weil es in ihrem Haushalt kein

¹⁶ Artikel 14 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

¹⁷ Artikel 8 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

männliches Vorbild gäbe. Der EGMR begründete seine Entscheidung mit Artikel 8, dem Recht auf Privatleben, dieses sei weit zu fassen und schließe das Recht auf Achtung der Entscheidung, ob man ein Kind haben möchte oder nicht, ein (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte / Europarat 2011: 96).

In der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die im Dezember 2000 feierlich proklamiert wurde, kommt Artikel 9¹⁸ - das Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen - ohne die Referenz auf „Mann“ und „Frau“ aus, und zwar zweifellos beabsichtigt und im Gegensatz zum entsprechenden Artikel 12 der - immerhin auch fast ein halbes Jahrhundert älteren - Europäischen Menschenrechtskonvention¹⁹ (vgl. Graupner 121). Die Charta ist seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009 rechtlich bindend, für Nationalstaaten allerdings lediglich bei der Umsetzung von EU-Recht (vgl. Agentur der Europäischen Union für Grundrechte / Europarat 2011: 16).

Schon zuvor, mit dem Vertrag von Amsterdam - unterzeichnet 1997 und in Kraft getreten 1999 - hat die EU Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung verboten. Es war das erste Mal, dass ein bindender internationaler Vertrag ein Diskriminierungsverbot enthielt, das die Kategorie *sexuelle Orientierung* explizit einschloss. Innerhalb der EU-Institutionen ist das Europäische Parlament (EP) der Motor der Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik der EU. Seit 1994 ist die sexuelle Orientierung Bestandteil seines jährlichen Berichts über die Menschenrechtssituation in Europa (Kollman 2007). Das EP nützt damit seine Möglichkeiten, jene Mitgliedstaaten, in denen Lesben und Schwule immer noch diskriminiert wurden (werden), zu rügen und Druck auf Beitrittskandidaten auszuüben. In einer Resolution von 1998 wird festgehalten, dass Staaten, die die Menschenrechte von Lesben und Schwulen durch Gesetze oder ihre Politik verletzen, nicht der Europäischen Union beitreten dürfen. In den letzten Jahren kritisieren die EU-Abgeordneten verstärkt Diskriminierung von EU-BürgerInnen, weil ihre in einem Staat geschlossene gleichgeschlechtliche Ehe oder Eingetragene PartnerInnenschaft in einem anderen Staat nicht anerkannt wird. 2006 forderten die Abgeordneten die EU-Mitgliedstaaten in einer Resolution auf, die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare anzuerkennen (European Parlia-

¹⁸ Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Artikel 9: Das Recht, eine Ehe einzugehen, und das Recht, eine Familie zu gründen, werden nach den einzelstaatlichen Gesetzen gewährleistet, welche die Ausübung dieser Rechte regeln.

¹⁹ Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Artikel 12 – Recht auf Eheschließung: Männer und Frauen im heiratsfähigen Alter haben das Recht, nach den innerstaatlichen Gesetzen, welche die Ausübung dieses Rechts regeln, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen.

ment 18.01.2006). Dass auch hier das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung angewendet werde, das sei das Mindeste, bemerkte in einer Debatte im September 2010 die liberale dänische Abgeordnete Sophia In't Veld, „we do it for jam, and wine, and beer, why don't we do it for marriage and for relationships?“ (European Parliament September 2010). Dass sich gerade das Europäische Parlament für die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften stark macht, führt Kollman (2007) unter anderem auf erfolgreiches Lobbying zurück, wie ich im Folgenden erläutern werde

Gleichgeschlechtliche Paare zwischen Menschenrechten und Neoliberalismus

Die Förderung der Gleichstellung lesbischer und schwuler PartnerInnenschaften durch das Europäische Parlament ist nach Kollman (2007) zu einem großen Teil dem intensiven Lobbying eines transnationalen Netzwerks von LGTB-Interessengruppen zu verdanken. Auch beim Europarat betrieb das Netzwerk Lobbying, allerdings nicht ganz so erfolgreich. Die wichtigste LGBT-Interessengruppe ist der weltweite Dachverband der Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen-, Trans- und Intersexorganisationen (ILGA). Allein ILGA Europa hat mehr als 300 Mitglieder aus 42 Ländern. Von einer losen Gruppierung - mit den Zielen der sexuellen Befreiung und der radikalen Politik - entwickelte sich ILGA bis zur Mitte der 1990er Jahre zu einer Interessenorganisation zum Schutz der Menschenrechte und zur Förderung der Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender. Dieses transnationale Netzwerk von LGBT-Interessengruppen in Europa beeinflusste nicht nur die Anti-Diskriminierungspolitik von EU und Europarat, es erklärt laut Kollman (2007) auch, warum gleichgeschlechtliche PartnerInnenschaften in den letzten zwanzig Jahren in fast allen EU-Staaten anerkannt und/oder gleichgestellt wurden. Dem Netzwerk der LGTB-Interessengruppen sei es gelungen „Ehe“ neu zu definieren; statt als Institution mit einem spezifischen kulturellen und historischen Kontext werde Ehe im europäischen Menschenrechtsdiskurs mittlerweile vor allem als Grundrecht wahrgenommen (vgl. Kollman 2007).

Dieser Neudefinition der Ehe als Menschenrecht scheint es - zumindest größtenteils - auch zu verdanken zu sein, dass kritische Stimmen innerhalb der LGBT-Bewegungen zwar nicht verstummen, aber immer weniger gehört wurden. Bis zur Mitte der 1990er Jahre war die LGBT-Bewegung in Großbritannien zum Beispiel in der Frage der Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften tief gespalten. Mit der rechtlichen Anerkennung würden *queeren* Beziehungen heterosexuelle Normen aufgezwungen, so eine der Befürchtungen (Weeks 2008: 788 und Fassin 2004: 188). Doch selbst LGBT-KritikerInnen begrüßen

die Anerkennung und/oder Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen PartnerInnenschaften im Prinzip (vgl. z.B. Platero 2005a).

„What we see here is the wish for recognition for what you are and want to be, for validation, not absorption, a voting with our feet for the ordinary virtues of care, love, mutual responsibility. We should never underestimate the importance of being ordinary. It has helped transform the LGBT and the wider world” (Weeks 2008: 792).

Auf die Kehrseite der Medaille weist der Soziologe Barry D. Adam (2004: 272) hin, obwohl auch er ein Befürworter der gleichgeschlechtlichen Ehe ist. Neben LGBT-Bewegungen, die sich mittlerweile als soziale und politische AkteurInnen etabliert hätten, macht er noch eine zweite Kraft aus, die die Anerkennung lesbischer und schwuler PartnerInnenschaften begünstigt. In einer Zeit, in der wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen zugunsten einer neoliberalen Einsparungslogik gekürzt würden, sei es im Interesse der Staaten selbst, Lesben und Schwule, die finanzielle Verantwortung für ihreN PartnerIn und/oder gemeinsame Kinder übernehmen wollen, dabei zu unterstützen. Ein Beispiel dafür sei Kanada. Im Jahr 2000 wurden gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften rechtlich anerkannt; nur wenig später drohte die kanadische Steuerbehörde mit Sanktionen für jene lesbischen und schwulen Paare, die sich gegenüber der Behörde nicht zur Lebensgemeinschaft erklären wollten (vgl. Adams 2004: 272f.).

Weder das Lobbying durch ein immer professionelleres Netzwerk aus LGBT-Organisationen, noch die neoliberale Einsparungslogik können jedoch Unterschiede zwischen den westeuropäischen Staaten erklären. Die Erklärung dafür könnte innerhalb der Nationalstaaten zu finden sein. Im nächsten Abschnitt werde ich daher darauf eingehen, welche nationalen Besonderheiten in der Literatur als einflussreich identifiziert werden.

Der Einfluss von Religion und Religiosität auf die (Nicht-)Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften

Italien ist EU-Mitglied und hat international stark vernetzte LGBT-Organisationen, trotzdem hat keine der zahlreichen italienischen Regierungen der letzten beiden Jahrzehnte gleichgeschlechtliche PartnerInnenschaften anerkannt. Wie lässt sich diese Resistenz gegenüber der europäischen Entwicklung erklären? Und was könnte dafür verantwortlich sein, dass zum Beispiel die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare im ebenfalls katholischen Belgien zu einem - im europäischen Vergleich - sehr frühen Zeitpunkt und für die Wissenschaft völlig überraschend erfolgt ist (vgl. Digoix 2004)? Die Ökonomin M.V.Lee Badgett (2004: 96) formuliert es so: „One country's path to change may be an-

other country's bloody ideological battlefield“. Auch sie versucht zu erklären, welche Faktoren die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften begünstigen. In ihrer Analyse kombiniert Badgett quantitative und qualitative Vergleiche von Variablen - wie soziale Normen, Religiosität, politische Ressourcen und ökonomische Anreize - die sie von sozialwissenschaftlichen Theorien der institutionellen Veränderung ableitet; jenen Ansätzen, die institutionelle Veränderung mit Effizienz erklären auf der einen und jenen, die soziale Konflikte für Veränderung verantwortlich machen, auf der anderen Seite.

Ihre Ergebnisse legen nahe, dass gesellschaftliche Toleranz gegenüber Homosexualität, geringe Religiosität und eine große Zahl informeller Lebensgemeinschaften die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften begünstigen (Badgett 2004: 95f.). Als nicht notwendig für die Einführung einer Registrierten PartnerInnenschaft oder die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule, erwiesen sich demnach beispielsweise eine nationale Lesben- und Schwulenorganisation, eine linke Regierung oder die Abwesenheit starker katholischer Traditionen (Badgett 2004: 95f.).

Ein grundlegendes Problem von Badgetts Untersuchung ist, dass sie nicht zwischen verschiedenen Formen der rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften unterscheidet. Die Variablen, die sie gewählt hat, scheinen die Entwicklung ebenfalls nicht erklären zu können. So wäre das Ergebnis ihrer Analyse nur ein Jahr später völlig anders ausgefallen; nämlich als in Spanien - einem Land mit starker katholischer Tradition - 2005 die Ehe für Lesben und Schwule geöffnet wurde, obwohl die Toleranz gegenüber Homosexualität nicht besonders ausgeprägt ist und Ehe und Familie relativ hohes Ansehen genießen (vgl. Kapitel 4).

Und nicht nur in Spanien scheint weder die Religiosität der Bevölkerung – sie liegt gemessen an der relativen Zahl der Personen, die mindestens einmal im Monat in die Kirche gehen im Mittelfeld –, ein unüberwindbares Hindernis für die Öffnung der Ehe zu sein - ganz im Gegenteil. Das legt zumindest Kollman (2007) nahe. Da sich alle Staaten der Europäischen Union zu Demokratie und Menschenrechten bekennen (d.h. die internationalen Verträge ratifiziert haben) und das Netzwerk von LGTB-Interessengruppen in allen EU-Ländern stark ist, reiche das zur Erklärung der Unterschiede in der Frage der gleichgeschlechtlichen Ehe / PartnerInnenschaft in Europa nicht aus²⁰. Kollman nimmt daher an,

²⁰ Diese Faktoren könnten aber sehr wohl die unterschiedlichen Regelungen in Kanada, wo die Ehe 2005 für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet wurde, und den USA, wo es keine Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften auf nationalstaatlicher Ebene gibt, erklären. Als einziger Staat der Welt haben die USA 1996 einen „Defense of Marriage Act“ (DOMA) beschlossen, der die Ehe als Bund definiert, der aus-

dass Religion eine Rolle spielen muss und findet Hinweise darauf, dass Staaten mit mittlerer oder hoher Religiosität²¹ eher zur Öffnung der Ehe tendieren und Staaten mit geringer Religiosität die Eingetragene PartnerInnenschaft bevorzugen (vgl. Kollman 2007). Zu diesem Schluss kommt auch Weeks (2008):

„Where religion is in decline, the LGTB population seems likely to be satisfied with less than marriage, because marriage itself is less sanctified. In contrast, where religious traditions remain strong, as in Spain, it is more likely to strive for full marriage rights when same-sex unions are recognised” (Weeks 2008: 791).

Zum heutigen Zeitpunkt stellt sich das bereits wieder anders dar, vor allem deshalb, weil Norwegen, Schweden, Island (und demnächst Dänemark) die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet haben. Trotzdem werden Kollman (2007) und Weeks (2008) meiner Meinung nach dadurch nicht widerlegt, vielmehr wird klar, dass sich die Definition der Ehe als ein Recht, das jedem Menschen - egal ob lesbisch, schwul oder transgender - zugestanden werden muss, weiter durchsetzt. Es dürfte sich dabei innerhalb Europas um einen dynamischen Prozess handeln, in dem einander LGBT-Organisationen, europäische und nationale PolitikerInnen und Medien wechselseitig beeinflussen. Trotz dieses gesamteuropäischen Diskurses, sind die nationalen Debatten aber ebenso bedeutend und Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung zum Thema.

Die Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften und nationale Besonderheiten

“Same-sex unions touch powerful chords in their national cultures”, so formuliert es Weeks (2008: 791). Welche Akkorde das sind und warum sie teilweise gar so disharmonisch klingen, darüber können Fallstudien aufschlussreiche Hinweise geben. Untersuchungen, die die Debatten in den einzelnen Ländern analysieren, die vor der rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften stattgefunden haben, zeigen, dass jene Themen, die in den nationalen Debatten am kontroversesten und leidenschaftlichsten diskutiert wurden, Elternschaft und Familie waren (vgl. Digoix 2004: 3). „But, why what was so controversial at one point became obvious for all so quickly, or at least not anymore

schließlich zwischen Mann und Frau geschlossen werden darf. Die Intention des DOMA war es, die gleichgeschlechtliche Ehe in einzelnen Bundesstaaten zu verhindern. Die USA - politische Eliten und BürgerInnen - scheinen nicht besonders gewillt zu sein, von anderen Staaten zu lernen. Die USA haben weit weniger internationale Verträge, die Menschenrechte und Umweltschutz betreffen, unterzeichnet als Kanada. US-BürgerInnen und NGOs nehmen auch weniger an internationalen NGO-Netzwerken teil als kanadische (Kollman 2007).

²¹ Festgemacht am Prozentsatz der EinwohnerInnen, die mindestens einmal pro Monat in die Kirche gehen.

matter of discussion (ebd.: 4). Einen Hinweis darauf liefert Henning Bech (1992), der die Debatte analysiert hat, die stattfand bevor Dänemark als erstes Land der Welt die Eingetragene PartnerInnenschaft einführte. Einige der vorgebrachten Argumente ähnelten - wie wir später sehen werden - jenen, die sechzehn Jahre später in Spanien verwendet wurden. So argumentierten die GegnerInnen vor allem mit der Bedrohung von Ehe und Familie durch die Registrierte PartnerInnenschaft, während die BefürworterInnen die Werte Gleichheit und Gleichwertigkeit betonten. Beide Seiten brachten die Registrierte PartnerInnenschaft mit dem Status Dänemarks in der Welt in Zusammenhang. Die GegnerInnen sprachen von der drohenden Auflösung der dänischen Nation angesichts eines Gesetzes, das gegen Gott, die Natur und die Gesellschaft gerichtet sei. Argumente, die wohl in jeder Debatte über die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften so oder so ähnlich laut wurden. Die BefürworterInnen argumentierten mit der Fortschrittlichkeit des Landes und seiner moralischen Verpflichtung dem Rest der Welt gegenüber und konnten dadurch an ein national-kulturelles Symbol anknüpfen:

„This was *the* country of *frisind* - broad-mindedness, tolerance and social responsibility in securing real equal opportunity for everyone. By thus being at the front edge of civilization, it had an obligation to lead the way for the rest of the world” (Bech 1992: 143, Hervorhebung im Original).

Sowohl GegnerInnen als auch BefürworterInnen haben also eine nationale Saite angeschlagen, doch die der BefürworterInnen scheint deutlich angenehmer geklungen zu haben. In der Debatte über die Öffnung der Ehe in Spanien konnten die BefürworterInnen nicht auf Selbstzuschreibungen, wie Aufgeschlossenheit und Toleranz, zurückgreifen. Wie ich zeigen werde, war eher das Gegenteil der Fall. Spanien habe im europäischen Vergleich in Sachen Anti-Diskriminierung aufzuholen, war der Tenor. Mit der Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule werde Spanien zu einem „besseren, anständigeren“ Land, wie es Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero am Ende der parlamentarischen Debatte über die Öffnung der Ehe formulierte, denn anständig sei nur eine Gesellschaft, die ihre Mitglieder nicht „demütigt“²² (vgl. Congreso de los Diputados – Pleno y Diputación Permanente 30.06.2005).

Ich habe in diesem Kapitel die unterschiedlichen Formen der Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften in Europa verglichen. Dabei zeigt sich, dass es vor

²² „No estamos legislando, señorías, para gentes remotas y extrañas, estamos ampliando las oportunidades de felicidad para nuestros amigos, para nuestros familiares y a la vez estamos construyendo un país más decente, porque una sociedad decente es aquella que no humilla a sus miembros” (vgl. Congreso de los Diputados – Pleno y Diputación Permanente 30.06.2005).

allem in Westeuropa seit rund zwanzig Jahren einen Trend zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften gibt. Als institutionelle Faktoren, die die Gleichstellung begünstigt haben, werden in den Studien zum Thema vor allem das europäische Antidiskriminierungsrecht und eine starke LGBT-Bewegung vermutet. Innerhalb der Europäischen Union zeichnen sich die nationalen LGBT-Bewegungen durch eine starke transnationale Vernetzung aus. Die wichtigste LGBT-Interessengruppe ist der weltweite Dachverband der Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen-, Trans- und Intersexorganisationen (ILGA). ILGA entwickelte sich seit ihrer Gründung 1978 bis zur Mitte der 1990er Jahre von einer losen Gruppierung zu einer starken Interessenorganisation zum Schutz der Menschenrechte und zur Förderung der Gleichstellung von LGBT. Das transnationale Netzwerk von LGBT-Interessengruppen in Europa beeinflusste nicht nur die Antidiskriminierungspolitik von EU und Europarat, es dürfte ihm auch gelungen sein „Ehe neu zu definieren, denn im europäischen Menschenrechtsdiskurs wird Ehe mittlerweile vor allem als Grundrecht wahrgenommen. Die Erklärung, warum es immer noch große Unterschiede bei der rechtlichen Anerkennung von gleichgeschlechtlichen PartnerInnenschaften auch innerhalb der Europäischen Union gibt, dürfte allerdings in den Nationalstaaten zu finden sein. Widersprüche zeigen sich auch, wenn man Faktoren, wie die dominante Konfession oder die Religiosität der Bevölkerung in die Analyse mit einbezieht. Es scheint daher immer noch wichtig zu sein, die vergleichenden Studien durch Fallstudien zu ergänzen, was ich für Spanien leisten will. Meine These ist, dass die Gleichstellung von lesbischen und schwulen PartnerInnenschaften vor allem dann möglich wird, wenn sie nicht allein steht, sondern als Teil eines „größeren“ politischen Projekts wahrgenommen werden kann. Bevor ich klären kann, ob und wie das in Spanien der Fall wahr, möchte ich wesentliche Konzepte der von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe entwickelten poststrukturalistischen Diskurstheorie erklären, denn sie sollen meine Analyse des Prozesses, der zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Spanien geführt hat, anleiten.

If the idea of citizenship is to serve as the point of convergence of the current endeavour of rethinking the politics of the Left as an extension of democracy, it has to be responsive to the new political demands, which have contributed to its crisis. In short, it has to meet the challenge of the 'new movements' and acknowledge concerns relating to ecology, gay issues, ethnicity and others, as well as the struggles around class, race and gender.

Chantal Mouffe (1992): 4

3 Die postmarxistische Diskurstheorie nach Laclau und Mouffe

In ihrem 1985 im Original erschienenen Buch *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics* zählen Ernesto Laclau und Chantal Mouffe den Kampf der Lesben- und Schwulenbewegung, den neuen Feminismus, die Ökologiebewegung etc. zu jenen „positiven neuen Phänomenen“, die eine theoretische Überprüfung klassischer marxistischer Positionen notwendig machen. Ausgehend von Gramscis Begriff der Hegemonie entwickeln Laclau und Mouffe eine Konzeption von radikaler und pluraler Demokratie, mit dem Ziel, die Schwäche des linken Projekts zu überwinden. Die wichtigsten Quellen ihrer theoretischen Reflexionen finden sie im Poststrukturalismus - und hier in der Dekonstruktion Derridas - und in der Lacanschen Psychoanalyse (vgl. Laclau & Mouffe 2001[1985]b: ix-xi). Im Folgenden werde ich Aspekte von Laclaus und Mouffes Denkansatz beschreiben und erläutern, wie ich diese für die Analyse des politischen Prozesses, der zur Öffnung der Ehe in Spanien geführt hat, nutzen werde.

Die post-strukturalistische Diskurstheorie, die von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe ab 1985 entwickelt und seither beständig weiterentwickelt wird, stellt – wie Torfing (1999: 12) anmerkt, einen analytischen Rahmen im Foucaultschen Sinn darstellt, der immer kontextabhängig, historisch und nicht objektiv ist.

„Their propositions are context-dependent because they always graft onto other discursive surfaces in terms of theoretical debates in Britain, France and the United States. They are historical not in the sense of an attempt to write a total history, but in the sense of recognizing the unmasterable temporality of the general history into which they are thrown. Finally, they are non-objective since they do not seek to discover a universal truth by shedding light where formerly there was darkness; rather, they aim to unveil certain strictly local truths by questioning the totalizing ideological horizons that deny the contingency of the criteria for truth and falsity” (Torfing 1999: 12).

Zentrale Konzepte, die von Laclau/Mouffe weiterentwickelt wurden sind Diskurs, Artikulation, Antagonismus und Hegemonie. Ich möchte kurz erläutern, was darunter zu verstehen ist.

Diskurs und Artikulation

Die Diskurstheorie im Allgemeinen schafft neue Möglichkeiten für eine politische Analyse, die sich nicht auf „Fakten“ beschränkt, sondern die argumentativen Aspekte des politischen Prozess ins Blickfeld nehmen kann. Die grundlegende Hypothese eines jeden diskurstheoretischen Ansatzes ist, dass jede soziale Praxis vor dem Hintergrund eines bereits vorstrukturierten Bedeutungsfeldes passiert:

„The notion of ‘discourse’, as developed in some contemporary approaches to political analysis, has its distant roots in what can be called the transcendental turn in modern philosophy - i.e. a type of analysis primarily addressed not to facts but to their conditions of possibility. The basic hypothesis of a discursive approach is that the very possibility of perception, thought and action depends on the structuration of a certain meaningful field which pre-exists any factual immediacy” (Laclau 1995: 59).

Laclau und Mouffe (1991[1985]: 157f.) erweitern den Diskursbegriff radikal auf alle sozialen Praktiken. Sie lehnen die Unterscheidung zwischen dem Bereich der Ideen und der realen Welt der Objekte ebenso wie die Unterscheidung zwischen Vorstellungen und praktischen Handlungen ab. Alle Objekte und Praxen sind diskursiv, d.h. um verstanden zu werden, müssen sie als Teil eines größeren Bedeutungsgerüsts existieren.

„Unsere Analyse verwirft die Unterscheidung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praxen und behauptet, daß zum einen sich jedes Objekt insofern als Objekt eines Diskurses konstituiert, als kein Objekt außerhalb jeglicher diskursiver Bedingungen des Auftauchens gegeben ist“ (Laclau & Mouffe 1991[1985]: 157).

Damit bestreiten sie nicht, dass Ereignisse unabhängig vom menschlichen Willen existieren. Die Interpretation dieser Ereignisse ist allerdings abhängig von der Strukturierung des diskursiven Feldes, in dem sie stattfinden. Davon hängt es ab, ob zum Beispiel ein Erdbeben als Naturkatastrophe oder aber als Ausdruck göttlichen Zorns verstanden wird (vgl. Laclau / Mouffe 1991[1985]: 158).

Die mehr oder weniger sedimentierten Diskurse sind Resultate von Artikulation. Unter dem Konzept der Artikulation verstehen Laclau und Mouffe (1991: 155) jede Praxis, die verschiedene Elemente zusammenbringt und sie miteinander zu einer neuen Identität verbindet. Voraussetzung von Artikulation ist, dass ein Diskurs niemals vollständig geschlossen ist. Auch gibt es keine gesellschaftliche Identität, die vollkommen konstituiert werden

kann, vielmehr gibt es immer ein diskursives *Außen*, das sie umformt und ihre vollständige Schließung verhindert (vgl. Laclau & Mouffe 1991[1985]: 162).

Hegemonie und Antagonismus

Hegemoniale politische Praxen sind spezielle Formen artikulatorischer Praxen. Sie zielen darauf ab, die politische und moralisch-intellektuelle Vorherrschaft in einem Diskurs zu etablieren. Hegemonie entsteht, wenn eine partikuläre soziale Kraft vorgibt, die Totalität zu repräsentieren. Für Laclau und Mouffe ist derart erreichte hegemoniale Universalität die einzige Form von Universalität, die in einer Gesellschaft möglich ist (vgl. Laclau & Mouffe 1991[1985]: 193 und Laclau & Mouffe 2001[1985]: xiii).

Hegemoniale Praxen sind immer mit der Konstruktion sozialer Antagonismen verbunden, die über die Ausschließung eines radikalen und bedrohlichen *Außen* passiert. Dies stabilisiert den Diskurs einerseits, verhindert allerdings seine vollständige Schließung („Naht“). Der Begriff des Antagonismus ist im diskurstheoretischen Ansatz von Laclau und Mouffe zentral, wobei sozialer Antagonismus nicht objektive Verhältnisse meint, vielmehr sind es konstruierte soziale Gegensätze, die das Politische erst möglich machen. Ohne die Definition eines Widersachers kann es keine radikale Politik geben. Eine endgültigen Aussöhnung der Gegensätze, ein rationaler Konsens oder ein allumfassendes *Wir* ist dadurch ausgeschlossen. Jeder Konsens ist das Resultat hegemonialer Artikulationen, es gibt immer ein *Außen*, das seine vollständige Realisierung verhindert (vgl. Laclau & Mouffe 1991[1985]: 179-183). In ihren späteren Arbeiten hat Chantal Mouffe das Konzept des Antagonismus weiterentwickelt, indem sie sich kritisch mit den Theorien Carl Schmitts auseinandergesetzt hat (vgl. Mouffe 2005 und Mouffe 2005a[1993]). Die Auflösung der verschiedenen Antagonismen in einem universalen rationalen Konsens sei nicht möglich. Der Gegensatz wir/die anderen ist für das Funktionieren der Demokratie sogar fundamental. Ihn zu verleugnen, führt dazu, dass er nur in der Form eines Freund/Feind-Konflikts geführt werden kann, was die Verwirklichung der zentralen Werte der liberalen Demokratie - Freiheit und Gleichheit für alle - ausschließt. Mouffe plädiert also für eine Anerkennung dieses Paradoxons, die es ermöglichen würde aus Feinden Gegner (adversaries) zu machen. „The adversarial model has to be seen as constitutive of democracy because it allows democratic politics to transform antagonisms into agonism“ (Mouffe 2005: 20). Das Konzept der agonistischen Demokratie ermöglicht die Zähmung von Antagonismen durch bestimmte Institutionen (Bsp. Parlament) und Praktiken (Bsp. Wählen).

Von Jacques Lacan haben Laclau und Mouffe die Kategorie des Knotenpunkts (nodal point) übernommen, der Bedeutung teilweise fixiert. Er entspricht jenem partikularen Element, das eine „universale“ strukturierende Funktion innerhalb eines bestimmten diskursiven Feldes einnimmt. Diese Fixierung kann aber immer nur partiellen Charakter haben, da immer die Möglichkeit besteht, dass eine neue Bedeutung nicht in das relationale System von Bedeutungen integriert werden kann (vgl. Laclau & Mouffe 1991[1985]: 164f.).

Eine der Rahmenbedingungen für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Spanien war der Wahlsieg der *Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens* (PSOE) im März 2004. Er kam für die meisten politischen BeobachterInnen unerwartet, unter anderem war von „eine[r] der größten Überraschungen der europäischen Demokratiegeschichte“ (Perger 15.03.2004) die Rede. Überrascht hat aber auch der „flotte Start“ (Perger 27.07.2004) der neuen sozialistischen Regierung unter Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero, die schnell damit begann, ihre im Wahlkampf angekündigten Maßnahmen und Reformen auch umzusetzen. Neben der radikalen Abkehr von der Außenpolitik des PP - dem Truppenabzug aus dem Irak und der Verbesserung der Beziehungen zu Marokko - handelt es sich bei vielen Projekten des PSOE um Reformen, die langjährige Forderungen von sozialen Bewegungen erfüllten, wie zum Beispiel das Gesetz zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt²³, der Gesetzesentwurf über die Anerkennung der Gebärdensprache als Staatssprache, die Öffnung der Ehe für lesbische und schwule Paare und das Gesetz über die Geschlechtsidentität²⁴.

„Innerhalb kurzer Zeit legitimiert der PSOE einen Diskurs, der eine bestimmte Vision der Gleichheit als Synonym von StaatsbürgerInnenschaft und Demokratie beinhaltet, und darüber hinaus eine Definition der zentralen Probleme (und ihrer Lösungen) der diskriminierten StaatsbürgerInnen einschließt“²⁵ (Platero 2005a: 103, Übersetzung C.E.).

Hier handelt es sich scheinbar um eine linke Partei, die versucht, die Herausforderungen der neuen sozialen Bewegungen anzunehmen, wie das Chantal Mouffe in dem diesem Kapitel voran gestellten Zitat fordert. Es geht in dieser Arbeit jedoch nicht darum zu beurteilen, ob es sich bei der Politik der sozialistischen Regierung in Spanien 2004 um radikale

²³ Ley Orgánica de Medidas de Protección Integral contra Violencia de Género am 22. Dezember 2004 vom Kongress beschlossen.

²⁴ Ley Reguladora de la Rectificación Registral de la Mención Relativa al Sexo de las Personas am 7. November 2006 vom Kongress beschlossen.

²⁵ „En poco tiempo el PSOE está legitimando un discurso que contiene una visión determinada de qué es la igualdad como sinónimo de ciudadanía y democracia, y que además incluye una definición de los principales problemas (y las soluciones) que afectan a la ciudadanía discriminada.“

demokratische Politik im Sinne von Laclau und Mouffe handelte. Vielmehr sollen ihre Konzepte mir ermöglichen zu analysieren, warum die Öffnung der Ehe für die spanische LGBT-Bewegung so wichtig war, und warum die Forderung von der Sozialistischen Partei aufgegriffen und später von ihr erfüllt wurde. Wie ich zeigen werde, stand die Forderung der LGBT-Bewegung nach der Öffnung der Ehe nicht allein, sie war Teil eines politischen Projekts. Oder wie es Mouffe (1991) formuliert.

„Die politische Bedeutung einer Bürgerinitiative, eines ökologischen Kampfes, einer sexuellen Minderheitenbewegung, ist nicht von Anfang an gegeben: sie hängt entscheidend von ihrer hegemonialen Artikulation mit anderen Kämpfen und Forderungen ab“ (Laclau & Mouffe 1991[1985]: 136).

Bevor ich den Prozess analysiere, der zur Öffnung der Ehe in Spanien geführt hat, möchte ich ihn allerdings noch in einen historischen und politischen Kontext einbetten. Dadurch sollen die *conditons of possibility* (Bedingungen der Möglichkeiten) sichtbar werden, die nach Laclau 2000) nicht fixiert oder ahistorisch, sondern vielmehr veränderlich sind.

The economic, social and cultural progress of a nation depends on citizens counting for more and having more rights. That's the essence of my policy. Democratic power is the only voice most citizens have. The corporations and the media don't need power; they already have it. I said when I came into office that I don't want to be a great leader; I want to be a good democrat.

Der spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero
in einem Interview mit dem Time Magazine (19.09.2004)

4 Endlich nicht mehr „anders“: Spanien wird gleicher

Wer es zuerst gesagt hat, ist nicht ganz klar, ob es schon Napoleon Bonaparte war oder doch erst Ernest Hemingway. Fest steht jedoch, in den 1960er und 1970er Jahren war „Spain is different“ der Slogan spanischer Tourismus-Kampagnen, erfunden von Manuel Fraga Iribarne²⁶, Minister für Information und Tourismus im Kabinett des Diktators Francisco Franco. Mit dem Bild vom anderen Spanien - einem Land der Sonne, des Flamenco und der großartigen Strände - wollte das Regime TouristInnen anlocken (vgl. Grandes 2011 und Heywood 1999: 1). Dass nicht nur Spanien, sondern auch die SpanierInnen anders seien, darauf hat sich nicht zuletzt Franco selbst berufen. Wegen bestimmter Charakterzüge - einem anarchischen Geist, fehlender Solidarität, Extremismus und gegenseitiger Feindseligkeit - bedürften die SpanierInnen einer starken autoritären Regierung (Encarnación 2008: 7). Und nicht zuletzt war Spanien auch für die Sozialwissenschaft lange Zeit „anders“, denn während sich in fast allen westeuropäischen Staaten spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg demokratische Systeme etablierten, hielt sich in Spanien das autoritäre Franco-Regime von 1939 bis zum Tod des Diktators 1975, also fast vier Jahrzehnte, an der Macht.

„The transition to Spanish democratic politics took longer than in most other West European countries. The whole history of Spain was characterised by the struggle to preserve the unity of the country. In the nineteenth and twentieth centuries, Spain was highly divided in two main groups. On the one hand, the oligarchical group consisting of the Andalusian landowners and the Castilian and Catalan upper classes wanted to keep the democratic experiment at an absolute minimum, while on the other, the new emerging working classes and middle classes were very keen to promote development towards a genuine democracy. This conflict

²⁶ Manuel Fraga Iribarne wird später in diesem Kapitel übrigens noch eine Rolle spielen. Er gründete 1976 die *Alianza Popular* (AP), jene Partei, die zwar nicht formal aber doch personell und ideologisch aus dem franquistischen Lager hervorgegangen ist. 1989 benannte sich die AP in *Partido Popular* um, ihr neuer Parteichef José María Aznar sollte es bekanntlich bis zum Ministerpräsidenten bringen. Aznars erste offizielle Einladung in den Moncloa Palast, den Sitz des spanischen Ministerpräsidenten, galt Fraga Iribarne (vgl. Gibbons 1999: 39).

was only resolved after a bloody civil war and a long authoritarian dictatorship” (Magone 2004: 26).

1975 fehlten in Spanien demokratische Traditionen; noch nie in der spanischen Geschichte hatte es eine Phase der konsolidierten Demokratie gegeben (vgl. Barrios 2008: 55), die wirtschaftliche Entwicklung hinkte der Westeuropas hinterher, die spanische Nation - so schien es - wurde nur durch den rigiden Zentralismus des Franco-Regimes, das regionale Sprachen und Kulturen brutal unterdrückte, zusammengehalten, und die Spaltung zwischen der Katholischen Kirche und ihren AnhängerInnen auf der einen Seite und ihren GegnerInnen - vor allem in den linken Parteien - auf der anderen Seite wurde als so tiefgehend wie in keinem anderen Land Europas betrachtet (vgl. Bernecker 1995 und Gibbons 1999: 4ff.).

Angesichts dieses Befundes überraschend schnell vollzog sich in Spanien Ende der 1970er Jahre der Übergang zu einer konsolidierten Demokratie. Im folgenden Abschnitt dieses Kapitels werde ich auf die Periode der Transition zur Demokratie in Spanien eingehen. Das soll es mir ermöglichen, das Gesetz in die Öffnung der Ehe in einen historischen Kontext einzubetten. Denn, wie ich zeigen werde, beeinflussten bestimmte Charakteristika, die sich aus der schnellen Herstellung einer demokratischen Normalität ergaben, die spanische Politik – AkteuerInnen, Institutionen und Politikinhalt – bis heute. Besonders berücksichtigen werde ich dabei die demokratische Verfassung 1978, die Rolle der großen Parteien und die ersten demokratischen Wahlen. Daran anschließend will ich einen Überblick geben, wie in der Sekundärliteratur erklärt wird, dass sich die Demokratie in Spanien nach dem Tod Francos so schnell etablierte, und welche Besonderheiten der spanischen Demokratie sich davon ableiten lassen. In der Demokratieforschung der 1970er und 1980er Jahre galt Spanien als Musterbeispiel für einen - fast - reibungslosen Prozess der demokratischen Konsolidierung. Jüngere politikwissenschaftliche und historische Arbeiten zur spanischen Demokratie nehmen hingegen die Widersprüche, historischen Zufälle und Paradoxa vermehrt in den Blick. Ich werde auch auf für meine Argumentation wesentliche Entwicklungen in den Regierungsperioden der Sozialisten unter Felipe González (1982-1996) und des konservativen *Partido Popular* unter José María Aznar (1996-2004) eingehen. Eine bemerkenswerte Parallele tut sich hier auf. Sowohl die PSOE- als auch die PP-Regierung hatte, bevor sie abgewählt wurde, mit Vorwürfen zu kämpfen, ihre Politik zeige, dass sich seit dem Franquismus nichts geändert habe. Zuletzt werde ich schildern, wie sich die LGBT-Bewegung in Spanien seit dem Ende des Franco-Regimes entwickelte. Welche Forderungen sie hatte, welche sie durchsetzen konnte und wie und warum sich der Großteil

der LGBT-Organisationen ab 1996 dem Ziel der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare verschrieb.

Im zweiten Teil des Kapitels werde ich darauf aufbauend das Gesetz über die Öffnung der Ehe (Ley 13/2005), das am 30. Juni 2005 vom Kongress beschlossen wurde, und seine Geschichte beschreiben. Ich werde zeigen, dass es in den autonomen Regionen bereits Gesetze gab, die Vorbild und Anstoß für eine nationale Regelung waren. Außerdem will ich erläutern, welche AkteurInnen für das Gesetz gekämpft haben - mit besonderer Berücksichtigung der LGBT-Bewegung - und welche Widerstand geleistet haben, wie zum Beispiel das *Spanische Familienforum* (FEF). Auch auf die Positionen der Parteien, ihre Verbindungen zu den zivilgesellschaftlichen BefürworterInnen und GegnerInnen der Öffnung der Ehe und ihr Abstimmungsverhalten in Kongress und Senat wird eingegangen. Ich beschließe das Kapitel mit einer Zeittafel, die die wichtigen Ereignisse im Prozess der Entstehung des Gesetzes zusammenfasst.

4.1 Die historischen und politischen Rahmenbedingungen für die Öffnung der Ehe in Spanien

Die Transition von der Diktatur zur Demokratie (1975 bis 1982)

Als der spanische Diktator Francisco Franco nach 36jähriger autoritärer Herrschaft am 25. November 1975 starb, hatte er geglaubt, vorgesorgt zu haben. Sein Nachfolger als Staatsoberhaupt wurde - wie von Franco vorgesehen - König Juan Carlos I; die Restaurierung der Monarchie sollte das Überdauern des Franquismus sicherstellen²⁷. Zunächst schien die Strategie aufzugehen. Juan Carlos I beließ den amtierenden Premierminister Carlos Arias Navarro im Amt. Schon im Juli 1976 ernannte der König allerdings Adolfo Suárez zum neuen Premierminister, einen Mann, der trotz 18jähriger politischer Tätigkeit im Franquismus öffentlich bisher nicht besonders aufgefallen war, der aber die Transition zur Demokratie wesentlich prägen sollte. Bereits nach wenigen Monaten im Amt, im November 1976, brachte Suárez sein „Gesetz für politische Reform“ („*Ley para la Reforma Política*“) im Parlament durch, im Monat wurde das Gesetz bei einer Volksabstimmung mit einer überwältigenden Mehrheit von 94 Prozent der Stimmen angenommen. Bis zum Frühling 1977 legalisierte er alle Parteien - darunter die *Sozialistische Spanische Arbeiterpartei*

²⁷ Jener Mann, der als potentieller Garant für die Prolongierung des Franquismus ohne Franco gegolten hatte, Francos Stellvertreter und Premierminister, Luis Carrero Blanco wurde 1973 von der ETA ermordet.

(PSOE) und - trotz heftigen Widerstands von Seiten des immer noch franquistischen Parlaments - die *Kommunistische Partei Spaniens* (PCE) - was den Weg für die ersten freien Wahlen im Demokratisierungsprozess am 15. Juni 1977 frei machte. In großteils geheimen Gesprächen mit Oppositionellen hatte Suárez zuvor jenes Wahlsystem ausgehandelt, das im Wesentlichen auch heute noch besteht. Es bevorzugt große und benachteiligt kleine landesweite Parteien, wie zum Beispiel bis heute die *Izquierda Unida* (die Vereinigte Linke, IU, die Nachfolgepartei der Kommunistischen Partei Spaniens, PCE)²⁸. Mit seiner eilig für die Wahlen gegründeten *Union des Demokratischen Zentrums* (UCD) erreichte Suárez die Mehrheit der Stimmen. Zweitstärkste Partei wurde der PSOE. Die *Alianza Popular* (AP), ein Zusammenschluss von sieben kleinen Parteien ehemaliger Minister im Kabinett Francos unter Führung von Manuel Fraga Iribarne, und der PCE kamen jeweils auf unter 10 Prozent der gültig abgegeben Stimmen – wie auf Tabelle 1 ersichtlich. Ein bemerkenswertes Wahlergebnis angesichts dessen, dass der PCE Mitte der 1970er Jahre die größte und am besten organisierte Partei des Landes war (vgl. Gibbons 1999, Hopkin 2005, Encarnación 2008).

Für Suárez und seine UCD bildete das Wahlergebnis eine gute Ausgangsposition bei den Verhandlungen über die neue Verfassung. Sowohl mit der AP als auch mit dem PCE war die Bildung einer Mehrheit im Kongress möglich und beide Parteien zeigten sich verhandlungsbereit. So konnte sich auch der PSOE Verhandlungen und Kompromissen nicht verschließen, vor allem als die für die Sozialisten heikle Frage der Monarchie geklärt war - man einigte sich auf die Staatsform einer Konstitutionellen Monarchie mit dem König als Staatsoberhaupt mit vor allem symbolischen Funktionen ähnlich dem österreichischen Bundespräsidenten. Nur drei Monate lang arbeitete ein siebenköpfiges Verfassungskomitee, in dem die wichtigsten Parteien mit Ausnahme der baskischen Nationalisten vertreten waren, am Verfassungsentwurf. Bei weitem nicht alle Konflikte oder Widersprüche wurden aufgelöst, dort wo keine Einigung möglich war, blieb der Entwurf vage oder mehrdeutig (Magone 2009 [2004]: 17, Hopkin 2005, Encarnación 2008: 41ff.).

Besonders interessant in Bezug auf die weitere Argumentation in dieser Arbeit ist hier, wie das Verhältnis von Kirche und Staat in der Verfassung definiert wurde. Artikel 16 garan-

²⁸ Das spanische Parlament besteht aus zwei Kammern - Kongress und Senat - wobei der Senat gegen Beschlüsse des Kongresses lediglich ein aufschiebendes Veto einlegen kann. Die 350 Sitze im Kongress werden nach dem Verhältniswahlrecht in Wahlkreisen unterschiedlicher Größe vergeben. Die Wahlkreise entsprechen den 50 Provinzen und den zwei Exklaven Ceuta und Melilla. Pro Wahlkreis werden zwei Grundmandate vergeben. Die Stimmen werden pro Wahlkreis nach dem d'Hondtschen Verfahren in Mandate umgerechnet.

tiert einerseits Religionsfreiheit und hält fest, dass es keine Staatsreligion gibt. Andererseits sollen jedoch, die bestehenden staatlichen Beziehungen zur „Katholischen Kirche sowie anderen Konfessionen“ aufrecht erhalten werden. Das gibt - wie wir bei der Debatte über die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare sehen werden - sowohl Gegne-rInnen als auch BefürworterInnen die Möglichkeit, sich auf die Verfassung zu berufen. Auch Artikel 14 der spanischen Verfassung spielt für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare eine Rolle. Nach fast 40 Jahren franquistischer Ungleichbehandlung stellt er Frauen und Männer wieder vor dem Gesetz gleich und hält fest, dass keinerlei Diskriminierung aufgrund der Rasse, des Geschlechts, der Religion, der Überzeugung oder jeder anderen persönlichen oder sozialen Kondition weiterbestehen darf. Auch andere wichtige die Rechte von Frauen betreffenden Reformen wurden bereits von der UCD-Regierung umgesetzt. So wurde 1978 jene Ungleichbehandlung abgeschafft, die Frauen für Ehebruch bestrafte und Männer nicht. Im gleichen Jahr wurde der Verkauf von und die Werbung für Verhütungsmittel erlaubt. 1981 schaffte die UCD-Regierung das franquistische Scheidungsverbot ab.

Im Oktober 1978 wurde die Verfassung von beiden Kammern des Parlaments und im Dezember bei einer Volksabstimmung mit großer Mehrheit angenommen, nur die baskische Nationalistenpartei PNV einige AP-Abgeordnete stimmten nicht zu. Sowohl die UCD als auch der PSOE konnten durch ihre Bemühungen um Kompromisse zur Verfassung, aber auch für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik ihre Position bei den Wahlen im März 1979 festigen, aber nicht wesentlich verbessern, wie aus Tabelle 1 hervorgeht.

Tabelle 1: Ergebnis der Kongresswahlen 1977 und 1979

	UCD	PSOE	PCE	AP*
1977	34,44 %*	29,32 %	9,33 %	8,21 %
1979	34,84 %	30,4 %	10,77 %	6,05 %

Quelle: Spanisches Innenministerium. *der gültigen Stimmen *1979 als *Coalición Democrática* angetreten

Probleme der jungen Demokratie - die schwache Wirtschaftslage, wachsende Arbeitslosigkeit - und Spaltungstendenzen innerhalb der UCD sorgten dafür, dass Adolfo Suárez 1981 zurücktrat. Die heftige parlamentarische Debatte über die Wahl seines Nachfolgers Leopoldo Calvo Sotelo unterbrach am 23. Februar 1981 jäh ein Putschversuch. Oberstleutnant Antonio Tejero - zusammen mit anderen Mitgliedern der *Guardia Civil* - stürmte das Plenum des Parlaments und nahm die gesamte politische Elite des Landes in Geiselhaft. Man-

gels Unterstützung und nach einer Fernsehansprache des Oberbefehlshabers Juan Carlos I, in der dieser den sofortigen Rückzug in die Kasernen befahl, gab Tejero auf (vgl. Gibbons 1999, Magone 2009[2004]: 17f.). Wie Preston (2005) argumentiert, befreite Juan Carlos I damit die spanische Monarchie vom Stigma des Franquismus und verdiente sich die Position des Staatsoberhauptes. Doch nicht Juan Carlos I, sondern die Entwicklungen gegen Ende des Franquismus und die kurze und tragische Erfahrung des Scheiterns der Demokratie in der Zweiten Republik (1931-1936), die im Spanischen Bürgerkrieg (1936-1939) endete, werden dafür verantwortlich gemacht, dass schnell demokratische Reformen in die Wege geleitet wurden, wie ich im folgenden Abschnitt erläutern werde.

Die spanische Transition in der politikwissenschaftlichen Forschung: Zwischen Konsens und Konflikt

Es war ein düsteres Bild, das politische Kommentatoren und Analysten²⁹ nach dem Tod Francos von der Zukunft Spaniens malten. Absolutistische Herrschaft - aufrecht erhalten durch die unheilige Dreifaltigkeit von Militär, Kirche und Armee - war in der spanischen Geschichte die Norm. Die wenigen Erfahrungen mit Demokratie gaben kaum Anlass zur Hoffnung, dass ein friedlicher Übergang zu Demokratie möglich sei (vgl. Encarnación 2008: 12).

Was die Skeptiker dabei offenbar nicht in Betracht zogen - oder zum damaligen Zeitpunkt nicht in Betracht ziehen konnten - waren Entwicklungen in Spanien, aber auch in Europa, die den Übergang zu Demokratie erleichterten. In der jüngeren Literatur zum Thema wird angenommen, dass es sich dabei um die wirtschaftliche und soziale Transformation Spaniens in den 1950er und 1960er Jahren, den internationalen Druck für politischen Wandel in Spanien, der durch die jüngsten Demokratisierungsprozesse in Portugal und Griechenland verstärkt wurde, und den nach den traumatischen Erfahrungen mit Bürgerkrieg und Diktatur entstandenen Wunsch nach einer friedlichen Demokratisierung in der Bevölkerung und in den politischen Eliten handelt (vgl. Gibbons 1999: 8, Encarnación 2008: 13 und Bernecker 2001: 81f., 89).

Mit der Regierungsumbildung von 1957 hatte sich die franquistische Wirtschaftspolitik grundlegend verändert. Alberto Ullastres Calvo und Mariano Navarro Rubio, beide eng mit

²⁹ Ich habe keine Beispiele für Kommentatorinnen und Analystinnen gefunden.

dem *Opus Dei*³⁰ verbunden, wurden Minister für Handel und Finanzen. Statt einer auf Autarkie abzielenden Strategie, wie sie die *Falange*³¹ propagiert hatte, wurde nun die wirtschaftliche Liberalisierung vorangetrieben, das freie UnternehmerInnentum gefördert und echte Tarifverhandlungen wurden zugelassen (vgl. Gibbons 1996: 4ff. und Bernecker 2001: 69).

„Although politically conservative these were economic liberals to whom the failure of the Falangist self-sufficiency model was patently obvious. Together with other economists, the so-called ‘technocrats’ challenged the old economic orthodoxies promoted by the Falangist élite and ultimately replaced the Falangists as main architects of economic policy in Franco’s Spain” (Gibbons 1999: 6)

Mit dem folgenden wirtschaftlichen Aufschwung bei gleichzeitiger Vernachlässigung der mit dem sozio-ökonomischen Wandel auftretenden Veränderungen, einem Anwachsen der IndustriearbeiterInnenschaft, Wanderungsbewegungen, etc., kam es zu einem Erstarken der ArbeiterInnenbewegung, ein Phänomen „das angesichts der politischen Umstände (staatliche Repressionen, Koalitions- und Streikverbot etc.) ein erstaunliches historisches Phänomen darstellt“ (Bernecker 2001: 72 und Gibbons 1999: 7).

Auch auf den Universitäten, im Umkreis der regionalistischen Bewegungen im Baskenland und in Katalonien und sogar innerhalb der Katholischen Kirche - vor allem nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) - entstand ein „öffentlicher“ Raum, in dem Opposition zum Regime artikuliert wurde (vgl. Bernecker 2001: 66-79). Diese zivilgesellschaftlichen Anfänge hätten den späteren Übergang in die Demokratie geebnet (vgl. Bernecker 2001: 79).

„Das Ergebnis der franquistischen Politik widersprach in nahezu jedem Punkt den ursprünglichen Intentionen: Am Ende der Franco-Herrschaft war die spanische Gesellschaft politisierter, urbanisierter und säkularisierter denn je, die Arbeiter und Studenten waren so aufsässiger wie noch nie, die Autonomie- und Selbstständigkeitsbewegungen der Regionen ausgeprägter als zu jedem anderen Zeitpunkt der neueren spanischen Geschichte, Sozialisten und Kommunisten bei den ersten Wahlen nach Francos Tod so erfolgreich wie nie zuvor, die

³⁰ Opus Dei (das Werk Gottes) ist eine fundamentalistische katholische Laienorganisation, weil sie innerhalb der römisch-katholischen Kirche agiert, wird sie auch als traditionalistisch bezeichnet. Gegründet wurde Opus Dei 1928 durch den spanischen Priester José María Escrivá de Balaguer. Escrivá de Balaguer wurde 2002, 27 Jahre nach seinem Tod im Jahr 1975, heilig gesprochen (vgl. Remele 2004). Fernández Mostaza (2000) weist darauf hin, dass Opus Dei reaktionäre und moderne Elemente in seiner Ideologie vereint. Sie plädiert dafür, Opus Dei nicht als Sekte, sondern als Organisation, deren Ziel es ist totale Kontrolle über ihre Mitglieder auszuüben, zu bezeichnen (vgl. Fernández Mostaza 2000).

³¹ Die *Falange* wurde 1933 gegründet. Sie war eine rechtsextreme, ultranationalistische, faschistische und antikommunistische Bewegung und ging unter Francisco Franco in der Einheitspartei *Movimiento Nacional* auf.

spanische Wirtschaft finanziell und technologisch vom internationalen Kapitalismus geradezu in beängstigendem Ausmaß abhängig“ (Bernecker 2001: 70).

Doch, dass der Widerstand gegen das franquistische Regime sich schon in den 1960er und 1970er Jahren formierte - auch die Anfänge der feministischen Frauenbewegung und der Schwulenbewegung fallen in diese Zeit³² - und in Ansätzen auch erfolgreich war, kann nicht erklären, warum die Transition zur Demokratie nach Francos Tod derart schnell und allem Anschein nach von einem breiten Konsens getragen erfolgte, wie es zum Beispiel Bernecker 2001 (81f.,89) darstellt. So war beispielsweise die StudentInnenbewegung - worauf Hernández Sandoica (2008) hinweist - in ihrer Ablehnung des Franquismus auch stark anti-kapitalistisch orientiert. Die kommunistische Studentengewerkschaft war bei den Protesten an den Universitäten federführend. Neben brutaler Repression und einem großen Polizeiaufgebot versuchte das Regime, die angespannte Lage an den Universitäten mit Reformen zu entschärfen, was die Proteste aber verstärkte. „Alle Reformvorschläge der vom *Opus Dei* kontrollierten Ministerien wurden von den mehrheitlich oppositionellen Betroffenen geschlossen abgelehnt - allein schon aufgrund der Tatsache, dass die Laienorganisation als Stütze des Franquismus agierte“ (Hernández Sandoica 2008: 342).

Wie kam es also, dass sich - wie es Gibbons (1999) formuliert - nach 1975 weder die *continuistas*, die für die Fortsetzung des Franquismus ohne Franco standen, noch die *rupturistas*, die einen radikalen Bruch mit der Diktatur und ihren Institutionen forderten, sondern die *reformistas* durchsetzten, also jene Kräfte, die den Weg der demokratischen Reformen aus den bestehenden Strukturen heraus gehen wollten. Magone (2009) macht das „Negativbeispiel“ Portugal, wo den ersten freien Wahlen ein Militärputsch und eine ein- einhalb Jahre andauernde Phase des Aufruhrs und der politischen Instabilität vorangingen. Eine derartige Situation wollten die politischen Eliten in Spanien unbedingt vermeiden (Magone 2009: 15).

Nach Encarnación (2008) ist die Ursache für die - historisch betrachtet - neue Konsens- und Kompromissbereitschaft ein Prozess des pro-demokratischen, politischen Lernens, den spanische PolitikerInnen durchlaufen hätten (Encarnación 2008: 13). Dieser Lernprozess wurde aus zwei Quellen gespeist, einerseits, der traumatischen Erfahrung mit dem Kampf um Demokratie während der Zweiten Republik, und andererseits - weniger offensichtlich -

³² Wobei kritisch anzumerken ist, dass weder feministischer noch schwuler Widerstand gegen den Franquismus in der allgemeinen Sekundärliteratur zum Thema erwähnt wird. Dieser Aspekt erschließt sich ausschließlich in diversen Arbeiten zur spanischen Frauen- und LGBT-Bewegungen (vgl. beispielsweise Valiente 2003, Llamas/Vila 1999).

der kollektiven Erinnerung an den Spanischen Bürgerkrieg, wie sie vom Franco-Regime konstruiert wurde. Der Bürgerkrieg sei im Franquismus als wilder Ausbruch irrationaler Emotionen dargestellt worden, nur Franco habe das Land vor dem Ruin bewahrt, so das Narrativ. Die Opferzahlen wurden übertrieben, konsequent sprachen Vertreter und die wenigen Vertreterinnen des Regimes von „einer Million Toten“, rund 580.000 dürften es tatsächlich gewesen sein. Dieser Diskurs habe in den 1970er Jahren auch die GegnerInnen des Franco-Regimes erfolgreich beeinflusst (vgl. Encarnación 2008: 24ff.).

„Rather than taking sides and placing blame, the narrative of the civil war constructed by the most influential journalists, novelists and film-makers of the era saw the civil war event as an act of collective madness with devastating consequences for future generations irrespective of their social status and ideological differences. Their message to the nation with respect to the civil war was essentially the same one that Franco has stressed for decades: ‘never again’” (Encarnación 2008: 30).

Dieser pro-demokratische Lernprozess - paradoxerweise auch durch die Sozialisierung im Franquismus verursacht - habe dazu geführt, dass sich die politischen Eliten auf drei wesentliche Grundlagen für den Demokratisierungsprozess einigten, die bis heute nachwirken. Die erste ist ein inoffizieller Schweigepakt (*Pacto de silencio*), ein stillschweigendes Abkommen, die Verbrechen und Exzesse der Vergangenheit ruhen zu lassen. Seine Grundlage war das 1977 beschlossene Amnestiegesetz, das die Verfolgung politischer Verbrechen in der Vergangenheit ausschloss. Die zweite Übereinkunft betrifft die Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinaus, in bestimmten Fragen, wie der Wirtschaftspolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik und der Beziehungen zwischen der Zentralregierung in Madrid und den Regionen. Die dritte ist der in der Übergangszeit paktierte weitreichende Autonomiestatus der Regionen, dem ein Konsens eines Spaniens als „Nation der Nationen“ zugrunde liegt (Encarnación 2008: 2f., 35ff.).

Dass es nie zu einem Bruch - maximal zu einem paktierten Bruch (*ruptura pactada*) mit dem alten Regime kam, stellt auch Bernecker (2001: 89) fest. Wesentliche Bereiche, wie das Militär, die Sicherheitskräfte, Justiz und Verwaltung, wurden beibehalten, auch das Personal wurde nicht ausgetauscht. „Die ökonomische Macht- und Reichumsverteilung wurde ebensowenig angetastet wie der im Süden weit verbreitete Latifundismus, die monarchische Staatsverfassung oder die Verbrechen der Vergangenheit“ (Bernecker 2001: 89).

Während Encarnación (2008) anschaulich beschreibt, wie gerade die Grundlagen, auf denen die spanische Demokratisierung aufbaut, dafür gesorgt haben, dass nicht alle

Bruchstücke des franquistischen Erbes in Spanien beseitigt wurden, klingt bei Magone (2009[2004]) Bewunderung für die „neue Konsensfähigkeit“ der politischen Eliten durch.

„In contrast to Portugal and Greece, the Spanish transition to democracy was undertaken and controlled by the authoritarian elites of the regime in conjunction with the opposition. It was a consensual process towards a *ruptura pactada* (an agreed break). This lack of internationalisation of the Spanish transition to democracy makes it even more unique. It shows that the domestic actors were strong enough to make conscious decisions to move towards a better, more open regime without creating a divided country” (Magone 2009[2004]: 430, Hervorhebung im Original).

Die Konsens- und Kompromissfähigkeit der politischen Eliten während und nach der spanischen Transition ist in der Demokratieforschung also als wesentlicher Faktor für das Gelingen des spanischen Demokratisierungsprozesses wahrgenommen worden. Als „dunkle Seite“ (vgl. Encarnación 2008) der *ruptura pactada* galt eine schwach ausgeprägte Zivilgesellschaft. So haben Parteien und Gewerkschaften im Vergleich wenige Mitglieder, auch sind relativ wenige SpanierInnen in Vereinen organisiert. Als Ursachen für die relative Schwäche der spanischen Zivilgesellschaft genannt werden die Verfolgung Oppositioneller in der franquistischen Diktatur und der Verlust der ohnehin „begrenzte[n] Erfahrung mit sozialer und politischer Organisation und Partizipation aus der kurzen prä-autoritären Zeit“ (Bernecker 2001: 89). Im Transitionsprozess sei der Einfluss der führenden, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen des Widerstands gegen das Franco-Regime außerdem bald zurückgedrängt worden, stattdessen hätten die Regierenden eine Politik der „Reformmaßnahmen ‚von oben‘ aufgrund massiven Reformdrucks ‚von unten‘“ (Bernecker 2001: 90) betrieben und Sozialpakete ausgehandelt. Auch soziale Bewegungen - so der Befund zu Beginn des 21. Jahrhunderts - seien punktuell geblieben und hätten seit dem Niedergang der Friedensbewegung keine Rolle mehr gespielt (Bernecker 2001: 88ff.). Nicht nur die vielfältige spanische LGBT-Bewegung, wie ich später in diesem Kapitel zeigen werde, spricht dafür, dass hier wesentliche Entwicklungen außer Acht gelassen wurden. Encarnación (2008) plädiert daher dafür, die Kriterien zu überdenken, aufgrund derer die Ausprägung der Zivilgesellschaft festgestellt wird. Diese Kriterien, wie die Mitgliedschaft in Vereinen oder die Bereitschaft durch Spenden zu Finanzierung von Privatinitiativen beizutragen, seien großteils in den USA festgelegt worden und orientierten sich daher an der dortigen politischen Kultur.

„Certain aspects of civic and political life unique to Spain, including an intense social life outside the home and a vigorous protest culture, appear to have been left out of the equation of what makes for a strong civil society. These appear to have filled the void left behind by the weakness of formal associational connections” (Encarnación 2008: 90).

Doch selbst die vielzitierte Konsens- und Kompromissbereitschaft der spanischen politischen Eliten während der Transition wird mittlerweile hinterfragt. Hopkin (2005) analysiert u.a. Interviews, die Richard Gunther während der Transition mit Vertretern - so weit mir bekannt ist, waren keine Frauen darunter - der spanischen Wirtschafts- und Politikelite geführt hat. Er kommt zu dem Schluss, dass die Konsenspolitik, die Adolfo Suárez, der UCD-Parteichef und von 1976 bis 1981 Regierungschef, verfolgte, bei weitem nicht von allen in der UCD mitgetragen wurde. Konservative Parteiteile favorisierten eine Koalition mit der *Alianza Popular* (AP), eine Koalition der „natürlichen Mehrheit“ („*mayoria natural*“), wie es hieß (vgl. Hopkin 2005:18). Schon bald nach dem Beschluss der Verfassung 1978 und den Wahlen im Jahr darauf versuchten sowohl der PSOE als auch die AP, die regierende UCD zu schwächen. „The two parties shared a common interest: by undermining the UCD, they could push interparty relations towards a competitive majoritarian dynamic which would improve the position of both“ (Hopkin 2005: 19). Die Implosion der UCD vor den Wahlen 1982 hatte zwar vor allem interne Gründe, aber ein entscheidender Beitrag dazu kam vom PSOE und konservativen AP-Unterstützern³³ aus Politik und Wirtschaft. Beide Parteien - sowohl der PSOE als auch die AP - griffen im Wahlkampf vor allem die UCD an, während zwischen PSOE und AP eine Art unausgesprochener Waffenstillstand herrschte, und beide Parteien machten unzufriedenen UCD-Funktionären Angebote, die Seiten zu wechseln (vgl. Hopkin 2005: 20).

„The 1982 elections were not simply an alternation in government between political parties, or even a case of particularly heavy electoral defeat by an unpopular governing party (...). It was also the outcome of a deliberate and sustained campaign by two political parties and influential business interests to realign Spanish party system on a bipolar basis, in which ‘the best of the left could compete with the best of the centre’“ (Hopkin 2005: 21).

Die Schwäche der Kommunistischen Partei (PCE) bei den Wahlen 1977 und 1979 sei für den PSOE der Anlass gewesen, sich von radikaleren Forderungen zu verabschieden und mit einer gemäßigten Mitte-Links-Politik um Stimmen der bisherigen UCD-WählerInnen zu buhlen.

³³ Ich verzichte hier in diesem Abschnitt bewusst auf die Erwähnung von Unterstützerinnen und Funktionärinnen, weil Frauen in der Regel im Franquismus nicht an derart einflussreiche Positionen gelangen konnten. Frauen haben im Franquismus öffentlich kaum eine Rolle gespielt, eine Ausnahme ist vielleicht die Tochter des früheren Diktators Miguel Primo de Rivera (1923 bis 1930), Pilar Primo de Rivera. Pilar Primo de Rivera und ihr Bruder José Antonio Primo de Rivera haben gemeinsam die faschistische Bewegung Falange gegründet. Pilar Primo de Riveras *Sección Femenina* erlangte im Franquismus große Macht über Mädchen und Frauen, deren Kursen über Haushaltsführung und Kindererziehung Pflicht waren (vgl. Mitchell 1998: 120).

Sozialistische Regierungen unter Ministerpräsident Felipe González: 1982 – 1996

Die Strategie, die UCD zu schwächen, ging sowohl für den PSOE als auch für die AP auf. Bei den Wahlen 1982 stimmte rund ein Fünftel der UCD-WählerInnen von 1979 für den PSOE, rund die Hälfte wählte 1982 die AP (vgl. Hopkin 2005: 19f.). Der PSOE unter Felipe González - mit dem Versprechen angetreten, Spanien zu modernisieren und die Demokratie zu konsolidieren - erreichte eine absolute Mehrheit der Mandate im Kongress und konnte, ohne auf andere Parteien angewiesen zu sein, die Regierung bilden (siehe dazu Tabelle 2).

Tabelle 2: Ergebnis der Kongresswahlen am 28. Oktober 1982

	UCD	PSOE	PCE	AP
% der Stimmen*	6,77 %	48,11 %	4,02 %	26,36 %
Mandate*	11	202	4	107

Quelle: Spanisches Innenministerium. * der gültigen Stimmen * der 350 Mandate

Bis 1996 also vierzehn Jahre lang konnte der PSOE die Mehrheit verteidigen, solange blieb auch González als Ministerpräsident im Amt. Vom marxistischen Parteiprogramm hatte sich der PSOE schon zuvor verabschiedet, seit seiner Reorganisation Ende der 1970er Jahre zeichnete sich der PSOE durch ideologischen Pragmatismus aus. Beispielsweise wurden als ArbeiterInnen all jene definiert, die berufstätig waren. Dieser ideologischen Neuausrichtung waren zwar parteiinterne Kämpfe vorangegangen, trotzdem stand die große Mehrheit der Partei hinter dem Ziel, nach außen ein Bild der Geschlossenheit zu vermitteln und sich damit von der UCD abzuheben. Um dieses Ziel zu erreichen, gab sich der PSOE hierarchischere Strukturen, die die Parteiführung mit mehr Macht und Spielraum ausstatten (vgl. Magone 2009 [2004]: 18ff. und Méndez-Lago: 172f.).

„Clearly the PSOE was not a new party. On the contrary, its historical legacy was intelligently managed during this phase: the leaders succeeded in maintaining a link with the past of their hundred-year old organisation, while at the same time offering new ideas and, more importantly, new leaders. The PSOE provided a combination characterised by ‘symbolic continuity and political discontinuity’” (Méndez Lago 2005: 173).

Die neue sozialistische Regierung führte Spanien 1986 in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), dem EWG-Beitritt voraus gingen strukturelle und wirtschaftliche Reformen, darunter die Abwertung der Peseta, größere Arbeitsmarktflexibilität und die Privatisierung von staatlichen Industriebetrieben. Der Beitritt zur EG kurbelte zwar das Wirt-

schaftswachstum an, die hohe Arbeitslosenrate blieb aber ein Problem, das die sozialistische Regierung nicht lösen konnte (vgl. Méndez-Lago 2005).

Weitere Reformen, die die PSOE-Regierung in Angriff nahm, waren der Umbau des Sozialsystems in Richtung eines europäischen Wohlfahrtsstaates und eine Reform des Bildungswesens. Die linke Friedensbewegung brachte der PSOE allerdings gegen sich auf, denn 1984 entschied sich die Partei gegen den zuvor versprochenen Austritt aus der NATO, stattdessen wurde im März 1986 ein Referendum darüber abgehalten, das angesichts der Haltung der anderen Parteien in eine Art Vertrauensabstimmung über Felipe González und seine Politik umdefiniert wurde. Mit knapper Mehrheit entschied die Bevölkerung für den Verbleib Spaniens in der NATO und damit auch für González. Aus der Friedensbewegung entstand allerdings ein Parteienbündnis links des PSOE, die „*Vereinigte Linke*“ („*Izquierda Unida*“), in der die Kommunistische Partei dank ihrer ausgeprägten Parteistrukturen dominierte und sich fortan ideologisch weiterentwickelte (vgl. Gibbons 1999: 48ff. und Méndez-Lago 2005: 177f.).

Erfolgreicher war der PSOE bei der Integration von Teilen der Frauenbewegung in die Partei, was die unabhängige Frauenbewegung schwächte³⁴. Die Gründung des „*Instituto de la Mujer*“ („*Fraueninstitut*“) 1983 begründete die institutionelle Frauen- und Gleichstellungspolitik in Spanien. In der Mitte der 1980er Jahre war die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs eine Priorität des *Fraueninstituts*. Der PSOE war in der Frage gespalten, zwischen BefürworterInnen einer weitreichenden Legalisierung der Abtreibung und jenen, die eine eingeschränkte Reform durchsetzen wollten. Die Parteispitze, die wie bereits erwähnt, eine „catch-all“-Strategie verfolgte unterstützte eine eingeschränkte Reform, d.h. der Schwangerschaftsabbruch sollte nur in Ausnahmefällen, wie bei Gefahr für die psychische und körperliche Gesundheit der Schwangeren, erlaubt werden (vgl. Valiente 2001 und 2003).

Die Argumente der BefürworterInnen der Reform Mitte der 1980er Jahre scheinen bereits den Grundstein zu legen für die Debatte über die Öffnung der Ehe 20 Jahre später. So hieß es beispielsweise, dass Schwangerschaftsabbrüche Teil der sozialen Realität seien, und,

³⁴ Feministinnen engagierten sich nach 1975 meist in der Frauenbewegung und in linken Parteien und Gewerkschaften, dadurch waren die Fronten zwischen der Bewegung und politischen AkteurInnen verwischt. Parteien wurden in Spanien ab 1975 schnell zu dominierenden Vermittlerinnen zwischen Staat und Gesellschaft (vgl. Matuschek 2003). Sich innerhalb der Parteien zu engagieren schien Feministinnen daher die erfolgversprechendste Strategie zu sein. Das heißt jedoch nicht, dass die Aktivitäten und Kampagnen von Feministinnen außerhalb der Parteien und des Parlaments erfolglos waren, es bedeutet aber jedenfalls, dass sie von der Forschung weniger wahrgenommen wurden (vgl. Valiente 2003 und 2005).

dass das auch rechtlich anerkannt werden sollte. Und: „They maintained that this reform would make Spain more like other European countries, which were economically more developed and had a longer democratic past” (Valiente 2001: 233). Die GegnerInnen der Regelung im Parlament waren die AP, Teile der Baskischen Nationalistenpartei PNV und der katalanischen Nationalisten *Convergència i Unió* (CiU), die wichtigste Gegnerin außerhalb des Parlaments war die Katholische Kirche Spaniens (vgl. Valiente 2001).

Zum Problem für die PSOE-Regierung wurden Ende der 1980er Jahre der Konflikt mit der sozialistischen Gewerkschaft, der *Union General de Trabajadores* (UGT). Im Dezember 1988 organisierte die UGT gemeinsam mit der kommunistischen Gewerkschaft (CCOO) einen Generalstreik gegen die Regierung, die Lohnerhöhungen von nicht mehr als fünf Prozent empfohlen hatte. Auf dem Parteikongress 1990 wurde die Trennung von PSOE und UGT offiziell. Auch als Folge dieser Entwicklung formierte sich linker Widerstand innerhalb des PSOE gegen den Kurs und den „arroganten und autoritären“ Führungsstil von Premierminister González und der Parteispitze. Die Regierung besann sich ihrer traditionellen UnterstützerInnen und KernwählerInnen und reagierte mit dem Ausbau von Sozialleistungen (vgl. Encarnación 2008: 59f., Méndez-Lago 2005: 178f.). Trotzdem verlor der PSOE bei den Wahlen 1989 seine absolute Mehrheit, die IU stieg zur dritten landesweiten Partei auf. Eine Tendenz, die sich vier Jahre später noch verstärkte, wie Tabelle 3 zeigt, und wovon diesmal durch die Schwäche des CDS, des christlich-demokratischen Zentrums, der *Partido Popular*, so hieß mittlerweile die AP unter ihrem neuen Präsidenten José María Aznar, profitieren konnte.

Tabelle 3: Kongresswahlen 1989 und 1993

	PSOE	PP	IU	CDS
<u>1989</u>				
% der Stimmen*	39,6 %	25,79 %	9,07 %	7,89 %
Mandate*	175	107	17	14
<u>1993</u>				
% der Stimmen*	38,78 %	34,76 %	9,55 %	1,76 %
Mandate*	159	141	18	0

Quelle: Spanisches Innenministerium. * der gültigen Stimmen * der insgesamt 350 Mandate

Nach den verlorenen Wahlen am 6. Juni 1993 musste der PSOE ein Regierungsbündnis schließen. Eine Koalition mit der IU, die den PSOE gemeinsam mit den Gewerkschaften heftig kritisiert hatte und den Vertrag von Maastricht ablehnte, kam für die Parteispitze nicht infrage. Stattdessen ging der PSOE ein Bündnis mit der CiU, den katalanischen Nationalisten, ein. González' letzte Amtszeit war geprägt von Skandalen, Spaltungstendenzen im PSOE und heftigen Anfeindungen von Seiten der AP, die gehofft hatte, die Wahlen zu gewinnen. Besonders geschadet dürfte dem PSOE die Affäre um die sogenannten *Grupos Antiterrorista de Liberación* (GAL) haben, jene paramilitärische Gruppen, die zwischen 1983 und 1987 im spanischen und französischen Teil des Baskenlandes, ETA-Mitglieder, aber auch unbeteiligte Zivilisten entführt und ermordet hatten. In einem Artikel über die GAL-Affäre beschreibt Woodworth (2005), wie und warum die PSOE-Regierung sich 1983 dazu entschlossen haben könnte, die Todesschwadronen der GAL zu billigen - und damit den „schmutzigen Krieg“ des Franco-Regimes gegen die ETA fortzusetzen - und wie sie in den 1990er Jahren versuchte ihre Beteiligung zu vertuschen. Gleichzeitig hält Woodworth fest, dass die AP und rechtskonservative Medien wie die Tageszeitung *El Mundo* mit allen (auch undemokratischen) Mitteln versuchten, die Affäre für ihre Zwecke auszuschlachten. Zurück blieb in der Bevölkerung der Eindruck, dass die ETA mit ihrer Behauptung, seit dem Ende der Diktatur habe sich nichts geändert, vielleicht doch nicht ganz unrecht habe. Doch die Aufarbeitung des GAL-Skandals vor Gericht - immerhin wurde der verantwortliche Innenminister verurteilt - hatte auch positive Folgen. „Spanish citizens have learned the hard way that democratic governments and their security forces can abuse power in terrible ways. But they have also learned that politicians and counter-terrorists can, to some degree at last, be held accountable“ (Woodworth 2005: 77).

Schon in den frühen 1990er Jahren wurde das politische Klima in Spanien wieder als eines der *crispación* (Gereiztheit) charakterisiert. Mit *crispación* wird jene politische Polarisierung beschrieben, die Spanien in der Zweiten Republik beherrschte und die letztlich zum Bürgerkrieg führte (vgl. Encarnación 2008: 150). Dieses gefährliche Klima zu erzeugen, werfen sich PSOE und PP seither häufig gegenseitig vor (vgl. Bernecker 2005). Auch in der Debatte über die Öffnung der Ehe spielte die angebliche *crispación* eine bedeutende Rolle. Welche Mechanismen und Diskurse dahinter stehen, soll in Kapitel 5 beleuchtet werden.

PP-Regierungen unter Ministerpräsident José María Aznar: 1996 – 2004

Der PP hatte bei der Definition seiner Politik und seiner Strategie erstaunlicherweise ähnliche Probleme wie der PSOE, und - das ist vielleicht noch bemerkenswerter - auch ähnliche Lösungen. Die Vorgängerpartei des PP, die *Alianza Popular*, war sowohl personell als auch ideologisch im Franquismus verwurzelt. Nicht nur AP-Gründer Manuel Fraga Iribarne, sondern die Mehrheit der Parteispitze stammten aus Familien, die während des Franquismus zur politischen Führungselite gehörten. In den 1980er Jahren wurde der Parteispitze klar, dass sich die AP vom Franquismus distanzieren und in die ideologische Mitte rücken musste, um die Chance zu haben, jemals in Regierungsverantwortung gewählt zu werden. Auf ihrem 9. Parteikongress noch unter Fraga im Jänner 1989 benannte sich die AP in *Partido Popular* um und beschloss gab sich hierarchische Strukturen, die dem Parteipräsidenten viel Spielraum gaben. Dass die Kontrolle der Partei gut funktionierte, äußerte sich ab 1989 auch darin, dass kaum von der Parteilinie abweichende Meinungen nach außen drangen. Ideologisch definierte sich der PP als liberal, konservativ und christlich-demokratisch. Im Dezember des gleichen Jahres legte Fraga die Parteipräsidentschaft zurück und übergab das Amt an José María Aznar. Die franquistischen Wurzeln der Partei auszureißen, war nicht auf Aznars Agenda, auch der Einfluss des *Opus Dei* auf die Partei ist unbestritten, trotzdem verfolgte der PP seit Anfang der 1990er Jahre eine eher gemäßigte Mitte-Rechts Politik - nicht nur im Sinn des öffentlichen Diskurses, sondern im Sinn von Politikinhalt. Das änderte sich auch nicht als der PP am 3. März 1996 erstmals Parlamentswahlen gewann (vgl. Balfour 2005, Gibbons 1999: 39ff., Encarnación 2008: 61ff. und Méndez-Lago 2005: 186).

Tabelle 4: Ergebnisse der Kongresswahlen 1996 und 2000

	PP	PSOE	IU
<u>1996</u>			
% der Stimmen*	38,79 %	37,63 %	10,54 %
Mandate*	158	141	21
<u>2000</u>			
% der Stimmen*	44,52 %	34,16 %	5,45 %
Mandate*	183	125	8

Quelle: Spanisches Innenministerium. * der gültigen Stimmen * der insgesamt 350 Mandate

Trotz aller Probleme lag der PP am Wahlabend nur knapp vor dem PSOE. In den letzten Tagen vor der Wahl hatten die Sozialisten unentschlossene Wähler-Innen mobilisieren können, deren Hauptmotiv für die Wahl des PSOE war, dass sie eine PP-Regierung verhindern wollten. Der PP erreichte 1996 zwar eine relative, aber keine absolute Mandatsmehrheit im Kongress und war auf BündnispartnerInnen angewiesen, die er - wie zuvor der PSOE - bei den katalanischen Nationalisten, der CiU und bei der PNV, der Baskischen Nationalistenpartei, fand. Die Tatsache, dass gerade der PP als Vertreter des starken Zentralstaats auf die Unterstützung nationalistischer Parteien angewiesen war, entlockte dem scheidenden Ministerpräsidenten González die Aussage, nie habe eine bittere Niederlage süßer geschmeckt (Gibbons 1999: 39), sie war auch der Grund dafür, dass der PP wider Erwarten die Autonomie beider Regionen ausbaute (Encarnación 2008: 62).

Wichtige gesellschaftspolitische Reformen der PSOE-Regierungen - wie die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs - tastete der PP nicht an, obwohl der Druck von Seiten der Katholischen Kirche groß war. Ein anderes Beispiel für den ideologischen Pragmatismus des PP Mitte der 1990er Jahre ist, dass Frauen motiviert wurden, sich in der Partei - die bis in die späten 1980er Jahre fast ausschließlich aus Männern bestand - zu engagieren und dass sie wichtige Positionen erreichten. Inhaltlich versuchte der PP mit dem Bekenntnis zu Programmen für Familienförderung und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Wählerinnen attraktiver zu werden (vgl. Balfour 2005, Encarnación 2008: 61f.). Auch wirtschaftspolitisch blieb der PP auf dem Kurs, den der PSOE vorgegeben hatte, einem Kurs der wirtschaftlichen Liberalisierung, der Einsparungen und Privatisierungen mit dem Ziel, die Vorgaben des Maastrichter Vertrags zu erfüllen. Der PP war dabei teilweise erfolgreicher und hatte mit weniger Widerstand zu kämpfen als der PSOE. „In fact the PP government owed an enormous debt to the Socialists who had persuaded and fought with the left to accept privatisation and deregulation in a way no conservative government could have done“ (Balfour 2005: 154). Als neoliberal kann die Politik des PP jedoch nicht bezeichnet werden. Ziel seiner Wirtschaftspolitik war es nicht den freien Wettbewerb zu fördern, vielmehr sollte Geld beschafft und sollten die Staatsausgaben gesenkt werden. Auch die Belohnung mächtiger Verbündeter spielte keine geringe Rolle, so profitierten von den Privatisierungen nicht zufällig dem PP nahestehende Unternehmen, auch im Medienbereich begünstigte der PP ihm gewogenen Medienkonzerne (vgl. Balfour 2005: 154ff.).

Dass der PP bei den Wahlen am 12. März 2000 derart erfolgreich war und eine absolute Mehrheit der Mandate im Kongress erreichte, wie in Tabelle 5 dargestellt, dürfte aber

hauptsächlich auf den Zustand des PSOE, der auf seine Oppositionsrolle schlecht vorbereitet war und mit parteiinternen Konflikten zu kämpfen hatte, zurückzuführen sein (vgl. Méndez-Lago 2005: 186ff.). Mit der absoluten Mehrheit im Kongress im Rücken rückte der PP ab 2000 nach rechts und brach dabei mit Grundsätzen, die Spanien seit dem Ende des Franquismus geprägt hatten, was heftige Proteste zur Folge hatte. Eines der radikalsten Beispiele dafür war die Schulreform von Bildungsministerin Pilar de Castillo, die das Unterrichtsfach Religion in staatlichen Schulen zum Pflichtgegenstand erklärte, wie es im Franquismus der Fall gewesen war. Kaum im Amt stoppte die PSOE-Regierung 2004 die Implementierung der Reform (vgl. Balfour 2005, Martín 15.04.2004).

„The measure was all the more significant because the Spanish Constitution envisaged the separation of church and state. This is an area where arguably the least progress has been made in fulfilling the constitutional provisions. Far from abiding by these principles, the PP sought to maintain the status of the Catholic Church as a para-state body” (Balfour 2005: 158).

Die zweite Entscheidung der PP-Regierung, die einem Verfassungsbruch zumindest nahe kommt, ist die politische und militärische Unterstützung der USA im Irakkrieg 2003, als Mitglied der sogenannten „Koalition der Willigen“ und später im Rahmen der multinationalen Truppe im Irak. Obwohl die Teilnahme an einem Krieg laut spanischer Verfassung vom Parlament gebilligt werden muss, fand keine Debatte darüber statt. Aznar argumentierte, das sei nicht notwendig, denn die spanischen Truppen hätten im Irak ausschließlich „friedenserhaltende“ Aufgaben (vgl. Balfour 2005: 160). Die Teilnahme an der US-geführten Truppe im Irak wurde nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt,

„[i]t also overturned a tacit consensus between left and right in Spain over foreign policy: the centrality of the United Nations in matters of peace and international law, the maintenance of good relations with the Arab world, and the need for the European Union to forge a united foreign and security policy“ (Balfour 2005: 160).

Dieser Paradigmenwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Regierungsstil des PP ab 2000, der sich unter anderem dadurch auszeichnete, dass Aznar seine Macht als Ministerpräsident voll ausschöpfte und das Parlament mehrmals durch Dekrete übergang, hat große Teile der Bevölkerung gegen den PP aufgebracht und mobilisiert. Für die Wahlen 2004 schien das - laut Umfragen zu Jahresbeginn - aber keine große Rolle mehr zu spielen. Das änderte sich mit den Anschlägen auf mehrere Pendlerzüge in Madrid am 11. März 2004. Die Anschläge und vor allem die Reaktion der PP-Regierung darauf führten zum Ausbruch der seit längerem schwelenden Unzufriedenheit, was den PP letztlich den Wahlsieg gekostet haben dürfte (vgl. Sanz & Sánchez-Sierra 2005). Selbst als sich die Hinweise verdichteten, dass es sich bei den Attentätern um islamistische Terroristen han-

deln dürfte, hielt die Regierung an der Behauptung fest, die ETA sei für die Taten verantwortlich (siehe auch Zeittafel am Ende von Kapitel 4). Per SMS und e-mail organisierten empörte BürgerInnen Demonstrationen gegen den PP. Das Wahlergebnis fiel mehr als deutlich aus. Der PSOE kam auf 42 Prozent der Stimmen, um 9 Prozentpunkte mehr als bei den Wahlen 2000, der PP verlor sieben Prozentpunkte und kam auf 37,6 Prozent der gültig abgegebenen Stimmen. Noch in der Wahlnacht wurde der Linksrutsch nach acht Jahren PP-Regierung mit dem Rechtsruck acht Jahre zuvor verglichen, auch diesmal spielte eine Rolle, dass die regierende Partei versucht hatte, die Wahrheit zu manipulieren und damit an die Franco-Diktatur erinnerte (vgl. Perger 15.03.2004 und Perger 28.02.2006). Laut der sozialistischen Internetplattform World Socialist Web Site war „die landläufige Reaktion: ‚Die Faschisten sind wieder am Werk!‘“ (Short 08.06.2005).

Die Beurteilung des PP durch die politikwissenschaftliche Forschung fällt differenzierter aus. Die teilweise Ignoranz gegenüber Parlament und Verfassung hinderte den PP nämlich nicht daran, sich auf seinem 14. Kongress 2002 als Vertreter eines Verfassungspatriotismus zu präsentieren und sich vom Konzept des traditionellen spanischen Nationalismus zumindest rhetorisch zu verabschieden. Eine allerdings nur bedingte Neupositionierung, wie auch Encarnación (2008) feststellt. „Rethinking Spanish history was undertaken by the PP hand in hand with an effort to revive national symbols, most notably the Spanish flag, which under Franco had become intimately tied to a culturally and politically repressive state“ (Encarnación 2008: 63). Auch die einstimmige Verurteilung des franquistischen Diktatur durch das Parlament, also auch den PP, im November 2002, konterkarierte der PP immer wieder mit anderen Maßnahmen, zum Beispiel der finanziellen Förderung der revisionistischen Francisco Franco Stiftung. Balfour (2005), der den PP in seinem Artikel sehr differenziert beurteilt, kommt zu dem Schluss, „Francoism is the skeleton in the PP cupboard“ (Balfour 2005: 151). Doch er argumentiert ebenfalls, und das ausgesprochen überzeugend, dass der PP sich seit den 1980er Jahren trotz aller Widersprüche zu einer normalen Mitte-Rechts-Partei entwickelt hat. Obwohl radikale Tendenzen in der Partei immer wieder an die Oberfläche kommen, hat sie sich auf lange Sicht als ideologisch pragmatisch und damit genauso demokratisch und moderat erwiesen, wie sie die WählerInnen zu sein zwingen. Gemäßigte oder fortschrittliche Inhalte, seien sie auch ursprünglich zum Zweck der Stimmenmaximierung vertreten worden, sind in die Parteikultur übernommen worden (vgl. Balfour 2005: 164f.).

Die LGBT-Bewegung in Spanien von 1975 bis 2004

Während sich in den USA und anderen westlichen Demokratien Ende der 1960er bis Anfang der 1970er Jahre - als Auslöser gilt die *Stonewall Rebellion* in New York im Jahr 1969 - Lesben- und Schwulenbewegungen zu formieren begannen³⁵, konnten Homosexuelle³⁶ im franquistischen Spanien nur im Untergrund agieren. Mit dem Gesetz über die Gefährlichkeit und soziale Rehabilitation (Ley de Peligrosidad y Rehabilitación Social - LPRS) 1970 wurden „homosexuelle Akte“ wegen „Gefährdung der Gesellschaft“ verboten. Schwulen drohte eine Inhaftierung von bis zu fünf Jahren entweder in dem 1971 eingerichteten „Rehabilitationszentrum für männliche Homosexuelle“ oder aber - und das war mehrheitlich der Fall - in einem regulären Gefängnis (vgl. Llamas / Vila 1999: 215f.). Es handelte sich dabei - wie der katalanische Aktivist Jordi Petit (2003) beschreibt - um ein Gesetz, das weniger die Ausübung von „gefährlichen“ Handlungen verfolgte, der bloße Verdacht, „ein Mann könnte homosexuell sein, reichte für eine Verhaftung oft schon aus (vgl. Petit 2003: 27). Die Konsequenzen der Verfolgung und Unterdrückung von Homosexuellen im Franquismus für die Entstehung einer Lesben- und Schwulenbewegung in Spanien analysieren Llamas und Vila (1999):

„All sexual dissidence was defined as a symbolic space foreign to the values upon which the regime supported itself. As a result, the lesbian and gay movement built itself up on its opposition to these same values: opposition to the institutionalized family, the Catholic church, and the unity of the native land“ (Llamas / Vila 1999: 216).

Als Reaktion auf das LPRS entstanden erste homosexuelle Widerstandsgruppen. Armand de Fluvià und Francesc Francino i Prunés.³⁷ (unter ihren Pseudonymen Roger de Gaimon und Mir Bellgai) forderten die Abgeordneten des Parlaments in Protestbriefen auf, das Gesetz zu verhindern, womit sie immerhin die Substituierung des Begriffs „Homosexuelle“ durch „jene, die homosexuelle Akte ausüben“ erreichten (vgl. Calvo 2003: 202 und Llamas / Vila 1999: 218). 1970 gründeten die beiden Aktivisten in Barcelona die *Homophile Gruppierung für Soziale Gleichheit* (AGHOIS), die bald unter dem Namen *Spanische Bewegung zur Homosexuellen-Befreiung* (MELH) bekannt wurde. Die MELH, die sich später aus Sicherheitsgründen in mehrere kleinere Gruppen aufspaltete, bildete die Basis für jene

³⁵ Nicht so in Österreich, wo sich eine Lesben- und Schwulenbewegung erst ab Mitte der 1970er Jahre entwickelte, was unter anderem darauf zurückgeführt werden kann, dass das Totalverbot der Homosexualität erst 1971 abgeschafft wurde (vgl. Repnik 2006: 84).

³⁶ Homosexuelle bezieht sich hier auf Männer, die wegen ihrer sexuellen Orientierung auch strafrechtlich verfolgt wurden.

³⁷ Sein vollständiger Name ist erst seit seinem Tod bekannt.

Organisationen, die nach dem Tod Francos 1975 öffentlich auftraten: Die FAGC (*Schwulen-Befreiungsfront Kataloniens*) in Katalonien 1975, gefolgt von Gruppen in der Region Valencia, den Balearen und im Baskenland, also in jenen Regionen, in denen auch nationale Befreiungs- und Autonomiebewegungen aktiv waren. 1977 wurden die ersten Gruppen in Madrid gegründet, die ebenfalls öffentlich gegen das LPRS auftraten (vgl. Calvo 2003: 202 und Llamas / Vila 1999: 218f. und Petit 2003: 28). Der Kampf der Schwulenbewegung, der auch anfangs von lesbischen Aktivistinnen unterstützt wurde, um ihre Rechte stand während des Übergangs zur Demokratie nicht allein:

„In general, the lesbian and gay struggle was articulated alongside other marginalized social collectivities and other liberation movements (all the citizens' and revolutionary movements and trade unions that had come out of the closet kicking and screaming). Especially in Catalonia, the Valencian country, the Balears, and the Basque country, the movement forged links with the struggle for national liberation and independence” (Llamas / Vila 1999: 219).

Während die Organisationen von Lesben und Schwulen in älteren Demokratien mit Ignoranz der Massenmedien und Öffentlichkeit zu kämpfen hatten, konnte die Lesben- und Schwulenbewegung in Spanien seit Mitte der 1970er Jahre, wenn nicht mit der Unterstützung, so zumindest mit der Aufmerksamkeit der Medien rechnen, was Petit (2003: 19) auf die besondere Situation während des Übergangs zur Demokratie zurückführt. Die spanische Transition habe eine Gegenbewegung zu allem, was im Faschismus verboten gewesen war, erzeugt. Dies sei der Grund, warum die Journalistinnen und Journalisten Ende der 1970er Jahre zu gleichen Bedingungen über Forderungen und Themen der Schwulenbewegung wie über Anliegen der Frauenbewegung, der Gewerkschaften und politischer Parteien berichtet hätten. Für diese These spricht auch, dass die Abschaffung oder Reform des LPRS vor den ersten demokratischen Wahlen im Juni 1977 eines der sowohl von allen Parteien, als auch von Betroffenen - wie den ersten Schwulenorganisationen und feministischen Gruppen - meist debattierten Themen war (vgl. Platero Méndez 2004: 77).

In den Mitte der 1970er Jahre entstandenen Gruppen, die sich für die Entkriminalisierung von Homosexuellen einsetzten, waren Lesben - obwohl in der Minderheit - aktiv, doch der gemeinsame Kampf war von kurzer Dauer. Lesben waren in den gemischten Gruppen nicht nur mit Desinteresse an ihren Forderungen, sondern auch mit kaum verhüllter Frauenfeindlichkeit konfrontiert (vgl. Gimeno Reinoso 2005: 195f.). Als sich abzeichnete, dass das LPRS reformiert werden würde, gründeten lesbische Aktivistinnen eigene Gruppen. Die erste lesbische Gruppe, das 1977 in Barcelona gegründete Lesbenkollektiv *Col.lectiu de Lesbianas*, spaltete sich ein Jahr nach seiner Gründung von der FAGC ab. Nach dem ersten landesweiten Treffen 1980 gründeten Lesben in mehreren spanischen Städten unab-

hängige Organisationen. Diese Gruppen verorteten sich in der Frauenbewegung und traten bald dem *Koordinationskomitee Feministischer Organisationen Spaniens* (COFEE) bei (vgl. Llamas / Vila 1999: 220 und Collins 2005: 128f.). Diese ideologische und organisatorische Spaltung von lesbischen und schwulen Gruppen blieb während der gesamten 1980er Jahre aufrecht. Statt innerhalb einer Lesben- und Schwulenbewegung, organisierten sich Lesben hauptsächlich innerhalb der Frauenbewegung. Mit den 1983 in Madrid erstmals abgehaltenen Feministischen Konferenzen zur Sexualität festigten lesbische Gruppen ihre Position in der Frauenbewegung. Die breite Öffentlichkeit - im Sinne medialer Berichterstattung - erreichte die Lesbenbewegung mit Protestaktionen gegen staatliche Gewalt und Diskriminierung von Lesben³⁸. Viele der lesbischen Aktivistinnen waren sowohl in politischen Parteien, als auch in der Frauen- und Lesbenbewegung aktiv. Das und die teilweise damit zusammenhängenden Differenzen innerhalb der Frauenbewegung, aber auch in den lesbischen Gruppen, führten gegen Ende des Jahrzehnts zu einer Schwächung und Fragmentierung der Lesbenbewegung. Nur in den Städten Madrid, Barcelona, Bilbao und Gijón existierten lesbische Kollektive weiter (vgl. Platero 2004: 84f. und Llamas / Vila 1999: 224f.).

Die Schwulenbewegung hatte zu Beginn der 1980er Jahre damit zu kämpfen, dass ihr mit der Reform des LPRS und der Legalisierung homosexueller Organisationen 1980 die zentralen Themen abhanden gekommen waren. Wegen ideologischer Konflikte lösten sich viele Gruppen auf, andere gaben sich eine neue Struktur (vgl. Llamas / Vila 1999: 221 und Petit 2003: 31). Zum Beispiel fanden auf Initiative von Jordi Petit von der FAGC in Barcelona mehrere landesweite Konferenzen statt, aus denen 1986 das *Madriдер Schwulenkollektiv* (COGAM) und in Katalonien das *Koordinationskomitee der Lesben und Schwulen* (CGL) hervorgingen (vgl. Platero 2004: 84).

Ab Mitte der 1980er Jahre war HIV/AIDS das dominierende Thema der Schwulenbewegung. Zugunsten der Hilfe für AIDS-Kranke, der Organisation von Präventionskampagnen und der Zusammenarbeit mit staatlichen Gesundheitseinrichtungen ließen große Teile der Schwulenbewegung viele ihrer „revolutionären“ Ideen fallen. In den folgenden Jahren wurden viele neue Gruppierungen gegründet, auch in kleineren Städten, in denen es zuvor nie lesbisch-schwule Vereinigungen gegeben hatte. In diesen Vereinigungen waren auch

³⁸ Nach der Verhaftung zweier Frauen, die sich in der Öffentlichkeit geküsst hatten 1986, reagierten lesbische Gruppen mit Demonstrationen, in deren Zentrum öffentliches Küssen stand. Als ein Richter im Jahr darauf einer Frau das Sorgerecht für ihre Tochter mit der Begründung, sie sei wahrscheinlich lesbisch, entzog, unterstützten sie sie bei der Berufung gegen das Urteil (vgl. Llamas / Vila 1999: 224f.).

Lesben aktiv, die jedoch meist keine Verbindungen zur Frauen- und Lesbenbewegung hatten (vgl. Llamas / Vila 1999: 226).

Da das wichtigste Anliegen der Mehrzahl der neuen, gemischten Gruppen die HIV/AIDS-Arbeit war, waren sie auf öffentliche Finanzierung angewiesen und knüpften Kontakte zu staatlichen Institutionen, was eine Professionalisierung und Hierarchisierung der Gruppen zur Folge hatte:

„Demands were also being made through the connections of the movement's elites (the new 'homocracy' of efficient managers who are out and, furthermore, speak the bureaucratic language) with representatives of political parties and parliamentary groups” (Llamas / Vila 1999: 227).

Im Zusammenhang mit dieser Strategie der Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen sind auch die *Vota Rosa*-Kampagnen zu sehen. Seit 1988 empfiehlt die CGL vor jeder regionalen und nationalen Wahl, nur jene Parteien zu wählen, die ihre Anliegen ernst nehmen (vgl. Coordinadora Gai-Lesbiana 1992 in Petit 2003: 113f.).

Parallel dazu engagierten sich COGAM in Madrid und andere Gruppen seit 1988 für ein Antidiskriminierungsgesetz und - nach dem Vorbild der lesbischen Gruppen - in verschiedenen Kampagnen gegen Gewalt gegen Homosexuelle und deren Diskriminierung. Am 28. Juni des gleichen Jahres rief COGAM gemeinsam mit dem *Madridener Kollektiv Feministischer Lesben* (CFLM) zur ersten gemeinsamen Demonstration von Lesben und Schwulen anlässlich des Jahrestags der Stonewall Rebellion *orgullo gai-lesbico* auf. Während Ende der 1970er Jahre bis zu zehntausend Menschen am Christopher Street Day demonstrierten, nahmen an den jährlich stattfindenden Demonstrationen bis Mitte der 1990er Jahre nur einige Hundert teil. Erst 1997 zählten die OrganisatorInnen wieder zehntausend TeilnehmerInnen; im Jahr 2004 mehr als eine Million (vgl. Platero 2004: 83, 85, Villaamil 2004: 79f. und El Mundo 04.07.2004).

1992 gründete COGAM mit Unterstützung der seit Jahrzehnten in der Bewegung aktiven katalanischen Aktivisten Armand de Fluvià und Jordi Petit die *Landesweite Föderation von Lesben und Schwulen* (FELG)³⁹. Über ihre Präsenz in der FELG entwickelte sich COGAM während der 1990er Jahre zur dominierenden Organisation der Lesben- und Schwulenbewegung auf gesamtstaatlicher Ebene (vgl. Platero 2004: 86). Obwohl seit Anfang des Jahrzehnts die Partizipation von Lesben in den diversen Organisationen wieder zunahm,

³⁹ 2002 änderte die FELG mit der Einschließung von Transgender ihren Namen auf FELGT (vgl. FELGT, Historia). 2005 änderte sie wieder ihren Namen und heißt seither FELGTB (vgl. <http://www.felgtb.es>).

waren in führenden Funktionen fast ausschließlich Männer tätig. Auf Druck von Feministinnen innerhalb der Lesben- und Schwulenbewegung verpflichteten sich sowohl COGAM (1998) als auch FELG (2000) zur Geschlechterparität (vgl. Platero 2004: 127). Viele Lesben, die in der Lesben- und Schwulenbewegung „Karriere“ machten, standen und stehen der Integration von Lesben in die Frauenbewegung kritisch gegenüber, wie zum Beispiel die ehemalige Präsidentin der *Landesweiten Föderation von Lesben, Schwulen, Trans- und Bisexuellen* (FELGT) Beatriz Gimeno. Mit ihrer zunehmenden Institutionalisierung habe sich die Frauenbewegung in einen immer „ungastlicheren Ort für Lesben“⁴⁰ verwandelt (2005: 195f.).

In ihrer Forderung nach einer gesetzlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften („parejas de hecho“) war die spanische Lesben- und Schwulenbewegung bis zur Mitte der 1990er Jahre keineswegs geeint. Während COGAM 1993 ihren Entwurf für ein „Ley de parejas de hecho“ vorlegte, standen jene Gruppen, die sich als *queer* verstanden und das Konzept der Identität generell in Frage stellten, wie *La Radical Gai*, die sich 1991 von COGAM abgespaltete, oder *Lesbianas sin Dudas* (LSD), gegründet 1993, einem Gesetz zur Regelung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften desinteressiert bis kritisch gegenüber⁴¹ (vgl. Llamas / Vila 1999: 223-226 und Platero 2004: 86). Öffentlich geäußerte Kritik an der Forderung von Seiten jener kritischen Gruppen, die sich innerhalb der Lesben- und Schwulenbewegung verorteten, verstummte jedoch bald (vgl. Villaamil 2004: 35f.).

Von 1993 bis 1997 forderte die Mehrheit der politisch aktiven lesbisch-schwulen Gruppen die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften. Als der PP nach seinem Wahlsieg 1996 über eine Minimalvariante der Eingetragenen PartnerInnenschaft nach dem Vorbild des PaCS in Frankreich zu debattieren begann und drohte, sich der Debatte zu bemächtigen, musste die Lesben- und Schwulenbewegung „neue Fronten“ (Calvo 2005c: 19) in ihrem Kampf um gleiche Rechte eröffnen, was ihr über die nochmalige Vereinfachung der Diskussion - Stichwort: Gleiche Rechte für gleiche Liebe - auch gelang (vgl. Calvo 2005c: 20). Ab 1996, dem Jahr des Wahlsiegs des PP, waren LGBT-Organisationen in der politischen Debatte verstärkt präsent, vor Wahlen unterstützten sie

⁴⁰ Im Original: „un lugar cada vez más inhóspito para las lesbianas“

⁴¹ Zu den Positionen der sich als *queer* verstehenden AktivistInnen vgl. Grupo de Trabajo Queer (Hg.) 2005 und hier vor allem die Artikel von Bagueiras Martínez / García Dauder / Romero Bachiller 2005, Carrascosa / Vila Núñez 2005 und Trujillo Barbadillo 2005.

jetzt jene Parteien, die die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften in ihr Programm aufnahmen (vgl. Platero Méndez 2007c: 211). Die Geschlossenheit der Lesben- und Schwulenbewegung in ihrer Forderung nach der Öffnung der Ehe spätestens ab 2002 war laut Calvo (2005c) eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Mobilisierung für die Öffnung der Ehe.

4.2 Das Gesetz über die Öffnung der Ehe und seine Entstehung

Es sind zwei Gesetze, zwischen denen 35 Jahre liegen, das „Gesetz über die Gefährlichkeit und Rehabilitation“ (Ley 16/1970) beschlossen 1970 vom Parlament der Franco-Diktatur und das „Gesetz über die Änderung des Zivilrechts bezüglich der Eheschließung“ (Ley 13/2005). Beide sind auf der Internetseite des spanischen Staates, auf der alle Gesetzestexte veröffentlicht werden (www.boe.es), nachzulesen, das ist aber ihre einzige Gemeinsamkeit. Während im Gesetz von 1970, jene Personen, die homosexuelle Akte vollziehen als anti-soziale und gefährliche Elemente definiert werden, die bis zu fünf Jahre eingesperrt und behandelt werden müssten, wird im Gesetz von 2005 die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Lesbische und schwule Paare können als Folge des Gesetzes heiraten und gemeinsam Kinder adoptieren. Im vorigen Abschnitt habe ich die historischen und politischen Entwicklungen, die zwischen den beiden Gesetzen lagen, beschrieben - von der Transition zur Demokratie bis zur Konstituierung einer LGBT-Bewegung, die lautstark, ihr Recht auch Eheschließung einforderte. Im Folgenden will ich nun den Verlauf der Debatte, die in den Jahren 2004 und 2005 vor dem Beschluss des Gesetzes und auch in den Monaten danach stattfand, nachzeichnen. Um die Debatte zu verstehen, ist es wichtig sie noch einmal in den engeren Kontext einzubetten. Darunter meine ich unter anderem, dass die Sozialistische Partei (PSOE) die Forderung nach der Öffnung der Ehe im Zuge ihrer Neupositionierung nach der Wahl von José Luís Rodríguez Zapatero zum Generalsekretär im Jahre 2000 aufgriff und den Wahlsieg des PSOE drei Tage nach den Anschlägen in Madrid am 11. März 2004. Außerdem werde ich beschreiben, welche Formen der Anerkennung für gleichgeschlechtliche Paare es in den spanischen Autonomen Regionen bereits gab. Zuvor will ich mich aber ausführlicher mit dem Inhalt des Gesetzes über die Öffnung der Ehe befassen.

Mann und Frau haben das Recht eine Ehe einzugehen - mit wem sie wollen

Es ist eine Definition der Ehe, die beinahe aus einer romantischen Hochzeitsrede stammen könnte: „Die Beziehung und das Zusammenleben eines Paares, auf der Grundlage der Zuneigung, ist ein echter Ausdruck der menschlichen Natur und eine hervorragende Möglichkeit der individuellen Persönlichkeitsentwicklung“⁴². In Spanien ist sie in Gesetzesform gegossen, denn so beginnt die zweiseitige Erläuterung der Motive für das Gesetz (13/2005), das die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnet. In ihrer Begründung für die Öffnung der Ehe verweist die PSOE-Regierung darauf, dass das Recht auf Eheschließung in Artikel 32 der Verfassung von 1978 verankert ist, wo es heißt: „Mann und Frau haben das Recht, eine Ehe einzugehen. Sie sind dabei rechtlich völlig gleichgestellt“⁴³. Die Ausgestaltung des Eherechts habe jedoch durch den Gesetzgeber zu erfolgen. Der Gesetzgeber sei daher verpflichtet, das Eherecht an die Veränderungen in der spanischen Gesellschaft, in der gleichgeschlechtliche PartnerInnenschaften mittlerweile mehrheitlich sozial akzeptiert und wertgeschätzt würden, anzupassen. Verbündete sucht und findet die Regierung auch im Europäischen Parlament - eine Resolution vom 8. Februar 1994 wird zitiert, in der das EP das Eheverbot für gleichgeschlechtliche Paare kritisiert - und in der Verfassung von 1978. Diese garantiere allen BürgerInnen, die Freiheit, ihre Persönlichkeit nach ihren Möglichkeiten zu entwickeln. Das Gesetz 13/2005 selbst besteht nur aus einem Artikel. Dieser sieht die Modifikation des *Código Civil* (des Zivilrechts) im Bereich des Rechts auf Eheschließung vor. Der Artikel 44 des *Código Civil*, „Mann und Frau haben das Recht, eine Ehe einzugehen“⁴⁴, wird um einen einfachen, nicht besonders feierlichen Absatz erweitert: „Die Ehe hat dieselben Voraussetzungen und Folgen, egal ob die Brautleute verschiedenen oder gleichen Geschlechts sind“⁴⁵ (Congreso de los Diputados - Boletín Oficial de las Cortes Generales 2005).

Auf den restlichen eineinhalb Seiten wird lediglich festgehalten, dass die Begriffe Mann und Frau in den diversen Artikeln des Ehegesetzes durch den Begriff „Eheleute“ ersetzt werden. Folglich sind verheiratete lesbische und schwule Paare verheirateten heterosexuel-

⁴² „La relación y convivencia de pareja, basada en el afecto, es expresión genuina de la naturaleza humana y constituye cauce destacado para el desarrollo de la personalidad“.

⁴³ „El hombre y la mujer tienen derecho a contraer matrimonio con plena igualdad jurídica.“

⁴⁴ „El hombre y la mujer tienen derecho a contraer matrimonio conforme a las disposiciones de este Código.“

⁴⁵ „El matrimonio tendrá los mismos requisitos y efectos cuando ambos contrayentes sean del mismo ó de diferente sexo.“

len Paaren gleichgestellt. PartnerInnen sind automatisch erbberechtigt. Sie erhalten, sofern sie nicht die spanische StaatsbürgerInnenschaft haben, ein Aufenthaltsrecht in Spanien. Die Stiefkindadoption, also die Adoption der Kinder des Partners/der Partnerin wird möglich. Gleichgeschlechtliche Ehepaare werden im Steuerrecht wie heterosexuelle Ehepaare behandelt. Die EhepartnerInnen haben das Recht vor Gericht die Aussage zu verweigern, müssten sie ihren Partner/ihre Partnerin belasten. Wollen sie ihre Ehe auflösen, müssen sie sich scheiden lassen. Durch das neue Scheidungsgesetz (Ley 15/2005), das nur eine Woche nach dem Gesetz über die Öffnung der Ehe in Kraft trat, wird eine Scheidung erheblich einfacher. Schon drei Monate nach der Hochzeit können Ehepaare wieder geschieden werden, bei schwerwiegenden Gründen auch früher. Gleichgeschlechtliche Ehepaare können gemeinsam Kinder adoptieren, sofern es sich nicht um Kinder aus dem Ausland handelt. Eine weitere Ungleichbehandlung betraf lesbische Paare. Bekam eine verheiratete lesbische Frau ein Kind, musste ihre Partnerin das Kind adoptieren, um ebenfalls als Mutter anerkannt zu werden. Bei heterosexuellen Paaren genügt es, wenn der Vater das Kind als seines anerkennt. Seit einer Novellierung des Gesetzes 2007 gilt dies nun auch für die Partnerin der leiblichen Mutter.

Der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Spanien durch eine PSOE-Regierung gingen bestimmte Entwicklungen voraus, zum Beispiel der Kampf der LGBT-Bewegung um die Eingetragene PartnerInnenschaft. Die LGBT-Bewegung, durch internationale Vernetzung und erste Erfolge in den spanischen Regionen, vor allem in Katalonien und im Baskenland, gestärkt, wurde in der Öffentlichkeit ab Mitte der 1990er Jahre immer stärker wahrgenommen. Der PSOE begann, Kontakte zur LGBT-Bewegung zu knüpfen und Beziehungen zwischen Partei und Bewegung zu etablieren. In ihrer letzten Regierungsperiode machten die Sozialisten der LGBT-Bewegung einige Zugeständnisse, so wurden zum Beispiel 1994 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften im Mietrecht gleichgestellt⁴⁶. Der PSOE kündigte 1995 auch eine Eingetragene PartnerInnenschaft für gleichgeschlechtliche Paare an, durch die Wahlniederlage im Juni 1996 kam die Partei nie in die Verlegenheit, das Versprechen einlösen zu müssen (vgl. Pichardo Galán 2004: 160).

⁴⁶ In Österreich war das erst fast zehn Jahre später der Fall. Wie in Kapitel 2.2 geschildert, ging dem Zugeständnis ein Verfahren vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof voran, das im Juni 2003 mit einer Verurteilung Österreichs endete.

Eingetragene PartnerInnenschaften in den spanischen Regionen

Während auf nationaler Ebene durch den Regierungswechsel zur PP ab 1996 der Weg zu einer Eingetragenen PartnerInnenschaft versperrt war, ging die Entwicklung in den Autonomen Regionen weiter. Bis zum Jahr 2004 hatten 11 der 17 Autonomen Regionen bereits eine Form der Eingetragenen PartnerInnenschaft eingeführt. Vor allem die Regelung im Baskenland ragte hier heraus. Die Eingetragene PartnerInnenschaft war eine Bedingung der *Vereinigten Linken* (IU) für die Bildung einer Regierungskoalition mit der Baskischen Nationalistenpartei (PNV). Das Gesetz (Ley 2/2003) vom 7. Mai 2003 stellte registrierte, gleichgeschlechtliche Paare in fast jeder Hinsicht mit Ehepaaren gleich, auch im Adoptionsrecht. Das war sonst nur noch in Navarra der Fall. Im Gegensatz zu allen anderen Regelungen war es nicht obligatorisch, dass die registrierten Paare auch zusammenleben. Fünf der sechs Regionen, die noch keine Regelung geschaffen hatten, waren vom PP regiert (vgl. Euskal Herriko Agintaritzaren Aldizkaria/Boletín Oficial del País Vasco - Ley 2/2003 und Pichardo Galán 2004).

Mögliche waren diese regionalen Regelungen durch den besonderen Autonomiestatus der Regionen, für den die Verfassung von 1978 das Fundament bildet. Sechs Regionen - Aragonien, die Balearen, das Baskenland, Katalonien, Galizien und Navarra - verfügen dadurch bei der Ausgestaltung des Familienrechts über weitreichende Kompetenzen. Die Verfassung garantiert „Familien“ außerdem rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Schutz. Das Konzept „Familie“ ist in der Verfassung nicht definiert, der Verfassungsgerichtshof plädiert für eine großzügige Interpretation, die auch Paare ohne Kinder und abhängige Angehörige einschließt. Das erweitert den Spielraum der Autonomen Regionen zusätzlich, ausschließlich die Ausgestaltung des Eherechts ist nur auf gesamtstaatlicher Ebene möglich (vgl. Martín Casals 2003: 55).

Die Öffnung der Ehe wird zum Thema

Nach seinem Wahlsieg 1996 wurde auch innerhalb des PP über die Eingetragenen PartnerInnenschaft debattiert, mehrere Entwürfe wurden diskutiert und wieder verworfen. Ihnen allen war gemeinsam, dass sie gleichgeschlechtlich Paare mit sehr eingeschränkten Rechten ausstatten wollten, nach dem Beispiel des PaCS in Frankreich (zum PaCS siehe Kapitel 2.1) (vgl. Martín Casals 2004: 57f.). In seiner zweiten Regierungsperiode schien der PP das Interesse an dem Thema allerdings verloren zu haben, was daher rühren könnte, dass die LGBT-Bewegung mittlerweile lautstark und in der Öffentlichkeit geeint, die Öffnung

der Ehe forderte. Die kleine linke Oppositionspartei IU hatte sich der Forderung angeschlossen, der PSOE hatte sich ihr vor 2000 immerhin zaghaft angenähert und zeigte sich diskussionsbereit (vgl. Calvo 2005c: 22). Die Wahlen am 12. März 2000, für die IU und PSOE ein Art Koalitionspakt geschlossen hatten, waren allerdings für beide Parteien eine schwere Niederlage. Sie verloren im Vergleich zu 1996 drei Millionen WählerInnenstimmen. (vgl. Sánchez-Sierra 2005). PSOE-Generalsekretär Joaquín Almunia gab seinen sofortigen Rücktritt bekannt. Am 35. Kongress des PSOE wählten die Delegierten José Luis Rodríguez Zapatero zum neuen Parteichef (vgl. PSOE 08.04.2003a und PSOE 08.04.2003b). Im Prozess der ideologischen Neuausrichtung unter Rodríguez Zapatero integrierte die Partei die Forderung nach der Öffnung der Ehe in ihr politisches Projekt (vgl. Calvo 2005c: 23f.). Im September 2001 brachten der PSOE und die IU einen gemeinsamen Gesetzesvorschlag im Kongress ein, der erstmals die Öffnung der Ehe vorsah. Er wurde allerdings von den PP-Abgeordneten, die über eine absolute Mandatsmehrheit verfügten, geschlossen abgelehnt. Die Unterstützung für die Öffnung der Ehe in der Bevölkerung stieg allerdings. In einer Umfrage des Gallup-Instituts, veröffentlicht im Jänner 2003, befürwortete eine Mehrheit von 68 Prozent der befragten SpanierInnen die Öffnung der Ehe, 57 Prozent befürworteten ein Adoptionsrecht für lesbische und schwule Paare, ein höherer Prozentsatz als in jedem anderen EU-Land (vgl. Pichardo Gálán 2004: 162).

Die Debatte spitzt sich zu

Der PP reagierte auf die zunehmende Popularität der Forderung nach der Öffnung der Ehe mit einer zweigeteilten Strategie. Einerseits versuchte sich die Volkspartei als moderat und als Verteidigerin der Gleichheit zu präsentieren, in dem sie die Forderung nach einem nationalen Gesetz zur rechtlichen Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften mit beschränkten Rechten erhob. Auf der anderen Seite lehnte sie das Projekt der Öffnung der Ehe vehement ab und ging in dieser Frage Allianzen mit extrem konservativen Kreisen der spanischen Gesellschaft ein.

Während die Forderung nach der Anerkennung lesbischer und schwuler Lebensgemeinschaften in den 1990er Jahren noch Platz für die Diskussion alternativer Lebensentwürfe und Kritik an der Institution der Ehe ließ, fehlten diese kritischen Stimmen ab 2002 weitgehend (vgl. Platero 2005a: 108)⁴⁷. Stattdessen spitzte sich die Debatte auf eine Konfronta-

⁴⁷ Siehe dazu auch Platero 2004 und Platero 2005b.

tion mit den konservativen GegnerInnen der Öffnung der Ehe aus Volkspartei und Katholischer Kirche zu (vgl. Platero 2005a: 118).

„Wenn wir nun zum Hauptstrang der Debatte über die Homosexuellen-Ehe zurückkehren, sehen wir, dass die konservativsten und *familialistischsten* Begriffe in deren Zentrum standen: Das individuelle Recht der Bürger und Bürgerinnen auf das Eingehen einer PartnerInnenschaft und deren Anerkennung durch den Staat trat in den Hintergrund und wurde ersetzt durch das Interesse an der Fähigkeit der lesbischen und schwulen Paare, gute Eltern zu sein“ (Platero 2005a: 114, Übersetzung C.E., Hervorhebung im Original)⁴⁸.

Bei den Gemeinde- und Regionalwahlen im Mai 2003 war die Öffnung der Ehe eines der meistdebattierten und umstrittensten Themen. Dafür sorgten auch personelle Entscheidungen, in Madrid zum Beispiel kandidierte der langjährige Präsident der FELGT, der landesweiten Föderation der LGBT-Organisationen, Pedro Zerolo für den PSOE. Im Wahlkampf für die Parlamentswahlen im Jahr darauf versprachen bereits alle antretenden Parteien - mit Ausnahme der PNV, der baskischen Nationalisten - die Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften in der einen oder anderen Form. Der PSOE fordert zwar die Öffnung der Ehe, blieb aber im Wahlkampf in der Frage des Adoptionsrechts vage (Platero Méndez 2007c: 214).

Die Öffnung der Ehe als heißes Thema im Parlament und auf der Straße

Am 14 März 2004 – drei Tagen nach den Anschlägen auf Pendlerzüge und Bahnhöfe in Madrid gewann der PSOE die Parlamentswahlen (zu den Hintergründen siehe Kapitel 4.1. und die Zeittafel am Ende dieses Kapitels). „Flott“ - wie die deutsche Zeitung Die Zeit anmerkte - macht sich die Sozialistische Partei an die Umsetzung ihrer Wahlversprechen, darunter auch die Öffnung der Ehe (vgl. Perger 27.07.2004). Vier Tage nach der Wahl, am 18. März 2004 stellt Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero klar, dass die Regierung die Öffnung der Ehe umsetzen werde, und zwar inklusive Adoptionsrecht für lesbische und schwule Paare. Die LGBT-Bewegung intensivierte ihre Kampagne für die Öffnung der Ehe und erreichte damit immer mehr Menschen. Im Juli 2004 nahmen mehrere hunderttausend Menschen an der Parade zum Christopher-Street-Day („Orgullo Gay“) in Madrid teil. Die Kundgebung wurde vom PSOE, der IU und den linken Gewerkschaften UGT und CCOO unterstützt (vgl. elmundo.es 04.07.2004).

⁴⁸ „Si volvemos al debate principal sobre el matrimonio homosexual, vemos que se ha centrado sobre los términos más conservadores y *familistas*: se ha desplazado el derecho individual del ciudadano y ciudadana a formar pareja, y a obtener su reconocimiento por parte del Estado, sustituyéndolo por el interés en su capacidad de ser buenos progenitors.“

Im September 2004 präsentierte die Regierung ihren Gesetzesentwurf für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, im Dezember wurde er endgültig abgesegnet und dem Parlament zur Behandlung übergeben. Jeder dieser Schritte wurde begleitet von Protestnoten der Katholischen Bischofskonferenz Spaniens, in denen unter anderem von einem „fehlgeleiteten und ungerechten Vorhaben“ die Rede war, mit dem die Regierung ihre „Macht missbrauche“ (vgl. Conferencia Episcopal Española 17.09.2004, Conferencia Episcopal Española 01.10.2004 und Conferencia Episcopal Española 30.12.2004). Auch die Planung der Kampagne des *Spanische Familienforum* (FEF) gegen die Öffnung der Ehe begann bereits im März. Das FEF präsentiert sich offiziell als zivilgesellschaftliche Plattform von diversen Familienorganisationen und -vereinen, sein Vizepräsident war 2005 allerdings ein ehemaliger Minister in den Regierungen Aznar. Die Strategen des Forums entschieden, ein Volksbegehren (Iniciativa Legislativa Popular - ILP) für ein Gesetz zur „Verteidigung von Ehe und Familie“ zu starten. Eine ILP muss, wenn sie innerhalb von sechs Monaten von mehr als 500.000 Menschen unterstützt wird, im Kongress behandelt werden (vgl. Rubio Núñez 2005: 21).

Am 21. April 2005 stimmte der Kongress über den Gesetzesvorschlag der Regierung zur Öffnung der Ehe ab. Der Entwurf wurde mit einer Mehrheit von 183 Stimmen angenommen, 136 Abgeordnete stimmten dagegen, sechs enthielten sich der Stimme. Die anwesenden Abgeordneten des PSOE, der IU und der Baskischen Nationalistenpartei (PNV) stimmten mit Ja. Alle außer einer der anwesenden PP-Abgeordneten stimmten dagegen, mit Nein stimmten auch die drei anwesenden Abgeordneten der katalanischen CiU, einem Zusammenschluss von Liberalen und Christdemokraten. Die Gesetzesvorlage wurde zur Abstimmung an die zweite Kammer des spanischen Parlaments, den Senat, übergeben, der - angesichts der Mehrheit, die der PP in der Zweiten Kammer des spanischen Parlaments innehatte – ein Veto einlegen würde, dem im spanischen politischen System jedoch nur symbolische Wirkung zukommt, da es vom Kongress wieder überstimmt werden kann. Am Tag vor der Abstimmung hatten die laut Eigendefinition „wichtigen“ Religionsgemeinschaften Spaniens noch ein einer gemeinsamen Stellungnahme gegen die Öffnung der Ehe protestiert (elmundo.es 22.4.2005, elmundo.es 21.04.2005 und Conferencia Episcopal Española 20.04.2004). Der Katholischen Bischofskonferenz war das noch nicht deutlich genug. In einer umstrittenen Aussendung rief sie am 5. Mai alle Katholikinnen und Katholiken dazu auf, sich dem Gesetz über die Öffnung der Ehe in „klarer und entschiedener

Weise“ zu widersetzen⁴⁹ (vgl. Conferencia Episcopal Española 05.05.2005). Wenig später machte die Katholische Kirche Spaniens klar, dass auch der Katholik Juan Carlos I aufgerufen sei, gegen das Gesetz Widerstand zu leisten und es nicht zu unterzeichnen. Eine Aufforderung, die der König, der als Staatsoberhaupt jedes Gesetz unterzeichnen muss, bevor es in Kraft treten kann, aber sofort zurückwies (elmundo.es 12.05.2005 und elmundo.es 13.05.2005). In ihrer nächsten Stellungnahme konzentrierte sich die Katholische Bischofskonferenz wieder auf alle KatholikInnen und rief sie zur Teilnahme an der vom FEF organisierten Kundgebung „La familia sí importa“ („Ja, die Familie zählt“) auf (vgl. Conferencia Episcopal Española 09.06.2006). Die Kundgebung in Madrid sollte der Höhepunkt der Kampagne des FEF gegen die Öffnung der Ehe werden und fand vier Tage vor der Abstimmung über das Gesetz im Senat, am 18. Juni 2005 in Madrid, statt. Nach Angaben des FEF nahmen mehr als eine Million Menschen an der Demonstration teil, die Polizei sprach hingegen von 166.000 TeilnehmerInnen (vgl. Arroyo 20.06.2005). In den ersten Reihen marschierten mehrere Bischöfe mit, auch der Ex-Innenminister des PP Ángel Acebes und der PP-Sprecher im Kongress Eduardo Zaplana nahmen prominent platziert teil. Parteipräsident Mariano Rajoy gab allerdings an, er werde nicht mitmarschieren (vgl. elmundo.es 18.06.2005). Vier Tage später, am 22. Juni 2005, legte der Senat mit den Stimmen aller Abgeordneten des PP, einiger der CiU und eines der PAR (der Regionalistischen Partei Aragoniens - PAR) sein Veto gegen das Gesetz über die Öffnung der Ehe ein (vgl. elmundo.es 23.06.2005). Am 29. Juni präsentierte das FEF dem Kongress 600.000 Unterschriften für seine Volksinitiative (ILP) gegen die Öffnung der Ehe. Am Tag darauf, dem 30. Juni 2005, überstimmten die Kongressabgeordneten den Senat und verabschiedeten das Gesetz mit einer Mehrheit von 187 Stimmen. Neben allen Abgeordneten des PSOE, der IU, des baskischen PNV, der Coalición Canaria, der Katalanischen Republikanischen Linken (ERC) und der Gemischten Gruppe (Grupo Mixto) stimmten auch zwei Abgeordnete der CiU und eine Abgeordnete des PP für das Gesetz. Alle anderen PP-Abgeordneten stimmten dagegen. Vier Abgeordnete enthielten sich der Stimme (vgl. elmundo.es 30.06.2005).

Das Gesetz machte international Schlagzeilen. Vielzitiert wurde, neben Ministerpräsident Zapatero, vor allem Beatriz Gimeno, die Präsidentin der FELGT, die von einem „historischen Tag“ sprach (vgl. elmundo.es 30.06.2005). Spanien war nach den Niederlanden und Belgien erst das dritte Land der Welt, das die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnete. Das Land hatte damit nach den jahrzehntelangen Bemühungen, endlich als gewöhnlich

⁴⁹ „En segundo lugar (...) recordamos que los católicos (...) no pueden mostrarse indecisos ni complacientes con esta normativa, sino que han de oponerse a ella de forma clara e incisiva.“

oder normal wahrgenommen zu werden, so schien es, wieder etwas Außergewöhnliches gewagt. Schon 2004 hatte Newsweek in einer Titelgeschichte angesichts der gelungenen Demokratisierung und des Wirtschaftsaufschwungs von Spanien als „the new princely peacock, after being looked down on by the northern Europeans as a poor Mediterranean country“ (zitiert nach Encarnación 2008: 4) gesprochen. Mit der Öffnung der Ehe wurde Spanien in den internationalen Medien nun gar als „Schweden des Südens“ wahrgenommen (vgl. Adler 01.01.2004).

Zeitlicher Ablauf der wichtigsten Ereignisse im Prozess der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Spanien⁵⁰

2000/2001

12.03.2000: Bei den Parlamentswahlen erreicht der regierende PP die absolute Mehrheit der Mandate im Kongress, der PSOE verliert. PSOE-Generalsekretär Joaquín Almunia gibt seinen sofortigen Rücktritt bekannt.

Tabelle 5: Ergebnis der Kongresswahlen am 12. März 2000

	Partido Popular	PSOE
% der Stimmen*	44,52	34,16
Mandate*	183	125
Wahlbeteiligung: 68,71 Prozent		

Quelle: Spanisches Innenministerium. *der gültigen Stimmen *der insgesamt 350 Mandate

22.07.2000: Die Delegierten beim 35. Bundesparteikongress des PSOE wählen José Luis Rodríguez Zapatero zum neuen Generalsekretär. Insgesamt haben sich vier KandidatInnen der Wahl gestellt, Zapatero bekommt 41,96 % der Stimmen. Er war mit dem Versprechen eines „ruhigen Wandels“ angetreten.

20./21.07.2001: Auf einer Bundesparteikonferenz versucht der PSOE eine ideologische und politische Neuausrichtung der Partei auf den Weg zu bringen. Die Kernziele, die dabei definiert werden, sind die Verteidigung der Freiheit (im Sinne der persönlichen Freiheit der Individuen, garantiert durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates), die Verteidigung der Gleichheit (im Sinne von Chancengleichheit) und die Verteidigung der Solidarität (im Sinne von Toleranz)

25.09.2001: Zum ersten Mal debattiert der Kongress über die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Ein Gesetzesvorschlag der linken Opposition (PSOE und IU) sieht erstmals eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches (*Código Civil*) vor, die es lesbischen und schwulen Paaren ermöglichen soll zu heiraten. Die bisherigen Vorschläge hatten immer eine Form der Eingetragenen PartnerInnenschaft vorgesehen. Der PP lehnt den Vorschlag ab.

⁵⁰ Quellen: Die Internet-Seiten der Tageszeitungen El Mundo (<http://www.elmundo.es>) und El País (<http://www.elpais.com>), die Internetseite der Spanischen Katholischen Bischofskonferenz (<http://www.conferenciaepiscopal.es>), die Internetseite der FELGT (<http://www.felgtb.es>), die Internetseite des Spanischen Innenministeriums (<http://www.mir.es>), die Regierungsseite Boletín Oficial del Estado (<http://www.boe.es>), auf der sämtliche Gesetzestexte veröffentlicht werden und die Internetseiten der Parteien PSOE (<http://www.psoe.es>) und PP (<http://www.pp.es>).

2003

02.2003: Nach sechs Jahren als Präsident der landesweiten Föderation der LGBT-Organisationen (FELGT) tritt Pedro Zerolo zurück, um für den PSOE für den Stadtrat von Madrid zu kandidieren. Seine Nachfolgerin wird Beatriz Gimeno.

13.02.2003: PP-Ministerpräsident José María Aznar behauptet im größten spanischen Radiosender *Cadena SER*, das irakische Regime verfüge über Massenvernichtungswaffen. „Sie können sicher sein, dass ich die Wahrheit sage“⁵¹, versichert Aznar auf Nachfrage.

04.2003: Mit 1300 Soldaten beteiligt sich Spanien an der multinationalen Einsatztruppe unter Führung der USA im Irak.

30.08.2003: Ministerpräsident José María Aznar gibt bekannt, bei den nächsten Wahlen nicht mehr als PP-Spitzenkandidat zur Verfügung zu stehen und schlägt seinen Stellvertreter und PP-Generalsekretär Mariano Rajoy als seinen Nachfolger vor.

2004

16.02.2004: Ein lesbisches Paar in der Region Navarra wird offiziell Eltern von Zwillingen, weil ein Gericht in Pamplona der Lebensgefährtin der leiblichen Mutter, die nach einer künstlichen Befruchtung Zwillinge bekommen hat, die Adoption der Kinder erlaubt.

07.03.2004: Öffentliches „Großes Küssen“ ist Teil einer Kundgebung der FELGT für die Öffnung der Ehe in Madrid, PSOE und IU unterstützen die Veranstaltung.

11.03.2004: Bei Attentaten auf Pendlerzüge in Madrid sterben 191 Menschen, 2000 werden verletzt.

- PP-Innenminister Ángel Acebes schließt Islamisten als Täter aus. Es bestehe kein Zweifel an der Täterschaft der ETA, behauptet er bereits wenige Stunden nach den Anschlägen.
- Wegen der Anschläge erklärt PP-Spitzenkandidat Mariano Rajoy den Wahlkampf für beendet.
- Laut verbotener Batasuna-Partei, die als politischer Arm der baskischen Terrororganisation ETA gilt, steht ETA nicht hinter den Anschlägen.
- Die Spanische Bischofskonferenz verurteilt „die Attentate der ETA“.

12.03.2004: Millionen Menschen im ganzen Land nehmen an Kundgebungen zum Gedenken an die Opfer der Anschläge teil.

⁵¹ „El régimen iraquí tiene armas de destrucción masiva. Puede estar seguro usted y pueden estar seguros todos que nos veen de que estoy diciendo la verdad“
(http://www.elpais.com/audios/espana/Aznar/13022003/regimen/iraqui/tiene/armas/destruccion/masiva/Pueden/estar/seguros/todos/elpaudnac/20040203csrscsnac_3/Aes/)

13.03.2004: Obwohl sich Hinweise verdichten, dass die Anschläge das Werk einer islamistischen Terrorzelle waren, bleibt die ETA für Innenminister Acebes die Hauptverdächtige.

- Vor PP-Zentralen in Madrid und anderen Städten sammeln sich tausende Menschen zu spontanen Kundgebungen.

14.03.2004: Der PSOE gewinnt - entgegen der meisten Umfragen - die Parlamentswahlen. Der PP verliert deutlich. Die Wahlbeteiligung liegt mit fast 76 % sieben Prozentpunkte höher als vor vier Jahren.

Tabelle 6: Ergebnis der Kongresswahlen am 14. März 2004

	Partido Popular	PSOE
% der Stimmen*	37,71	42,59
Mandate*	148	164
Wahlbeteiligung: 75,66 Prozent		

Quelle: Spanisches Innenministerium. *der gültigen Stimmen *der insgesamt 350 Mandate

28.04.2004: Der PSOE macht eines seiner zentralen Wahlkampfversprechen wahr, die spanische Regierung zieht die letzten 260 Soldaten aus dem Irak ab.

03.07.2004: Mehrere Hunderttausend Menschen nehmen an der Parade zum Christopher-Street-Day in Madrid („Orgullo Gay“) teil, ihre Forderung ist die Öffnung der Ehe (inklusive Adoptionsrecht) für gleichgeschlechtliche Paare. An der Demonstration beteiligen sich auch die beiden großen Gewerkschaften und VertreterInnen von PSOE und IU.

04.07.2004: Beim 36. Bundesparteikongress des PSOE wird Rodríguez Zapatero mit 95,81 % der Stimmen zum Generalsekretär wiedergewählt.

16.10.2004: Mariano Rajoy wird offiziell zum Nachfolger von José María Aznar als Präsident des PP gewählt.

30.12.2004: Die spanische Regierung beschließt die endgültige Version der Gesetzesvorlage über die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare - inklusive Adoptionsrecht - (Proyecto de Ley 121/000018) und übergibt sie dem Kongress zur Behandlung.

30.12.2004: Das Gesetz gegen geschlechtsspezifische Gewalt (Ley Orgánica 1/2004) tritt in Kraft. Ziel des Gesetzes, sei es männliche Gewalt gegen Frauen, die durch die ungleiche Macht-Verteilung in der Gesellschaft entstehe, zu verhindern und einzudämmen. Dazu werden verschiedene Maßnahmen gesetzt, u.a. Aufklärung, Prävention und höhere Strafen für männliche Gewalttäter. Der Beschluss des Gesetzes im Kongress war einstimmig erfolgt.

2005

20.04.2005: Die „wichtigsten“ Religionsgemeinschaften Spaniens - Katholizismus, Judentum, Protestantismus und Griechische Orthodoxie - sprechen sich in einer gemeinsamen Stellungnahme gegen die Öffnung der Ehe aus.

21.04.2005: Der Kongress stimmt der Gesetzesvorlage über die Öffnung der Ehe zu (mit 183 Ja-Stimmen, 136 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen). Alle anwesenden PP-Abgeordneten lehnen die Vorlage ab.

05.05.2005: Die katholische Bischofskonferenz ruft alle Gläubigen dazu auf, sich einem Gesetz zur Öffnung der Ehe in klarer und entschiedener Weise zu widersetzen.

12.05.2005: König Juan Carlos I weist die Forderung der Bischofskonferenz zurück, das Gesetz über die Öffnung der Ehe nicht zu unterzeichnen.

09.06.2005: Die spanische Bischofskonferenz ruft zur Teilnahme an der Großdemonstration „Die Familie zählt“ („La familia sí importa“) am 18. Juni auf.

18.06.2005: In Madrid findet eine Großdemonstration des *Spanischen Familienforums* (FEF) gegen die Öffnung der Ehe statt. Unter den hunderttausenden TeilnehmerInnen sind Bischöfe, der Generalsekretär des PP, Ángel Acebes, und der PP-Sprecher im Kongress, Eduardo Zaplana. Parteichef Mariano Rajoy nimmt nicht teil.

22.06.2005: Die zweite Kammer des spanischen Parlaments, der Senat, legt sein Veto gegen die Öffnung der Ehe ein. In der Debatte im Justizausschuss hatte der vom PP als Experte eingeladene Psychiater Aquilino Polaino Lorente für Aufsehen gesorgt, weil er Homosexualität als psychische Krankheit bezeichnete.

29.06.2005: Das *Spanische Familienforum* (FEF) präsentiert dem Kongress 600.000 Unterschriften gegen die Öffnung der Ehe.

30.06.2005: In einem Beharrungsbeschluss überstimmt der Kongress den Senat und nimmt das Gesetz über die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare mit einer Mehrheit von 187 Stimmen an, 147 Abgeordnete stimmen dagegen.

02.07.2005: Hunderttausende feiern bei der Parade zum Christopher-Street-Day („Orgullo Gay“) in Madrid die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. PSOE-Prominenz führt den Demonstrationszug an, darunter Kulturministerin Carmen Calvo, Außenministerin Trinidad Jiménez und der PSOE-Parteisekretär für die Beziehungen zu NGOs, Pedro Zerolo.

03.07.2005: Nach seiner offiziellen Veröffentlichung und der Unterzeichnung durch Juan Carlos I. tritt das Gesetz über die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare (Ley 13/2005) in Kraft.

10.07.2005: Das neue Scheidungsgesetz (Ley 15/2005) tritt in Kraft. Es erleichtert die Scheidung und war für die LGBT-Bewegung eine wesentliche Bedingung für ihre Forderung nach der Öffnung der Ehe

11.07.2005: In Madrid wird die erste Ehe zwischen zwei Männern geschlossen.

30.09.2005: Der PP reicht gegen das Gesetz über die Öffnung der Ehe eine Klage beim Verfassungsgericht ein. Sie ist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Dezember 2011) anhängig.

17.03.2007: Das Gesetz über die Geschlechtsidentität (Ley 3/2007) tritt in Kraft, es ermöglicht Transgender-Personen, ihr Geschlecht in offiziellen Dokumenten ändern zu lassen, ohne sich davor einer Operation unterziehen zu müssen.

*Spanien ist ein Land, das sein Coming-Out gehabt hat*⁵².

Orientaciones – Revista de Homosexualidad
des 2005: 4 (Übersetzung C.E.)

*Ich persönlich glaube nicht, dass sich diese politischen Übertreibungen von Rodríguez Zapatero (sozialistischer Ministerpräsident 2004-2011, Anm.) in einer reifen und besonnenen Gesellschaft durchsetzen werden. In Wahrheit sind sie mit einer solchen Gesellschaft völlig unvereinbar*⁵³.

César Vidal 2005: 13 (Übersetzung C.E.)

5 Die Zivilisierung der Ehe als Teil eines hegemonialen politischen Projekts der Freiheit und Gleichheit

In den dreißig Jahren, die zwischen dem Tod des Diktators Francisco Franco 1975 und der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare im Jahr 2005 vergangen sind, hat sich die spanische Demokratie zuerst konsolidiert und dann weiterentwickelt. Ich habe diese Entwicklungen in Kapitel 4.1 ausführlich beschrieben und damit versucht, die nach Laclau (1995) fundamentale Hypothese jedes diskurstheoretischen Ansatzes ernst zu nehmen und die Strukturierung des „meaningful fields“ zu umreißen, die bestimmte Wahrnehmungen, Gedanken und Handlungen möglich macht und andere ausschließt. Die zentralen Konzepte der von Laclau und Mouffe 1985 entwickelten Hegemonie- und Demokratietheorie sollen in diesem Kapitel meine Analyse des Prozesses, der zur Öffnung der Ehe im Jahr 2005 geführt hat, anleiten. Die post-strukturalistische Diskurstheorie nach Laclau und Mouffe - wie ich sie bereits in Kapitel 3 kurz erläutert habe - verwirft die Unterscheidung zwischen einer Welt des Realen (Objekte, Handlungen) und eines Bereichs der Ideen (Ideologien, Vorstellungen). Alle Objekte und Praktiken sind, diskursiv, d.h. vereinfacht gesagt, damit sie verstanden werden können, müssen sie als Teil eines größeren Bedeutungsgerüsts funktionieren. Daraus folgt die Prämisse, dass wir einen Prozess nur verstehen und erklären können, wenn wir den Diskurs, in dem er geschieht, beschreiben können. Ein Beispiel dafür ist, dass es auch in Diktaturen Wahlen gibt, sie haben aber eine grundlegend andere Bedeutung als Wahlen in einer funktionierenden Demokratie. Diskurse sind niemals völlig geschlossen, sondern veränderbar. „In order to go beyond Althusser’s privileging of the

⁵² „España es un país que ha salido del armario.“

⁵³ „Personalmente, estoy convencido de que las exageraciones políticas de Rodríguez Zapatero no pueden prevalecer en una sociedad madura y sensata. En realidad, son totalmente incompatibles con ella.“

structure over the agent, the discourse theory approach holds that the actions of subjects are made possible by the precariousness of those discourses with which they identify” (Howarth 1995: 123). Durch das Aufeinandertreffen verschiedener Diskurse entsteht ein Überschuss von Bedeutung, den Laclau und Mouffe als *Feld der Diskursivität* (*field of discursivity*) bezeichnen. In diesem Sinn dient meine Beschreibung der politischen und historischen Rahmenbedingungen für die Öffnung der Ehe in Spanien in Kapitel 4 dazu, die Strukturierung dieses *Feldes der Diskursivität* erkennbar zu machen. Ich möchte die wichtigsten in Kapitel 4.1 beschriebenen Entwicklungen und die sich daraus ergebenden Charakteristika der spanischen Demokratie daher kurz zusammenfassen, bevor ich versuche, den Prozess der Öffnung der Ehe anhand zentraler Konzepte der von Laclau und Mouffe entwickelten Theorie zu analysieren.

Das Scheitern der Zweiten Republik (1931-1936), Bürgerkrieg (1936-1939) und fast vierzig Jahre der Diktatur erklären, dass Spanien lange Zeit auch in der wissenschaftlichen Forschung als „anders“ wahrgenommen wurde. Als Ursache dafür wurde die spezifisch „iberisch-katholische“ politische Kultur des Landes ausgemacht, diese stehe einer demokratischen Entwicklung im Weg. *Las dos Españas*, die zwei Spanien, „two ‚nations‘, two societies, wholly separated and apart coexisting within the same country” (MacLeish Mott/Wiarda 2001: 192) stünden einander an diversen Fronten - Monarchie gegen Republik, Anti-Klerikalismus gegen Nationalkatholizismus, Feudalsystem gegen Industrie, Zentralstaat gegen Nationalismus der Regionen - unversöhnlich gegenüber. „Spain it was noted, was bypassed by the great intellectual and social transformations thought to have engendered stable democratic governance elsewhere in Europe, such as the Protestant Reformation, the Enlightenment, and the Industrial Revolution” (Encarnación 2008: 6). Nicht zuletzt war es Franco selbst, der das spanische Volk, unter anderem wegen seines „anarchistischen Geists“, für zur Demokratie ungeeignet erklärte. Der schnelle Übergang von der Diktatur zur Demokratie nach 1975, wegen seiner spezifischen Ausprägungen *Transición* (*transición*) genannt, wurde lange Zeit als überraschend wahrgenommen und auf die erstaunliche Konsens- und Kompromissfähigkeit der spanischen politischen Eliten, die ihn vollzogen und dabei eine große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatten, zurückgeführt (vgl. Magone 2009[2004]). Ein weiterer Erklärungsansatz für den Verlauf der *Transición* ist, dass ein Prozess des pro-demokratischen Lernens stattgefunden habe. Erstens durch die kurze Erfahrung mit einer stark polarisierten Demokratie in der Zweiten Republik, die mit dem Ausbruch des Bürgerkriegs 1936 endete. Und zweitens durch die Propaganda des Franco-Regimes, in der der Spanische Bürgerkrieg als Ausbruch von Wahnsinn,

Irrationalität und wilder Emotionen dargestellt wurde, um das Narrativ zu unterstützen, nur General Francisco Franco habe das Land vor dem Ruin bewahrt (vgl. Encarnación 2008). Erste wichtige politische Reformen nach seinem Tod, wie die Legalisierung der Parteien und der Beschluss eines neuen Wahlrechts, wurden noch vom franquistischen Parlament beschlossen. Aus den ersten freien Wahlen gingen die *Union des Demokratischen Zentrums* (UCD) von Ministerpräsident Adolfo Suárez, der seit 1976 im Amt war und die Sozialistische Partei (PSOE) als stärkste Kräfte hervor. Diese beiden Parteien waren es auch, die in den Verhandlungen über eine neue Verfassung dominierten, wenngleich alle damals im Parlament vertretenen Parteien außer der Baskischen Nationalistenpartei (PNV) teilnahmen. Als dunkle Seite der Transition wurde die schwach ausgeprägte Zivilgesellschaft wahrgenommen, obwohl das mittlerweile mit Verweis auf eine stark ausgeprägte Protestkultur auch angezweifelt wird (vgl. Encarnación 2008). Der Konsens, über die Verbrechen, die im Spanischen Bürgerkrieg und während des Franco-Regimes begangen wurden, zu schweigen, institutionalisiert durch das Amnestiegesetz 1977, führte dazu, dass die Verantwortlichen weder vor Gericht gestellt, noch ihrer Ämter enthoben oder offiziell benannt wurden. Im Lauf der 1980er Jahre entwickelte sich ein Zweiparteiensystem, was nicht allein durch das Wahlrecht erklärt werden kann, wie Hopkin (2005) zeigt. Obwohl kleine landesweite Parteien durch das Wahlrecht benachteiligt waren, waren es auch strategische Entscheidungen der Sozialistischen Partei sowie der rechten Alianza Popular (später Partido Popular) ab 1979, die dazu geführt haben, dass sich seit Ende der 1980er Jahre im Wesentlichen zwei Parteien gegenüberstanden, die abwechselnd regierten, dabei immer über eine relative, aber nicht immer über eine absolute Mehrheit im Kongress verfügten und in diesem Fall auf die Unterstützung regionaler katalanischer oder baskischer Parteien angewiesen waren. Beide Parteien, sowohl der PSOE als auch der PP, haben sich seit ihrer Gründung verändert, beide sind dem Ziel der Stimmenmaximierung folgend, in die politische Mitte gerückt. Der Partido Popular hat seine franquistischen Wurzeln jedoch nicht völlig hinter sich gelassen, was sich unter anderem in der finanziellen Unterstützung der revisionistischen Francisco-Franco-Stiftung ausdrückte und was, wie ich zeigen werde, auch im Prozess, der zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geführt hat, eine wichtige Rolle gespielt hat. Von 1982 bis 1996 wurde Spanien von einer PSOE-Regierung unter Ministerpräsident Felipe González regiert. Wichtige Entwicklungen unter den PSOE-Regierungen waren der EU-Beitritt 1986, dem strukturelle und wirtschaftliche Reformen in Einklang mit der europäischen Entwicklung, wie Arbeitsmarktflexibilisierung und die Privatisierung von Staatsbetrieben, vorausgingen, der Umbau des Sozialsystems in Richtung

eines europäischen Wohlfahrtsstaates und eine Reform des Bildungswesens. Der PP verfolgte von 1996 bis 2000 eine relativ gemäßigte Mitte-Rechts-Politik, mit der Erlangung der absoluten Mehrheit bei den Wahlen im Jahr 2000 rückte der PP nach rechts und brach auch mit Prinzipien, die bisher für die Außenpolitik des Landes charakteristisch gewesen waren, in dem er die USA im Irak-Krieg 2003 unterstützte. Balfour (2005) kommt in seiner überzeugenden Analyse der Entwicklung des Partido Popular seit 1989 jedoch zu dem Schluss: „Indeed, for all its contradictions and democratic deficits, the PP government was not such a strange animal as its critics make out. Like the Blair government, it sought to be the ‚natural party of government‘ through its mix of policies and through its catch-all discourse” (Balfour 2005: 165). Die spanische LGBT-Bewegung, um eine weitere wichtige Akteurin kurz zu charakterisieren, schwenkte bald nach dem Machtwechsel auf die Forderung der Öffnung der Ehe um. Zuvor hatte sie eine Eingetragene PartnerInnenschaft für Lesben, Schwule und Heterosexuelle gefordert. Ab 2002 erschien die Bewegung in dieser Forderung geeint. Auf die Hintergründe werde ich im Zuge dieses Kapitels noch ausführlich eingehen.

Zuvor möchte ich aber auf jene Diskurse eingehen, in die die Forderung eingebettet war und auf die Strukturierung des Feldes der Diskursivität zurückkommen. Die zentralen Konzepte der von Laclau und Mouffe 1985 entwickelten Hegemonie- und Demokratietheorie sollen in diesem Kapitel meine Analyse anleiten. Ich hoffe dadurch zu vermeiden, die Öffnung der Ehe als Folge kausaler Ereignisse darzustellen, wie das zum Beispiel einer meiner Interviewpartner tut, wenn er erzählt, dass es „die LGBT-Bewegung verstanden habe, einen ideologischen Diskurs (im Sinne eines Konglomerats von Argumenten, Anm.) der Gleichheit und der Notwendigkeit eines Wandels zu etablieren, der Partei um Partei überzeugt habe“⁵⁴ (vgl. Interview V, Übersetzung C.E.). Vielmehr geht es darum, die „conditions of possibility“, die Bedingungen der Möglichkeiten, sichtbar zu machen, die in der post-strukturalistischen Diskurstheorie nicht ahistorisch, sondern veränderlich sind. Dazu werde ich auf bereits erklärte Konzepte (siehe dazu Kapitel 3) zurückgreifen und weitere Konzepte einführen, die ich nur am Rande erwähnt habe. Ich bin mir bewusst, dass ich die post-strukturalistische Diskurstheorie, wie sie Laclau und Mouffe in ihrem Standardwerk von 1985 *Hegemony and Socialist Strategy* entwickelten und seither weiter entwickeln, nur sehr rudimentär wiedergebe. Ich habe mit dieser Arbeit nicht den Anspruch,

⁵⁴ „La federación estatal de lesbianas, gays y transexuales (...) supo empezar hacer un discurso ideológico respecto a la igualdad, respecto a la necesidad de cambio, que fue convenciendo partido por partido.“

ihre Theorien „anzuwenden“, es handelt sich eher um einen Versuch, einige ihre Konzepte für meine Fragestellung fruchtbar zu machen.

Zu Beginn möchte ich das Konzept des *Knotenpunkts* (*nodal point*) einführen, das Laclau und Mouffe von Lacans *point de capitán* ableiten. Für Laclau und Mouffe (2001 [1985]) ist das *Feld der Diskursivität* (field of discursivity) jener Überschuss von Bedeutung, der durch das Aufeinandertreffen verschiedener Diskurse entsteht, „the necessary terrain for the constitution of every social practice“ (Laclau/Mouffe 2001 [1985]: 111). Jeder Diskurs konstituiert sich als Bestreben, das *Feld der Diskursivität* zu dominieren, das Fließen der Differenzen einzudämmen und ein Zentrum zu konstruieren. Die Unmöglichkeit einer endgültigen Fixierung von Bedeutungen impliziert, dass es eine partielle Fixierung geben müsse. „We will call the privileged discursive points of this partial fixation, nodal points“ (Laclau/Mouffe 2001[1985]: 112). Meine These ist nun, dass „Normalisierung“ im Prozess der Demokratisierung Spaniens als *Knotenpunkt* betrachtet werden kann, gerade weil Spanien bisher lange als „anders“ galt. „Normal“ war in diesem Sinne alles, was unter der Entwicklung des Landes zu einer modernen, westlichen Demokratie subsumiert werden konnte. Zugunsten der Normalisierung des Landes wurde die Aufarbeitung der Franco-Diktatur hintangestellt. Die Parteien verwarfen ihre marxistischen oder franquistischen Wurzeln, u.a. um mehrheitsfähig zu werden. Dass sie dieses Ziel erreichen konnten, spricht für meine These. Im Sinne Laclaus (1990) könnte die Entwicklung Spaniens zu einer international anerkannten, westlichen Demokratie als „imaginary horizon“ betrachtet werden. „The imaginary is a horizon: it is not one among other objects but an absolute limit which structures a field of intelligibility and is thus the condition of possibility for the emergence of any object“ (Laclau 1990: 64). Ich möchte anhand einiger Beispiele illustrieren, was ich damit meine. Zuerst ist es der *pacto de silencio* (Pakt des Schweigens), den Encarnación (2008) sehr umfassend analysiert, der zugunsten einer friedlichen Demokratisierung die Aufarbeitung der Verbrechen während des Spanischen Bürgerkriegs und der Franco-Diktatur, wenn nicht verhinderte so doch fast drei Jahrzehnte aufschob. Der Pakt, so stellt Encarnación (2007) fest, sei nur ein einziges Mal offensichtlich gebrochen worden, als die Sozialistische Partei (PSOE) 1993 einen Wahlsieg der konservativen PP verhindern wollte, und davor warnte, mit dem PP würden auch Menschen an die Macht kommen, die mit dem autoritären Regime in Verbindung standen (vgl. Encarnación 2007). Im letzten Jahrzehnt haben neu gegründete Menschenrechtsorganisationen den Pakt des Schweigens aufgekündigt (vgl. Encarnación 2008). Eine von ihnen ist das *Forum für die Erinnerung* (*Foro por la Memoria*), das es sich zum Ziel gesetzt hat, „die Wahrheit über unseren Bürgerkrieg und

seine unmittelbaren und aktuellen Konsequenzen aufzudecken” (Foro por la memoria 2002). Doch selbst der Präsident des Forums erkennt an, dass der Pakt des Schweigens für die Transition zur Demokratie notwendig war (vgl. Encarnación 2007). Ein weiteres Beispiel ist der Beitritt Spaniens 1982 zur NATO. Es ist doch zumindest auf den ersten Blick erstaunlich, dass der PSOE mit seinem Wahlversprechen brach und den Beitritt zur NATO nach seinem Wahlsieg 1982 nicht rückgängig machte und dies innerhalb der Partei nach einer kurzen Debatte geklärt werden konnte (siehe dazu Kapitel 4.1.). Im Sinne einer Normalisierung war das Brechen des Versprechens möglich, weil es Spanien am internationalen Parkett als demokratischen, aber verlässlichen Partner erscheinen ließ. Ein NATO-Austritt nach dem Regierungswechsel dagegen hätte Zweifel an der jungen Demokratie geweckt. Natürlich müsste hier untersucht werden, inwiefern die Pseudo-Neutralität des Franco-Regimes während des Zweiten Weltkriegs eine Rolle spielt. Sozusagen auf der anderen Seite, hat der konservative PP in den 1980er Jahren eine bemerkenswerte Normalisierung durchgemacht, ohne die seine Wahlerfolge ab 1993 nicht vorstellbar gewesen wären. In Regierungsverantwortung ab 1996 hat der PP wichtige Reformen, wie die Gründung des *Instituto de la Mujer* (Fraueninstituts), mit dem Gleichstellungspolitik 1983 institutionalisiert wurde, und die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs 1986, die auch mit der Angleichung an andere europäische Demokratien argumentiert worden war, nicht rückgängig gemacht. Freilich handelt es sich hier nur um Schlaglichter, jedes einzelne verdient eine umfassende Analyse. Ich werde stattdessen allerdings versuchen zu zeigen, wie sich das Feld der Diskursivität ab Mitte der 1990er Jahre stark veränderte. In Abgrenzung zu anderen konnten neue Diskurse entstehen, ihre partielle Fixierung über den *Knotenpunkt* Normalisierung scheiterte. Beginnen möchte ich mit einer kurzen Analyse, was Normalisierung im Kontext der spanischen LGBT-Bewegung bedeutet haben könnte. Dabei ist mir bewusst, dass die Existenz der Bewegung selbst umstritten ist, was sie übrigens mit anderen sozialen Bewegungen gemeinsam hat, wie der deutsche Politikwissenschaftler und Bürgerrechtler Roland Roth (1997: 352f.) feststellt. Im selben Sammelband („Verqueere Wissenschaft“ herausgegeben von Ferdinand/Pretzel/Seeck) kritisiert der dänische Soziologe Henning Bech die Fixierung auf Identität und Diskurs, sowohl in der Wissenschaft, als auch in der Bewegung, wobei er unter Diskurs Text (im Sinne des geschriebenen und gesprochenen Wortes) versteht. Vielmehr sei Homosexualität eine „Existenzweise“, diese sei

„mit einer ganzen Reihe moderner Lebensbedingungen verbunden, darunter die städtische Welt von Fremden, die Problematisierung der Geschlechter, vor allem durch das Vordringen von Frauen, die Institutionen der Kunst und der Selbstanalyseapparat (d.h. Psychiatrie, Psy-

chologie etc). Die homosexuelle Existenzweise ist zum Teil eine unmittelbare Folge dieses Konglomerats von Lebensbedingungen, wie wir es in den westlichen Gesellschaften seit der Mitte des 19. Jahrhunderts vorfinden, und zugleich eine kreative Antwort darauf" (Bech 1997: 26).

Ich stimme diesem Befund insofern zu, als er ein weiterer Anstoß ist, den diskursiven Charakter der LGBT-Bewegung - natürlich auch von Parteien etc. - im Sinne des poststrukturalistischen Ansatzes von Laclau/Mouffe anzunehmen, insofern als eine LGBT-Bewegung nur in einem bestimmten *Feld der Diskursivität* überhaupt gedacht werden kann. Daher kann in einem autoritären System, das Homosexuelle verfolgt, auch nicht von einer LGBT-Bewegung gesprochen werden. Schon allein die Transition zur Demokratie steht einer vermeintlich kontinuierlichen Entwicklung der Bewegung von den frühen 1970er Jahren bis in die Gegenwart im Weg, wie ich im Folgenden zeigen werde.

5.1 Die Normalisierung der LGBT-Bewegung über die Konstruktion eines Diskurses der Gleichheit

Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Kampfs der spanischen LGBT-Bewegung für die Öffnung der Ehe war - wie bereits in Kapitel 4.2 dargelegt - die Geschlossenheit, mit der die Bewegung die Forderung erhob, darüber sind sich sowohl Wissenschaft als auch AkteurInnen einig (vgl. Calvo 2005c, Villaamil 2004, Interview V und IX). Im Sinne des poststrukturalistischen Ansatzes von Laclau und Mouffe kann diese Geschlossenheit jedoch nicht als Voraussetzung betrachtet werden. Vielmehr ist zu fragen, welche Diskurse und Konflikte dahinterstehen: also, wie und warum jener Diskurs der Gleichheit der LGBT-Bewegung, in dem die rechtliche Gleichstellung und die Freiheit, zu heiraten und eine Familie zu haben Vorrang gegenüber dem Kampf gegen Homophobie oder den Widerstand gegen bestehende heterosexistische Diskurse hatte, sich innerhalb der Bewegung durchsetzen konnte. Wie ich in Kapitel 2 gezeigt habe, ist die europäische Debatte über die Gleichstellung lesbischer und schwuler PartnerInnenschaften vielfältig. In Dänemark zum Beispiel wurde die Registrierte PartnerInnenschaft von großen Teilen der LGBT-Bewegung lange Zeit als fortschrittliche und zufriedenstellende Lösung wahrgenommen. Hinweise, die erklären können, warum das in Spanien anders war, finden sich in der Beschreibung jenes *Feldes der Diskursivität*, in das die Öffnung der Ehe in Spanien eingebettet war. Unter Franco waren homosexuelle Handlungen verboten. Schwule wurden mit Haftstrafen von bis zu 5 Jahren in Gefängnissen oder sogenannten Rehabilitationszentren bestraft, auch Elektroschocks oder - noch radikaler - Lobotomien gehörten zu jenen Maß-

nahmen, die Schwule von ihrer „gefährlichen Neigung“ heilen sollten. Lesben waren im Franquismus nicht vorgesehen, insofern als Frauen jede eigenständige Sexualität abgesprochen wurde. Was es hieß, im Franquismus schwul zu sein, beschreibt der Soziologe Timothy Mitchell anschaulich:

„There was no worse fate for a man than to be gay in the self-consciously virile society ushered in by Franco's victory. Lynching homosexuals caught in flagrante delicto was condoned; stoning them in public parks 'was one of the innocent pastimes of gangs of little rascals'. (...) For decades young men took much care not to hold their cigarettes in their right hands or use umbrellas; they were further expected to crane their necks to ogle passing women. Plumbers and repairmen who propositioned to housewives and got indignantly turned down excused themselves by saying they had not wished the *señora* to think they were fairies" (Mitchell 1998: 119f., Hervorhebung im Original)

Im „Gesetz über die Gefährlichkeit und soziale Rehabilitation“ (Ley de Peligrosidad y Rehabilitación Social - LPRS) von 1970 wurden Homosexuelle als gefährliche und antisoziale Elemente definiert, gemeinsam mit Bettlern, Vandalen, Drogensüchtigen und -dealern, Prostituierten und Zuhältern (vgl. Boletín Oficial del Estado 06.08.1970). Pérez-Sánchez (2004 und 2007) stellt fest, dass das Franco-Regime gerade in den letzten Jahren vor dem Tod des Diktators von der Kontrolle der Homosexualität in geradezu paranoider Weise besessen war. Dies sei mit der Schwäche des Regimes zu erklären, die für Pérez-Sánchez - in einem Staat, dessen Ideologie auf einer Verherrlichung der aktiven Männlichkeit gegenüber einer zur passiven Unterordnung verdamnten Weiblichkeit beruhte - einer destabilisierenden Feminisierung gleichkam.

„In the sexist, dichotomous imaginary of Franco's regime, Spain's marginality vis-à-vis Europe must have been perceived as a passive feminized position far from the self-aggrandizing version of the regime as a hypervirile, legitimate government. Because the regime was not as normative and central as it wanted itself to be perceived as, the mere existence of nonheterosexual practices must have threatened Franco's legitimacy to its core" (Pérez-Sánchez 2007: 20).

Auch nach 1975 wurden noch 181 Männer wegen „homosexueller Handlungen“ angeklagt. Das Amnestiegesetz, aufgrund dessen 1977 alle politischen Häftlinge freigelassen wurden, galt nicht für Homosexuelle, die nach dem LPRS verurteilt worden waren. Erst 1979 wurden homosexuelle Handlungen aus dem LPRS gestrichen, 1980 wurde Homosexualität legalisiert, allerdings wurde das Verbot der Erregung öffentlichen Ärgernisses, das bis 1988 existierte, dazu verwendet Schwule und Lesben weiter zu kriminalisieren (vgl. Platero 2007). In einer Umfrage für die progressive Zeitschrift *Guadiana* 1975 gaben 83 Prozent der Befragten an, die Gesellschaft sollte versuchen, Homosexualität verschwinden zu lassen. Nur 3 Prozent befürworteten, dass Homosexualität offen zugelassen werden sollte (vgl. Petit 2003: 17f.). Im Zuge der Transition „all sexual dissidence was defined as a symbolic

space foreign to the values upon which the regime supported itself", wie Llamas/Vila (1999: 216) konstatieren. Mitchell teilt diese Ansicht. In zahlreichen spanischen Filmen und Romanen nach 1975 hätte vor allem schwule Sexualität die Antithese zur „autoritären Sexualität“ verkörpert, wie sie unter Franco, die Katholische Kirche unter anderem in allen Schulen „lehrte“ und wie sie mit großer Macht auf Frauen ausgestattet, die *Sección Femenina* der franquistischen Einheitspartei *Movimiento* von Pilar Primo de Rivera vorgab (Mitchell 1998: 120).

Llamas und Vila (1999) schließen daraus, dass sich die Lesben- und Schwulenbewegung in Opposition zu den Werten des Franquismus konstituiert habe, also in Opposition zur Familie, der Katholischen Kirche und der Einheit des Landes. Eine These, die ich an dieser Stelle zwar nicht anzweifeln will, doch erscheint es mir notwendig, dass sie nur sehr beschränkt Gültigkeit hat und haben kann, und zwar nur im Kontext der Transition zur Demokratie. Von einer Lesben- und Schwulenbewegung in den 1970er Jahren zu sprechen, scheint mir eine Kontinuität bis zur Gegenwart zu suggerieren.⁵⁵ Während der Transition zur Demokratie konnten die wichtigsten Forderungen der Schwulenzbefreiungsgruppen gemeinsam mit den ebenfalls neuen lesbischen Kollektiven, linken Parteien und Gewerkschaften etc. artikuliert werden. Diese Forderungen waren die Streichung des Tatbestands der homosexuellen Handlungen aus dem LPRS und die Legalisierung der Homosexualität (vgl. Llamas/Vila 1999). Und Petit (2003) stellt fest, dass es seit der Gründung der *Katalanischen Schwulenzbefreiungsfront* (FAGC) 1975 bis zu ihrer Legalisierung 1980 nicht eine politische Initiative gegen die FAGC gegeben habe, weder von Seiten der Rechtsextremen, noch von Seiten der Kirche, nicht einmal von der Presse des Franco-Regimes. „In der Luft lag ein gewisser Konsens, dass die Legalisierung der Schwulen gleichbedeutend mit oder inhärente Bedingung der Demokratie ist“⁵⁶ (Petit 2003: 31, Übersetzung C.E.). Die Legalisierung - ja, aber viel mehr denn auch nicht. Die im Franquismus etablierten Diskurse von überlegener Männlichkeit gegenüber passiver Weiblichkeit und gefährlicher oder krankhafter Homosexualität, hätten - so könnte man meinen - eine offensive Konfrontation durch eine Lesben- und Schwulenbewegung ermöglichen können. Das Gegenteil war der

⁵⁵ Um hier Missverständnissen vorzubeugen, ich möchte das nicht dem Autor und der Autorin des Artikels unterstellen, die sehr ausführlich auf die verschiedenen Gruppen und ihrer unterschiedlichen Ziele, Brüche und Diskontinuitäten, die es im Lauf der Entwicklung der Bewegung gab, eingehen. Es ist der Begriff an sich, der mir Probleme bereitet, weil er im historischen Kontext nicht präzise ist.

⁵⁶ „Había en el aire como cierto consenso de que legalizar a los gays era sinónimo o condición inherente de la democracia.“

Fall. Ungefähr ab jenem Zeitpunkt, an dem die Transition weithin als abgeschlossen betrachtet wurde, war die Bewegung zersplittert und auf nationaler Ebene kaum mehr präsent. Die partielle Fixierung des *Feldes der Diskursivität*, machte die Artikulation von Forderungen über die Legalisierung hinaus, kaum vorstellbar. Wie Llamas/Vila (1999) feststellen, gab es mit der Legalisierung der Homosexualität keine Grundlage mehr, auf der Lesben und Schwule gemeinsame Forderungen hätten artikulieren können, eine Folge der im Franquismus über fast vierzig Jahre sowohl in Ideologie, als auch durch Gesetze und Institutionen etablierten Dichotomie von Männlichkeit und Weiblichkeit. Denn offensichtliche Frauenfeindlichkeit oder zumindest Ignoranz gegenüber Lesben war in den Schwulenbefreiungsgruppen an der Tagesordnung, in einer Abhandlung über schwule Beziehungen verweist zum Beispiel der katalanische Aktivist Jordi Petit 1992 auf die Erziehung zum *machismo*, der auch schwule Männer unterworfen gewesen sein (vgl. Petit 1992: 130). Lesbische Gruppen engagierten sich daher innerhalb der feministischen Frauenbewegung, ihre spezifischen Forderungen blieben in den Kämpfen für die Legalisierung der Scheidung, der Verhütung und des Schwangerschaftsabbruchs, vorerst jedoch weitgehend ungehört (vgl. Llamas/Vila 1999).

Formelle Kontakte zwischen den Schwulenbefreiungsgruppen und politischen Parteien die sich in der Transition zu Demokratie sehr schnell zu dominierenden Akteurinnen entwickelten, gab es während und nach der Transition nicht. Wie in Kapitel 4.1. erläutert, brachen die Parteien aus diversen Gründen nicht radikal mit dem Franquismus. Auch nicht die linken Parteien, die ebenfalls in Opposition zum Franquismus standen. Die Zusammenarbeit mit einer Schwulenbefreiungsbewegung hätte wohl jenes stillschweigende Abkommen, über die Verbrechen der Diktatur – dazu zählte auch die Unterdrückung und Verfolgung von Lesben und Schwulen - zu schweigen (*pacto de silencio*) gefährdet. Erst 2003 erschienen erstmals zwei wissenschaftliche Werke, die zumindest den Anspruch hatten, die Unterdrückung von Homosexuellen im Franquismus und den Widerstand dagegen, näher zu beleuchten, die Bücher von Arturo Arnalto und Armand de Fluvià. Doch nicht nur der *pacto de silencio* auch die auf Normalisierung ausgerichtete Strategie des PSOE, sich als moderate Mitte-Links Partei zu positionieren, wäre durch eine Allianz mit einer revolutionären Schwulenbewegung wohl bedroht gewesen. Auf der anderen Seite versuchten aber auch die Schwulenbefreiungsgruppen nicht, die Verfolgung im Franquismus zu thematisieren. Stattdessen zermürbten sie sich in Konflikten entlang ideologischer Ausrichtungen, wie Marxismus, Trotzismus oder Liberalismus. Nicht zu vergessen: „nonrepressive real-

ity was ready to be enjoyed. It was a precarious reality, which did not allow the assumption that discrimination and violence were things of the past” (Llamas / Vila 1999: 222).

Diesen „Genuss der neuen Freiheiten“ als apolitisch und daher unwichtig für die weitere Entwicklung der Lesben- und Schwulenbewegung zu betrachten, würde ich allerdings für einen Fehler halten. Bech (1997: 26) identifiziert diverse moderne Lebensbedingungen, wie die Verstädterung, die Problematisierung der Geschlechter und die zunehmende Gleichberechtigung von Frauen, als Voraussetzung für die Entstehung von Homosexualität als Existenzweise. In den 1980er Jahren, die in der Geschichte der LGBT-Bewegung in Spanien als Phase der Schwäche gelten, haben sich die Voraussetzungen, also die *conditions of possibility* stark verändert, so dass in den frühen 1990er Jahren eine neue Lesben- und Schwulenbewegung entstehen konnte. Pérez-Sánchez (2007) weist in ihrer spannenden Untersuchung „Queer Transitions“ darauf hin, dass die Artikulation von Lesben und Schwulen in dieser Zeit nicht über politische Institutionen erfolgte - oder besser gesagt - erfolgen konnte. Stattdessen äußerten sich Lesben und Schwule in Kunst, Literatur oder auch in Comics. Vor allem in den großen Städten entwickelte sich eine junge Subkultur – in Madrid als *La Movida* in die Geschichte und jeden Reiseführer eingegangen – in der Lesben und Schwule, Trans- und Bisexuelle eine wichtige Rolle spielten. Obwohl in der Kulturwissenschaft auf die schnelle Absorbierung der *Movida* durch die *Sozialistische Partei* Madrids unter dem damaligen Bürgermeister Enrique Tierno Galván hingewiesen wird, ist ihre Bedeutung doch unumstritten (vgl. Gallero 1991). Auch die Auseinandersetzungen von Lesben mit heterosexuellen Frauen in der feministischen Frauenbewegung, Sit-ins von lesbischen Aktivistinnen 1986 nach der Verhaftung und zweitägigen Arrestierung und Misshandlung zweier Frauen, die sich in der Öffentlichkeit geküsst hatten, hatten zwar keine sofortige Wirkung, in dem Sinn, dass Veränderungen der Gesetze oder im Polizeiapparat erfolgten, sie können trotzdem nicht als nichtig betrachtet werden. Im Sinne des post-strukturalistischen Ansatzes von Laclau und Mouffe kommt ihnen als „artikulatorische Praxen“ große Bedeutung zu. Das Konzept Artikulation bezeichnet in diesem Sinn „any practice establishing a relation among elements such that their identity is modified as a result of the articulatory practice“. Einerseits gilt das für Romane, in denen lesbisch oder schwul zu sein erstmals nicht als gefährlich oder krankhaft dargestellt werden konnte, Comics, in denen selbstbestimmte Frauen neue Rollen einnahmen und auch für die junge Subkultur in Madrid und Barcelona, in der es unter Heterosexuellen als schick galt, einen schwulen Freund oder eine lesbische Freundin zu haben (vgl. Pérez-Sánchez 2007 und Villaamil 2004: 18). Andererseits auch für diverse Auseinandersetzungen, Spaltungen und

Konflikte zwischen Lesben und Schwulen in der Schwulenzulassungsbewegung und zwischen Lesben und heterosexuellen Frauen in der feministischen Frauenbewegung. Insgesamt veränderten sie den Diskurs, weil sie seit der Transition im Unterschied erstmals sowohl denkbar als auch artikulierbar waren.

Die Betroffenheit von HIV/AIDS ab Mitte der 1980er Jahre dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass sich eine neue Lesben- und Schwulenzulassungsbewegung konstituierte. Im Rahmen dieser Arbeit ist es mir nicht möglich, die Auswirkungen des Auftretens von HIV/AIDS auf die spanische LGBT-Bewegung umfassend zu analysieren. Es ist jedenfalls festzuhalten, dass gerade viele jener Gruppen, die sich damals als Vertreterinnen der Lesben- und Schwulenzulassungsbewegung verstanden, erst sehr spät zu einer Anerkennung der Betroffenheit von HIV/AIDS durchringen konnten und sich in den ersten Jahren eher darauf beschränkten, AIDS zu leugnen und als Ausdruck von Homophobie zu betrachten. Stattdessen entstanden neue Gruppen, die sich der Aufklärung über HIV/AIDS und der Hilfe für Betroffene verschrieben (vgl. Trujillo Barbadilla 2005: 36 und Llamas/Vila 1999: 231) In der Folge von HIV/AIDS entstanden neue diskursive Formationen innerhalb und am Rande der Bewegung, die man als antagonistisch in dem Sinn definieren könnte, als sie sich in der Frage der Normalisierung diametral entgegenstanden. Wie es Aktivistinnen, die sich in *queeren* Gruppen engagieren, ausdrücken: „Aids war und bleibt die große Herausforderung, die jede Einzelne und jeden Einzelnen von uns mit Homophobie, Rassismus, Sexismus und Klassenhass konfrontiert, und zwar im Herzen der westlichen Gesellschaften, in den reichsten und mächtigsten Ländern dieses Planeten“⁵⁷ (Carrascosa / Vila Núñez 2005:47). Doch die Reaktionen darauf waren unterschiedlich. Anfang der 1990er Jahre gründeten sich jene Gruppen, die sich als *queer* verstanden, wie *La Radical Gay* (LRG) und *Lesbianas Sin Dudas* (LSD, übersetzt „Lesben Ohne Zweifel“) und sich sowohl in Opposition zur Wahrnehmung von AIDS als „Schwulenseuche“ (cancer gay) als auch in Abgrenzung von jener Schwulen- und später Lesben- und Schwulenzulassungsbewegung konstituierte, die für soziale Integration und die Anerkennung ihrer Rechte kämpfte und - so der Vorwurf der *queeren* Gruppen - danach trachtete, die sexuelle Diversität in eine einheitliches, sauberes Bild zu pressen (vgl. Trujillo Barbadilla 2005: 34). Auf der anderen Seite stand der Gleichheits-Diskurs der neuen Lesben- und Schwulenzulassungsbewegung, die sich laut Petit (2003: 36) in Richtung einer Interessenvertretung entwickelt hatte und die Lösung

⁵⁷ „El sida ha sido y sigue siendo, el gran reto que nos ha confrontado a cada uno de nosotros de la homofobia, el racismo, el sexismo y el clasismo, en el mismo corazón de las sociedades occidentales, y de los países más ricos y poderosos del planeta.“

von Problemen zu ihrer wichtigsten Ideologie erklärte. Als eines dieser Probleme wurde wie ich im Folgenden erläutern werde, sehr schnell die Nicht-Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften identifiziert. Beispiele dafür seien COGAM in Madrid und die *Coordinadora Gai-Lesbiana* in Katalonien, die beide 1986 gegründet worden waren und, so betrachtet es ein Aktivist in einer Rückschau auf 25 Jahre LGBT-Bewegung in Spanien, „Keimzellen einer wahren Transformation der Lesben- und Schwulenbewegung im spanischen Staat“⁵⁸ (Petit 2003: 36, Übersetzung C.E.) wurden. Dass die politische Isolation - vor allem auf nationaler Ebene - für diesen Teil der Lesben- und Schwulenbewegung zum Problem wurde, deutet einer meiner Interviewpartner⁵⁹, der in der LGBT-Bewegung in diversen Führungspositionen war und 2003 zur Sozialistischen Partei wechselte, an:.

„Mein Leben ist seit jeher von Politik geprägt. Ich stamme aus einer Familie von Politikern und Politikerinnen. (...) Meine Mutter und mein Vater sind links und sie haben mich haben mich gelehrt, kritisch zu sein. Und sie haben mich zu jenen Werten erzogen, die ich schon mein ganzes Leben lang verteidige - seit ich meinen Verstand gebrauche, seit ich auf die Straße hinausgehe, seit ich mein Studium begonnen habe. Damals habe ich begonnen diese Werte, an die ich immer schon glaube, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Werte die revolutionär und republikanisch waren und es immer noch sind, zu verteidigen. Das habe ich mein ganzes Leben lang getan, in der Schule und auf der Universität und danach. Ich war an vielen Kämpfen beteiligt. Wenn du dich als links definierst, dann kannst du nicht einen Kampf kämpfen, dann kämpfst du viele Kämpfe“⁶⁰ (Interview XII, Übersetzung C.E.).

Mit diesem Selbstverständnis kann eine Artikulation außerhalb der oder in totaler Konfrontation zu linken Parteien und Gewerkschaften nur als sinnlos betrachtet werden. Über die internationale Zusammenarbeit mit anderen LGBT-Bewegungen „lernten“ dieser Teil der Bewegung, welche Elemente für die Diskurse von Lesben- und Schwulenbewegungen Mitte der 1980er Jahre in anderen europäischen Ländern konstitutiv waren oder wie es Petit (2003) formuliert: „Ganz allgemein mussten neue Techniken und Anwendungen erfunden oder aus dem Ausland übernommen werden, in denen das Element des Persönlichen den

⁵⁸ „embriones de una auténtica transformación del movimiento gay-lésbico en el Estado español.“

⁵⁹ Pedro Zero lo engagierte sich zuerst als Anwalt gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen, wurde 1993 zum Präsidenten des *Madrid der Schwulenkollektivs* (COGAM) gewählt, bevor er 1998 Präsident der 1992 gegründeten landesweiten Föderation von Lesben und Schwulen (FELG) wurde. Seit 2003 ist er Stadtrat für den PSOE in Madrid.

⁶⁰ „Mi vida siempre ha estado marcada por la política. Nací en una familia de políticos y de políticas. (...) Mi madre y padre son de izquierda y me educaron en el espíritu crítico. Y me educaron en una serie de valores, que son los que he defendido toda mi vida. Cuando empecé a tener uso de razón y a salir a la calle y cuando empecaron mis estudios. Pues ya, allí ya empecé pues a defender los valores, en los he creído siempre, que son los valores de libertad, de igualdad y de fraternidad, que son valores republicanos y revolucionarios que siguen siendo revolucionario y republicano. Y lo he hecho toda mi vida en el colegio, luego en el instituto, mas tarde en la universidad (...) Y he estado en muchas luchas. Cuando uno se construye de izquierda, no esta solo en una lucha, esta en muchas luchas.“

ideologischen Diskurs als Zentrum der Bewegung ersetzte⁶¹“ (Petit 2003: 36, Übersetzung C.E.). Von einer meiner Interviewpartnerinnen, einer lesbischen Aktivistin, wurde die scheinbare Entideologisierung der LGBT-Bewegung noch 2006 im Zusammenhang mit der Debatte über die Öffnung der Ehe heftig kritisiert. Einerseits sei der PP in der Debatte zum Feind erklärt worden, gleichzeitig wurden aber Verhandlungen um öffentliche Finanzierung mit VertreterInnen des Partido Popular weiter geführt.

„And also having the Partido Popular is a way to have a clear enemy in front of us. I mean these people to be able to have alliances with each other they have to have a common enemy. But still COGAM and some groups like fundación triángulo ... they were negotiating with the Partido Popular, no problem. Because they are not politicised in that sense, they don't see their organisations as leftist. Some people want to do that because they want to have funding from all the political parties, they don't care. And one of their goals is to make gay people normal“ (Interview X).

Diese Sichtweise zeigt, dass Normalisierung als Strategie bis heute von Teilen der LGBT-Bewegung vehement abgelehnt wird. Trotzdem konnte ein neuer Gleichheits-Diskurs innerhalb der LGBT-Bewegung hegemonial werden, so meine These. Eine wesentliche Rolle dabei spielt meiner Ansicht nach die Forderung nach einer Eingetragenen PartnerInnen-schaft und später die Forderung der Öffnung der Ehe, über die neue Fronten innerhalb der Bewegung konstruiert wurden. Bestimmte Gruppen und Diskurse verkörperten hier das abzulehnende Andere, ein Artikel von Jordi Petit aus dem Jahr 1992 über die katalanischen *Coordinadora Gai-Lesbiana* (abgedruckt in Petit 2003: 100ff.) liefert dafür wertvolle Hinweise.

„Nachdem die einstigen Organisationen der Schwulenbefreiung im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Verringerung polizeilicher Repression erreicht hatten, verloren sie an Mitgliedern, die früheren Aktivisten verschwanden in der Versenkung ihrer ‚stigmatisierten‘ Bars, Saunas und Diskotheken. So verblieben die Gruppen in den Händen von sehr politisierten Minderheiten, mit einem von der Realität weit entfernten Diskurs. Ihre Charakteristika waren ihre ständige Viktimisierung, die Ablehnung des Dialogs mit Behörden und die Unfähigkeit konkrete Forderungen zu formulieren. Das Auftreten von AIDS zeigte mehr denn je ihre Unfähigkeit die Realität anzunehmen“⁶² (Petit 1992a: 110f., Übersetzung C.E.)

⁶¹ „En general hubo que inventar o copiar del extranjero técnicas y usos nuevos donde el elemento de lo personal, y a veces en temas como la salud, hasta lo intimó, substituye al discurso ideológico como centro de atención del movimiento.“

⁶² „Las antiguas organizaciones de liberación gay, en la medida que consiguieron frenar la represión policial fueron despoblándose mientras sus exmilitantes se sumergían en los ‘estigmatizados’ bares, saunas y discotecas. Así, quedan en manos de minorías muy politizadas, con un discurso radical alejado de la realidad. Una de las características de tales grupos es su constante victimismo, el rechazo del diálogo con la Administración y su incapacidad para formular propuestas concretas. La aparición de sida perfiló más que nunca su incapacidad de asumir la realidad.“

Der frühen Schwulenbefreiungsbewegung wird hier zweierlei unterstellt. Ihr sei es einerseits darum gegangen, ihre Sexualität ungestört ausüben zu können. Andererseits sei sie unfähig, auf die Realität zu reagieren oder diese überhaupt anzuerkennen. Zum ersten Punkt möchte ich anmerken, dass die Abgrenzung hier also weniger gegenüber der frühen Schwulenbewegung erfolgte, als gegenüber einer Sexualität unter Männern, die anders war als normale Sexualität zu sein hat, und zwar sowohl in (relativer) Freiheit ausgelebt, wie zuvor zur Heimlichkeit verdammt im Franquismus. Während, die Realität – um auf die den zweiten Punkt zurückzukommen – einerseits darin bestand, dass die Demokratisierung Spaniens mittlerweile als abgeschlossen galt. Eine Zusammenarbeit mit, auf lange Sicht, allen demokratisch gewählten Parteien wurde daher von der *Coordinadora Gai-Lesbiana* als notwendig erachtet. Andererseits hatte die Realität auch gezeigt, dass die Bedeutung der Lesben- und Schwulenbewegung in dem Maß stieg, wie ihre VertreterInnen die Werte PartnerInnenschaft und Familie betonten (vgl. Petit 2003: 37), für die Artikulation von Differenz in der Lesben- und Schwulenbewegung kein Platz.

„Die vagen revolutionären Vorschläge der 1970er Jahre hatten drei Referenzpunkte, die heute erwiesenermaßen wirkungslos sind. (...) [Darunter] die spätere vorgeblich radikale Strömung, die die Provokation postulierte, die Travestie und die Übertreibung der Differenz waren die Basis ihrer Handlungen. (...) Heute ist die Normalisierung der Gegebenheit der Homosexualität das fundamentale Ziel zahlreicher lesbischer und schwuler Gruppen. Normalisierung vom Coming-Out über die Gay Pride Parade bis zur einfachen Anerkennung von Rechten ohne irgendeine Diskriminierung: völlige Gleichstellung als Bürgerinnen und Bürger, die sich von anderen ausschließlich durch ihre sexuellen Präferenzen unterscheiden“⁶³ (Petit 1992:111, Übersetzung C.E.)

Es scheint mir daher angemessen, in diesem Zusammenhang von einer neuen Lesben- und Schwulenbewegung zu sprechen. Neu war unter anderem die gemeinsame Artikulation von Forderungen von Schwulen und Lesben. Sie kann in diesem Zusammenhang als weiteres Indiz dafür betrachtet werden, dass der Knotenpunkt der „Normalisierung“ Ausgangspunkt für diese Veränderung war. Allerdings kann ich hier nur Vermutungen anstellen, jedoch scheint es Indizien dafür zu geben, dass die Inklusion von Lesben in die Bewegung anfangs dazu diente, diese auf eine breitere Basis stellen und vor allem neue Allianzen möglich machen sollte.

⁶³ „Las vagas propuestas revolucionarias de los setenta tenían tres puntos de referencia hoy ya demostradamente inoperantes. (...) Luego apareció una corriente pretendidamente radical que postuló la provocación, el travestismo y la exacerbación de la diferencia como bases de actuación. (...) Hoy la normalización del hecho homosexual es el objective básico a ganar por parte de numerosos grupos gays y de lesbianas. Normalización quiere decir desde el inicial ‘coming out’ (sic!), el orgullo gay, hasta el simple ejercicio de derechos sin discriminación alguna: plena equiparación como ciudadanos/as que no tienen otra diferencia con el resto que sus preferencias sexuales.“

„Als ich Präsident des COGAM, des Madrider Schwulenkollektivs, wurde (1993, Anm.), ist nicht ein einziger Tag vergangen, bis mir klar wurde, dass das Kollektiv sich in ein Kollektiv von Lesben, Schwulen, Transsexuellen und Bisexuellen entwickeln muss. Ich verstand nicht, warum wir - Lesben und Schwule - nicht Hand in Hand miteinander und Hand in Hand mit transsexuellen Männern und Frauen und bisexuellen Männern und Frauen gingen. Und insbesondere verstand ich nicht, dass wir nicht einen derart starken Diskurs der Transformation wie ihn der Feminismus darstellte und immer noch darstellt, nützen konnten“⁶⁴ (Interview XII, Übersetzung C.E.).

Wie in Kapitel 4.1. beschrieben, gelangten in diesen neuen Gruppen Frauen erst wesentlich später in Führungspositionen. Das Auftreten als Lesben- UND Schwulenbewegung war also Teil der Abgrenzung zur früheren Schwulenbewegung und einer mit ihr assoziierten Andersartigkeit von Homosexualität sowie einem Diskurs der Gleichheit, der in der neuen Lesben- und Schwulenbewegung dominant werden konnte und mit der Exklusion bestimmter Gruppen - zum Beispiel Bisexueller - und Diskurse verbunden war.

„A number of people who are the big icons, the leaders, of the LGBT movement, which is not LGBT, it's G. Because bisexuals do not exist, we do not have bisexual leaders, because the leaders who are bisexual do not present themselves as bisexual (...), because their partners don't want it or they don't feel they would be as representative for all of us if they were. But we (Gruppen, die das Kürzel LGBT Ernst nehmen) are not acknowledged because the rules are set in such a way you cannot. It's really hard for us to prove that we have bisexuals in the group. This is one of the examples. Or people have to be open about their identities in order to represent us. So people who are in the in-betweens, people who have more fluid sexualities, are not recognised as such because it's identity politics what they do is identity politics, so you have to be clearly defining one place and not move from there" (Interview X).

Von Anfang waren im Gleichheitsdiskurs der neuen Lesben- und Schwulenbewegung ab den frühen 1990er Jahren unterschiedliche Elemente miteinander verwoben, gleiche Rechte für Lesben und Schwule als Individuen und gleiche Rechte für ihre PartnerInnenschaften und ihre Familien. In einem weiteren Artikel aus dem Jahr 1992 (abgedruckt in Petit 2003: 123ff.) mit dem Titel „Neue Lieben, neue Familien" (Nuevos amores, nuevas familias) stellt Jordi Petit fest, dass die Ehe für lesbische und schwule PartnerInnenschaften nur begrenzt als Modell dienen kann. Sie erwecke den Anschein, nicht für homosexuelle Beziehungen entworfen zu sein. Dabei scheitere es nicht am Entwurf der Ehe, Schwule seien auf jeden Fall für eine Ehe geeignet, sie würden von der Gesellschaft aber nicht auf die Ehe vorbereitet (vgl. Petit 1992b). Dass Petit das als Versäumnis betrachtet, obwohl er gleichzeitig betont, die Ehe keineswegs idealisieren zu wollen, wird im nächsten Absatz klar.

⁶⁴ „No pasó ni un solo día - desde que llegue a la presidencia de COGAM, Colectivo Gai de Madrid (1993) - ni un solo día para que tuviera claro que el Colectivo tenía que transformarse en un colectivo de lesbianas, gais, transexuales y bisexuales. No entendía como lesbianas y gais no íbamos de la mano y no íbamos de la mano también con mujeres y hombres transexuales y mujeres y hombres bisexuales, y sobre todo no entendía que no pudieramos aprovechar un discurso con tanta fuerza de transformación como ha tenido y sigue teniendo el discurso feminista"

„In der Palette der familiären Werte oder im Konzept der Ehe sind Schwule und Lesben nicht eingeplant. Als Folge davon gibt es keine soziale Anerkennung von und keine kulturelle Ausbildung für homosexuelle Beziehungen, Homosexuelle Beziehungen sind auch nicht in Verwandtschaftsverhältnisse integriert. Ein Linguist würde mit Sicherheit anfügen, dass sie nicht einmal einen Namen haben“⁶⁵ (Petit 1992b: 124).

Durch die Nicht-Anerkennung könnten sich gleichgeschlechtliche PartnerInnenschaften nur in Opposition zum herrschenden Familienbild konstituieren oder als Nachahmung oder Karikatur desselben, so Petit (1992a) weiter. Sie seien also in der Freiheit, ihre Beziehungen zu entwickeln, eingeschränkt. Hier klingt schon 1992 in der Argumentation eines schwulen Aktivisten der ersten Stunde an, was 12 Jahre später in der Erläuterung der Motive für das Gesetz über die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare niedergeschrieben wurde. Durch das Eheverbot seien Lesben und Schwule in ihrer Freiheit eingeschränkt, ihre Persönlichkeit durch die Ehe, in gleicher Weise wie das Heterosexuelle könnten, zu entwickeln, (vgl. Congreso de los Diputados - Boletín Oficial de las Cortes Generales 2005). Auf diesen Überlegungen zur spanischen LGBT-Bewegung aufbauend werde ich im nächsten Abschnitt einerseits analysieren, wie durch „Normalisierung“, wobei ich mich damit, einerseits, auf beschriebenen Charakteristika der Demokratisierung Spaniens, und, andererseits, auf die Entwicklung der LGBT-Bewegung beziehe, die Forderung nach der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare entstehen konnte. Außerdem will ich zeigen, dass diese Forderung eingebettet war in einen Diskurs, in dessen Folge neue Antagonismen entstanden, die ihrerseits den Diskurs stabilisierten. Nach Laclau und Mouffe (2001[1985]) meint sozialer Antagonismus nicht objektive Verhältnisse, sondern die Konstruktion sozialer Gegensätze über die Ausschließung eines radikalen und bedrohlichen Außen. Ich möchte im Folgenden zeigen, wie diese Konzepte bei der Analyse des Prozesses der Öffnung der Ehe in Spanien, hilfreich sein können.

5.2 Über Ehe und Familie zu alten Antagonismen und neuen Allianzen

In seinem Buch über die Geschichte der spanischen Lesben- und Schwulenbewegung erinnert sich der katalanische Aktivist Jordi Petit an die Beratungen über jene Entschließung des Europäischen Parlaments 1994, die die Mitgliedsstaaten erstmals aufforderte, für die

⁶⁵ „Es decir, la escala de valores familiares o el mismo concepto de matrimonio no cuenta con gays y lesbianas. En consecuencia, no existe reconocimiento social ni aprendizaje cultural para las relaciones homosexuales; no hay, pues, relaciones de parentesco que integren la homosexualidad. Un lingüista seguramente añadiría que ni nombre tienen estas relaciones“.

rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften zu sorgen, die sogenannte Roth-Resolution. Die VertreterInnen der nordischen Staaten seien damals im Gegensatz zu ihm und anderen VertreterInnen südeuropäischer Staaten sehr skeptisch gewesen, was die Verwendung des Begriffs Familie betraf, „sicher weil ihre Gesellschaft laizistischer und weniger auf Gruppen ausgerichtet ist, auch ihre Rechtsordnung berücksichtigt individuelle Rechte stärker als die von Gruppen“⁶⁶ (Petit 2003: 48). Eine Frage, die er sich dabei nicht stellt, ist, was Familie und auch Ehe in Spanien bedeuteten und bedeuten. Ich möchte im Folgenden zeigen, dass Ehe und Familie durch die Überladung mit Bedeutung im Franquismus (Überdeterminierung) durch die Transition ihrer Bedeutungen entleert wurden. Ich meine hier einerseits die ideologische Überdeterminierung als Keimzelle des autoritären Staates, wahre Bestimmung im Leben einer Frau etc., die andererseits mit bestimmten Praxen verbunden war, so gab es keine Zivilehe, sondern nur die Kirchliche Eheschließung und außerdem bestand ein Scheidungsverbot. An ihre Stelle traten neue Elemente, die eine Ehe ausmachen sollten, wie Zuneigung und Freiwilligkeit. An die Stelle von Familie traten Familien - Familien von AlleinerzieherInnen, Familien, in denen die Eltern ohne Trauschein zusammenlebten, Patchwork-Familien, Familien ohne Kinder und auch Familien mit zwei Müttern oder zwei Vätern. Mit ihrer Normalisierung, die, wie ich beschrieben habe, die Abkehr von Ideologien und das Knüpfen von Kontakten zum politischen System beinhaltete, konnte die LGBT-Bewegung in Spanien ihren Kampf um Ehe und Familie beginnen. In diesem Kampf - so werde ich argumentieren - war die Konstruktion eines Antagonismus zwischen einem Diskurs der Gleichheit und einem Diskurs der Ungleichheit von großer Bedeutung. Dadurch wurde die Öffnung der Ehe Teil eines hegemonialen politischen Projekts. Bevor ich auf diesen Kampf zurückkomme, möchte ich jedoch noch kurz auf die sich verändernden Bedeutungen von Ehe und Familie in Spanien eingehen.

Ehe und Familie in Spanien

Nach dem Ende des Bürgerkrieges 1939 stützte sich die franquistische Diktatur auf zwei Fundamente, die Armee und die Katholische Kirche. Selbst nicht in der Lage, eine Ideologie anzubieten, waren die Sieger des Bürgerkriegs auf die Katholische Kirche angewiesen. Die Interessen des Regimes und der Katholischen Kirche überlappten und ergänzten einander während der fast vierzigjährigen Diktatur großteils, erste Bruchlinien entstanden erst

⁶⁶ „seguramente por ser sociedades muy laicas y menos gregarias que las del mundo latino, con una ordenación jurídica que atiende más a los derechos individuales que grupales.“

in den 1970er Jahren, als mit Vicente Enrique y Tarancón ein Vertreter eines moderneren Katholizismus Präsident der Spanischen Bischofskonferenz wurde. Die Katholische Kirche Spaniens stellte Bedingungen für die Unterstützung des Regimes, die im Konkordat von 1953 reflektiert werden, wie die Erklärung zur Staatsreligion. Das Bildungssystem - oder passender Erziehungssystem - war zu großen Teilen in den Händen der Katholischen Kirche, doch auch im verpflichtenden Religionsunterricht in öffentlichen Schulen konnte sie ihre Moralvorstellungen in Bezug auf Ehe, Familie und Homosexualität verbreiten. Auch die Gesetze des Franco-Regimes basierten auf der Katholischen Sexuallehre, die Eheschließung war nur in der Kirche möglich, Scheidung - in der Zweiten Republik legal - und Verhütung wurden verboten. Presse, Literatur, Theater und Filme wurden zensuriert; Ehebruch, aber auch berufstätige Frauen oder Arbeiterinnen durfte es dort nicht geben. Die Teilnahme an religiösen Aktivitäten war angesichts der engen Kooperation von Kirche und Staat beinahe eine BürgerInnenpflicht. (vgl. Ugarte Pérez 2004: 8 und Mitchell 1989: 104ff.).

Neben der Ehe und Gründung einer Familie war die einzige akzeptierte Lebensweise vor allem für Frauen der Eintritt in einen Katholischen Orden. Eine alternative Lebensweise wurde gesetzlich verfolgt oder sozial geächtet. „The fear of winding up a solterona (alte Jungfer, Anm.) was possibly the most powerful informal agent of socialization, one reinforced by the government, institutions of all types, and popular songs” (Mitchell 1998: 117). In diesem Zusammenhang ist auch die Wahrnehmung von lesbischer Sexualität durch das franquistische Regime interessant. Nach Pérez-Sánchez (2007) wurden einerseits alle Frauen, die ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben führen wollten, als lesbisch wahrgenommen. Andererseits wurde Sexualität zwischen Frauen als Ersatzhandlung wahrgenommen, der sich Frauen zuwenden, wenn ihr wahres Begehren (Sex mit Männern) nicht realisiert werden kann. „Neither of this conflicting misconceptions can imagine the lesbian as a woman who desires other women, as a woman whose desires are resistant to and operate outside of the rigid categories of gender and sexuality so policed by Franco’s Spain” (Pérez-Sánchez 2007: 35). Besondere Macht über Frauen hatte die *Sección Femenina* der franquistischen Einheitspartei *Movimiento*, angeführt von Pilar Primo de Rivera, der Tochter des früheren Diktators Miguel Primo de Rivera. Kurse der *Sección Femenina* über Haushaltsführung und Kinderpflege gab es in beinahe jeder spanischen Ortschaft. „These courses formed part of every young woman’s ‘social service’ obligation” (Mitchell 1989: 120). Frauen, die eine Universität besuchen, für die Regierung arbeiten oder einen Reisepass oder Führerschein beantragen wollten, mussten die Teilnahme an den Kursen nach-

weisen. Verheiratete Frauen mussten hingegen die Erlaubnis ihres Ehemanns (*permiso marital*) einholen, wollten sie einen Beruf ausüben, Eigentum erwerben oder ins Ausland reisen (vgl. Carlos 2000: 58). Pérez-Sánchez weist allerdings darauf hin, dass auch bezüglich seines Zugriffs auf Frauen das Franco-Regime nicht so übermächtig war, wie es sich selbst darstellte. Neben ersten Zusammenschlüssen von Schwulen und lesbischem Widerstand, zum Beispiel in der Literatur, waren es „the timid yet effective feminist challenges of the 1960s and 1970s (...) that attempted to subvert the dominant gendered identities and sexual practices” (Pérez-Sánchez 2007: 22).

Im Sinn der poststrukturalistischen Diskurstheorie von Laclau und Mouffe waren Ehe und Familie also zentrale Elemente des hegemonialen franquistischen Diskurses. Dass sich dagegen während der späten 1960er und der frühen 1970er Jahre zaghafter Widerstand formieren konnte, erklärt sich daraus, dass auch hegemoniale Diskurse nie vollständig geschlossen sind, und zwar deshalb, weil sie mit der Konstruktion sozialer Antagonismen über die Ausschließung eines bedrohlichen *Außen* verbunden sind. Das bedrohliche Außen - um es etwas plakativ zu formulieren - erwies sich jedoch als weniger bedrohlich, als es das Regime glauben machen wollte. Durch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wurde es sogar sichtbar und erfahrbar - ein Beispiel dafür sind westliche TouristInnen, von denen immer mehr Spanien bereisten, ein weiteres, dass SpanierInnen als GastarbeiterInnen in Westeuropa arbeiteten. Neben Männern arbeiteten auch Frauen in Fabriken und Industriebetrieben. Gleichzeitig veränderte sich mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil die Katholische Kirche, Priester und Nonnen bekehrten gegen die Kirchenführung auf (vgl. Bernecker 2001). Selbst - worauf Pérez-Sánchez (2007) hinweist - die Wahrnehmung von Homosexualität veränderte sich. Auf den Diskurs der Katholischen Kirche, in dem homosexuelle Handlungen als Sünde wahrgenommen wurden, traf der Diskurs der Medizin, der Homosexualität als Krankheit betrachtete. Der hegemoniale Diskurs zeigte erste, wenn gleich durch Gewalt und Verfolgung unterdrückte, Auflösungserscheinungen.

„Thus, subjects act in different ways when the contingency of their identities is revealed. This occurs when discourses begin to disintegrate during periods of social or economic turmoil, and when dislocation is experienced by subjects as an identity crisis. In these situations, subjects endeavour to reconstitute their identities and social meanings by articulating and identifying with alternative discourses” (Howarth 1995: 123).

Wie brüchig der franquistische Diskurs bereits geworden war, zeigt sich daran, dass das Ehe- und Familienrecht in der Transition schnell an die europäische Normalität angepasst wurde. 1978 wurde die Zivilehe wieder anerkannt, drei Jahre später, 1981, wurde die Scheidung legalisiert. Seither sind 1,2 Millionen spanische Ehen geschieden worden. Im

1987 unter der Sozialistischen Regierung beschlossenen Familienrecht wurde die Adoption neu geregelt. Nicht nur heterosexuelle Ehepaare, sondern auch unverheiratete heterosexuelle Paare aber auch Alleinstehende können seither ein Kind adoptieren, egal ob sie lesbisch, schwul oder heterosexuell sind. Lesbische und schwule Paare können auch Pflegeeltern werden. Seit 1988 steht die Reproduktionsmedizin auch alleinstehenden Frauen offen. Ob die Gesetze die diversifizierte familiäre Realität reflektieren oder ob umgekehrt die liberalen Familiengesetze dazu geführt haben, dass es mittlerweile verschiedenste Formen von Familie gibt, die auch sozial akzeptiert sind, darüber sind sich ExpertInnen uneinig (vgl. Nogueira 18.06.2011). Allerdings, wie Carlos (2000) und Flaquer (2000) analysieren, verlief die Entwicklung der Familienpolitik – was zum Beispiel Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, aber auch staatliche Unterstützung für Familien betrifft - nicht in Einklang mit diesen Veränderungen. Bis in die 1990er Jahre wurden großteils jene Beihilfen für Familien beibehalten, die es schon im Franquismus gegeben hatte und die im Wesentlichen aus Heirats- und Geburtenprämien und einer Beihilfe für abhängige Kinder und Ehefrauen bestanden. 1976 wurde ein bezahlter Mutterschaftsurlaub von vierzehn Wochen eingeführt. Weder die Sozialistische Regierung, noch die PP-Regierung machten in der Familienpolitik große Schritte, die Ausgaben für familienpolitische Maßnahmen waren gering. Wie bereits in Kapitel 4.1 erläutert, setzte der PSOE andere Prioritäten, wie die Konsolidierung der Wirtschaft inklusive Privatisierungen und Sparmaßnahmen. Auch unter der PP-Regierung gab es keine großen Veränderungen (vgl. Carlos 2000). Beide Parteien setzten vor allem auf Solidarität innerhalb der Familien.

„Responses given to new challenges such as a higher participation of women in the workforce are not articulated through explicit public policy but draw on private kin resources. One of the results of this state is the upholding of patriarchal relationships and in general the reinforcement of the family as a central institution, despite the fact that this may clash overtly with politically correct official statements on equal opportunity for both sexes” (Flaquer 2000: 28f.)

Der Grund dafür sei, dass die Forderung nach familienpolitischen Maßnahmen nicht erhoben werde, stattdessen würden Strategien innerhalb der Familien gesucht, um mit diesen Schwierigkeiten zurechtzukommen. Die traditionelle Familiensolidarität könne demzufolge den Mangel an familienpolitischen Maßnahmen erklären, während dieser wiederum die familiäre Solidarität stärke (vgl. Flaquer 2000). Dass erklärt auch, warum das familiäre Netzwerk in der spanischen Kultur weit über den Franquismus hinaus sehr wichtig blieb, wie AlberdÍ (1999) feststellt. Auch was die Familienpolitik betrifft, kam es also nicht zu einem Bruch mit dem Franquismus. An die Stelle des franquistischen Diskurses trat kein

völlig neuer Diskurs, in dem Ehe und Familie mit neuen Bedeutungen belegt wurden. Stattdessen entstanden neue Diskurse, auch durch das moderne Ehe- und Familienrecht, in dem Frauen und Männer gleichgestellt sind. Neben traditionelle Familienwerte, wie Solidarität und Zusammenhalt, traten neue Werte, laut AlberdÍ waren das vor allem Gleichheit und Diversität.

Der Diskurs der Gleichheit: Für eine Zivilisierung der Ehe und gleiche Rechte für alle Familien

Im Folgenden werde ich analysieren, wie die verschiedenen Elemente, die Ehe und Familie ausmachen, in einem Diskurs der Gleichheit, der anfangs nur von einem bestimmten Teil der LGBT-Bewegung vertreten wurde, durch artikulatorische Praxen zueinander in Beziehung gesetzt wurden. Ab dem Jahr 2000 forderte die LGBT-Bewegung die Öffnung der Ehe und das Recht, gemeinsam Kinder zu adoptieren. Es war vor allem die FELGT, die landesweite Föderation von LGBT-Organisationen, und innerhalb der FELGT COGAM in Madrid und die Coordinadora Gai-Lesbiana in Barcelona, die den Kampf in der Öffentlichkeit führten (vgl. Calvo 2005, siehe dazu Kapitel 5.1).

„Wir wollten die rechtliche Gleichstellung. Es war uns klar, dass das Erreichen rechtlicher Gleichheit nicht reale Gleichheit bedeutet. (...) Wir wussten, dass wir mit der rechtlichen Gleichstellung nicht mit der Homophobie Schluss machen konnten, aber wir dachten, dass es wichtiger wäre, dort einmal anzufangen“⁶⁷ (Interview XI, Übersetzung C.E.).

Nach dem zweiten Wahlerfolg des Partido Popular im Jahr 2000, als die Partei die absolute Mehrheit im Kongress erreichte, ließ die FELGT die Forderung nach einer Eingetragenen PartnerInnenschaft für heterosexuelle und gleichgeschlechtliche Paare endgültig hinter sich und schwenkte auf Forderung nach der Öffnung der Ehe um (vgl. Interview V). Einerseits wurde diese Entscheidung damit begründet, dass durch die absolute Mehrheit des PP klar wahr, dass es ohnehin keine rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften geben werde. Andererseits hatte die FELGT die Forderung nach der Öffnung der Ehe erstmals als Reaktion auf die, wenngleich fruchtbare, Diskussion des PP über die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften erhoben (vgl. Interview X und Interview XI).

GegnerInnen oder auch nur KritikerInnen der Strategie innerhalb der LGBT-Bewegung wurden negiert oder mit dem PP gleichgesetzt. Zur Strategie der VertreterInnen des

⁶⁷ „Nosotros queríamos la igualdad legal. Tenemos claro que hemos alcanzado la igualdad legal y no la real. (...) Nosotros sabíamos que alcanzando la igualdad legal no íbamos acabar con la homofobia pero pensábamos que era muy importante empezar por ahí.“

Gleichheitsdiskurses innerhalb der LGBT-Bewegung gehörte auch, dass im Jahr 2003 drei Paare in die Öffentlichkeit traten und ihr Recht zu heiraten einforderten und es bis zum Verfassungsgerichtshof durchkämpfen wollten. Ein lesbisches Paar und zwei schwule Paare, die großteils führend in der FELGT tätig waren. Eine Strategie, die andere Gruppen nicht mittragen wollten, weil sie ihnen entweder zu radikal erschien oder - ganz im Gegenteil - die „normalen“ Lesben und Schwulen zu sehr ins Zentrum der Debatte rückte (vgl. Interviews IV, X und XI).

Durch diese Strategie wurden also drei Paare sichtbar, die geeignet waren, lesbische und schwule PartnerInnenschaften als respektabel erscheinen zu lassen, und die keinerlei Bedrohung für Ehe und Familie darstellten. Andererseits wurde das emanzipatorische Potential der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare betont. Dadurch sollten Allianzen mit heterosexuellen Frauen, vor allem Feministinnen, geschmiedet werden.

„Die Ehe, dieses Gebilde der Ehe, hat im Verlauf der Geschichte die Hälfte der Weltbevölkerung über Jahrhunderte hinweg ausgeschlossen. Nicht nur wir Homosexuellen waren von der Ehe ausgeschlossen, auch Sklaven konnten nicht heiraten, weil sie nicht frei waren, die Schwarzen nicht, weil sie nicht weiß waren. Ehen zwischen den Rassen waren verboten. Die Komödianten durften im 16. und 17. Jahrhundert nicht heiraten, weil sie nicht ernst waren. Und die Frauen haben sich nicht in Freiheit und Gleichheit verheiraten können. Niemals, niemals. Bis vorgestern - im historischen Zusammenhang gesprochen - waren Frauen in der Ehe eingeschränkt. In ihren Fähigkeiten eingeschränkt, denn es war der Mann, der in der Ehe dominierte. Die Ehe war eine patriarchale und machistische Institution. Deshalb haben Feministinnen sie bekämpft“⁶⁸ (Interview XII, Übersetzung C.E.)

Im Zuge ihrer Annäherung an die feministische Frauenbewegung verpflichteten sich die LGBT-Organisationen zur Geschlechterparität. Seit dem Jahr 2000 müssen sich an der Spitze der FELGT beispielsweise immer ein Mann und eine Frau abwechseln. Man habe die zentralen Elemente der feministischen Bewegung übernommen und sie seien zur alltäglichen Realität geworden (vgl. Interview X). Gleichzeitig mit der Betonung, dass die Öffnung der Ehe die Institution zum Positiven verändern werde, wiesen meine Interviewpartner, die ich als Vertreter des Diskurses der Gleichheit bezeichnen würde, allerdings darauf hin, dass sich die Ehe bereits verändert habe, und dass es deshalb auch keinen Grund mehr gäbe, Lesben und Schwule auszuschließen (vgl. Interview XI).

⁶⁸ „El matrimonio ha sido una figura a la que no han accedido a lo largo de la historia más de la mitad de la población del mundo durante siglos. Porque no solo hemos sido los homosexuales los excluidos del matrimonio, los esclavos no se podían casar porque no eran libres, los negros porque no eran blancos, estaban prohibidos los matrimonios inter-raciales, los comicos no se podían casar en la Europa del siglo dieciseis, diecisiete porque no eran serios, y las mujeres no se han podido casar en libertad y en igualdad nunca, nunca. Hasta antes de ayer en terminos históricos las mujeres se casaban ... disminuidas. Con una disminución de su capacidad. Era el hombre que dominaba el matrimonio, era una institución patriarcal y machista. Por eso las feministas lo que hicieron fue, atacar el matrimonio.“

2001 erstellte die FELGT eine Studie über „De-facto-Familien“ ("Familias de hecho"), die die Situation von Lesben und Schwulen und ihrer Kinder dokumentieren sollte. Die Studie bildete die Grundlage dafür, wie im Diskurs der Gleichheit die Forderung des Rechts auf Adoption erhoben wurde. In Spanien lebten bereits tausende Kinder vor allem lesbischer, aber auch schwuler Paare, denen wegen der bestehenden Gesetzeslage das Recht auf die zweite Mutter oder den zweiten Vater vorenthalten würde.

„Wir erkannten, dass es sehr schwerwiegend war, dass es sich bei diesen Familien um Familien zweiter Klasse handelte. Dass diese Kinder, die ich haben könnte...Diese Kinder, die schon viele Lesben auch vor der Öffnung der Ehe hatten, auch Schwule, aber vor allem Lesben, denn sie können in diesem Land seit vielen Jahren durch künstliche Befruchtung Mütter werden und niemand fragt sie dabei nach ihrer sexuellen Orientierung. Sie hatten also schon Kinder, die nicht vom rechtlichen Schutz profitieren konnten, den zwei Mütter darstellen. Deshalb wollten wir sicherstellen, dass ein Kind – unserer Kinder – den Schutz ihrer zwei Papas oder zwei Mamas bekommen“⁶⁹ (Interview XI, Übersetzung C.E)

Dass hier hypothetische Väter um die Zukunft ihre hypothetischen Kinder fürchteten, erklärt sich durch die Bedeutung von Ehe und Familie in der spanischen Gesellschaft, wie ich sie im vorherigen Abschnitt skizziert habe. So versuchten die VertreterInnen des Gleichheitsdiskurses, sowohl moderne als auch traditionelle Bedeutungen von Ehe und Familie in ihren Diskurs zu integrieren. Ehe und Familie sollten durch ihre Öffnung für gleichgeschlechtliche Paare gleicher werden, das Versprechen an die Feministinnen stand im Raum, dass durch lesbische und schwule Ehen die patriarchalische Ordnung aufgebrochen werden könnte. Gleichzeitig wurde die Vielfalt von Familienmodellen betont, die es zwar schon gäbe, die aber durch gleichgeschlechtliche Ehen noch bereichert werden könnte. Doch auch traditionelle Bedeutungen - wie Solidarität und Zusammenhalt – wurden in den Diskurs integriert. Dabei wurde auf der einen Seite die Schutzfunktion von Ehe und Familie betont, von der lesbische und schwule Paare und ihre Kinder ausgeschlossen wären. Andererseits versuchte die LGBT-Bewegung mit der Sichtbarmachung von stabilen lesbischen und schwulen PartnerInnenschaften und von lesbischen und schwulen Eltern, den Beweis anzutreten, dass auch in gleichgeschlechtlichen Beziehungen Werte wie Solidarität und Zusammenhalt zentral wären. Sobald das Gesetz beschlossen war, war das Heiraten selbst eine artikulierende Praxis, die den Diskurs bestärken sollte. Jene drei Paare, die ihr Recht auf Eheschließung im Jahr 2003 einklagten, heirateten bald nachdem das Ge-

⁶⁹ „Y entonces entendíamos que era muy grave que las familias que componemos fuesen familias de segundo. Que los hijos que yo pueda tener y que ya pasaba - hay muchas lesbianas antes del matrimonio, también gays pero muchas lesbianas, que en este país desde hace años pueden por inseminación artificial ser madres sin que se les pregunte su orientación sexual ya tenían hijos y sus hijos no podían disfrutar de la protección legal de sus dos madres. Entonces ahora con el matrimonio se puede conseguir que un niño - nuestros hijos - tengan la protección de sus dos papas o dos mamas.“

setz über die Öffnung der Ehe rechtskräftig wurde. Auf jenen, die nicht heiraten wollten, lastete ein gewisser Rechtfertigungsdruck.

„Ich werde es machen. Das Problem.... Ich bin seit dreizehn Jahren mit meinem Partner zusammen und wir wollen auch heiraten. Vor allem, weil wir dafür gekämpft haben, sollten wir das jetzt auch ausnützen. Weil ich glaube, dass es meine Beziehung mit Miguel nicht beeinflussen wird, und weil die Institution der Ehe einen gewissen Schutz gewährt in Ausnahmefällen, wenn zum Beispiel ein Partner stirbt oder etwas anderes passiert. Aber allein daran zu denken, dass ich die Hochzeit vorbereiten müsste, die Einladungen, das Fest... Das ermüdet mich extrem“⁷⁰ (Interview, Übersetzung C.E.)

Die Schutzfunktion von Ehe und Familie und die Rechte „unserer Kinder“, also aller bereits geborenen und zukünftigen Kinder von lesbischen und schwulen Paaren, waren aber nur ein Teil des Diskurses. Gleichzeitig wurde die Öffnung der Ehe auch mit dem Kampf um Würde und volle StaatsbürgerInnenschaft in Verbindung gebracht.

„Ich habe nicht für die Ehe gekämpft oder für die Möglichkeit gemeinsam Kinder zu adoptieren. Ich habe für die Anerkennung unserer Würde gekämpft, meiner Würde als Homosexueller. Das schließt ein, dieselben Rechte und dieselben Pflichten zu haben wie die anderen und auch mit dem gleichen Namen, aber der Kampf war für meine Würde, in Gleichheit mit den anderen zu leben. Das muss klar gesagt werden, denn einige - auch von Seiten der Linken - haben unseren Kampf als bourgeois beurteilt“⁷¹ (Interview XII).

Der Diskurs der Gleichheit war also nicht ohne Widersprüche. Durchaus nicht alle Vertreterinnen der LGBT-Bewegung konnten sich mit all seinen Elementen identifizieren. Trotzdem erschien die Bewegung in ihrer Forderung geeint. Die Geschlossenheit des Diskurses wurde unter anderem durch artikulatorische Praxen erreicht. Eine Interviewpartnerin, die der Ehe kritisch gegenüberstand, erzählte mir, sie sei ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr zu Treffen eingeladen worden. Ihr sei gesagt worden, dass sie in der FELGT unerwünscht sei. Und zwar deshalb, weil sie in Zeitungen Artikel veröffentlicht hatte, in denen sie sich die Frage stellte, ob die Öffnung der Ehe auch Lesben oder Migrantinnen gleichermaßen betreffe wie Schwule. Trotzdem habe auch sie die Kampagne für die Öffnung der Ehe unterstützt (vgl. Interview X).

⁷⁰ „Lo voy a hacer. El problema... Yo llevo trece años con mi pareja y nos queremos casar. Primero, porque por haber luchado tanto ha que disfrutarlo también. Porque creo que no va a influir en mi relación con Miguel y porque creo que también da seguridad a mí y a Miguel, la institución matrimonial tiene diferente tipo de protección y de seguridad en caso excepcionales cuando alguien muere o cuando ocurre algo. Pero solo pensar que tengo que preparar la boda, las invitaciones, el sitio.... Y todo eso me agobia muchísimo.“

⁷¹ Yo no he luchado por el matrimonio, ni por la posibilidad de adoptar conjuntamente menores. Yo he luchado por el reconocimiento de nuestra dignidad, de mi dignidad como homosexual. Lo cual lleva parejado tener los mismos derechos, los mismos deberes y con los mismos nombres, pero la lucha ha sido por el reconocimiento de mi dignidad en igualdad que la de los demás. Eso hay que dejarlo claro para que se entienda, no es una lucha por el matrimonio que algunos han calificado - incluso desde la izquierda - como burguesa.

„I campaigned for marriage. And I’m not going to marry myself. And I’m really critical to marriage but I felt it was either, you know, it was either, you were with the conservatives or you were pro-marriage, there was nothing else you could do. So even though I was critical to marriage, I was supporting marriage, I campaigned for marriage. It’s been presented to us if either marriage or nothing and also because many people felt it was their fight. (...) Cause at some moment the conservatives were offering partnership rights. And what happened, they realized: If the conservatives are offering partnership rights we have to go farther. And it’s been used as political issue. It’s not so much what LGTB people need, but it’s what some people need for their careers” (Interview X).

Das heißt also, dass auch KritikerInnen an der Kampagne für die Öffnung der Ehe teilnahmen, ein Beispiel dafür ist auch die alljährliche Gay-Pride („Orgullo Gay“), die Demonstration zum Christopher-Street-Day rund um den 28. Juni. Im Jahr 2004 stand der „Orgullo Gay“ unter dem Motto „Jetzt, aber wirklich!“ („Ahora sí“), was sich auf die Öffnung der Ehe bezog. 2005 war das Motto „Alle Familien zählen“ („Todas las familias importan“), trotz dieser Deklaration nahmen selbst *queere* Gruppen teil, die sich mit dem dahinter stehenden Diskurs nicht identifizierten. Allerdings nicht ohne ihren speziellen Standpunkt mit einem Transparent mit der Aufschrift „Die Kernfamilie ist radioaktiv“ („El nucleo familiar es radioactiva“) klarzumachen (vgl. elmundo.es 24.06.2005, Interview XI, Bagueiras Martínez/García Dauder/Romero Bachiller 2005: 26).

Außerdem wurden mit dem Diskurs der Gleichheit klare Fronten zu einem Diskurs der Ungleichheit gezogen. Einem Diskurs, der mit dem der Partido Popular assoziiert werden konnte, da die Verbindungen zwischen den VertreterInnen dieser - wie ich sie bezeichnen möchte - Koalition der Ungleichheit - und dem Partido Popular vielfältig waren.

Der Diskurs der Ungleichheit: „No es igual“

Der Satz „No es igual“, der sowohl „Es ist nicht das Gleiche“, als auch „Es ist nicht egal“ bedeuten kann, war für den Diskurs der Ungleichheit von zentraler Bedeutung. Eine gleichgeschlechtliche PartnerInnenschaft sei eben nicht das Gleiche wie eine Ehe oder Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau. Andererseits war „No es igual“ auch als Aufruf zum Kampf zu verstehen, ein Aufruf an „die schweigende Mehrheit“, sich zu erheben. Bevor ich im Detail darauf zurückkomme, möchte ich noch klären, wer in der Debatte über die Öffnung der Ehe zu den VertreterInnen des Diskurses der Ungleichheit zählte. Dabei handelte es sich zum einen um das *Spanische Familienforum* (FEF). Das FEF bezeichnet sich selbst als überkonfessionellen und politisch unabhängigen Zusammenschluss verschiedenster Familienorganisationen. Sein Präsident ist seit 2007 mit Benigno Blanco allerdings ein ehemaliger Minister in den Regierungen des Partido Popular unter Ministerpräsident Aznar. Das FEF bekämpfte die Öffnung der Ehe ebenso wie die Legalisierung

des Schwangerschaftsabbruchs und der Stammzellenforschung⁷². Zur Koalition zähle ich auch die Internetplattform *hazte.Oir* („Verschaff dir Gehör“), deren Ziel es ist, die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern zu fördern und auch durch direkte Gespräche mit ParteienvertreterInnen die Parteilinie zu beeinflussen⁷³ (Interview VI). Bedeutend für den politischen Prozess sind diese beiden Organisationen an sich nicht, sie haben sich in der Debatte über die Öffnung der Ehe aber durchaus Gehör verschafft. Über ihre Aktivitäten wurde vor allem in konservativen Medien wie der Tageszeitung *El Mundo* ausführlich berichtet. An der vom FEF organisierten Demonstration gegen die Öffnung der Ehe in Madrid am 18. Juni 2005 nahmen hunderttausende Menschen teil, darunter katholische Bischöfe und Vertreter des Partido Popular. Auch diese – die Katholische Bischofskonferenz Spaniens und VertreterInnen des PP – sind zur Koalition der Ungleichheit zu zählen. Die Katholische Bischofskonferenz organisierte unter anderem eine gemeinsame Erklärung aller „wichtigen“ Religionsgemeinschaften, in der diese die Öffnung der Ehe verurteilten. Sie forderte Katholikinnen und Katholiken auch auf, sich gegen die Öffnung der Ehe zu engagieren und sich dem Gesetz unter Berufung auf das Gewissen zu widersetzen. Anlässlich fast jeder Etappe auf dem Weg zur Öffnung der Ehe wurde eine Aussendung verfasst, in der die Bischofskonferenz die Bedeutung der Ehe zwischen Mann und Frau als einzigartig hervorhob.

Das war auch das wichtigste gemeinsame Argument der Koalition der Ungleichheit. Schwule und lesbische Paare seien eben nicht gleich wie heterosexuelle Paare, sie könnten deshalb auch rechtlich nicht gleich behandelt werden. Die folgende Passage aus dem Interview mit einer Moderatorin des Radiosenders *Cadena Cope*, der der Katholischen Bischofskonferenz gehört, illustriert, wie jede Möglichkeit zur Gleichheit in diesem Diskurs ausgeschlossen war.

„Man hätte ein Gesetz machen können wie in der Schweiz, das schreibt auch Pedro Jose Ramirez von El Mundo, wo homosexuelle Paare die gleichen Rechte haben, zum Beispiel beim Erben, aber man müsste nicht diese Beziehung oder diese Union als Ehe bezeichnen, das sind verschiedene Sachen. Ein Mann und eine Frau sind anders als zwei Männer oder zwei Frauen und auch für Kinder ist die Sache kompliziert. In dem Sinne, dass die Psychologie bis jetzt festgestellt hat, dass Mutter und Vater bestimmte Rollen in der Entwicklung spielen. Durch die Ehe hat das Kind die Möglichkeit die feminine und die maskuline Identität kennen zu lernen, einem Kind die Möglichkeit zu nehmen ist so eine Art Zensur“ (Interview VII, Deutsch im Original).

⁷² Nachzulesen auf der Internetseite des Spanischen Familienforums www.forofamilia.org.

⁷³ Siehe www.hazteOir.org

Es ist allerdings festzuhalten, dass sie im Diskurs der Ungleichheit eine relativ moderate Position vertrat. Im Kampf gegen das Adoptionsrecht verschärfte die Koalition der Ungleichheit ihren Ton. In der Broschüre „No es igual“ der Internetplattform *hazte.Oir* werden diverse „Studien“ zusammengefasst, die belegen sollen, dass Kinder, die bei gleichgeschlechtlichen Eltern aufwachsen im Vergleich zu Kindern, die bei heterosexuellen Paaren aufwachsen, öfter psychische Probleme hätten, eher drogenabhängig würden oder vermehrt an Essstörungen litten. Außerdem sei der Gesundheitszustand von „homosexuellen Personen“ schlechter, homosexuelle Beziehungen würden eher zerbrechen etc.. Die Schlussfolgerung daraus: „Wenn eine erwachsene Person freiwillig diese Lebensweise wählt, akzeptiert sie bewusst diese Konsequenzen. Aber das ist bei einem Kind nicht der Fall. Es wird unfreiwillig diesen Risiken ausgesetzt“⁷⁴ (*hazteOir.org* Mai 2005). Die Broschüre wurde vor der Abstimmung über das Gesetz über die Öffnung der Ehe an alle Senatorinnen und Senatoren verteilt (vgl. Interview VI).

In derselben Broschüre erhebt der umstrittene Psychiater Aquilino Polaino im Namen der Internetplattform *hazteOir* den Anspruch, für eine schweigende Mehrheit der guten Menschen im Gegensatz zu einer lauten Minderheit der „perversos“ zu sprechen. Dabei bezieht er sich auf ein Zitat von Martin Luther King, das er nicht nur völlig aus dem Kontext reißt, sondern auch zugunsten seiner eigenen Zwecke übersetzt. Den Begriff „arrepentirse“, was bereuen - auch im Sinne von Sünden, die es zu bereuen gilt - bedeuten kann verwendet Polaino für „to record“ und „perversos“, das schlechte, gottlose aber auch perverse Menschen bedeuten kann, für „bad people“. Eine Analyse der Argumente von Polaino ist bereits von berufenerer Seite (vgl. Pascale / Saiz 2005) erfolgt, mir geht es darum zu zeigen, dass er sowohl von *hazte.Oir* als auch zumindest von Teilen des Partido Popular gleichermaßen als Experte anerkannt wurde, was dadurch offensichtlich wurde, dass ihn der PP als Experten zur Debatte über die Öffnung der Ehe in den Senat einlud (vgl. *elmundo.es* 20.06.2005).

Doch nicht nur „Experten“ auf dem Gebiet der Psychiatrie, auch staatliche und juristische Gremien, auf die der Einfluss des PP traditionell groß ist, unterstützten die Gegner der Öffnung der Ehe. Ein Beispiel dafür ist der *Consejo General del Poder Judicial* (CGPJ, etwa Generalrat der Judikative). Der CGPJ beurteilt geplante Gesetze normalerweise dann,

⁷⁴ Evidentemente, cuando una persona adulta elige libremente esta conducta acepta conscientemente estas consecuencias, pero ese no es el caso de un niño que se ve expuesto involuntariamente a circunstancias que le hacen más proclive a correr estos riesgos.”

wenn Exekutive oder Legislative ihn dazu auffordern. Seine Berichte haben rein beratenden Charakter. Nachdem absehbar war, dass der konservativ dominierte Rat sich gegen die Öffnung der Ehe positionieren würde, verzichtete die sozialistische Regierung 2004 darauf, ihn zu konsultieren. Der CGPJ ergriffe die Initiative und forderte das Justizministerium auf, ihm die Gesetzesinitiative zu übermitteln, was das Ministerium prompt verweigerte. Nichtsdestotrotz verfasste der Rat einen Bericht über das geplante Gesetz, eine bisher einmalige Vorgangsweise, die auch innerhalb des Rats umstritten war. Sánchez Amillategui und Rodríguez-Piñero Royo (2006) kommen in ihrer überzeugenden Analyse zu dem Schluss, der Bericht „can be said to build a master image of inequality” (Sánchez Amillategui/Rodríguez-Piñero Royo 2006: 10). Der Bericht kommt - um es kurz zusammenzufassen - zu dem Schluss, die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare würde die Institution „denaturalisieren”. Die Ehe dürfe nicht „verfälscht” werden. Es bestünden außerdem ernste Zweifel, ob die Öffnung der Ehe verfassungskonform sei (vgl. elmundo.es 15.01.2005). Auf den Bericht beriefen sich wiederum außerparlamentarische VertreterInnen jenes Diskurses der Ungleichheit, wie ich ihn schon in den vorhergehenden Abschnitten dieses Kapitels ausführlich beschrieben habe.

„Und eigentlich müsste die Verfassung geändert werden, wo es steht, dass Mann und Frau heiraten können. Aber die Sozialisten haben es so interpretiert, dass es heißt Mann und Frau können heiraten, aber jeden, den sie wollen. Wobei der Geist der Verfassung - und die ist ziemlich neu und die Verfassungsväter leben noch alle - war ganz anders” (Interview VII, Deutsch im Original).

Auch als Konsequenz des Berichts des Generalrats legte der Partido Popular im September 2005 Beschwerde gegen die Öffnung der Ehe beim Verfassungsgerichtshof ein. Obwohl die Entscheidung bis heute aussteht, feierten das *Spanische Familienforum* (FEF) und *hazteOir* die Anfechtung des Gesetzes als ihren Triumph.

„Wir haben erreicht, dass der Partido Popular, eine Beschwerde gegen das Gesetz über die Homosexuellen-Ehe beim Verfassungsgerichtshof eingereicht hat. Schon jetzt haben wir die Politik in Spanien beeinflusst. Wir haben erreicht, dass eine Partei unsere Initiative aufgreift und sagt, ich repräsentiere sie”⁷⁵ (Interview VI, Übersetzung C.E.)

Der damalige Vizepräsident des FEF machte überhaupt den Druck seiner Organisation dafür verantwortlich, dass der PP sich gegen die Öffnung der Ehe artikulierte. Ohne diesen Druck, so vermutete er, hätte der PP überhaupt nichts gemacht. Die Partei hätte bezüglich dieser Themen nämlich überhaupt keine Politik (vgl. Interview III).

⁷⁵ „hemos conseguido que el Partido Popular presentará un recurso de inconstitucionalidad a la ley del matrimonio homosexual. Ya hemos influído en la política de España. Ya hemos hecho que un partido tome la Iniciativa Popular y dice yo lo represento”.

In meinen Interviews mit VertreterInnen der Koalition der Ungleichheit zeigte sich, dass ihr ideales Familienmodell dem des *Opus Dei* sehr ähnlich war. Statt der Gleichheit von Männern und Frauen oder Vätern und Müttern wurde ihre Ungleichheit betont, die als Voraussetzung für das Funktionieren einer Ehe oder Familie betrachtet wurde. Obwohl sie beständig betonten, nicht homophob zu sein, definierten sie Homosexualität zwar nicht öffentlich als Krankheit, aber als Lebensweise, die mit psychischen und physischen Erkrankungen verbunden wäre. Sie verdammt die LGBT-Bewegung, indem sie konsequent von einer „Lobby Gay“ sprachen, die zwar eigentlich gesellschaftlich unbedeutend sei, aber über gute Kontakte im Ausland und ausreichend Geld verfügte, um eine Kampagne gegen Ehe und Familie zu führen. Sie beklagten den Verfall der Gesellschaft und die Abkehr von alten Werten oder von Gott. Besonders äußerte sich die Ähnlichkeit zum Familienbild des *Opus Dei* auch in der Verurteilung jener „neuen Individualisten“, die den Konsum über die Gründung einer großen Familie stellten (vgl. Interview VI, VII, zum Familienmodell des *Opus Dei* vergleiche Fernández Mostaza 2000).

Die Möglichkeit, dass es sich bei der Koalition der Ungleichheit um eine Massenbewegung handeln könnte, wurde von VertreterInnen der LGBT-Bewegung und der Sozialistischen Partei kategorisch ausgeschlossen. Die DemonstrantInnen vom 18. Juni 2005 beispielsweise seien in Bussen aus allen Teilen des Landes nach Madrid gebracht worden. Es handle sich bei ihren Führungspersonlichkeiten im Wesentlichen um fundamentalistische Christen, die dem *Opus Dei* oder anderen Organisationen angehörten oder zumindest nahestünden und bei den DemonstrantInnen um unpolitischen Menschen, die von ihnen für ihre Zwecke missbraucht würden (vgl. Interview V und XII). Das war einerseits ein Argument dafür, dass man die Argumente der GegnerInnen nicht ernst nehmen müsste. Andererseits, auch wenn das meine Interviewpartner nicht direkt so formulierten, war der Hinweis auf das *Opus Dei* auch geeignet, die Koalition der Ungleichheit mit dem Partido Popular - und nicht zuletzt mit dem Franquismus - in Verbindung zu bringen. Denn erst die Vernetzung der Koalition der Ungleichheit und der behauptete Einfluss auf die Politik des PP machte es möglich, sie als bedrohlich darzustellen und wahrzunehmen.

„Mir ist es lieber, sie zu sehen. Mir machen sie solche Angst, ihr Diskurs macht mir Angst, einige Bischöfe..., dass ich sie lieber sehen möchte. Ich möchte sie demonstrierend auf der Straße sehen, sollen sie dort sagen, was immer sie wollen, Hauptsache ich kann sie sehen und die Gesellschaft sieht, dass sie existieren, denn es gibt Leute, die negieren, dass diese konservativen und ultra-konservativen Bereiche der Gesellschaft existieren, die etwas tun, was wir glaubten, dass es in Spanien nie wieder geben würde. Das erste Mal demonstrieren Bischöfe auf der Straße, Hand in Hand mit der Führung einer Partei, einer Partei wie dem Partido Popular mit einer Partei, die regiert hat. Dadurch wurde öffentlich, was da passierte, man wusste, was das Forum, die Bischofskonferenz und die Führung des Partido Popular ta-

ten”⁷⁶ (Interview XII, Übersetzung C.E.)

Es war das einzige Mal, dass in einem meiner Interviews ein Vertreter der Sozialistischen Partei oder der LGBT-Bewegung den Diskurs der Ungleichheit direkt mit dem Franquismus in Verbindung brachte und auch hier nur durch den Verweis auf eine überwunden geglaubte Vergangenheit. Andere Interviewpartner haben lediglich bestimmte Gesetze oder Regelung mit dem Hinweis, dass sie noch aus dem Franquismus stammen würden, kritisiert (vgl. Interviews VI und XI).

Die VertreterInnen des Diskurses der Ungleichheit hingegen, thematisierten den Franquismus von sich aus. Sie bedauerten, dass ihre Werte seit dem Ende des Franquismus nicht mehr als salonfähig galten. „Als die Demokratie kam, wurde alles, was an die Epoche davor ... an Franco erinnerte, abgestempelt, negiert, vergessen, zertreten und begraben. Und das Katholische, das Religiöse erinnerte zu sehr an die Franco-Zeit”⁷⁷ (Interview VI, Übersetzung C.E.). Außerdem wurde dem Partido Popular angelastet, dass er sich deshalb nicht zu einer in ihrem Sinn konsequenten Familienpolitik durchringen konnte.

„Die spanische Rechte hat einen großen kulturellen Komplex, wenn es darum geht, politische Inhalte zu formulieren, die mit den intellektuellen Grundlagen des Franquismus zu tun haben. Und soziologisch betrachtet macht jede Verbindung mit der Katholischen Kirche, mit traditionellen Themen der Katholischen Moral – wie Ehe, Sexualität, Recht auf Leben – den rechten Parteien Angst” (Interview III, Übersetzung C.E.)

Traditionell sei es daher in Spanien so, wenn linke Regierungen an der Macht seien, würden gesellschaftspolitische Revolutionen stattfinden, wenn die Rechte an der Macht sei, passiere nichts (vgl. Interview III).

Diese Argumentation ist für die Analyse des politischen Prozesses, der zur Öffnung der Ehe geführt hat, aufschlussreich. Sie zeigt, dass es den VertreterInnen des Diskurses der Ungleichheit vor allem darum ging, dem Partido Popular ein politisches Projekt aufzuzwingen. Als zentraler Bestandteil dieses Projekts wurde die Beseitigung des „kulturellen

⁷⁶ „Yo prefiero verlos. Me da tanto miedo, su discurso, me dan tanto miedo algunos obispos que prefiero verlos, prefiero verlos por la calle, manifestando se, diciendo lo que tengan por conveniente, pero prefiero verlos y que la sociedad sepa que existen porque hay quién lo decía y se negaba que existen esos sectores conservadores y ultra-conservadores y estan haciendo algo que en España se pensaba que no iba a suceder más. La primera vez que salen obispos a la calle a manifestarse de la mano, de la dirección política de un partido como el Partido Popular con vocación de gobierno. Por tanto que se tome note de lo que ha pasado, y esa nota se puede tomar por lo que esta haciendo el Foro, la Conferencia Episcopal y la dirección del Partido Popular.”

⁷⁷ “Todo lo que recordaba - cuándo vino la democracia - todo lo recordaba a la época anterior ...de Franco, era tachado, ninguneado, olvidado, pisoteado e enterrado y lo católico, lo religioso recordaba demasiado a la época de Franco.”

Komplexes“ des PP betrachtet, der diesen daran hinderte, seine „wahren“ Ziele zu verwirklichen. Diese Vermutung wird auch durch andere artikulatorische Praxen unterstützt. Bei der Großdemonstration gegen die Öffnung der Ehe am 18. Juni 2005 war ein großer Teil der DemonstrantInnen mit Plakaten ausgerüstet, die in den Farben der spanischen Nationalflagge rot-gelb-rot gehalten waren. Die Plakate trugen die Aufschrift: Ehe = Mann und Frau (Matrimonio = Hombre y Mujer). Damit schienen sie die erst vor wenigen Jahren begonnenen Versuche des PP, die sehr stark mit dem Franquismus assoziierte spanische Nationalflagge wiederzubeleben (siehe dazu Encarnación 2008), bestärken zu wollen. Dieses politische Projekt sollte als Gegenprojekt zu jenem Projekt der Freiheit und Gleichheit fungieren, das sich die Sozialistische Partei gerade anschickte zu verwirklichen. Für die Koalition der Ungleichheit stellte dieses Projekt der Freiheit und Gleichheit eine große Bedrohung dar, sie hatten guten Grund zu der Annahme, dass jene Veränderungen, die es bewirken könnte, nicht wieder rückgängig gemacht werden könnten.

5.3 Über Normalisierung hinaus – ein hegemoniales politisches Projekt der Freiheit und Gleichheit

Der Diskurs der Gleichheit der LGBT-Bewegung war aber nur ein Teil eines politischen Projekts der Freiheit und Gleichheit. Ich möchte argumentieren, dass sich dieses Projekt deshalb formieren konnte, weil das Feld der Diskursivität ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr über den Knotenpunkt Normalisierung partiell fixiert werden konnte. Es sind mehrere Ereignisse und Entwicklungen, die meiner Meinung nach dafür verantwortlich gemacht werden können. Welche das sind, werde ich im Folgenden darlegen. Außerdem werde ich argumentieren, dass dieses Projekt hegemonial werden konnte, weil es mit der Ziehung von Grenzen verbunden war. Also, weil sich zwei Diskurse in antagonistischer Weise gegenüberstanden.

Das politische Projekt der Freiheit und Gleichheit formiert sich

Im Jahr 1996 gelangte der Partido Popular an die Regierung, ohne dass sich die Situation im Land dramatisch veränderte. Dass es nach vierzehn Jahren erstmals wieder einen Regierungswechsel gab, dass eine Regierung auch abgewählt werden konnte, und dass der PP an der Regierung eine eher gemäßigte Politik verfolgte, war ein deutliches Zeichen, dass die Demokratie sich bereits normalisiert hatte. In diesem Zusammenhang ist auch der Schwenk

von Teilen der LGBT-Bewegung von der Forderung einer Eingetragenen PartnerInnenenschaft zur Öffnung der Ehe zu sehen. Dadurch, dass sich zeigte, dass selbst unter einer PP-Regierung die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenenschaften zumindest verhandelbar war wurde es möglich, die völlige Gleichstellung zu fordern. Doch erst als der PP wieder gewählt wurde und eine absolute Mehrheit der Stimmen im Kongress erreichte, setzte sich der damit verbundene Diskurs der Gleichheit in der LGBT-Bewegung endgültig durch.

Etwa zeitgleich wurde auch der *pacto de silencio*, jenes Abkommen, über die Verbrechen im Spanischen Bürgerkrieg und während des Franquismus zu schweigen, der im Namen der Normalisierung geschlossen worden war, erstmals wirklich in Frage gestellt. Encarnación (2007) führt das auf die Folgen der Verhaftung des chilenischen Ex-Diktators Augusto Pinochet 1998 zurück, die auf der Grundlage eines von einem spanischen Gericht ausgestellten internationalen Haftbefehls erfolgte.

„Most signs point to the 1998 arrest of Chilean strongman Augusto Pinochet as the catalyst behind the ‘return’ of the past in Spain. Ordered by a Spanish court in 1996--which boldly asserted the right to legislate universal jurisprudence--the Pinochet affair crystallized what the social movement theorist Sidney Tarrow has referred to as a "political opportunity structure," or a change in the political environment that encourages the rise of collective action” (Encarnación 2007: 40).

Eine der unbeabsichtigten Folgen war, dass in Spanien eine Bewegung entstand, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, die eigene historische Erinnerung wiederzugewinnen. Erstmals zeigten sich auch Risse in jenem (vom Franquismus selbst geprägten) politischen Diskurs, dass am Bürgerkrieg Linke und Rechte gleichermaßen schuldig wären. (vgl. Encarnación 2007 und 2008).

Diese Entwicklung dürfte wiederum wesentlich zum Wahlsieg der Sozialistischen Partei bei den Parlamentswahlen am 14. März 2004 - drei Tage nach den Anschlägen in Madrid mit fast 200 Toten - beigetragen haben. Bevor ich das detaillierter erläutern werde, möchte ich noch kurz auf die Entwicklung der Sozialistischen Partei zwischen 1996 und 2004 eingehen. Nach vierzehn Jahren an der Regierung hatte der PSOE 1996 erhebliche Schwierigkeiten, sich auf die neue Oppositionsrolle einzustellen. 1997 erklärte Felipe Gonzalez am Parteikongress überraschend seinen Rücktritt und schlug Joaquin Almunia, einen früheren Minister, als seinen Nachfolger vor, ein Wechsel, der von wenigen Mitgliedern der Parteielite geplant und durchgeführt wurde. Unter Almunia hielt der PSOE erstmals Vorwahlen ab. Diese sollten ihn im Nachhinein legitimieren, waren aber auch ein Zeichen, dass die

hierarchische Struktur der Partei als Problem wahrgenommen wurde. Diese Vorwahlen gewann aber nicht Almunia, sondern Josep Borrell, ebenfalls ehemaliger Minister und Vertreter des linken Parteiflügels. Borrell trat ein Jahr nach seiner Wahl allerdings wieder zurück, auch weil ihm die Unterstützung der Parteielite fehlte. Spitzenkandidat für die Wahlen im Jahr 2000 war daraufhin wieder Almunia. Ein halbherziges Wahlbündnis mit der Izquierda Unida und die Turbulenzen innerhalb der Partei führten zur zweiten Wahlniederlage in Folge. Diese wog allerdings noch schwerer als die im Jahr 1996, denn der PP erreichte die absolute Mehrheit, und wurde so zum Motor einer Transformation der Sozialistischen Partei (vgl. Méndez-Lago 2005: 188).

Am Bundesparteikongress im Juli 2000 wählten die Delegierten José Luis Rodríguez Zapatero zum neuen Generalsekretär. Zapatero war während der PSOE-Regierung Abgeordneter, ein in der Öffentlichkeit und in der Partei so gut wie unbekannter „backbencher“. Er trat mit dem Versprechen einer Erneuerung an, die es der Partei wieder ermöglichen würde, Wahlen zu gewinnen. Ideologische Fragen spielten für seine Wahl kaum eine Rolle.

„It was more a questions of generations: whether it was time that the generation that had carried out the transition to democracy and had held government positions either at the national or at the regional level during the 1980s and 1990s should give was to a new generation” (Méndez-Lago 2000: 189).

Die Antwort auf diese Frage war ein knappes Ja. Mit 41,7 Prozent der Delegiertenstimmen konnte sich Zapatero gegen José Bono durchsetzen, der 40,8 Prozent der Stimmen erhielt, obwohl Bono sowohl von der nationalen Parteiführung als auch von den regionalen Parteiführungen favorisiert worden war (vgl. Méndez-Lago 2000: 189).

Vorerst musste Zapatero sich darauf konzentrieren, die zerstrittenen Fraktionen innerhalb der Partei wieder zu versöhnen, eine Aufgabe, die er recht erfolgreich bewältigte. Unter Zapatero öffnete sich die Sozialistische Partei auch ein Stück weit für soziale Bewegungen. Die Partei nahm die Forderung der LGBT-Bewegung nach der Öffnung der Ehe in ihr Programm auf. Sie war Teil jener Erneuerung der Partei, die Zapatero versprochen hatte, und die programmatisch über Normalisierung hinausging. Jene Werte, die Demokratie ausmachten - Gleichheit, Freiheit und Solidarität - sollten umfassender verstanden werden als das bisher auch unter den sozialistischen Regierungen unter Ministerpräsident Felipe González der Fall gewesen war. Dazu gehörte u.a. Chancengleichheit durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates und eine Freiheit, die jedem Einzelnen und jeder Einzelnen ermöglichen sollte, ihr persönliches Lebensprojekt zu verwirklichen. Dazu ist auch zu zählen, dass bis-

her ausgeschlossene Gruppen inkludiert werden sollten. (vgl. psOE 08.04.2003b). Im Jahr 2003 kandidierte der Präsident des landesweiten Verbandes der LGBT-Organisationen (FELGT) Pedro Zerolo bei den Regionalwahlen in Madrid für den PSOE. Angesichts des spanischen Parteiensystems, in dem QuereinsteigerInnen bisher so gut wie keine Chance hatten, eine signifikante Ausnahme (vgl. Matuschek 2003). Die zweite Herausforderung war es, eine effektive Oppositionsstrategie gegen die PP-Regierung zu entwickeln. Zapatero war mit dem Versprechen eines „ruhigen Wandels“ (cambio tranquilo) angetreten und verfolgte anfangs eine nicht-konfrontative Strategie. In Konfrontation zum PP ging die Sozialistische Partei erst angesichts der Bildungsreform der Regierung, die äußerst umstritten war, vor allem, weil der verpflichtende Religionsunterricht eingeführt werden sollte, und angesichts ihrer Unterstützung des Irak-Kriegs (vgl. Méndez-Lago 2000: 190, wie in Kapitel 4.1 näher erläutert).

In den Wahlkampf für die Parlamentswahlen am 14. März 2004 ging der PSOE mit dem Motto „Wir verdienen ein besseres Spanien“ (Merecemos una España mejor). Gleichzeitig wurde das Logo „ZP“ für „Zapatero Presidente“ kreiert, das in erster Linie dazu diente Zapatero bekannt zu machen und gleichzeitig den Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten stellte (vgl. Screti Galatone 2011). Dass er das Amt auch bekommen würde, galt bis kurz vor der Wahl allerdings als unwahrscheinlich. Die Ergebnisse der Meinungsumfragen waren allerdings nicht ganz ohne Widersprüche. In Umfragen, wo die Frage gestellt wurde, wen würden sie heute wählen, lag der PP voran. Bei der Frage, welche Partei man am liebsten in der Regierung sehen würde, führte allerdings der PSOE. „In short, polls revealed that there was a mood for change, but that did not translate in victory for the PSOE“ (Méndez-Lago 2000: 191). Die Anschläge vom 11. März 2004 in Madrid mit fast 200 Toten und vor allem die Reaktion des PP, der die ETA für die Anschläge verantwortlich machte, obwohl längst zahlreiche Indizien dafür sprachen, dass die Attentäter islamistische Terroristen waren, veränderten diese Ausgangslage. Wie dramatisch diese veränderte Ausgangslage wahrgenommen wurde, illustriert die folgende Passage aus einem Interview mit einer lesbischen Aktivistin und Wissenschaftlerin.

„I don't know what I would have felt, if the conservatives had won. I felt about moving to live in another country. It was really shocking, the March 11 thing was really threatening. Because we felt like - I felt like - it was going to be another civil war. I was in this huge demo in front of the partido popular office for a whole evening and a whole night. And I saw the police guys looking at me with their guns in their hands and I saw the media - international media - between them and us, and I thought this is the only reason why they are not shooting. Cause everyone is looking at us. Because Aznar at that point he was a hundred percent dictator, he felt he could do anything he wanted. From telling us it was a terrorist

group in the Basque Country and we knew it wasn't. And many people that were marching in the street before - you know the first demonstration in the street (der offizielle Marsch gegen Terrorismus, am 12. März 2004, an dem Millionen Menschen im ganzen Land teilnahmen), where people were saying we are against this terrorist attacks and everything - there were so many nasty people in between. Saying things that reminded so much of the time of the civil war, saying things, you know, saying slogans, claiming death penalty, claiming for other things that are unconstitutional..... I went home" (Interview X).

Regierung und Staatsgewalt wurden in dieser Situation also als extrem bedrohlich wahrgenommen. Dass eine Normalisierung gelungen war, schien plötzlich wieder alles andere als gewiss zu sein. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums waren die Anschläge und der darauf folgende Wahlsieg des PSOE die Geburtsstunde von Verschwörungstheorien. Auch wurde versucht, die PSOE-Regierung aufgrund der besonderen Ausgangslage zu delegitimieren (vgl. Interview III und Interview VI). Die Attentate und die Reaktion des PP darauf dürfte jedenfalls Millionen Menschen für den PSOE mobilisiert haben, die sich sonst der Stimme enthalten oder eine andere Partei gewählt hätten. Vor allem WählerInnen, die dem linken politischen Spektrum angehörten und dem PP bereits vor den Anschlägen kritisch gegenüberstanden (vgl. Méndez-Lago 2005: 191 und Sanz/Sánchez-Sierra 2005). In seiner Rede zur Amtseinsetzung am 15. April 2004 versprach Ministerpräsident Zapatero den seiner Ansicht nach damit verbundenen Auftrag ernst zu nehmen.

„Zum fünften Mal in den letzten 25 Jahren der Demokratie hat die Sozialistische Partei von einer Mehrheit der Spanier, den Auftrag zu regieren, erhalten. Diese Entscheidung war der kollektive Ausdruck eines unaufhaltsamen Wunsches: Dem Willen zum Wandel. Ich weiß, dass dieser von den Wählern formulierte Wille eine große Dosis Hoffnung auf ein besseres Spanien einschließt, das Spanien, das wir verdienen" ⁷⁸ (PSOE 15.04.2004, Übersetzung C.E.).

Ich kann an dieser Stelle nicht analysieren, welche Wahlversprechen damit verbunden waren und ob sie eingehalten wurden. Die Analyse des Prozesses, der zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geführt hat, liefert aber Hinweise darauf, dass sich das politische Projekt der Sozialistischen Partei durch die Umstände des Wahlerfolgs veränderte. Während der PSOE im Wahlkampf noch offen gelassen hatte, ob die Öffnung der Ehe auch das Adoptionsrecht einschließen sollte, stellte Zapatero in seiner Rede klar, dass eine völlige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften erfolgen werde (vgl. PSOE 15.04.2004).

⁷⁸ Por quinta vez en los veinicinco años de democracia institucional, el Partido Socialista ha recibido en encargo mayoritario de los españoles para formal gobierno. Esa decisión ha sido la expresiønn de un deseo colectivo imparable: la voluntad de cambio. Sé que esa voluntad expresada por los electores encierra una fuerte dosis de esperanza: la de lograr una España mayor, la España que merecemos."

Ein rechtes Gegenprojekt nimmt Gestalt an

Sofort nach dem Wahlsieg der Sozialistischen Partei begann sich auch ein rechtes Gegenprojekt zu formieren. Ein Teil dieses Projekts war die Koalition der Ungleichheit, wie ich sie im vorhergehenden Abschnitt beschrieben und analysiert habe. Am Beispiel des Spanischen Familienforums (FEF) möchte ich zeigen, wie dieses Projekt Gestalt annahm. Das FEF war laut eigener Darstellung ein von Parteien und Konfessionen unabhängiger Zusammenschluss von verschiedenen Familienorganisationen. Gleichzeitig versuchte es seine Bedeutung aber durch angebliche gute Beziehungen zu wichtigen politischen EntscheidungsträgerInnen zu überhöhen. So ist in der Einleitung zu der mehr als 200 Seiten umfassenden Kampfschrift „18J – yo estuve allí“ („Ich war am 18. Juni dabei“) zur Entstehung der Kampagne des FEF gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu lesen: „Die Idee wurde - wie so viele andere - in der Hitze eines jener Restaurants geboren, die den Kongress umgeben“⁷⁹ (Rubio Núñez 2005: 21). Damit nimmt der Autor Bezug darauf, dass nach 1975 in Geheimgesprächen zwischen der UCD und den Oppositionsparteien die spanische Transition zur Demokratie ausgehandelt wurde. Acht Männer hätten sich im März 2004 zum Essen getroffen und über die „drohenden Gefahren“ gesprochen. Zwar werden nur die Vornamen der Männer genannt, doch es ist unschwer zu erraten, dass einer der Männer der Ex-Innenminister des PP, Ángel Acebes, war, auch mindestens zwei andere Teilnehmer sollen Vertreter von Parteien gewesen sein.

Wie schon in Kapitel 5.2 analysiert, war es das wichtigste Ziel der Koalition der Ungleichheit, den Partido Popular mit ins Boot zu holen. Dass es tatsächlich gelang, hatte damit zu tun, dass das Projekt der Freiheit und Gleichheit auch für den PP äußerst bedrohlich war. Die partielle Fixierung des Feldes der Diskursivität über den Knotenpunkt Normalisierung hatte - wie ich vermute - für den PP eine Art Schutzfunktion. Der PP hatte darauf verzichtet, seine rechts-konservative Agenda in gesellschaftspolitischen Bereichen durchzusetzen, konnte sich im Gegenzug aber lange Zeit sicher sein, dass ihm seine Vergangenheit - als jene Partei, die ideologisch und personell die Nachfolgepartei der franquistischen Einheitspartei *Movimiento* und der in ihr aufgegangenen faschistischen *Falange* war - kaum vorgeworfen wurde. Ein Beispiel dafür ist, ist die einstimmige Verurteilung des Putsches der Armee unter General Franco gegen die Zweite Republik im Jahr 1936 durch den Kongress im Jahr 2002. Dass sie erfolgte, war bereits ein Teil jenes neuen Diskurses, in dem Freiheit

⁷⁹ „La idea había nacido, como muchas otras, al calor de uno de los restaurantes que rodean el Congreso de los Diputados.“

auch als Freiheit, sich zu erinnern verstanden wurde. Der PP stimmte der Resolution zwar zu, ließ sich aber davor von der Sozialistischen Partei zusichern, dass sie die franquistische Vergangenheit im Parlament nicht weiter zum Thema machen werde (vgl. Encarnación 2008: 144). Nach der verlorenen Wahl war es eines der Hauptanliegen der rechten Hardliner im Partido Popular, die Verschwörungstheorien um die Attentate vom 11. März aufrecht zu erhalten. Andernfalls hätte sich die Parteispitze dem Vorwurf, sie habe gelogen, um die WählerInnen zu manipulieren, stellen müssen. Aufgrund der besonderen Umstände der Wahlniederlage wurde diese als Fehler wahrgenommen, den es durch Konfrontation und Polarisierung zu korrigieren gelte. Bernecker 2005 vermutet dahinter eine Strategie der *crispación* (eine Strategie der ununterbrochenen Aggression und Provokation), die dazu dienen sollte, dass sich zentristische und Mitte-Links eingestellte WählerInnen - angewidert von der Polarisierung – bei den nächsten Wahlen der Stimme enthalten würden. Ich vermute eher, dass parteiinterne Kämpfe eine Rolle spielten. Auch innerhalb des PP dürfte die Überzeugung, dass die Unterstützung der USA im Irak-Krieg 2003 die richtige Entscheidung war, nicht derart gefestigt gewesen sein, wie es nach Außen den Anschein hatte. Mehrere Faktoren, die laut Balfour (2005) die Unterstützung des Irak-Kriegs durch die Regierung Aznar erklären könnten, haben direkt mit der Person des damaligen Ministerpräsidenten Aznar zu tun. Vieles weist darauf hin, dass der neue Parteichef Mariano Rajoy über zu wenig Rückhalt in der Partei verfügte, um sich dem rechten Rand der Partei entgegen zu stellen, der darüber hinaus über die Unterstützung von Ex-Ministerpräsident José María Aznar verfügte (vgl. Bernecker 2005). In der Frage der Öffnung der Ehe verfolgte der PP eine zweigleisige Strategie. Einerseits trat die Partei für eine Form der Eingetragenen PartnerInnenschaft ein, die ausschließlich lesbischen und schwulen Paaren offen stehen und gleichgeschlechtliche PartnerInnenschaften rechtlich anerkennen und teilweise gleichstellen sollte. Andererseits nahmen der PP-Generalsekretär Ángel Acebes und der Sprecher des PP im Kongress Eduardo Zaplana - nicht aber Parteichef Mariano Rajoy - an der Demonstration des Spanischen Familienforums gegen die Öffnung der Ehe teil. In der Öffentlichkeit vertraten zahlreiche VertreterInnen des PP außerdem dieselben Argumente wie das Spanische Familienforum, die Internet-Plattform *hazte.Oir* oder die Katholische Bischofskonferenz. Nur ein Beispiel dafür, allerdings eines das besonders viel Aufsehen erregte, war diese Aussage von Ana Botella, PP-Regionalpolitikerin und Ehefrau von José María Aznar, in einem Interview im Fernsehsender Telecinco im Oktober 2004:

„Die Ehe zwischen Homosexuellen, das heißt etwas gleich behandeln, das anders ist. Wenn man zwei Äpfel zusammenzählt, ergibt das zwei Äpfel. Wenn man einen Apfel und eine Birne hat, dann ist das etwas anderes, als zwei Äpfel zu haben. Ein Mann und eine Frau, das

ist eine Sache, die Ehe. Zwei Männer oder zwei Frauen, das ist etwas anderes verschiedenartiges”⁸⁰ (cadenaser.com 27.10.2004, Übersetzung C.E.)

Erst dieser Gleichklang der Argumente, die gemeinsamen Demonstrationen von Bischöfen und PP-Vetretern und andere Aktionen, wie die Einladung des Psychiaters Aquilino Polaino in den Senat, wo dieser Homosexualität zur Krankheit erklärte, gab dem Diskurs der Freiheit und Gleichheit wie er von der LGBT-Bewegung geprägt worden war, eine Bedeutung über die Gleichstellung lesbischer und schwuler PartnerInnenschaften hinaus. Ein erster Hinweis darauf ist die Wahrnehmung eines Vetreters der LGBT-Bewegung und der Sozialistischen Partei.

„Sie haben so viele Fehler gemacht, sich soviel Exzesse geleistet, dass ihnen die spanische Gesellschaft ihre Ecke zugewiesen hat, die des äußerten Extremismus. Extrem. Es war eine derartig extreme Politik, das sie uns geholfen hat, unser Ziel, die Öffnung der Ehe zu erreichen”⁸¹ (Interview V, Übersetzung C.E.).

Auch die Debatte im Kongress am 30. Juni 2005, in der die Abgeordneten das Veto des Senats zurückwiesen und die Öffnung der Ehe endgültig beschlossen, zeigt, dass es zu diesem Zeitpunkt nicht mehr ausschließlich um die Gleichstellung lesbischer und schwuler Paare oder ihrer Familien gekämpft wurde, wie ich im Folgenden zeigen werde.

Die Zivilisierung der Gesellschaft – Spanien wagt das Außergewöhnliche

Durch den Antagonismus zu einem rechten Diskurs der Ungleichheit kam es zu einer Stabilisierung des Diskurses der Freiheit und Gleichheit, neue Elemente kamen dazu, mit denen sich auch jene identifizieren konnten, die der Öffnung der Ehe nicht unbedingt Priorität eingeräumt hätten. Besonders deutlich wird das in der Debatte im Kongress am 30. Juni 2005 (vgl. Congreso de los Diputados - Pleno y Diputación Permanente 30.06.2005), in der der Kongress das Veto des Senats zurückwies und das Gesetz über die Öffnung der Ehe endgültig beschloss. In der Debatte meldeten sich sieben Abgeordnete zu Wort, VertreterInnen des PSOE, des PP, der Izquierda Unida und Abgeordnete von vier Regionalparteien. Sechs von ihnen gaben an, dass ihre Fraktionen das Veto geschlossen zurückweisen

⁸⁰ „El matrimonio entre homosexuales es tratar de la misma manera lo que es diferente. Si se suman dos manzanas, pues dan dos manzanas. Y si se suman una manzana y una pera, nunca pueden dar dos manzanas, porque es que son componentes distintos. Hombre y mujer es una cosa, que es el matrimonio, y dos hombres o dos mujeres serán otra cosa distinta.”

⁸¹ „Cometieron tantos errores, tantos excesos que fue la propia sociedad española la que directamente les situó en un rincón, no?, en como algo extremadamente extremo. Extremo. Fue una política tan extrema que nos ayudó a salir victoriosos en nuestra, en nuestra pretensión de aprobar el matrimonio homosexual.”

würden. Nur die Abgeordnete des PP verteidigte das Veto und die Ablehnung des Gesetzes durch ihre Partei.

Mehrere BefürworterInnen der Öffnung der Ehe wiesen darauf hin, dass sie die Einwände gegen das Gesetz in ihrer Haltung bestärkt hätten. Die Vertreterin der konservativen Baskischen Nationalistenpartei (PNV) erklärte in ihrer Rede, dass es sich um ein sensibles Thema handelte, das viel mit persönlichen Überzeugungen, die oft - aber nicht ausschließlich - religiöse Wurzeln hätten. Ihre Partei habe daher die Abstimmung für frei erklärt, allerdings würden trotzdem alle PNV-Abgeordneten für das Gesetz stimmen. Es wäre ihrer Ansicht mit der Verfassung vereinbar, außerdem bestünden erhebliche Zweifel daran, dass der Partido Popular seine Ankündigung, er werde sich für eine Eingetragene PartnerInnenschaft einsetzen, wahr machen würde. Schließlich hätte er das in den letzten acht Jahren tun können. Sie kritisierte die Einladung des Psychiaters Aquilino Polaino in den Senat durch den PP als „Brüskierung und Verhöhnung des Parlaments“. Außerdem sei jene Initiative, die der Partido Popular den regionalen Parteien vorgelegt habe, die eine Eingetragene PartnerInnenschaft für gleichgeschlechtliche Paare bei gleichzeitigem Verbot der völligen Gleichstellung durch Ehe und Adoptionsrecht beinhaltete, ein unzulässiger Eingriff in die Kompetenzen der Autonomen Regionen.

Der Abgeordnete des Bloque Nacionalista Galego (BNG) nahm Bezug auf zahlreiche Briefe, die er und seine KollegInnen erhalten hätten, in denen sie darauf hingewiesen worden wären, dass die Ehe zwischen Mann und Frau Ausdruck einer gottgewollten Ordnung sei. Angesichts dieser Sichtweise, sei das Gesetz „eine Revolution des Rechts, die sich gegen das Konzept der Ungleichheit und die Diskriminierung richtet, gegen Irrationalität oder zumindest die Verwechslung von konfessionell-religiösen Werten mit zivilen Gesetzen“. Auch andere Abgeordnete stellten die Öffnung der Ehe in diesem Zusammenhang als Teil eines Projekts dar, das die Gesetze des Staates von moralischen oder religiösen Werten befreien sollte. Auch in diesem Sinne würde die spanische Gesellschaft durch die Öffnung der Ehe eine bessere.

Ein weiteres Element, das in der Debatte betont wurde, war die Vorreiterrolle, die Spanien durch das Gesetz in der Welt einnehmen würde. Wobei hier wiederum besonders betont wurde, dass Spanien das bisher nicht war, ganz im Gegenteil. Wie es die Abgeordnete des PSOE formuliert:

„Um zum Ende zu kommen, wenn wir über den Vergleich von Rechten sprechen (...) wer würde denn nicht wollen, dass Spanien als eines der ersten Länder die Sklaverei abgeschafft

oder die Rechte von Frauen anerkannt hätte, aber wir waren bei den letzten. Leider! Jetzt haben wir die Möglichkeit unter den ersten zu sein, die die Rechte der Homosexuellen anerkennen. (...) Deshalb bin ich sehr stolz, dass ich in dieser Zeit in diesem Land lebe”⁸² (Congreso de los Diputados – Pleno y Diputación Permanente 30.06.2005).

Als die Debatte mit der Rede einer PSOE-Abgeordneten eigentlich bereits beendet war, bat Ministerpräsident Zapatero um das Wort, was ihm vom Kongresspräsidenten Manuel Marín González gemäß der parlamentarischen Regeln gewährt wurde. Noch während des Schlussapplauses begehrte PP-Chef Mariano Rajoy, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen. Seine Begründung, der Ministerpräsident hätte durch seine Rede die Debatte erneut eröffnet, wies Kongresspräsident Marín González bestimmt zurück. Als Rajoy erneut das Wort begehrte, folgte eine Verwarnung, die Debatte wäre geschlossen, das Einzige, was Rajoy noch begehren könnte, wäre daher ein Ordnungsruf. Damit wurde der Partido Popular in der Debatte auch physisch an seinen Platz verwiesen. Den Platz, den er 2005 unter keinen Umständen akzeptieren wollte, den einer Oppositionspartei, die noch dazu im Kongress keine Verbündeten hatte.

Der Partido Popular, der vor kurzem noch mit absoluter Mehrheit regiert hatte, scheint in der Debatte trotz seiner Rolle als stärkste Oppositionspartei die Position eines marginalisierten Außenseiters inne zu haben. Eine Position, die sich daraus erklären lässt, dass der PP es als einzige Partei als Bedrohung wahrnahm, dass sich die partielle Fixierung des *Feldes der Diskursivität* über den *Knotenpunkt* Normalisierung aufzulösen begann. Zwar hatte die Partei selbst durch ihre Politik zwischen 2000 und 2004 dazu beigetragen, dass sich diese Entwicklung beschleunigt hatte. Begonnen hatte sie jedoch bereits mit dem Wahlsieg des Partido Popular im Jahr 1996. Durch den Regierungswechsel schien die Normalisierung einerseits erreicht, doch wurde damit auch klar, dass der bisherige Weg nicht darüber hinaus führen werde, wie es Encarnación (2008) formuliert: „For the right, the post-Franco democratic settlement was the final destination for the nation; for Zapatero, by contrast, this was the point of departure” (Encarnación 2008: 151). Allerdings nicht nur und nicht zuerst für Zapatero. Der *pacto de silencio* zum Beispiel wurde zuallererst von privaten Initiativen gebrochen, die über die Verbrechen im Bürgerkrieg und im Franquismus nicht länger schweigen wollten. In der LGBT-Bewegung, die mit der Sozialistischen Partei erst kurz zuvor eine Eingetragene PartnerInnenschaft verhandelt hatte, begann

⁸² „Para terminar, hablando de derecho comparado, un amigo mío dice que quién no querría que España hubiera sido de los primeros países en abolir la esclavitud o en reconocer los derechos de la mujer, pero fuimos de los últimos. ¡Lástima! Pues, bien, ahora tenemos la oportunidad de ser de los primeros en el reconocimiento de los derechos de los homosexuales. (...) Por ello me siento orgullosa de vivir en este país y en este tiempo.”

sich mit dem Regierungswechsel die Forderung nach der Öffnung der Ehe durchzusetzen. In Konfrontation zum PP konnten Forderungen erhoben werden, die radikaler waren, als die, die mit denen zuvor die Sozialistische Partei konfrontiert gewesen war. Das erklärt sich dadurch, dass spätestens ab dem Jahr 2000 die Forderung als Teil eines linken Projekts der Freiheit und Gleichheit artikuliert werden konnte. Durch die absolute Mehrheit des PP im Parlament hatte dieses Projekt einen gemeinsamen Feind, von dem es sich abgrenzen konnte. Mit dem Wahlsieg des PSOE formierte sich die Koalition der Ungleichheit, bestehend aus der Katholischen Bischofskonferenz, ultra-konservativen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und Teilen des Partido Popular. Ihr wichtigstes Ziel war es, den PP in ein politisches Gegenprojekt zum Diskurs der Freiheit und Gleichheit zu drängen. Die Versuche von Teilen des Partido Popular, eine Alternative zur Öffnung der Ehe anzubieten, misslangen. Das politische Projekt der Freiheit und Gleichheit konnte über die Konstruktion eines Antagonismus zum rechten Gegenprojekt hegemonial werden. Besonders deutlich wird das in jener Debatte im Kongress, in der der Partido Popular von allen Seiten angegriffen wurde. Unterstützt wird diese These dadurch, dass der PP sich während der gesamten Legislaturperiode bei zahlreichen Politikinhaltungen in dieser Position befand. Erst die Niederlage bei den Parlamenswahlen im März 2008

Der Begriff Demokratie leitet sich von Volk ab, in dem Sinn, dass es das Volk sein muss, das regiert. Trotzdem hört uns in diesem Land die Mehrheit der politischen Klasse nicht einmal zu. Ihre Aufgabe sollte es sein, unsere Stimmen zu den Institutionen zu tragen, politische Partizipation durch direkte Kommunikationskanäle zu erleichtern und der gesamten Gesellschaft den größtmöglichen Nutzen zu bringen. Die politische Klasse sollte sich nicht auf unsere Kosten bereichern, um selbst voranzukommen, sie sollte nicht ausschließlich dem Diktat der großen Wirtschaftsmächte folgen und sie sollte sich nicht mittels einer Parteiendiktatur, die vom unabwählbaren Akronym PPSOE verkörpert wird, an die Macht klammern.⁸³

Gemeinsames Manifest der Protestbewegungen Movimiento
15-M und ¡Democracia real YA! (Mai 2011, Übersetzung C.E.)

6 Schlussfolgerungen und Ausblick

Seit dem Beschluss des Gesetzes über die Öffnung der Ehe im Jahr 2005 sind in Spanien rund 25.000 Ehen zwischen zwei Frauen oder - was mehrheitlich der Fall ist - zwei Männern geschlossen worden (vgl. Nogueira 18.06.2011). Spanien war erst das dritte Land der Welt, das lesbischen und schwulen Paaren die Eheschließung und damit verbunden die gemeinsame Adoption von Kindern etc. ermöglichte. Mittlerweile sind weitere Länder gefolgt. In Österreich ist 2010 die Eingetragene Partnerschaft eingeführt worden, die nur gleichgeschlechtlichen Paaren offen steht. Sie sind im Erbrecht, Mietrecht und zum Beispiel bei Witwen-/Witwerpensionen heterosexuellen Ehepaaren gleichgestellt, trotzdem wäre dieses Gesetz für die spanische LGBT-Bewegung ein „ley de apartheid“, ein Apartheidsgesetz. Sie forderte die vollständige Gleichstellung lesbischer und schwuler PartnerInnenschaften, mit den gleichen Rechten, den gleichen Pflichten und dem gleichen Namen, Ehe. Warum die spanische LGBT-Bewegung gerade die Öffnung der Ehe forderte, ist daher die erste meiner drei **Forschungsfragen**, die ich mir in der Einleitung gestellt habe. Außerdem habe ich gefragt, warum die Sozialistische Partei die Forderung aufgriff. Und drittens, warum die Sozialistische Partei, die Forderung auch gegen Widerstand großer Teile der Katholischen Kirche und des Partido Popular umsetzte.

Ich habe daher im zweiten Kapitel die unterschiedlichen Formen der Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften in Europa verglichen, und beschrieben, welche Fak-

⁸³ „La democracia parte del pueblo (demos=pueblo; cracia=gobierno) así que el gobierno debe ser del pueblo. Sin embargo, en este país la mayor parte de la clase política ni siquiera nos escucha. Sus funciones deberían ser la de llevar nuestra voz a las instituciones, facilitando la participación política ciudadana mediante cauces directos y procurando el mayor beneficio para el grueso de la sociedad, no la de enriquecerse y medrar a nuestra costa, atendiendo tan sólo a los dictados de los grandes poderes económicos y aferrándose al poder a través de una dictadura partidocrática encabezada por las inamovibles siglas del PPSOE.”

toren in der Sekundärliteratur zum Thema genannt werden, die erstens die rechtliche Anerkennung und/oder Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften begünstigen könnten. Und zweitens, welche Faktoren erklären könnten, warum die Regelungen für gleichgeschlechtliche Paare sogar innerhalb Westeuropas so unterschiedlich sind. Dabei zeigte sich, dass es vor allem in Westeuropa seit rund zwanzig Jahren einen Trend zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften gibt. Als institutionelle Faktoren, die die Gleichstellung begünstigten, werden in den Studien zum Thema vor allem das europäische Anti-Diskriminierungsrecht und das transnationale Netzwerk von LGBT-Organisationen vermutet. Diesem Netzwerk sei es gelungen, Ehe neu zu definieren. Im europäischen Menschenrechtsdiskurs werde die Ehe mittlerweile als Grundrecht wahrgenommen. Die Erklärung, warum es immer noch große Unterschiede bei der rechtlichen Anerkennung von gleichgeschlechtlichen PartnerInnenschaften auch innerhalb der Europäischen Union gibt, dürfte allerdings in den Nationalstaaten zu finden sein. Kollman (2007) nimmt daher an, dass die dominante Konfession oder die Religiosität - gemessen am Prozentsatz der Bevölkerung, der mindestens einmal im Monat in die Kirche geht - der Bevölkerung eine Rolle spielen müssen und findet Hinweise darauf, dass Staaten, in denen die Bevölkerung mittel oder sehr religiös ist, eher zur Öffnung der Ehe tendieren, während in Staaten mit einer wenig religiösen Bevölkerung eher die Eingetragene PartnerInnenschaft eingeführt wird.

Als theoretischen Rahmen für meine Analyse des spanischen Falls habe ich die poststrukturalistische Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, entwickelt in ihrem gemeinsamen Hauptwerk *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics* (1985), gewählt. Die zentralen Konzepte der Hegemonie- und Demokratietheorie von Laclau und Mouffe sollten es mir ermöglichen, die „conditions of possibility“, die Bedingungen der Möglichkeiten, für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Spanien sichtbar zu machen. Sie erlaubt mir die These, dass die Forderung nach der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften besonders dann verwirklicht werden kann, wenn sie als Teil eines größeren politischen Projekts wahrgenommen wird. Außerdem habe ich bereits in der Einleitung vier Hypothesen formuliert, auf die ich im Folgenden noch zurückkommen werde.

Zuvor möchte ich allerdings noch kurz den sozialen, historischen und politischen Kontext meiner Analyse darstellen und erläutern, wie ich ihn anhand der poststrukturalistischen Diskurstheorie von Laclau und Mouffe interpretiert habe. Spanien wurde lange Zeit auch

in der wissenschaftlichen Forschung als „anders“ wahrgenommen. Als Ursache dafür wurde die spezifisch „iberisch-katholische“ politische Kultur des Landes ausgemacht, welche einer demokratischen Entwicklung im Weg stehe. Angesichts dessen überraschend schnell konsolidierte sich nach dem Tod des Diktators Francisco Franco 1975 die spanische Demokratie. Die Transition - der Übergang zur Demokratie - verlief beinahe reibungslos, potentiell „gefährliche“ Konflikte wurden in einem Konsens aufgelöst, der unter anderem darin bestand, über die Verbrechen im Bürgerkrieg und während der Franco-Diktatur zu schweigen (*pacto de silencio*). Die Verantwortlichen wurden also weder vor Gericht gestellt, noch ihrer Ämter enthoben oder offiziell benannt. Im Laufe der 1980er Jahre entwickelte sich ein Zweiparteiensystem, in dem eine Mitte-Links Partei, die Sozialistische Partei (PSOE), und der Partido Popular (PP), der trotz seiner franquistischen Wurzeln ab 1989 eine relativ gemäßigte Mitte-Rechts Politik verfolgte, um die Mehrheit der WählerInnenstimmen buhlten. Ich habe argumentiert, dass die Spezifika des spanischen Demokratisierungsprozesses sowie die pragmatische Wirtschaftspolitik des PSOE und die pragmatische Politik bei Themen wie der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und des Familienrechts des PP darauf zurückzuführen waren, dass das *Feld der Diskursivität* bis zur Mitte der 1990er Jahre über den *Knotenpunkt* „Normalisierung“ partiell fixiert war. Das *Feld der Diskursivität* ist nach Laclau und Mouffe jener Überschuss an Bedeutung, der durch das Aufeinandertreffen verschiedener Diskurse entsteht. Durch seine partielle Fixierung über den *Knotenpunkt* „Normalisierung“ wurden bestimmte Wahrnehmungen, Forderungen und Handlungen möglich, andere waren ausgeschlossen. Unter Normalisierung verstehe ich in diesem Zusammenhang die Entwicklung Spaniens zu einer modernen, westlichen Demokratie, in der Konflikte friedlich ausgetragen werden können.

An dieser Stelle möchte ich auf die von mir in der Einleitung aufgestellte **erste Hypothese** zurückkommen: *Mit der Verfassung von 1978 wurden allen Spanierinnen und Spaniern gleiche Rechte garantiert, gleichzeitig wirkten die im Franquismus etablierten Bedeutungen von Ehe und Familie, die auf der Ungleichheit der Geschlechter und einer Ausschließung von Lesben und Schwulen basierten, weiter.*

Durch meine Analyse kann ich diese abstrakte Vermutung nun mit konkreten Inhalten füllen. Ehe und Familie waren zentrale Elemente im Diskurs des franquistischen Regimes, das sich ideologisch vor allem auf die Katholische Kirche und ihre Moralvorstellungen stützte. Ehe und Familie basierten auf einer Ungleichheit der Geschlechter, die sowohl ideologisch als auch durch rechtliche und soziale Sanktionen gewährleistet blieb. Homose-

xualität wurde verdammt, verfolgt und bestraft. Schon in den letzten Jahren der Diktator formierte sich erster feministischer, lesbischer und schwuler Widerstand dagegen. Mit der Verfassung von 1978 wurden allen SpanierInnen vor dem Gesetz gleichgestellt, Diskriminierung aufgrund der Rasse, des Geschlechts, der Religion, der Überzeugung oder jeder anderen persönlichen und sozialen Kondition wurde verboten. Die Zivilehe und 1981 die Scheidung wurden wieder eingeführt, das Verbot von Empfängnisverhütungsmitteln aufgehoben. 1979 wurden homosexuelle Handlungen aus dem „Gesetz über die Gefährlichkeit und Rehabilitation“ aus dem Jahr 1970 gestrichen. 1981 wurde Homosexualität legalisiert. Ab der Mitte der 1980er Jahre modernisierte die sozialistische Regierung das Familienrecht, 1987 wurde die Adoption neu geregelt. Nicht nur heterosexuelle Ehepaare, sondern auch unverheiratete heterosexuelle Paare, aber auch Alleinstehende können seither ein Kind adoptieren, egal ob sie lesbisch, schwul oder heterosexuell sind. Lesbische und schwule Paare können auch Pflegeeltern werden. Seit 1988 steht die Reproduktionsmedizin auch alleinstehenden Frauen offen. An die Stelle von Familie traten Familien, Familien, in denen die Eltern nicht verheiratet waren, Familien von AlleinerzieherInnen, Patchwork-Familien und Familien mit schwulen oder lesbischen Eltern. Allerdings verlief die Entwicklung der Familienpolitik - was zum Beispiel Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, aber auch staatliche Unterstützung für Familien betrifft - nicht in Einklang mit diesen Veränderungen. Bis in die 1990er Jahre wurden großteils jene Beihilfen für Familien beibehalten, die es schon im Franquismus gegeben hatte und die im Wesentlichen aus Heirats- und Geburtenprämien und einer Beihilfe für abhängige Kinder und Ehefrauen bestanden. An die Stelle des franquistischen Diskurses trat kein völlig neuer Diskurs, in dem Ehe und Familie mit neuen Bedeutungen belegt wurden. Stattdessen entstanden neue Diskurse, auch durch das moderne Ehe- und Familienrecht, in dem Frauen und Männer gleichgestellt sind. Neben traditionelle Familienwerte, wie Solidarität und Zusammenhalt, traten neue Werte, vor allem Gleichheit und Diversität.

Insofern ist meine **zweite Hypothese** unvollständig. Sie lautete: *Die Kämpfe der Frauen- und der LGBT-Bewegung für Gleichstellung in den 1970er und 1980er Jahren haben zu einer Destabilisierung dieser Bedeutungen geführt.* Es handelte sich vielmehr um ein komplexes Zusammenspiel von Forderungen der Frauenbewegung und lesbischer und schwuler Gruppen und rechtlichen Reformen, die aufgrund dieses Kampfes eingeleitet wurden. Diese rechtlichen Reformen waren allerdings kaum von familienpolitischen Maßnahmen begleitet, sie veränderten aber wiederum die *conditions of possibility* und ließen neue Diskur-

se und Forderungen entstehen. Angesichts dieser Ergänzung der zweiten Hypothese muss auch meine dritte Hypothese überdacht werden.

Meine **dritte Hypothese** war: *Durch die Zuspitzung der Forderung der Lesben- und Schwulenbewegung - von der rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenenschaften zur Öffnung der Ehe wurden diese Brüche sichtbar.* Unter Brüche sind hier Widersprüche - im Sinne eines Überschusses an Bedeutung - zu verstehen, die sich aus den im Franquismus etablierten Bedeutungen von Ehe und Familie und ihrer neuen Bedeutungen ergaben.

In meiner Analyse habe ich argumentiert, dass die Normalisierung der LGBT-Bewegung, die sich seit Anfang der 1990er Jahre zu einer Interessenorganisation entwickelte und die Zusammenarbeit mit politischen Parteien suchte, die Voraussetzung für den Kampf um die Eingetragene PartnerInnenenschaft und später die Öffnung der Ehe war. Im Diskurs der Gleichheit der LGBT-Bewegung waren traditionelle und moderne Elemente von Ehe und Familie verwoben. Außerdem wurden mit dem Diskurs der Gleichheit klare Fronten gezogen und Feinde identifiziert, was den Diskurs stabilisierte und jene Geschlossenheit der LGBT-Bewegung in ihrer Forderung nach der Öffnung der Ehe erklären kann, die vielfach als Voraussetzung für den Erfolg der LGBT-Bewegung gesehen wurde.

Die „Feinde“ der LGBT-Bewegung in ihrem Kampf für die Öffnung der Ehe waren VertreterInnen einer Koalition der Ungleichheit, bestehend aus der Katholischen Bischofskonferenz, ultra-konservativen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und VertreterInnen des Partido Popular. Für die Koalition der Ungleichheit stellte dieses Projekt der Freiheit und Gleichheit eine große Bedrohung dar, sie hatten guten Grund zu der Annahme, dass jene Veränderungen, die es bewirken könnte, nicht wieder rückgängig gemacht werden könnten. Ihnen ging es daher vor allem darum, dem Partido Popular ein politisches Projekt aufzuzwingen. Als zentraler Bestandteil dieses Projekts wurde die Beseitigung des „kulturellen Komplexes“ des PP betrachtet, der diesen daran hinderte, seine „wahren“ Ziele im Bereich des Familienrechts und der Familienpolitik zu verwirklichen. Für den kulturellen Komplex des PP wurde die Angst der Partei verantwortlich gemacht mit dem Franquismus assoziiert zu werden.

Damit komme ich zu meiner **vierten Hypothese**: *Mit der Integration der Forderung in die Programmatik der Sozialistischen Partei, kam es zu der (Re-)Konstruktion eines Antagonismus zwischen einem politischen Projekt der Freiheit und Gleichheit und einem rechten*

politischen Projekt.

Auch diese Hypothese würde ich jetzt nicht mehr so formulieren. Der Gleichheitsdiskurs der LGBT-Bewegung stand in der Tat nicht allein. Er war Teil eines hegemonialen politischen Projekts der Freiheit und Gleichheit. In diesem Projekt spielte die Sozialistische Partei eine bedeutende Rolle, die von dem Diskurs der Gleichheit nicht nur profitierte, sondern diesen durch ihre Politik auch veränderte und stärkte. Das hegemoniale politische Projekt der Freiheit und Gleichheit war jedoch mehr als die Politik der Sozialistischen Partei seit der Wahl von José Luis Rodríguez Zapatero zum Generalsekretär. Es war ein Projekt, das möglich wurde, weil sich das *Feld der Diskursivität* um die Jahrtausendwende veränderte. Neue Diskurse konnten die partielle Fixierung über den *Knotenpunkt* Normalisierung aufbrechen. Es sind mehrere Ereignisse und Entwicklungen, die ich dafür verantwortlich mache. Einerseits ist es der Wahlsieg des Partido Popular 1996. Durch den Regierungswechsel dem keine dramatischen Veränderungen folgten, schien die Normalisierung erreicht. Mit dem Antritt der ersten Regierung des Partido Popular wurde allerdings auch klar, dass Normalisierung mittlerweile nicht mehr jene Notwendigkeit war, die Spanien vor einem Rückfall in die extrem polarisierte Demokratie der Zweiten Republik bewahren sollte. Vielmehr hatte Normalisierung mittlerweile vor allem eine Schutzfunktion für den Partido Popular, der sich seiner Vergangenheit als ideologische und personelle Nachfolgepartei der franquistischen Einheitspartei *Movimiento* nicht stellen musste.

Ab dem Jahr 2000 löste sich die partielle Fixierung über den *Knotenpunkt* Normalisierung weiter auf. Einerseits führe ich das auf die absolute Mehrheit, über die der PP seit den Wahlen im Kongress verfügte, zurück. Der Wahlsieg des Partido Popular und die zweite, noch schwerere Niederlage der Sozialistischen Partei (PSOE) führte dazu, dass im PSOE mit José Luis Rodríguez Zapatero ein Vertreter einer neuen Generation von PolitikerInnen, die nicht die Transition mitverhandelt hatten, an die Parteispitze gelangte und der deshalb zu einer Identifikationsfigur für eine neues politisches Projekt der Freiheit und Gleichheit werden konnte, das über Normalisierung hinausging. Es waren aber vor allem die Anschläge vom 11. März in Madrid und die Reaktion des Partido Popular darauf, die das *Feld der Diskursivität* derart gravierend veränderten, dass seine partielle Fixierung nicht mehr funktionierte. Sofort nach der Wahl stellt Zapatero klar, dass seine Regierung ihr Versprechen einlösen und die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen werde. Erstmals machte er auch klar, dass damit das Recht auf gemeinsame Adoption verbunden sein sollte. Sofort nach dem Wahlsieg des PSOE formierte sich auch die Koalition der Ungleichheit, der es

gelang den Partido Popular auf ihre Seite zu ziehen. Die Versuche von Teilen der Partei, eine Alternative zur Öffnung der Ehe anzubieten, misslangen. Das politische Projekt der Freiheit und Gleichheit konnte über die Konstruktion eines Antagonismus zum rechten Gegenprojekt hegemonial werden. Besonders deutlich wird das in der Debatte im Kongress am 30. Juni 2005, in der die Abgeordneten das Veto des Senats aufhoben und die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare beschlossen. Die Öffnung der Ehe, so wurde von den BefürworterInnen argumentiert, werde Spanien besser machen. Sie sei ein Mittel um zu demonstrieren, dass Katholische Moralvorstellungen in der Gesetzgebung des spanischen Staates keinen Ausdruck mehr finden dürften. Spanien sei mit der Öffnung der Ehe Teil einer europäischen Avantgarde der Gleichheit, weitere Länder, so die Gewissheit würden folgen.

Der spanische Fall als Ausgangspunkt für vergleichende Untersuchungen

Auf der Grundlage dieser Analyse werde ich nun versuchen, Schlüsse aus dem spanischen Fall zu ziehen, die für vergleichende Untersuchungen zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften, interessant sein könnten. Ich plädiere angesichts meiner Ergebnisse vor allem dafür, die Bedeutung von Ehe und Familie und damit die Ausgestaltung des Ehe- und Familienrechts und der Familienpolitik in einem etwaigen Vergleich zu berücksichtigen. Ein weiterer wichtiger Faktor scheint mir zu sein, wie groß die Kompetenzen der Regionen bzw. Bundesstaaten in Sachen Ehe- und Familienrecht sind.

Eine traditionell große Bedeutung von Ehe und Familie, die mit ihrer Schutzfunktion in einem wenig entwickelten Sozialsystem zu tun haben dürfte, scheint eine Polarisierung der Debatte zu begünstigen. Einerseits, weil fundamentalistische Christen ihr Weltbild auf ebendiese Bedeutungen von Ehe und Familie stützen, andererseits weil, die Anerkennung des Rechts auf Ehe und Familie dadurch für die LGBT-Bewegungen von zentraler Bedeutung ist. Diese Überlegungen könnten erstaunliche Parallelen zwischen Spanien und den USA erklären. Eine weitere Parallele ist, dass sowohl in den USA als auch in Spanien ein Teil der LGBT-Bewegung die Normalisierung durch Ehe und Familie vehement ablehnt, und zwar handelt es sich dabei vor allem um jene AktivistInnen, die sich als *queer* verstehen und Geschlechtsidentitäten völlig neu verhandeln möchten. Dass diese in den USA entstandene Queer-Bewegung in Spanien relativ viel Einfluss auf die Debatte hatte, dürfte mit den Parallelen zwischen den beiden Staaten zusammenhängen. Auch hat der Partido Popular mit seiner Initiative versucht, ein Gesetz auf den Weg zu bringen, dass ähnlich wie der *Defense of Marriage Act* in den USA, die auf nationalstaatlicher Ebene als Verbindung

zwischen Mann und Frau gesetzlich festschreibt.

Die Unterschiede zwischen beiden Ländern sind offensichtlich. Sowohl die spanische LGBT-Bewegung als auch linke spanische Parteien beriefen sich auf den europäischen Trend zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften. Das europäische Anti-Diskriminierungsrecht und die entsprechenden Resolutionen des EU-Parlaments erwiesen sich als hilfreich, bei der Durchsetzung der Forderung. Und in Spanien war die Öffnung der Ehe der Ausdruck eines Wunsches, der von großen Teilen der Bevölkerung getragen war, sich endlich von den Katholischen Moralvorstellungen, die für den Franquismus eine große Bedeutung hatten, zu emanzipieren.

Zurück zur Normalisierung

Am 20. November 2011 fanden in Spanien vorgezogene Neuwahlen statt. Sie haben dem PP eine absolute Mandatsmehrheit im Kongress eingebracht. Zehn Millionen Spanierinnen und Spanier, fast 30 Prozent der Wahlberechtigten, sind der Wahl fern geblieben, das sind mehr als eine Million NichtwählerInnen mehr als bei den Wahlen im Jahr 2004. Für den PSOE war das Wahlergebnis das schlechteste seiner Geschichte. Vier Millionen Menschen weniger als im Jahr 2004 gaben der Sozialistischen Partei ihre Stimme, wie aus Tabelle 7 hervorgeht. Profitiert haben davon die Izquierda Unida und regionale Parteien, wie die erstmals angetretene Koalition linksnationalistischer baskischer Parteien AMAIUR, aber auch 2007 neu gegründete zentristisch-liberale Union Fortschritt und Demokratie (UPyD).

Tabelle 7: Der PSOE bei den Kongresswahlen 2004, 2008, 2011

	2004	2008	2011
Stimmen	11,026,163	11,289,335	6,973,880
% der Stimmen*	42,59	43,87	28,73
Mandate*	164	169	110
NichtwählerInnen	8,416,395	9,172,740	9,710,775

Quelle: Spanisches Innenministerium. *der gültigen Stimmen *der insgesamt 350 Mandate

Der Partido Popular konnte eine Million WählerInnen mehr erreichen als im Jahr 2004 und kam auf 44,6 Prozent der gültig abgegebenen Stimmen (siehe Tabelle 8).

Tabelle 8: Der PP bei den Kongresswahlen 2004, 2008, 2011

	2004	2008	2011
Stimmen	9,763,144	10,278,010	10,830,693
% der Stimmen*	37,71	39,94	44,62
Mandate*	148	154	186
NichtwählerInnen	8,416,395	9,172,740	9,710,775

Quelle: Spanisches Innenministerium. *der gültigen Stimmen *der insgesamt 350 Mandate

Schon vor der Wahl war klar, dass das Projekt Zapatero gescheitert war. Der Druck war zu groß, der Ministerpräsident musste vorgezogene Neuwahlen ausrufen. An seiner Stelle wurde Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba zum Spitzenkandidaten bestimmt. Ich führe, die desaströse Wahniederlage des PSOE vor allem darauf zurück, dass mit der Finanz- und Staatsschuldenkrise deutlich wurde, dass das politische Projekt des PSOE nicht vollständig war. Durch Globalisierung, Internationalisierung und die Europäische Union war die Partei - wie alle politischen Parteien Europas - in ihrer Handlungsmacht eingeschränkt. Der PSOE hat in den fast acht Jahren in der Regierung keine eigenständige Wirtschaftspolitik entwickelt. Dass Spanien von der Krise betroffen war, hat Ministerpräsident Zapatero lange geleugnet. Mit der Negierung der Krise an sich, war es seiner Regierung aber auch unmöglich, rechtzeitig glaubwürdige Konzepte für ihre Bewältigung zu präsentieren. Vor allem für junge Menschen wurde die Situation zunehmend dramatisch, wie es der britische Guardian formuliert.

„The recession that has ravaged Spain, along with much of southern Europe, has had an especially hard impact on the young, with unemployment rates soaring to more than 40 percent for 20- to 24-year-olds, about twice the national average and the highest in the European Union. Many of them see limited hope of improvement unless they reshuffle the political deck and demand a new approach to creating jobs” (Tremlett 21.11.2011)

Die Protestbewegungen ¡Democracia real Ya! und das Movimiento 15-M formierten sich gegen die Politik beider großer Parteien, sowohl des PSOE als auch des PP. Vom „Schweden des Südens“ ist Spanien in der Wahrnehmung europäischer Medien durch die Schuldenkrise wieder zum Mittelmeerland „degradiert“ worden. Spanien wurde und wird als eines jener Länder wahrgenommen, die Europa (oder zumindest die Eurozone), in den Abgrund reißen könnten, als eines der PIGS, wie Portugal, Italien, Griechenland und Spanien

in der Medienberichterstattung durchaus abwertend genannt, wurden. Und das obwohl Spanien noch vor wenigen Jahren die Tür der G8 geklopft hatte, 2007 nämlich als Spanien Kanada überholt und achtgrößte Weltwirtschaft geworden war. Ministerpräsident Zapatero dürfte die Niederlage kommen gesehen haben, wie er es selbst in seiner Antrittsrede im Jahr 2004 hervorhob, die BürgerInnen erwarten, dass wir unserer Versprechen erfüllen. Das Versprechen eines besseren Spanien hat Zapatero nur teilweise halten können.

Der PP konnte davon bei den Wahlen am 20. November 2011 profitieren. Der Partei unter ihrem Präsidenten Mariano Rajoy gelang es, die absolute Mehrheit der Mandate im Kongress zu erringen. Und dass, obwohl sie es sowohl vor als auch im Wahlkampf verabsäumt hatte, ein Programm vorzulegen (Garea 28.10.2011). Stattdessen appellierten PP-PolitikerInnen an die Spanierinnen und Spanier für das Land zu entscheiden und Parteiinteressen hintanzustellen. Zwei Tage vor den Wahlen forderte Dolores de Cospedal, die Generalsekretärin des PP, die AnhängerInnen des PSOE noch einmal auf, sie möchten doch „ohne Schuldkomplex oder schlechtes Gewissen“ diesmal für den PP stimmen (El País 18.11.2011). Eine Strategie, die - wahrscheinlich bewusst - an die der UCD in der Transition zur Demokratie erinnert, und die vielleicht deshalb erfolgreich war. Im Wahlkampf und bis heute nicht festlegen wollte sich Parteichef Rajoy in der Frage, ob der PP an der Regierung die Öffnung der Ehe und andere Reformen, wie das Gesetz über die Geschlechtsidentität oder die Neuregelungen des Schwangerschaftsabbruchs und der Stammzellenforschung rückgängig machen würde. Teile der Partei, die auch durch das Spanische Familienforum und die Internetplattform HazteOir.org öffentlich präsent sind, fordern das lautstark. Eine derart rechte und rückwärtsgewandte Politik würde aber Rajoys innerhalb der Partei hart erkämpfte zentristische Strategie gefährden und erscheint mir daher unwahrscheinlich. Fest steht jedenfalls, die Reise der SpanierInnen Richtung Norden war nicht sinnlos. Die Erfahrungen, die auf der Reise gemacht wurden, wirken nach. In Spanien selbst, aber auch dort, wo die Spanierinnen und Spanier auf ihrer Reise vorbeigekommen sind. Auch wenn vorerst Normalisierung wieder im Mittelpunkt des politischen Projekts des Partido Popular stehen dürfte.

7 Literaturverzeichnis

7.1 Literatur

Adam, Barry D. (2004). *Care, intimacy and Same-Sex Partnership in the 21st Century*. Current Sociology, March 2004, 52(2), S. 265-279.

AlberdÍ, Inés (1999). *La nueva familia española*. Madrid: Ediciones Taurus.

Arnalte, Arturo (2003). *Redada de violetas. La repression de los homosexuales durante el franquismo*. Madrid: Editorial Esfera de los Libros.

Badgett, M.V.Lee (2004). *Variations on an Equitable Theme: Explaining International Same-Sex Partner Recognition Laws*. In: Marie Digoix / Patrick Festy (Hg.), *Same-sex couples, same-sex partnerships, and homosexual marriages - A Focus on cross-national differentials*, Documents de travail (124), Paris: Institut national d'études démographique (INED), S. 95-114, URL <https://same-sex.web.ined.fr/WWW/04Doc124LeeBadgett.pdf>.

Balfour, Sebastian (2005). *The reinvention of Spanish conservatism. The Popular Party since 1989*. In: derselbe (Hg.), *The Politics of Contemporary Spain*, London: Routledge, S. 146-168.

Bargueiras Martínez, Carlos / **García Dauder**, Silvia / **Romero Bachiller**, Carmen (2005). *Introducción...El eje del mal es heterosexual*. In: Grupo de trabajo queer (Hg.), *El eje del mal es heterosexual. Figuraciones, movimientos y prácticas feministas queer*, Madrid: traficantes de sueños, S. 17-27.

Barrios, Harald (2005, 5. neu bearbeitete Auflage). *Grundzüge des politischen Systems*. In: Walther L. Bernecker / Klaus Dirschler (Hg.), *Spanien heute: Politik-Wirtschaft-Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert, S. 53-84.

Bech, Henning (1992). *Report from a Rotten State 'Marriage' and 'Homosexuality' in Denmark*. In: Ken Plummer (Hg.), *Modern Homosexualities*, London: Routledge, S. 134-147.

Bech, Henning (2005 [1997]). *Homosexuelle Politik am fin de siècle. Das Verschwinden der Homosexualität und das Queere*. In: Ursula Ferdinand / Andreas Pretzel / Andreas

- Seeck (Hg.), *Verqueere Wissenschaft? Zum Verhältnis von Sexualwissenschaft und Sexualreformbewegung in Geschichte und Gegenwart*, Münster: LIT Verlag, S. 25-34.
- Bernecker**, Walther L. (1995). *Religion in Spanien. Darstellung und Daten zu Geschichte und Gegenwart*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.
- (2001). *Die späte Entfaltung der Zivilgesellschaft in Spanien im Zuge der Demokratisierung*. In: Günther Ammon/Michael Hartmeier (Hg.), *Zivilgesellschaft und Staat in Europa. Ein Spannungsfeld im Wandel. Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Ukraine, Weißrußland*, Baden-Baden: Nomos, S. 64-91.
- (2005, 5. neu bearbeitete Auflage). *Politik zwischen Konsens und Konfrontation: Spanien im 21. Jahrhundert*. In: Walther L. Bernecker / Klaus Dirschler (Hg.), *Spanien heute. Politik-Wirtschaft-Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert, S. 85-105.
- Borillo**, Daniel / **Fassin**, Eric (2004). *The Pacs, Four Years Later: A Beginning or an End?* In: Marie Digoix / Patrick Festy (Hg.), *Same-sex couples, same-sex partnerships, and homosexual marriages. A Focus on cross-national differentials*, Documents de travail (124), Paris: Institut national d'études démographique (INED), S. 19-26, URL <https://same-sex.web.ined.fr/WWW/04Doc124Daniel&Eric.pdf>.
- Calvo**, Kerman (2003). *Disidencia sexual y diferencia: el movimiento de lesbianas y gays en España en perspectiva comparada*. In: Raquel Osborne / Oscar Guasch (Hg.), *Sociología de la Sexualidad*, Madrid: Centro de Investigaciones Sociológicas, S. 198-223.
- (2005a). *Ciudadanía y minorías sexuales: la regulación del matrimonio homosexual en España*. In: Estudios de Progreso. Fundación Alternativas, (17), URL http://www.almendron.com/politica/pdf/2005/spain/spain_1893.pdf.
- (2005b). *Las respuestas de las democracias al movimiento homosexual: una primera aproximación*. Techn. Ber. 46, Universidad Autónoma de Madrid, URL <http://www.uam.es/centros/derecho/cpolitica/papers.htm>.
- (2005c). *Matrimonio homosexual en España. En busca de explicaciones para una nueva política*. In: Orientaciones. Revista de homosexualidades (10), S. 9-26.
- Carlos**, Monica P. (2000). *The politics of family policies: Greece, Spain and Portugal compared*. In: Thomas Bahle / Astrid Pfenning (Hg.), *Families and family policies in Europe: comparative perspectives*, Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 34-69.

- Carrascosa, Sejo / Vila Núñez, Fefa** (2005). *Geografías víricas: habitats e imágenes de coaliciones y resistencias*. In: Grupo de trabajo queer (Hg.), *El eje del mal es heterosexual. Figuraciones, movimientos y prácticas feministas queer*, Madrid: traficantes de sueños, S. 45-59.
- Collins, Jacky** (2000). *Lesbian Identity in Contemporary Spain. 'One of the Greatest Taboos Ever'*. In: Lesley K. Twomey (Hg.), *Women in Contemporary Culture. Roles and Identities in France and Spain*, Bristol: Intellect, S. 127-138.
- de Fluvià, Armand** (2003). *El moviment gai a la clandestinitat del franquisme (1970-1975)*. Barcelona: Laertes.
- Delgado, Irene / Lopes Nieto, Lourdes** (2005). *Spain*. In: European Journal of Political Research (44), S. 1188-1194.
- Digoix, Marie** (2004). *Paths towards equality*. In: Marie Digoix / Patrick Festy (Hg.), *Same-sex couples, same-sex partnerships, and homosexual marriages. A Focus on cross-national differentials*, Documents de travail (124), Paris: Institut national d'études démographique (INED), S. 1-15, URL <http://www-same-sex.ined.fr/WWW/04Doc124MarieDigoix.pdf>.
- Encarnación, Omar G.** (2007). *Pinochet's Revenge: Spain Revisits its Civil War*. In: World Policy Journal, Dezember 2007, 24 (4), S. 39-50.
- Encarnación, Omar G.** (2008). *Spanish Politics: Democracy after Dictatorship*. Cambridge: Polity Press.
- Equipo Orientaciones** (2005). *Presentación*. In: Orientaciones. Revista de homosexualidades (10): S. 4-8.
- Fassin, Eric** (2005). *Sociological Questions. An epilogue to „More or Less Together“*. In: Kees Waaldijk (Hg.), *More or less together: Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnerships for different-sex and same-sex partners. A comparative study of nine European countries*, Documents de Travail (125), Paris: Institut national d'études démographique (INED), S. 187-192, <http://www-same-sex.ined.fr/pdf/DocTrav125/05Doc125EricFassin.pdf>.

- Fernández Mostaza**, Esther (2000). *Religion and modernity in Spain over the last forty years*. In: Thomas Bahle / Astrid Pfenning (Hg.), *Families and family policies in Europe: comparative perspectives*, Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 162 - 178.
- Flaquer**, Lluís (2000). Is there a Southern European model of family policy?. In: Thomas Bahle / Astrid Pfenning (Hg.), *Families and family policies in Europe: comparative perspectives*, Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 15-33.
- Gallero**, José Luis (1991). *Sólo se vive una vez: esplendor y ruina de la movida madrileña*. Madrid: Ardora.
- Gibbons**, John (1999). *Spanish politics today*. Manchester: Manchester University Press.
- Gimeno Reinoso**, Beatriz (2005). *Historia y análisis político del lesbianismo. La liberación de una generación*. Barcelona: gedisa.
- Graupner**, Helmut (2005). *Sexuality and Human Rights in Europe*. In: Helmut Graupner / Phillip Tahmindjis (Hg.), *Sexuality and Human Rights: A Global Overview*, New York: Harrington Park Press, S. 107-139.
- Grupo de Trabajo Queer** (Hg.) (2005). *El eje del mal es heterosexual. Figuraciones, movimientos y prácticas feministas queer*, Madrid: traficantes de sueños.
- Hernández Sandoica**, Elena (2008). *Universitätslandschaft und Forschung*. In: Walther L. Bernecker / Klaus Dirschler (Hg.), *Spanien heute. Politik-Wirtschaft-Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert, S. 341-366.
- Heywood**, Paul (2002 [1999]). *Preface*. In: derselbe (Hg.), *Politics and policy in democratic Spain: no longer different?*, London: Frank Cass Publishers, S. 1-2.
- Hopkin**, Jonathan (2005). *From consensus to competition. The changing nature of democracy in the Spanish transition*. In: Sebastian Balfour (Hg.), *The Politics of Contemporary Spain*, London: Routledge, S. 6-26.
- Howarth**, David (1995). 'Discourse theory'. In: David Marsh / Gerry Stoker (Hg.), *Theory and Methods in Political Science*, Basingstoke: Macmillan, S. 115-136.
- Kollman**, Kelly (2007). *Same-Sex Unions: The Globalization of an Idea*. In: *International Studies Quarterly*, 51(2), Juni 2007, S. 329-357.
- Laclau**, Ernesto (1995). *Discourse*. In: Robert A. Goodin / Philip Pettit (Hg.), *A Companion to Contemporary Political Philosophy*, Oxford: Blackwell, S. 431-437.

- Laclau, Ernesto** (1990). *New Reflections on The Revolution of Our Time*. London: Verso.
- Laclau, Ernesto** (2000). *Identity and hegemony*. In: Judith Butler / Ernesto Laclau / Slavoj Žižek, *Contingency, Hegemony, Universality*, London: Verso, S. 44-89.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal** (1991[1985]). *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen Verlag.
- (2001a [1985]). *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London: Verso.
- (2001b [1985]). *Preface to the Second Edition*. In: Ernesto Laclau / Chantal Mouffe: *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London: Verso, S. vii-xix.
- Llamas, Ricardo / Vila, Fefa** (1999). *Passion for Life: A History of the Lesbian and Gay Movement in Spain*. In: Barry D. Adam / Jan Willem Duyvendak / André Krouwel (Hg.), *The Global Emergence of Gay and Lesbian Politics. National Imprints of a Worldwide Movement*, Philadelphia: Temple University Press, S. 214-241.
- Lund-Andersen, Ingrid** (2003). *The Danish Registered Partnership Act*. In: Katharina Boele-Woelki / Angelika Fuchs (Hg.), *Legal Recognition of Same-Sex Couples in Europe*, Antwerpen: Intersentia, S. 13-23.
- Magone, José M.** (2004). *Contemporary Spanish Politics*. London: Routledge.
- Magone, José M.** (2009 [2004]). *Contemporary Spanish Politics*. London: Routledge.
- Martín Casals, Miguel** (2003). *Same-Sex Partnerships in the Legislation of Spanish Autonomous Communities*, In: Katharina Boele-Woelki und Angelika Fuchs (Hg.), *Legal Recognition of Same-Sex Couples in Europe*, Antwerpen: Intersentia, S. 54-67.
- Matuschek, Peter** (2003). *Spain: A Textbook of Partitocracy*. In: Jens Borchert / Jürgen Zeiss (Hg.), *The Political Class in Advanced Democracies*, Oxford: Oxford University Press, S. 336-351.
- Méndez-Lago, Mónica** (2005). *The Socialist Party in government and in opposition*. In: Sebastian Balfour (Hg.), *The Politics of Contemporary Spain*, London: Routledge, S. 167-197.
- Mitchell, Timothy** (1998). *Betrayal of the Innocents. Desire, Power and the Catholic Church in Spain*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.

- Mouffe**, Chantal (1992). *Democratic Politics Today*. In: Chantal Mouffe (Hg.), *Dimensions of Radical Democracy. Pluralism, Citizenship, Community*, London: Verso, S. 1-14.
- (2005a). *On the Political*. Reihe: Thinking in Action, London: Routledge.
- (2005b [1993]). *The Return of the Political*. Reihe: Radical Thinkers, London: Verso.
- Pascale**, Eleonora / **Saiz**, Vanesa (2005). *Debate público acerca el 'matrimonio'*. In: Orientaciones. Revista de homosexualidades (10), S. 81-102.
- Pérez-Sánchez**, Gemma (2004). *El Franquismo, ¿un régimen homosexual?*. In: Orientaciones. Revista de homosexualidades (7), S. 29-48.
- Pérez-Sánchez**, Gemma (2007). *Queer Transitions in Contemporary Spanish Culture: From Franco to la movida*. Albany: State University of New York Press.
- Petit**, Jordi (2003). *25 años más. Una perspectiva sobre el pasado, el presente y futuro del movimiento de gays, lesbianas, bisexuales y transexuales*. Barcelona: Icaria.
- Pichardo Galán**, José Ignacio (2004). *Same-sex couples in Spain. Historical, contextual and symbolic factors*. In: Marie Digoix / Patrick Festy (Hg.), *Same-sex couples, same-sex partnerships, and homosexual marriages. A Focus on cross-national differentials*, Documents de travail (124), Paris: Institut national d'études démographique (INED), S. 159-173, URL <https://same-sex.web.ined.fr/WWW/04Doc124Ignacio.pdf>.
- Platero Méndez**, Raquel (2005a). *Invisibiliza el matrimonio homosexual a las lesbianas? Una crítica feminista sobre construcción y representación del matrimonio homosexual en España*. In: Orientaciones. Revista de homosexualidades (10), S. 103-120.
- (2005b). *Linking gender equality and sexual orientation policies. An analysis of local, regional and national equality policies*. Techn. Ber., ECPR Joint Sessions, Granada, URL <http://www.ucm.es/info/mageeq/documentos/Linking.pdf>.
- (2007). *Overcoming Brides and Grooms. The Representation of Lesbian and Gay Rights in Spain*. In: Mieke Verloo (Hg.), *Multiple Meanings of Gender Equality. A Critical Frame Analysis of Gender Policies in Europe*, Budapest: Central European University Press, S. 207-231.

- Preston, Paul** (2005). *The monarchy of Juan Carlos. From dictator's dreams to democratic realities*. In: Sebastian Balfour (Hg.), *The Politics of Contemporary Spain*, London: Routledge, S. 27-38.
- Remele, Kurt** (2004). *Katholischer Fundamentalismus. Unterscheidungen – Erklärungen – Anfragen*, In: Clemens Six / Martin Riesebrodt / Siegfried Haas (Hg.), *Religiöser Fundamentalismus. Vom Kolonialismus zur Globalisierung*, Innsbruck: StudienVerlag, S. 53-68.
- Repnik, Ulrike** (2006). *Die Geschichte der Lesben- und Schwulenbewegung in Österreich*. Wien: Milena.
- Richardson, Diane** (2000). *Constructing sexual citizenship: theorizing sexual rights*. In: *Critical Social Policy*, 20(62), S. 105-135.
- Roth, Roland** (2005 [1997]). *(K)Eine Atempause. Neue Soziale Bewegungen als Kontext der Schwulen- und Lesbenbewegung*. In: Ursula Ferdinand / Andreas Pretzel / Andreas Seeck (Hg.), *Verqueere Wissenschaft? Zum Verhältnis von Sexualwissenschaft und Sexualreformbewegung in Geschichte und Gegenwart*, Münster: LIT Verlag, S. 351-364.
- Sánchez Amillategui, Fernando / Rodríguez-Piñero Royo, Luís** (2006). *A „master image“ of inequality: The Spanish CGPJ report on same-sex marriage*. In: European Conference „Equal Is Not Enough: Dealing with Opportunities in a Diverse Society“ (Antwerp, 13-15 Sept 2006), URL <http://www.equalisnotenough.org/followup/papers/FernandoSanchezAmillateguiLu%EDsRodr%EDguez-Pi%F1eroRoyo.pdf>.
- Sánchez-Sierra, Ana** (2005). *El pacto PSOE-IU en las elecciones generales de 2000: estrategia electoral, proceso negociador y efectos*. In: Universidad Autónoma de Madrid, Working Papers Online Series (44), URL www.uam.es/centros/derecho/cpolitica/papers.htm.
- Sanz, Alberto / Sánchez-Sierra, Ana** (2005). *Las elecciones generales de 2004 en España: política exterior, estilo de gobierno y movilización*. In: Universidad Autónoma de Madrid, Working Papers Online Series (48), URL www.uam.es/centros/derecho/cpolitica/papers.htm.
- Schanke, Ranghild** (2004). *Rituals and same-sex unions*. In: Marie Digoix / Patrick Festy (Hg.), *Same-sex couples, same-sex partnerships, and homosexual marriages. A Focus on*

- cross-national differentials*, Documents de travail (124), Paris: Institut national d'études démographique (INED), S. 273-292, URL <http://www-same-sex.ined.fr/WWW/04Doc124Ignacio.pdf>.
- Screti Galatone**, Francesco (2011). El ojo y la zeta: la propaganda electoral de José Luis Rodríguez Zapatero para las elecciones generales españolas de 2008. In: Cultura, Lenguaje y Representación, Revista de los Estudios Culturales de la Universitat Jaume, Vol IX, S. 199-224, URL <http://www.e-revistas.uji.es/index.php/clr/article/viewPDFInterstitial/92/86>.
- Tahmindjis**, Phillip (2005). *Sexuality and International Human Rights Law*. In: Helmut Graupner / Phillip Tahmindjis (Hg.), *Sexuality and Human Rights: A Global Overview*, New York: Harrington Park Press, S. 9-29.
- Thorn**, Karsten (2003). *The German Law on Same-Sex Partnerships*. In: Katharina Boele-Woelki / Angelika Fuchs (Hg.), *Legal Recognition of Same-Sex Couples in Europe*, Antwerpen: Intersentia, S. 84-98.
- Torring**, Jacob (1999). *New Theories of Discourse*. Oxford: Blackwell.
- Tracol**, Xavier (2003). *The Pacte Civil de Solidarité (PaCS)*. In: Katharina Boele-Woelki / Angelika Fuchs (Hg.), *Legal Recognition of Same-Sex Couples in Europe*, Antwerpen: Intersentia, S. 68-83.
- Trujillo Barbadillo**, Gracia (2005). *Desde los márgenes. Prácticas y representaciones de los grupos queer en España*. In: Grupo de trabajo queer (Hg.), *El eje del mal es heterosexual. Figuraciones, movimientos y prácticas feministas queer*, Madrid: traficantes de sueños, S. 29-44.
- Ugarte Pérez**, Javier (2004). *Entre el pecado y la enfermedad*. In: Orientaciones. Revista de homosexualidades (7), S.7-26.
- Valiente**, Celia (2001). *Gendering Abortion Debates: State Feminism in Spain*. In: Dorothy McBride Stetson (Hg.), *Abortion Politics, Women's Movements and the Democratic State*, Oxford: Oxford University Press, S. 229-245.
- Valiente**, Celia (2003). *The Feminist Movement and the Reconfigured State in Spain (1970s-2000)*. In: Lee Ann Banaszak / Karen Beckwith / Dieter Rucht (Hg.), *Women's*

Movements Facing the Reconfigured State, Cambridge: Cambridge University Press, S. 2-47.

Valiente, Celia (2005). *The women's movement, gender equality agencies and central-state debates on political representation in Spain*. In: Joni Lovenduski (Hg.), *State Feminism and Political Representation*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 174-194.

Villaamil, Fernando (2004). *La transformación de la identidad gay en España*. Madrid: Catarata.

Waaldijk, Kees (2001). *Small Change: How the Road to Same-Sex Marriage Got Paved in the Netherlands*. In: Roerta Wintemute / Mads Andenaes (Hg.), *Legal Recognition of Same-Sex Partnerships: A Study of National, European and International Law*, Oxford: Hart Publishing, S. 437-464.

----- (2005a). *Introduction*. In: Kees Waaldijk (Hg.), *More or less together: Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnerships for different-sex and same-sex partners. A comparative study of nine European countries*, Documents de Travail (125), Paris: Institut national d'études démographique (INED), S. 3-5, URL http://www.ined.fr/fichier/t_publication/1034/publi_pdf1_document_de_travail_125.pdf.

----- (2005b). *Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnerships for different-sex and same-sex partners: Comparative analysis*. In: Kees Waaldijk (Hg.), *More or less together: Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnerships for different-sex and same-sex partners. A comparative study of nine European countries*, Documents de Travail (125), Paris: Institut national d'études démographique (INED), S. 37-47, URL http://www.ined.fr/fichier/t_publication/1034/publi_pdf1_document_de_travail_125.pdf.

----- (2005c). *Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnerships for different-sex and same-sex partners: Comparative overview*. In: Kees Waaldijk (Hg.), *More or less together: Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnerships for different-sex and same-sex partners. A comparative study of nine European countries*, Documents de Travail (125), Paris: Institut national d'études démographique (INED), S. 7-35, URL http://www.ined.fr/fichier/t_publication/1034/publi_pdf1_document_de_travail_125.pdf.

Weeks, Jeffrey (2008). *Regulation, Resistance, Recognition*. In: Sexualities 2008 (11), London: SAGE, S. 787-792.

Wiarda, Howard J. / MacLeash Mott, Margaret (2001). Catholic Roots and Democratic Flowers. Political Systems in Spain and Portugal. Westport/Connecticut: Praeger.

Woodworth, Paddy (2005). *Using terror against terrorists. The Spanish experience*. In: Sebastian Balfour (Hg.), *The Politics of Contemporary Spain*, London: Routledge, S. 61-80.

7.2 Zeitungen, Zeitschriften und andere Quellen

Adler, Katya (01.10.2004). *Gay rights bill tests Spanish values*. BBC NEWS: London, URL <http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/europe/3706106.stm>.

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte / Europarat (2011). *Handbuch zum europäischen Antidiskriminierungsrecht*. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, URL http://www.echr.coe.int/NR/rdonlyres/7DECBDA4-1BCD-425E-B549-9658A31A2D64/0/FRA_CASE_LAW_HANDBOOK_GER.pdf.

Alfageme, Ana (08.01.2006). *Seis meses de casados*. El País: Madrid, URL http://www.elpais.es/articulo/elpepspor/20060108elpepspor_13/Tes/meses/casados.

APTN (29.06.2005). *Spain Gay*, Interview mit Beatriz Gimeno in Madrid. Associated Press Television News: London.

Arroyo, Marta (20.06.2005). *Masiva Manifestación en Madrid. Una multitude pide que se retire la ley del matrimonio homosexual*. El Mundo: Madrid, URL <http://www.elmundo.es/elmundo/2005/06/18/espana/111911135.html>.

Boletín Oficial del Estado (06.08.1970). Ley 16/1970, de 4 de agosto, sobre peligrosidad y rehabilitación social. URL http://www.boe.es/aeboe/consultas/bases_datos/doc.php?coleccion=iberlex&id=1970/854&codmap=.

cadener.com (27.10.2004). Ana Botella y los matrimonios gays: Dos manzanas son una cosa ... y una manzana y una pera son otra (Telecino), URL http://www.cadener.com/actualidad/audios/ana-botella-matrimonios-gays-manzanas-cosa-manzana-pera-t5/csrsrpor/20041027csrsr_2/Aes/.

Conferencia Episcopal Española (15.07.2004). *En favor del verdadero matrimonio*. In: Documentos Oficiales de la Conferencia Episcopal Española URL <http://www.conferenciaepiscopal.es>.

Conferencia Episcopal Española (01.10.2004). *Ante la aprobación del Anteproyecto de Ley que equipararía las uniones homosexuales al matrimonio*. URL http://www.conferenciaepiscopal.es/actividades/2004/octubre_01b.htm.

Conferencia Episcopal Española (30.12.2004). *Ante el Proyecto de Ley que equipararía las uniones homosexuales al matrimonio*. URL http://www.conferenciaepiscopal.es/actividades/2004/diciembre_30.htm.

Conferencia Episcopal Española (20.04.2005). *Las principales confesiones religiosas de España se unen para pedir al parlamento que no se modifique la regulación jurídica del matrimonio*. URL http://www.conferenciaepiscopal.es/actividades/2005/abril_20.htm.

Conferencia Episcopal Española (21.04.2005). *Ante la discusión parlamentaria de una Ley injusta sobre el matrimonio*. URL http://www.conferenciaepiscopal.es/actividades/2005/abril_21.htm.

Conferencia Episcopal Española (05.05.2005). *Acerca de la objeción de conciencia ante una ley radicalmente injusta que corrompe la institución del matrimonio*. URL http://www.conferenciaepiscopal.es/actividades/2005/mayo_05.htm.

Conferencia Episcopal Española (09.06.2005). *Nota del Comité Ejecutivo de la Conferencia Episcopal Española. La familia sí importa*. URL http://www.conferenciaepiscopal.es/actividades/2005/junio_09.htm.

Conferencia Episcopal Española (30.06.2005). *Ante la eliminación del matrimonio del Código Civil, en cuanto unión de un hombre y una mujer, y su reducción a mero contrato rescindable unilateralmente*. URL http://www.conferenciaepiscopal.es/actividades/2005/juni_30.htm.

Congreso de los Diputados - Boletín Oficial de las Cortes Generales (2005). *Por la que se modifica el Código Civil en materia de derecho de contraer matrimonio*. VIII Legislatura, Proyecto de Ley 121/000018.

Congreso de los Diputados – Pleno y Diputación Permanente (30.06.2005). *Diario de sesiones del Congreso de los Diputados. Sesión plenaria núm. 98*. VIII Legislatura, núm.103/2005.

diestandard.at (31.07.2006). *Fünf Jahre Lebenspartnerschaft in Deutschland*. derstandard.at: Wien, URL <http://diestandard.at/2534509>.

diestandard.at (02.11.2009). *„Eingetragene Diskriminierung“*. derstandard.at: Wien, URL <http://diestandard.at/1256743827102/Lambda-Eingetragene-Diskriminierung>.

elmundo.es (04.07.2004). *La manifestación y la fiesta del Orgullo Gay colapsan Madrid*. Madrid, URL <http://www.elmundo.es/elmundo/2004/07/03/madrid/1088877446.html>.

elmundo.es (15.01.2005). *El CGPJ pide que se paralice la reforma que permitirá los matrimonios entre homosexuales*. Madrid, URL <http://www.elmundo.es/elmundo/2005/01/15/espana/1105797044.html>.

elmundo.es (20.04.2005). *Las principales religiones de España se unen contra el matrimonio gay*. Madrid, URL <http://www.elmundo.es/elmundo/2005/04/20/sociedad/1114000944.html>.

elmundo.es (21.04.2005). *El Congreso aprueba el matrimonio entre personas del mismo sexo*. Madrid, URL <http://www.elmundo.es/elmundo/2005/04/21/espana/1114087944.html>.

elmundo.es (06.05.2005). *La Conferencia Episcopal exige a los católicos españoles una oposición ‘clara e incisiva’ al matrimonio gay*. Madrid, URL <http://www.elmundo.es/elmundo/2005/05/06/sociedad/1115381104.html>.

elmundo.es (11.05.2005). *La Iglesia estima que el Rey no debe sancionar la ley del matrimonio gay*. Madrid, URL

<http://www.elmundo.es/elmundo/2005/05/11/espana/1115784522.html>.

elmundo.es (12.05.2005). *Don Juan Carlos, sobre el matrimonio gay: „Soy el Rey de España y no el de Bélgica”*. Madrid, URL

<http://www.elmundo.es/elmundo/2005/05/12/espana/1115917538.html>.

elmundo.es (18.06.2005). *Rajoy no asistirá a la marcha contra los matrimonios gays pero Acebes y Zaplana sí*. Madrid, URL

<http://www.elmundo.es/elmundo/2005/06/18/espana/1119074749.html>.

elmundo.es (20.06.2005). *Un experto invitado por el PP al Senado dice que los gays son hijos de padres 'hostiles' y 'alcohólicos'*. Madrid, URL

<http://www.elmundo.es/elmundo/2005/06/20/espana/1119263258.html>.

elmundo.es (23.06.2005). *El Senado veta la ley del matrimonio homosexual que volverá al Congreso donde será aprobada ultimamente*. Madrid, URL

<http://www.elmundo.es/elmundo/2005/06/22/espana/1119467073.html>.

elmundo.es (30.06.2005). *El Congreso aprueba la ley que permite a los homosexuales el matrimonio y la adopción*. Madrid, URL

<http://www.elmundo.es/elmundo/2005/06/30/espana/1120094708.html>.

elmundo.es (22.07.2005). *Se celebra en Mollet el primer matrimonio entre dos mujeres*. Madrid, URL

<http://www.elmundo.es/elmundo/2005/07/22/sociedad/1122043283.html>.

elmundo.es (30.09.2005). *El PP presenta el recurso contra la ley de matrimonios homosexuales*. Madrid, URL

<http://www.elmundo.es/elmundo/2005/09/30/espana/1128082853.html>.

elmundo.es (02.10.2005). *Zero se casa*. Madrid, URL

<http://www.elmundo.es/elmundo/2005/10/01/madrid/1128154932.html>.

elmundo.es (14.11.2005). *encuentro digital con Cristina López Schlichting*. Madrid, URL

<http://www.el-mundo.es/encuentros/invitados/2005/11/1774/>.

El País (07.03.2004). *PSOE e IU apochan una ‘gran besada’ de parejas del mismo sexo*. Madrid.

El País (24.06.2004). *La esperanza en una reforma legal marcará la Semana del Orgullo Gay en España*. Madrid.

El País (20.06.2005). *El psicólogo citado por el PP en el Senado califica la homosexualidad de „patología”*. Madrid.

El País (18.11.2011). *Cospedal anima “a votar por el país antes que por la propia ideología”*. Madrid, URL

http://politica.elpais.com/politica/2011/11/18/actualidad/1321606188_252621.html.

elpais.es (11.07.2005). *El Ayuntamiento de Tres Cantos celebra la primera boda gay en España*. Madrid, URL http://www.elpais.es/articulo.html?xref=20050711elpepusoc_2&type=Tes&anchor=elpporSOC.

European Parliament (18.01.2006). *Press release: MEPs urge Member States to ensure respect for same-sex partnerships*. URL <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20060113IPR04270+0+DOC+XML+V0//EN&language=EN>.

European Parliament (September 2010). *Strasbourg Plenary Session 06-09 September: MEPs call for more rights for same-sex couples in Europe*, URL <http://www.europarl.europa.eu/en/headlines/content/20100714FCS78876/9/html/MEPs-call-for-more-rights-for-same-sex-couples-in-Europe>.

Euskal Herriko Agintaritzaren Aldizkaria / Boletín Oficial del País Vasco – Ley 2/2003, URL http://www.euskadi.net/cgi-bin_k54/ver_c?CMD=VERDOC&BASE=B03A&DOCN=000048432&CONF=bopv_c.cnf.

Gaitero, Ana (November 2004). *Entrevista con Pedro Zerolo: „Un hijo homosexual no es un problema, lo es uno homófobo”*. Diario de León, URL <http://www.diariodeleon.es/entrevistas/noticia.jsp?TEXTTO=3220492>.

Garea, Fernando (28.10.2011). *Un programa en el armario*. El País: Madrid, URL http://politica.elpais.com/politica/2011/10/28/actualidad/1319825361_693582.html.

Grandes, Almudena (01.04.2011). *Spain is different no more*. The Guardian: London, URL <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/apr/01/spain-different-no-more>.

Gutierrez Calvo, Vera (29.07.2011). *Retrato de un presidente en 20 leyes*. El País: Madrid, URL http://politica.elpais.com/politica/2011/07/29/actualidad/1311932710_743550.html.

HazteOir.org (Mai 2005). *No es igual. Informe sobre el desarrollo infantil en parejas del mismo sexo*. Madrid.

Heinzel, Sebastian (2005). *Der große Graben. Premier Zapatero bricht radikal mit dem Erbe von Diktator Franco – und spaltet damit die spanische Gesellschaft*. Profil: Wien, 36 (48, 28.11.2005), S. 94-95.

HOSI Wien (24.07.2003). *Österreich neuerlich von Straßburg verurteilt: Lesben- und schwulendiskriminierende Mietrechtsbestimmung verstößt gegen die Menschenrechte*. Wien, URL <http://www.hosiwien.at/osterreich-neuerlich-von-strasburg-verurteilt/>.

HOSI Wien (10.12.2009). *Historische Abstimmung im Nationalrat – Hosi Wien überreicht allen 183 Abgeordneten rosa Punschkräpfen*. Wien, URL <http://www.hosiwien.at/historische-abstimmung-im-nationalrat-hosi-wien-uberreicht-allen-183-abgeordneten-rosa-punschkrapfen/>.

Martín, José Luís (15.04.2004). *Rodríguez Zapatero apoya la reforma de los estatutos siempre que respeten la Constitución*. El Mundo: Madrid, URL <http://www.elmundo.es/elmundo/2004/04/15/espana/1082027339.html>.

Millas, Juan José (21.08.2006). *¿Es ó no es para tenerles miedo?* El País: Madrid.

Movimiento 15-M / ¡Democrácia real YA! (Mai 2001). Manifiesto. URL <http://movimiento15m.org/manifiesto-movimiento-15m-%C2%A1democracia-real-ya/>.

Nogueira, Charo (18.06.2011). *Familias a medida*. El País: Madrid, URL <http://www.google.at/search?q=el+pais+familias+a+medida&ie=utf-8&oe=utf-8&aq=t&rls=org.mozilla:de:official&client=firefox-a>.

Peces-Barba Martínez, Gregorio (22.08.2006). *Las luces y las sombras*. El País: Madrid.

Perger, Werner A. (15.03.2004). *Explosion der Volkswut. Spaniens konservative Aznar-Regierung wurde regelrecht weggefeht*. Die Zeit: Hamburg, URL <http://zeus.zeit.de/text/2004/12/wahlergebnspanien>.

Perger, Werner A. (27.07.2004). *Zapateros flotte 100 Tage. Rückkehr aus dem Irak; Heimkehr nach Europa, Abkehr vom Aznarismus: Die Eröffnungsbilanz der neuen spanischen Regierung kann sich sehen lassen*. Die Zeit: Hamburg, URL <http://zeus.zeit.de/text/2004/31/spanien100>.

Perger, Werner A. (28.02.2006). *Eta oder al-Qaida. Zwei Jahre nach dem Terroranschlag: Ein tiefer Graben durchzieht Spaniens Demokratie*. Die Zeit: Hamburg, URL <http://www.zeit.de/online/2006/09/spanien>.

Petit, Jordi (1992a). „Gays y lesbianas”. *La experiencia de la Coordinadora Gai-Lesbiana*. Veröffentlicht in: derselbe (1993). *25 años más. Una perspective sobre el pasado, el presente y futuro del movimiento de gays, lesbianas, bisexuales y transexuales*. Barcelona: Icaria, S. 100-123..

----- (1992b). *Nuevos amores, nuevas familias*. Veröffentlicht in: derselbe (1993). *25 años más. Una perspective sobre el pasado, el presente y futuro del movimiento de gays, lesbianas, bisexuales y transexuales*. Barcelona: Icaria, S. 123-132.

PSOE (08.04.2003a). *El PSOE en la oposición (1996)*. URL <http://www.psoe.es/ambito/historiapsoe/docs/index.do?action=View&id=998>.

PSOE (08.04.2003b). *Una nueva etapa*. URL <http://www.psoe.es/ambito/historiapsoe/docs/index.do?action=View&id=999>.

PSOE (15.04.2004). *Discurso de investidura del candidato a la presidencia del gobierno José Luis Rodríguez Zapatero*. URL <http://estaticos.elmundo.es/documentos/2004/04/15/discurso.pdf>.

PSOE (21.04.2005). *Matrimonio Gay. Zerolo dice que España se pone a la cabeza del mundo en erradicar una discriminación de siglos*. URL

<http://www.psoe.es/ambito/ongmovsoc/news/index.do?action=View&id=50556>.

PSOE (10.01.2006). *Matrimonio gay. El PSOE considera probado que el PP se equivocó cuando anunció el fracaso de las bodas gay*. URL

<http://www.psoe.es/ambito/ongmovsoc/news/index.do?action=View&id=69321>.

Rechtskomitee Lambda (2011). *Die Situation*. URL

<http://www.rklambda.at/Alles/index.htm>.

Riveiro, Aitor (2011). *La mayoría de los españoles aprueba el matrimonio y la adopción homosexual*. El País: Madrid, URL

http://www.elpais.com/articulo/sociedad/mayoria/espanoles/aprueba/matrimonio/adopcion/homosexual/elpepusoc/20110511elpepusoc_11/Tes.

Rule, Sheila (02.10.1989). *Rights for Gay Couples in Denmark*. The New York Times: New York, URL

<http://www.nytimes.com/1989/10/02/world/rights-for-gay-couples-in-denmark.html>.

Short, Vicky (08.06.2005). *Katholische Kirche schürt Opposition gegen spanische Regierung*. World Socialist Web Site, URL

http://www.wsws.org/de/2005/jun2005/paps-j08_prn.html.

Sperl, Gerfried (15.,16.,17.04.2006). *Thema: Rückschlag für Gottes rechte Streiter*. Der Standard: Wien.

The Copenhagen Post Online (05.05.2010). *Gays given equal adoption rights*. URL

<http://www.cphpost.dk/component/content/48896.html?task=view>.

The Copenhagen Post Online (10.05.2011). *Majority: allow gay church marriages*. URL

<http://www.cphpost.dk/news/national/88-national/51600-majority-allow-gay-church-marriages.html>.

The Copenhagen Post Online (21.10.2011). *Minister: Gay weddings by next year*. URL

<http://www.cphpost.dk/news/national/88-national/52363-minister-gay-weddings-by-next-year.html>.

The Washington Post (11.12.2004). *France ready to change civil pact*. URL

<http://www.washingtontimes.com/news/2004/dec/11/20041211-105201-5386r/?page=1>.

Time Magazine (19.09.2004). *„I don't want to be a great leader”* – Interview mit José Luis Rodríguez Zapatero. URL

<http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,699350,00.html#ixzz1fhTowb4I>.

Tremlett, Giles (21.11.2011). *Spain's debt crisis as country begins month of post-election limbo*. London, URL

<http://www.guardian.co.uk/world/2011/nov/21/mariano-rajoy-spain-debt-crisis>.

Vidal, César (2005). *Prólogo: El año que salimos a la calle*. In: Rafael Rubio Núñez, *18J – yo estuve allí: Los secretos del Foro Español de la Familia*, Madrid: SEKOTIA / Foro Español de la Familia, S. 11-13.

7.3 Internetseiten

<http://diestandard.at>

<http://www.boe.es>

<http://www.conferenciaepiscopal.es>

<http://www.felgtb.es>

<http://www.forofamilia.org>

<http://www.elmundo.es>

<http://www.elpais.com>

<http://www.hazteOir.org>

<http://www.hosiwien.at>

<http://www.mir.es>

<http://www.pp.es>

<http://www.psoe.es>

<http://www.rklambda.at>

8 Anhang

8.1 InterviewpartnerInnen

(in alphabetischer Reihenfolge)

Explorative Interviews (im Juni 2006 in Wien):

Gustavo (I): Germanistik-Student aus Madrid

Kurt Krickler (II): Generalsekretär der HOSI Wien

Teilstrukturierte Interviews (im September 2006 in Madrid):

Benigno Blanco (III): Präsident des *Spanischen Familienforums* (FEF). Zuvor war er acht Jahre lang Minister in der Regierung von José María Aznar (PP).

Miguel Brox (IV): Sekretär des *Madriider Schwulenkollektivs* (COGAM)

Miguel Angel Fernández (V): Mitarbeiter von Pedro Zero (PSOE)

Carmina García Valdes (VI): Sprecherin von *hazteOir.org*, einer ultra-konservativen Internet-Plattform (www.hazteOir.org), die gegen die Öffnung der Ehe kampagnisiert hat.

Cristina López Schlichting (VII): Konservative Radiomoderatorin beim Radiosender *Cadena COPE*, dessen Eigentümerin die spanische Bischofskonferenz ist.. Sie hat die Forderungen des *Spanischen Familienforums* (FEF) unterstützt und auf der FEF-Kundgebung gegen die Öffnung der Ehe am 18. Juni 2005 eine Rede gehalten.

María Luengo (VIII): Sprecherin *Spanisches Familienforum* (FEF)

Mariano Moreno (IX): Koordinator für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender im PSOE

Raquel Platero (X): Lesbische Aktivistin und Sozialwissenschaftlerin in Madrid

Toni Poveda (XI): Präsident der *Landesweiten Föderation von Lesben, Schwulen, Trans- und Bisexuellen* (FELGT) in Spanien

Pedro Zero (XII): Stadtrat der *Sozialistischen Spanischen Arbeiterpartei* (PSOE) in Madrid, Mitglied der PSOE-Bundesparteileitung.

8.2 Abkürzungsverzeichnis

AGHOIS Agrupación Homófila para la Igualdad Social (Homophile Gruppierung für Soziale Gleichheit)

AP Alianza Popular (Volksallianz, 1976 gegründetes Parteienbündnis, 1989 umbenannt in Partido Popular - PP)

CCOO Comisiones Obreras (Arbeiterkommissionen, Gewerkschaft, die politisch dem PCE/der IU nahesteht)

CDS Centro Democrático y Social (Demokratisches und Soziales Zentrum, christlich-demokratische Partei gegründet von Adolfo Suárez nach der Auflösung der UCD)

CGL Coordinadora Gai-Lesbiana (Schwul-lesbisches Koordinationskomitee)

CGPJ Consejo General del Poder Juridico (*Generalrat der Judikative*)

CiU Convergència i Unió (liberal-konservatives Parteienbündnis der katalanischen Nationalisten)

COFEE Coordinadora de Organizaciones Feministas del Estado Español (Koordinationskomitee Feministischer Organisationen Spaniens)

COFLHEE Coordinadora de Frentes de Liberación de Homosexuales en el Estado Español (Koordinationskomitee der Homosexuellen-Befreiungsfronten Spaniens)

COGAM Colectivo de Lesbianas, Gays, Transexuales y Bisexuales de Madrid (Madrider LGBT-Kollektiv)

Col.lectiu de Lesbianas Lesbenkollektiv

CFLM Colectivo de Feministas Lesbianas de Madrid (Madrider Kollektiv Feministischer Lesben)

EGMR Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

EWG Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

FAGC Front d'Alliberament Gai de Catalunya (Schwulen-Befreiungsfront Kataloniens)

FEF Foro Español de la Familia (Spanisches Familienforum)

FELGT Federación Estatal de Lesbianas, Gays y Transexuales (Landesweite Föderation von Lesben, Schwulen, Trans- und Bisexuellen, heute FELGTB)

HOSI Homosexuellen Initiative

ILGA International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (weltweiter Dachverband der Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen-, Trans- und Intersexorganisationen)

IU Izquierda Unida (Vereinigte Linke, Bündnis spanischer Parteien - darunter der PCE - links des PSOE, gegründet 1986)

LGTB Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender

MELH Movimiento Español de Liberación Homosexual (Spanische Bewegung zur Homosexuellen Befreiung)

NATO North Atlantic Treaty Organisation

ÖVP Österreichische Volkspartei

PAR Partido Aragonés (Partei der Autonomen Region Aragonien)

PCE Partido Comunista Español (Kommunistische Partei Spaniens)

PNV Partido Nacionalista Vasco (Baskische Nationalistenpartei)

PP Partido Popular (Spanische Volkspartei)

PSOE Partido Socialista Obrero Español (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens)

RKL Rechtskomitee Lambda

UCD Unión de Centro Democrático (Union des demokratischen Zentrums, erste demokratisch gewählte Regierungspartei Spaniens nach 1975)

UPyD Unión Progreso y Democracia (Union Fortschritt und Demokratie)

UGT Unión General de Trabajadores (Arbeiterunion, sozialistische Gewerkschaft Spaniens)

8.3 *Abbildungen und Tabellen*

Abbildung 1: Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften in Europa	23
Tabelle 1: Ergebnis der Kongresswahlen 1977 und 1979	46
Tabelle 2: Ergebnis der Kongresswahlen am 28. Oktober 1982	53
Tabelle 3: Kongresswahlen 1989 und 1993.....	55
Tabelle 4: Ergebnisse der Kongresswahlen 1996 und 2000	57
Tabelle 5: Ergebnis der Kongresswahlen am 12. März 2000	75
Tabelle 6: Ergebnis der Kongresswahlen am 14. März 2004.....	77
Tabelle 7: Der PSOE bei den Kongresswahlen 2004, 2008, 2011	129
Tabelle 8: Der PP bei den Kongresswahlen 2004, 2008, 2011	130

8.4 Abstract

Das Thema meiner Arbeit ist die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Spanien im Jahr 2005. In meiner Analyse des politischen Prozesses, der zur Öffnung der Ehe geführt hat, habe ich versucht mehrere Fragen zu beantworten. Erstens, warum forderte die spanische LGBT-Bewegung gerade die Öffnung der Ehe und nicht eine Eingetragene PartnerInnenschaft. Wie ist es dazu gekommen, dass die Sozialistische Partei diese Forderung aufgriff und warum setzte sie sie auch gegen den heftigen Widerstand der Katholischen Bischofskonferenz und der größten Oppositionspartei, des Partido Popular um.

Aufbauend auf einem Vergleich der verschiedenen Formen der rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften in Europa und der in der Sekundärliteratur definierten Rahmenbedingungen, die eine Gleichstellung begünstigen könnten, habe ich den politischen Prozess, der zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Spanien geführt hat, analysiert. Als theoretischen Rahmen für meine Analyse des spanischen Falls habe ich die poststrukturalistische Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe gewählt.

Folgend der Annahmen von Laclau und Mouffe habe ich die Strukturierung des *Feldes der Diskursivität* beschrieben, dass die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Spanien möglich machte. Spanien wurde lange Zeit auch in der wissenschaftlichen Forschung als „anders“ wahrgenommen. Als Ursache dafür wurde die spezifisch „iberisch-katholische“ politische Kultur des Landes ausgemacht, welche einer demokratischen Entwicklung im Weg gestanden sei. Angesichts dessen überraschend schnell konsolidierte sich nach 1975 die spanische Demokratie. Die Transition - der Übergang zur Demokratie - verlief beinahe reibungslos, potentiell „gefährliche“ Konflikte wurden in einem Konsens aufgelöst, der unter anderem darin bestand, über die Verbrechen im Bürgerkrieg und während der Franco-Diktatur zu schweigen (*pacto de silencio*). Durch die Demokratisierung mit Abstrichen, was die Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit betraf, war das *Feld der Diskursivität*, jener Überschuss an Bedeutung, der durch das Aufeinandertreffen verschiedener Diskurse erzeugt wird, bis zur Mitte der 1990er Jahre partiell fixiert. Bestimmte Wahrnehmungen, Handlungen, Politiken waren dadurch möglich, bestimmte nicht. Ich habe in diesem Zusammenhang „Normalisierung“ als *Knotenpunkt* definiert, über den diese partielle Fixierung erfolgte. Unter Normalisierung verstehe ich die Entwicklung Spaniens zu einer normalen, westlichen Demokratie, die aber nicht mit dem Ende der Transiti-

on abgeschlossen war, sondern das *Feld der Diskursivität*, bis zur Mitte der 1990er Jahre teilweise fixierte.

Darauf aufbauend habe ich analysiert, was Ehe und Familie in Spanien bedeuteten und bedeuten. An die Stelle des franquistischen Diskurses des Nationalkatholizismus, in dem Ehe und Familie zentrale Elemente waren, trat – so habe ich argumentiert – kein völlig neuer Diskurs, in dem Ehe und Familie mit neuen Bedeutungen belegt wurden. Stattdessen kamen zu traditionelle Familienwerten, wie Solidarität und Zusammenhalt, neue Elemente dazu, vor allem Gleichheit und Diversität. Dadurch – so meine Argumentation – war es der LGBT-Bewegung möglich, sich die Begriffe anzueignen und sie mit einer neuen Bedeutung zu belegen. Eine Bedeutung von Ehe und Familie, in der lesbische und schwule PartnerInnenschaften integriert sind, konnte sich durchsetzen. Dies erfolgte über die Konstruktion eines Antagonismus zwischen einem Diskurs der Gleichheit und einem rechten Diskurs der Ungleichheit, in dem die franquistischen Bedeutungen von Ehe und Familie eine große Rolle spielten und der durch den Partido Popular, konservative Teile der Katholischen Kirche und dem *Opus Dei* nahe stehende Organisationen verkörpert wurde.

Der Gleichheitsdiskurs der LGBT-Bewegung stand nicht allein. Er war Teil eines hegemonialen politischen Projekts der Freiheit und Gleichheit, wie ich zeigen werde. In diesem Projekt spielte die Sozialistische Partei eine bedeutende Rolle, die von dem Diskurs der Gleichheit nicht nur profitierte, sondern diesen durch ihre Politik auch veränderte und stärkte. Das hegemoniale politische Projekt der Freiheit und Gleichheit war jedoch mehr als die Politik der Sozialistischen Partei seit der Wahl von José Luis Rodríguez Zapatero zum Generalsekretär. Es war ein Projekt, das möglich wurde, weil sich das Feld der Diskursivität um die Jahrtausendwende veränderte. Neue Diskurse konnten die partielle Fixierung über den Knotenpunkt Normalisierung aufbrechen.

8.5 Lebenslauf

Name:	Constanze Ertl
Geburtsdatum:	20. Mai 1975
Geburtsort:	Wien
Schulbildung	1981 – 1985: Volksschule Kolonitzgasse, Wien III 1985 – 1993: Bundesrealgymnasium Radetzkystraße, Wien III (Matura im Juni 1993)
Studium	seit Herbst 1993: Studium der Politikwissenschaften an der Universität Wien Oktober 1996 - Jänner 1998: Tutorin für qualitative Methoden am Institut für Politikwissenschaft März - Juni 1998: Mitarbeit an einer Studie des Instituts für Politikwissenschaft (Durchführung von Tiefeninterviews) seit März 2006: Diplomarbeit September 2006: Forschungsaufenthalt in Madrid / Spanien
Auslandsaufenthalt	November 1998 - Mai 1999: Europäischer Freiwilligendienst in Murcia / Spanien
Beruf	Juli 1999 - April 2001: Redaktionsassistentin bei den ö1- und Regionalradionachrichten (ORF) September 2000 - März 2007: Redaktionelle Mitarbeiterin in der Redaktion des aktuellen Dienstes Fernsehen – Zeit im Bild (ORF) (unterbrochen durch Mutterschutz und Karenz von November 2005 – Jänner 2007) seit April 2007: Redakteurin bei den ORF1-Fernsehnachrichten (ZIB 20, ZIB 24 und ZIB Flash) seit Jänner 2010: auch als Chefin vom Dienst tätig